

Julia Macher

# Verdrängung um der Versöhnung willen?

Die geschichtspolitische Auseinandersetzung  
mit Bürgerkrieg und Franco-Diktatur  
in den ersten Jahren des friedlichen Übergangs  
von der Diktatur zur Demokratie in Spanien  
(1975-1978)



Reihe  
**Gesprächskreis**  
**Geschichte**  
Heft 48

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

**Julia Macher**

**Verdrängung um der Versöhnung willen?**

**Die geschichtspolitische Auseinandersetzung  
mit Bürgerkrieg und Franco-Diktatur  
in den ersten Jahren des friedlichen Übergangs  
von der Diktatur zur Demokratie in Spanien  
(1975 – 1978)**

ISSN 0941-6862

ISBN 3-89892-138-7

Herausgegeben von Dieter Dowe

Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Kostenloser Bezug beim Historischen Forschungszentrum  
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn

(Tel. 0228 - 883-473)

E-mail: [Doris.Fassbender@fes.de](mailto:Doris.Fassbender@fes.de)

© 2002 by Friedrich-Ebert-Stiftung

Bonn (-Bad Godesberg)

Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Erkrath

Druck: Toennes Satz + Druck GmbH, Erkrath

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2002

## Inhalt

Vorwort	
Heinrich August Winkler .....	5
1 Einleitung.....	7
1.1 Fragestellung und Untersuchungsziel .....	7
1.2 Forschungsstand und Quellengrundlage.....	12
1.3 Die Franco-Diktatur – zwischen faschistischem Gestus und autoritärem Regime .....	15
2 Geschichtspolitik: Das Trauma Bürgerkrieg.....	20
2.1 Erbe des Bürgerkrieges: der unerfüllte Wunsch nach Versöhnung .....	20
2.1.1 Die Forderung der Opposition nach Versöhnung.....	20
2.1.2 Versöhnung als Versprechen des Regimes .....	25
2.2 Versöhnung als Konsens im friedlichen Übergang.....	27
2.2.1 Die <i>Cortes</i> nach Francos Tod: die Suche nach Konsens.....	27
2.2.2 Die Wahlen im Juni 1977.....	32
2.2.3 Verhandlungen zur Verfassung: die Politik des Konsenses.....	37
3 Vergangenheitspolitik: Amnestie als Minimalprogramm.....	44
3.1 Gesellschaftliche Mobilisierung und politische Umsetzung.....	44
3.2 Die Anwendung des Amnestiegesetzes: Verlierer und Gewinner.....	52
3.2.1 Die Grenzen der Amnestie .....	52
3.2.2 Arbeitsrecht.....	53
3.2.3 Die Täteramnestie.....	55
4 Gedächtnisorte der Franco-Diktatur .....	57
4.1 Der 20. November 1975 und das „Tal der Gefallenen“ .....	57
4.2 Der 18. Juli 1936.....	67
4.3 Der 1. April 1939 und die Siegesparade.....	72
5 Gedächtnisorte der Republik .....	78
5.1 Die Republik im Exil.....	78
5.1.1 Die Rückkehrer .....	78
5.1.2 Das wiedergewonnene Mexiko.....	86
5.2 Orte der Trauer.....	90
5.3 Guernica.....	94

6 Das vergessene Spanien.....	99
6.1 Die verschwundenen Orte der Republik.....	99
6.2 Die Opfer der Diktatur.....	103
7 Legitimation des Verdrängens: Historiker als Geschichtspolitiker .....	107
7.1 Die selbstverordnete Beschränkung.....	107
7.2 Die fehlende Historikerdebatte .....	111
8 Modellfall Spanien? .....	116
8.1 Vergessen - um der Versöhnung willen .....	116
8.2 Spätfolgen des Verdrängens .....	119
Literaturverzeichnis .....	124
Quellen .....	124
Sekundärliteratur.....	126

## Vorwort von Heinrich August Winkler

Kann es gelegentlich heilsam sein, wenn eine Nation eine schuldbeladene Vergangenheit einfach vergisst? Kann ein solches Vergessen nicht sogar zur Grundlage der Versöhnung zwischen verfeindeten Lagern werden? Es ist noch nicht lange her, dass diese Frage in Deutschland ernsthaft diskutiert wurde. Den Anlass boten die kritische Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit nach 1990 im Allgemeinen und das Erbe des Ost-Berliner Ministeriums für Staatssicherheit im Besonderen. Nicht selten tauchte in diesem Zusammenhang der Hinweis auf andere Länder auf, die sich im Umgang mit einer diktatorischen Vergangenheit vermeintlich klüger verhielten als Deutschland – Spanien etwa, das nach Francos Tod im Jahre 1975 die Zeit der Diktatur weithin einvernehmlich dem öffentlichen Disput entzogen hatte, um sich ganz der „transición“, dem Übergang von der Diktatur zur Demokratie, zu widmen.

Die Abhandlung von Julia Macher, ursprünglich eine an der Humboldt-Universität zu Berlin entstandene Magisterarbeit, befasst sich mit der spanischen „Geschichtspolitik“ in den ersten Jahren der „transición“ und den langfristigen Folgen der damals eingeschlagenen Linie. Die politische Apathie des späten Franco-Regimes habe ein Vakuum hervorgebracht, in dem eine neue, über Franco hinausweisende zivilgesellschaftliche Kultur entstand: So lautet eine der einleitenden Thesen der Arbeit. Für Franco bedeutete die von ihm seit den sechziger Jahren propagierte "reconciliación" nicht etwa Verständigung mit den unterlegenen Bürgerkriegsgegnern auf halbem Wege, sondern - den Status quo. Die Gesellschaft der späten Franco-Zeit hingegen betrachtete den Bürgerkrieg als Ausdruck kollektiven Wahnsinns, an dem beide Parteien Schuld trugen. Die Reformer aus dem Lager Francos leiteten nach seinem Tod im November 1975 die "transición" mit einem Verzicht auf "Geschichte als Waffe" ein: Die historischen Streitpunkte wurden ausgeklammert.

Die Verfasserin benennt die Ratio dieser Politik, die ihren juristischen Ausdruck im Amnestiegesetz von 1976 fand, sehr klar: "Für den sanften Übergang von der Diktatur zur Demokratie innerhalb der Legitimität des alten Regimes war das Vergessen eine notwendige Bedingung gewesen, sozusagen der Preis der *transición* - schließlich stammte der Großteil der Akteure aus dem Franquismus." Das Vergessen wurde im übrigen nicht von einer Wiedergutmachung an den Opfern der Diktatur begleitet. Die Symbole der Ära Franco, ihre Gedächtnisorte mit dem Valle de los Caídos an der Spitze, blieben nicht nur unangetastet, sondern wurden und werden gepflegt; in den Kasernen hingen die Bilder des Caudillo noch bis 1982; und noch heute gibt es vielerorts Straßen, die seinen Namen tragen. Die Gedächtnisorte der Republik hingegen waren ausgelöscht; sie bleiben verschwunden. Nur punktuell gab es ein Gedenken an die Opfer der Diktatur: Die Ausstellung von Picassos berühmtem Guernica-Bild im Prado 1981 war ein solcher Fall - wobei die Apologeten des alten Regimes jedwede Mitschuld Francos an dem Terrorangriff der deutschen Legion Condor bestritten.

Die spanischen Historiker haben die Aufklärung über die Vorgeschichte und Geschichte des Bürgerkriegs sowie die Franco-Zeit in den Jahren nach 1975 nicht (oder jedenfalls nicht dauerhaft) zu einem Schwerpunkt von Forschung und Lehre gemacht, sondern sich in ihrer Mehrheit am verordneten Vergessen beteiligt. Zu den Ausnahmen gehören Arbeiten über das spanische Exil und Regionalstudien, obenan über Katalonien. Julia Macher kommentiert die "Legitimation des Verdrängens" wie folgt: "Durch die Vermeidung von potentiell konfliktiven Bürgerkriegsthemen wurde dem Vergessen der historischen Tatsachen Vorschub geleistet. Durch die Beschwörung des Traumas Bürgerkrieg wurde eine kritische Auseinandersetzung mit diesem verhindert ... In Bezug auf den Kenntnisstand über die Diktatur führte die Selbstbeschränkung der Historiker zur Verbreitung profranquistischer Mythen."

Abschließend fragt die Verfasserin, ob die Geschichtspolitik der "transición" aus Spanien einen Modellfall für andere Länder im Transformationsprozess von einer Diktatur zur Demokratie, namentlich exkommunistische Länder seit 1989, gemacht hat oder machen konnte. Ansätze dazu gab es, etwa in Polen, aber sie waren nicht von Dauer. Die Generalamnesie, die sich Spanien verordnet hat, hatte neben anfänglich positiven langfristig negative Folgen. Julia Macher rechnet nicht nur den gescheiterten Militärputsch von 1981 zu den Ergebnissen der spanischen Geschichtspolitik, sondern, teilweise jedenfalls, den baskischen Terrorismus.

Das ist ein scharfes, aber gut begründetes Urteil, das sich keineswegs nur gegen *einen* Teil des politischen Spektrums richtet; vielmehr sind *alle* Parteien von diesem Verdikt betroffen. Erst in allerjüngster Zeit ist die Politik des Vergessens in die Krise geraten. Angehörige und Nachkommen der Opfer der Franco-Diktatur drängen auf eine nachträgliche individuelle Bestattung von Toten, die in Massengräbern verscharrt wurden. Die historische Forschung wendet sich verstärkt der Zeit von Bürgerkrieg und Diktatur zu. Regierung und Parlament kommen nicht darum herum, auf den öffentlich Druck zu reagieren.

Vergessen und Verdrängen sind auf die Dauer kein geeignetes Mittel, um ein demokratisches Gemeinwesen zu entwickeln und mit Leben zu erfüllen. Das haben die Deutschen in den Jahrzehnten nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft mühsam lernen müssen. Spanien scheint dabei, sich zu dieser Einsicht durchzuringen. Andere Länder mit diktatorischer Vergangenheit, auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien etwa, haben diese Erkenntnis wohl erst noch vor sich. Die politische Aktualität der Studie von Julia Macher liegt also auf der Hand. Doch es geht nicht nur um Aktualität im Sinne von praktischer Nutzenanwendung. Die Verfasserin ordnet ihr engeres Thema in den größeren Zusammenhang der Diskussionen um „Geschichtspolitik“, „Vergangenheitspolitik“ und „Gedächtnisgeschichte“ ein. Es sind diese vergleichsweise jungen Forschungsgebiete, zu denen die Abhandlung von Julia Macher einen wichtigen Beitrag leistet.

## 1 Einleitung

### *Fragestellung und Untersuchungsziel*

Wer durch Spanien fährt, stößt noch immer vielerorts auf die Symbole der franquistischen Diktatur. Franco steht als Reiterstandbild auf öffentlichen Plätzen in El Ferrol und Madrid, Straßen tragen den Namen des *Generalísimo* oder der Generäle, die gemeinsam mit ihm den militärischen Aufstand vom 18. Juli 1936 geplant und durchgeführt hatten.<sup>1</sup> Minister, die schon unter Franco ihren Dienst taten, wie der im Oktober 2001 zum vierten Mal zum Regierungschef der Provinz Galizien gewählte Manuel Fraga Iribarne, prägen weiterhin die politische Landschaft.<sup>2</sup> Erst in jüngster Zeit mehren sich in Spanien die Stimmen des Protests gegen diese Form des Überdauerns der Diktatur.

Das Überleben der franquistischen Symbolik und die Weiterexistenz der politischen Eliten der Franco-Zeit ist das Ergebnis des spanischen Umgangs mit der Vergangenheit – und Resultat der *transición*, des friedlichen Übergangs von der Diktatur zur Demokratie. Ohne revolutionäre Unruhen wurden in Spanien die Weichen für eine Demokratisierung gestellt. Die wesentlichen politischen Entscheidungen trafen die politischen Akteure im Konsens. Sozialwissenschaftler sahen in Spanien das Musterbeispiel für einen friedlichen Systemwechsel.<sup>3</sup> Von der Vergangenheit, der Diktatur, sprach nach den ersten demokratischen Wahlen im Juni 1977 kaum jemand mehr. Das Land schien von einem Taumel ‚nationaler Versöhnung‘ erfasst. Was bedingte diese Art des Umgangs mit der Vergangenheit? Wie wurde das Schweigen begründet und durchgesetzt? Welche Konsequenzen hatte dies für das Selbstverständnis des Landes? Diese Fragen stehen im Zentrum der Arbeit.

Zeitlich begrenze ich mich dabei auf die Jahre 1975 bis 1978. Der Tod Francos am 20. November 1975 beendete unwiderruflich das in hohem Maße auf seine Person zugeschnittene System. Auch wenn schon seit spätestens 1973 die politische Diskussion über den Nach-Franquismus in Gang war, setzte erst der Tod des greisen Diktators einen Reformprozess in Gang, der mit der Verabschiedung der neuen Verfassung und ihrer Annahme durch ein Volksreferendum am 6. Dezember 1978 endete. Mit dem Abschluss der politischen Reform waren auch die Weichen für den Umgang mit der Vergangenheit gestellt.

Die Jahre 1975 bis 1978 sind, was die politische Ereignisgeschichte betrifft, von einer hohen Dynamik gekennzeichnet. Der Bourbonenprinz Juan Carlos wurde am 27. November 1975 zum König gekrönt. Knapp acht Monate später, nach einer von Streiks, Massenmobilisierungen und Attentaten der ETA geprägten Zeit, kam es zu einer ersten wichtigen Zäsur: Die Regierungsgeschäfte, die bis dahin in der Hand des Franco-Stellvertreters Carlos Arias Navarro lagen, gingen

---

<sup>1</sup> Siehe El País, 19. November 2000, Beilage *Extra Domingo*, ‚Tras las huellas de la zona nacional.‘

<sup>2</sup> Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Oktober 2001, ‚Symbolfigur Fraga‘.

<sup>3</sup> Zum internationalen Interesse am Modellfall Spanien vgl. Bernecker, Walther L./ Collado Seidel, Carlos (Hrsg.): Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975-1982, München 1993, S. 7ff.



am 3. Juli 1976 auf Adolfo Suárez über. Unter Suárez' Regie verabschiedeten die franquistischen *Cortes* das *Ley para la reforma política*, das Gesetz für die politische Reform. Die franquistische Ständevertretung stimmte damit ihrer eigenen Auflösung zu und machte den Weg frei für demokratische Wahlen. Die Wahlen im Juni 1977 waren die zweite wichtige Zäsur der *transición*: Sie verschaffte dem Ministerpräsidenten Adolfo Suárez die notwendige demokratische Legitimation, um mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung als Hauptwerk der Reform zu beginnen.

Die spanische *transición* als friedlicher Übergang von der Diktatur zur Demokratie innerhalb der Legitimität des bestehenden Systems, als ‚paktierte Reform‘ zwischen alten Eliten und Opposition, kann nur vor dem Hintergrund der Spezifität des Franco-Regimes verstanden werden. Am Anfang der Arbeit steht deswegen der Versuch einer Charakterisierung der fast vierzigjährigen Diktatur.

Der spanische ‚Umgang mit der Vergangenheit‘ soll aus drei unterschiedlichen, sich ergänzenden Perspektiven untersucht werden. Zuerst wird nach den Voraussetzungen des Beschweigens der Diktatur gefragt. Für alle politischen Akteure der *transición*, für die alten Eliten ebenso wie für die Kräfte der Opposition, hatte Franco eine fundamentale Bedeutung besessen: Teilweise wurzelte die politische Legitimität der Akteure in seinem Regime, teilweise hatten die Akteure gerade aus der Ablehnung seiner Diktatur ihre Legitimation gezogen. Dass Franco fast unmittelbar nach seinem Tod diese Bedeutung einbüßte, dass kaum jemand noch von der Zeit der Diktatur sprach, legt die Vermutung nahe, dass die unmittelbare Vergangenheit in Spanien ‚verdrängt‘ wurde. Verdrängung wird hier nicht als individuell-psychologisches Phänomen verstanden, sondern als eine politische Strategie eines ‚willentlichen Vergessens‘.

Es erscheint naheliegend, dass die alten Eliten ihre Beteiligung am Franco-Regime ‚verdrängten‘, um ihre demokratische Glaubwürdigkeit nicht zu gefährden. Aber warum schwieg die Opposition? Warum forderte sie keine ‚Abrechnung mit der Diktatur‘? Welche Rolle wies sie der Vergangenheit und somit der Geschichte zu?

Die erste Perspektive der Untersuchung ist insofern eine *geschichtspolitische* Perspektive, basierend auf der Definition von Edgar Wolfrum. Analysiert wird ein „Handlungs- und Politikfeld, auf dem verschiedene Akteure Geschichte mit ihren spezifischen Interessen befrachten und politisch zu nutzen suchen. Sie (die Geschichtspolitik) zielt auf die Öffentlichkeit und trachtet nach legitimierenden, mobilisierenden, politisierenden, skandalisierenden, diffamierenden usw. Wirkungen in der politischen Auseinandersetzung.“<sup>4</sup> Das Erkenntnisinteresse von Forschungen zu Geschichtspolitik richtet sich auf „die öffentlichen Konstruktionen von Geschichts- und Identitätsbildern.“<sup>5</sup> Geschichtspolitiker können nach

---

<sup>4</sup> Wolfrum, Edgar: *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung*, Darmstadt 1999, S. 25.

<sup>5</sup> Bock, Petra/ Wolfrum, Edgar (Hrsg.): *Umkämpfte Vergangenheit*, Göttingen 1999, S. 9. (Zukünftig abgekürzt: Bock/ Wolfrum, *Umkämpfte Vergangenheit*.)

dieser Definition Politiker, Journalisten, Intellektuelle und Wissenschaftler sein: Sie alle verfügen über das notwendige Gestaltungspotential.

Im Rahmen dieser Arbeit soll untersucht werden, welche Geschichtsbilder von welchen Akteuren mit welcher Absicht und mit welchem Ergebnis in Umlauf gebracht wurden. Der Bürgerkrieg hatte für die Diktatur eine fundamentale Bedeutung gehabt, schließlich war der Sieg im Bürgerkrieg Francos Herrschaftslegitimation. Aber welche Bedeutung hatte der Bürgerkrieg im Diskurs der *transición*? Wie änderte sich die geschichtspolitische Debatte durch den Regierungswechsel von Arias Navarro zu Suárez und, weitaus wichtiger, durch die ersten demokratischen Wahlen? Welchen Einfluss hatte die geschichtspolitische Debatte auf die Verhandlungen über die Verfassung? Um eine Beantwortung dieser Fragen bemühe ich mich im zweiten Kapitel.

Die zweite Perspektive der vorliegenden Arbeit ist eine *vergangenheitspolitische*. Die Vergangenheitspolitik als „politische Dimension der Aufarbeitung diktatorischer Vergangenheit“ zeigt sich, im Sinne von Edgar Wolfrum und in Anlehnung an Norbert Frei, in den praktisch-politischen Maßnahmen, die den Umgang mit dem überwundenen System maßregeln sollen.<sup>6</sup> Da es sich im Fall Spanien nicht um ein ‚überwundenes‘ sondern ein ‚sich selbst überwindendes‘ System handelt, fehlen Maßnahmen zur Bestrafung und Disqualifikation der alten Eliten. Die Vergangenheitspolitik beschränkte sich auf das Amnestiegesetz. Seine Entstehung und Funktion soll im dritten Kapitel erläutert werden.

Geschichtspolitik und Vergangenheitspolitik sind, so stellt Edgar Wolfrum fest, „zwei Seiten ein und derselben Medaille: der umkämpften Vergangenheit.“<sup>7</sup> Eine strikte Trennung beider Ansätze ist nicht möglich: Die Diskussionen um das Amnestiegesetz waren ein wichtiger Bestandteil des geschichtspolitischen Diskurses. Die geschichtspolitischen Debatten in den franquistischen *Cortes* wiederum gaben die zukünftigen vergangenheitspolitischen Maßnahmen vor.

Einen dritten thematischen Zugang ermöglicht die *Gedächtnisgeschichte*. Gedächtnisgeschichte wird hier verstanden als Geschichte vom Umgang mit dem kollektiven Gedächtnis. Maurice Halbwachs hat als erster die soziale Bedingtheit des Gedächtnisses erkannt: Erinnerung wird das, was das soziale Umfeld für erinnerungswürdig erachtet. Somit dient das kollektive Gedächtnis der Sicherung der eigenen (Gruppen-)Identität.<sup>8</sup> Jan Assmann hat basierend auf diesen Überlegungen die Bedeutung des kulturellen Gedächtnisses herausgearbeitet. Das kulturelle Gedächtnis erschafft, bewahrt und übermittelt Mythen und sym-

---

<sup>6</sup> Bock/ Wolfrum, *Umkämpfte Vergangenheit*, S. 8 und Frei, Norbert: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996, S. 8-16.

<sup>7</sup> Bock/ Wolfrum, *Umkämpfte Vergangenheit*, S. 9.

<sup>8</sup> Siehe Halbwachs, Maurice: *Das kollektive Gedächtnis*, Frankfurt 1985. (Zuerst *La mémoire collective*, Paris 1950)

bolische Figuren.<sup>9</sup> Insofern ist es ein Instrument der Herrschaft: Wer die Deutungsmacht besitzt, besitzt auch die reale Macht.

Was von einer Gesellschaft als erinnerungswürdig erachtet wird, gibt Aufschluss über ihr Selbstbild. Am offiziellen Gedenken, an der Art und Weise der Inszenierung und Ritualisierung von Erinnerung lässt sich außerdem ablesen, welche Rolle der Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft zugewiesen wird. Da das kollektive Gedächtnis seinen Inhalt in Abhängigkeit von der Gegenwart permanent reorganisiert, also höchst dynamisch ist, bietet es sich als Kategorie für die Untersuchung einer ‚Gesellschaft im Wandel‘ – und darum handelt es sich im Spanien der *transición* zweifelsfrei - an.

Mit seiner siebenbändigen Untersuchung der französischen *lieux de mémoire*, der Gedächtnisorte Frankreichs, hat Pierre Nora Pionierarbeit auf dem Gebiet der Gedächtnisgeschichte geleistet. Ein Gedächtnisort kann nach Nora alles sein, was Gegenstand nationaler Erinnerung und Identitätsbildung war, seien es Denkmäler, Wallfahrts- oder Begräbnisstätten, Jahrestage oder Feste.<sup>10</sup> Auf Grund ihrer Fassbarkeit haben sich die Gedächtnisorte als nützliche Kategorie zur Exploration des kollektiven Gedächtnisses erwiesen.

Das Augenmerk der vorliegenden Arbeit richtet sich sowohl auf die Gedächtnisorte der Franco-Zeit als auch auf die Gedächtnisorte der Republik: Die ‚Versöhnung‘, von der im Spanien der *transición* so häufig die Rede war, sollte eine Versöhnung zwischen den ehemaligen Bürgerkriegsparteien sein, zwischen dem Spanien der Republik und dem Spanien der Diktatur. Von einer Untersuchung der Gedächtnisorte als „Kristallisationspunkten kollektiver Erinnerung und Identität“<sup>11</sup> verspreche ich mir zum einen Erkenntnis über das Selbstbild des sich wandelnden Spaniens und die während der *transición* herrschenden Geschichtsbilder, zum anderen erhoffe ich mir auch Aufschluss über den Stand dieser Versöhnung. Die Begriffe ‚Republik‘ und ‚Diktatur‘ beziehen sich nicht strikt auf zeitliche Abschnitte, sondern weisen als symbolische Begriffe darüber hinaus: Ein Gedächtnisort der Franco-Diktatur kann auch der Todestag des Diktators sein, obwohl im streng temporären Sinn dieser das Ende der Diktatur bedeutete - ein Gedächtnisort der Republik kann die Bombardierung Guernicas sein, obwohl der Angriff der deutschen Legion Condor mitten im spanischen Bürgerkrieg stattfand.

Der ‚18. Juli 1936‘ und der ‚1. April 1939‘ waren als Beginn und Ende des Bürgerkrieges die Gründungsmythen der Diktatur. Sie integrierten, grenzten aus und schufen dadurch Gemeinschaft. In ihnen manifestierten sich „(...) Sinnversprechen, durch welche die Vergangenheit mit der Gegenwart verbunden wird, und zwar so, dass die Vergangenheit über die Gegenwart hinaus in die Zukunft ver-

---

<sup>9</sup> Siehe Assmann, Jan: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1997, S. 48-66.

<sup>10</sup> Siehe Nora, Pierre: Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Berlin 1990.

<sup>11</sup> Francois, Etienne/ Schulze, Hagen (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte, Band1, München 2001, S. 17f.

weist.<sup>12</sup> Am Umgang und an der Bewertung dieser franquistischen Gründungsmythen, an den offiziellen und inoffiziellen Gedenkritualen lässt sich ablesen, wie die Diktatur erinnert und bewertet wurde. Der Todestag Francos zwang, so ist anzunehmen, zur geschichtspolitischen Auseinandersetzung mit dem Diktator. Der ‚20. November 1975‘ und, als Ort des Totengedenkens, die Begräbnisstätte Francos, das monumentale *Valle de los Caídos*, sind somit der dritte im Rahmen dieser Arbeit zu untersuchende Gedächtnisort der Franco-Diktatur.

Durch den Bürgerkrieg und die Repressionsmaßnahmen der Franco-Diktatur wurden die Gedächtnisorte der Republik in Spanien weitgehend zerstört. Da viele der republikanischen Kämpfer und Politiker ins Ausland flohen und ihre Institutionen mitnahmen, lebte die Republik und das Gedenken an sie jedoch im Exil weiter. Die ‚Republik im Exil‘ ist der ‚extraterritoriale‘ Gedächtnisort der Republik. Durch die Rückkehrer wurde das Spanien der *transición* mit der Vergangenheit konfrontiert und so zur Erinnerung gezwungen. Gleichzeitig brachten diese Rückkehrer ihre eigenen Traditionen der Erinnerung mit. Die ‚Republik im Exil‘ ist ein höchst vielschichtiger, im Wortsinn ‚lebendiger‘ Gedächtnisort. Mit den ‚Orten der Trauer‘ und ‚Guernica‘ richtet sich das Interesse aber auch auf ‚herkömmliche‘ Orte. Untersucht werden die wenigen, geschichtspolitischen Initiativen der *transición* zur Ehrung der Toten der Republik. An der baskischen Stadt Guernica lässt sich durch ihre dreifache Disposition als ‚heilige Stätte‘ des Baskenlandes, als Ort des Bombardements durch die Legion Condor und als Gegenstand eines weltberühmten Gemäldes der Umgang mit der Erinnerung an den Bürgerkrieg aus republikanischer und baskischer Sicht besonders gut beobachten.

Der Umgang mit den Gedächtnisorten der Republik und der Diktatur war ein wichtiger Bestandteil der Geschichtspolitik der *transición*.

Als Konsequenz aus dem Beschweigen musste die Erinnerung an die Diktatur und an bestimmte Kapitel des Bürgerkrieges allerdings rudimentär bleiben. Diese Lücken im kollektiven Gedächtnis sind Gegenstand des sechsten Kapitels. Es ist der Versuch, einige Ansatzpunkte für die Geschichte des ‚vergessenen Spanien‘ aufzuzeigen.

Ergänzend zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung um das kollektive Gedächtnis in Politik und Medien möchte ich auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung untersuchen. Gegenstand des siebten Kapitels ist deswegen die Rolle der Historiographie während der *transición*.

Die Ansätze der Geschichtspolitik, der Vergangenheitspolitik und der Gedächtnisgeschichte können helfen zu verstehen, wie es zum ‚Verdrängen um der Versöhnung willen‘ kam. Die möglichen Spätfolgen dieses Umgangs mit der Vergangenheit sollen - in hypothetischer Form - im Schlusskapitel aufgezeigt werden.

---

<sup>12</sup> Münkler, Herfried: Politische Mythen und nationale Identität. In: Wolfgang Frindte/ Harald Pätzolt (Hrsg.), *Mythen der Deutschen*, Opladen 1994, S. 21-27, S. 21.

### *Forschungsstand und Quellengrundlage*

Die Geschichte der *transición* ist gut erforscht. Eine Vielzahl von Publikationen hat sich aus politikwissenschaftlicher und historischer Perspektive mit dem sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wandel in Spanien seit Mitte der siebziger Jahre beschäftigt. Die Geschichte der einzelnen Akteure, der Parteien und Gewerkschaften, der Kirche und des Militärs wurde ausführlich behandelt. Bibliographien zu Einzelaspekten finden sich in dem von Walther L. Bernecker und Carlos Seidel Collado herausgegebenen Sammelband *Spanien nach Franco* und im von Ramón Cotarelo herausgegebenen Sammelband *Transición política y consolidación democrática*.<sup>13</sup> Mit der symbolischen Politik der *transición* hat sich in jüngster Zeit Laura Edles befasst.<sup>14</sup>

Trotz der internationalen Konjunktur der Forschungen zu Geschichtspolitik und Gedächtnisgeschichte haben Arbeiten, die sich mit Erinnerung und Gedächtnis im Spanien des 20. Jahrhunderts beschäftigen, lange auf sich warten lassen.<sup>15</sup> Einen ersten Vorstoß hat Paloma Aguilar Fernández mit der Studie *Memoria y olvido de la Guerra Civil española* unternommen. Auf einer breiten Quellenbasis – die Politikwissenschaftlerin wertet neben Parlamentsakten, Parteischriften und Tages- und Wochenzeitungen auch filmisches Material wie den *No-Do* aus – weist Aguilar die fundamentale Bedeutung nach, die der Bürgerkrieg für die Diktatur und die Politik der *transición* hatte.<sup>16</sup> Das Gedächtnis des Bürgerkrieges hat Aguilar in Teilstudien auch in bezug auf regionale Besonderheiten und die Amnestiegesetze untersucht.<sup>17</sup> Auf das Nachwirken der Franco-Diktatur im kollektiven Gedächtnis geht Aguilar nicht näher ein. Ihre Monographie *Justicia, política y memoria: Los legados del franquismo en la transición española* (Übers. d. Verf.: Justiz, Politik und Gedächtnis: Das Vermächtnis des Franquismus während der spanischen *transición*) verspricht, diese Lücke zu schließen.

---

<sup>13</sup> Siehe Walther L. Bernecker/ Carlos Collado Seidel (Hrsg.): *Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975-1982*, München 1993; Cotarelo, Ramón (Hrsg.): *Transición política y consolidación democrática. España (1975-1986)*, Madrid 1992.

<sup>14</sup> Siehe Edles, Laura: *Symbol and ritual in the new Spain*, Cambridge 1998.

<sup>15</sup> Zur internationalen Konjunktur vgl. den Forschungsbericht von Wolfrum, Edgar: *Geschichte als Politikum – Geschichtspolitik. Internationale Forschungen zum 19. und 20. Jahrhundert*. In: *Neue Politische Literatur* 41 (1996), S. 376-401.

<sup>16</sup> Der *No-Do* (*Colección de noticiarios y documentales de proyección obligatoria*) ist die Sammlung der während der Diktatur in den Kinosälen obligatorisch ausgestrahlten Politik- und Nachrichtensendungen. Siehe Aguilar Fernández, Paloma: *Memoria y olvido de la Guerra Civil española*, Madrid 1996. (Zukünftig abgekürzt: Aguilar, *Memoria y Olvido*.) Diese Studie ist kürzlich auch in englischer Sprache erschienen: Aguilar Fernández, Paloma: *Memory and amnesia: the role of the Spanish Civil War in the transition to democracy*, New York 2001. Für die vorliegende Arbeit wurde die spanische Originalausgabe verwendet.

<sup>17</sup> Siehe Aguilar Fernández, Paloma: *The Memory of the Civil War in the Transition to Democracy: The Peculiarity of the Basque Case*. In: Paul Heywood (Hrsg.), *Politics and Policy in Democratic Spain: No longer different?* London 1999, S. 5-25 und Aguilar Fernández, Paloma: *La amnesia y la memoria: Las movilizaciones por la amnistía en la transición a la democracia*. In: Rafael Cruz/ Manuel Pérez Ledesma (Hrsg.), *Cultura y movilización en la España contemporánea*, Madrid 1997, S.327-357.

Da diese Studie erst kürzlich erschienen ist, konnte sie für die vorliegende Arbeit leider nicht mehr ausgewertet werden.<sup>18</sup> Basierend auf den Erkenntnissen von Paloma Aguilar hat sich Alberto Reig Tapia mit der geschichtspolitischen Auseinandersetzung über den Bürgerkrieg beschäftigt.<sup>19</sup>

Die Bedeutung des Bürgerkrieges für die aktuelle Politik - aus der Perspektive des 50. Jahrestages seines Beginns - haben die Historiker Javier Tusell und Fernando Díaz Plaja in ausführlichen politisch-historischen Essays beleuchtet.<sup>20</sup> Auf die Instrumentalisierung der Geschichte durch die politischen Akteure gehen beide Wissenschaftler jedoch nicht näher ein.

Die Kritik am Beschweigen der Franco-Diktatur hat sich bis jetzt hauptsächlich in politischen und kulturkritischen Essays niedergeschlagen.<sup>21</sup> Eine historische Untersuchung des geschichtspolitischen Umgangs mit der Franco-Diktatur steht – abgesehen von der Monographie Aguilars – noch aus.

Erste Ansatzpunkte hierfür will die vorliegende Arbeit aufzeigen. Da in ihr sowohl geschichtspolitische, vergangenheitspolitische als auch gedächtnisgeschichtliche Fragestellungen behandelt werden, mussten unterschiedliche Quellen herangezogen werden. Um die geschichtspolitische Auseinandersetzung in den franquistischen *Cortes* und dem demokratischen Parlament nachzeichnen zu können, war eine Analyse der parlamentarischen Amtsschriften unabdinglich. Aus der Fülle des Materials habe ich die Debatten gewählt, die sich – für die Zeit vor den demokratischen Wahlen - mit der Reform des politischen Systems und somit auch mit der Frage nach dem Umgang mit dem franquistischen Erbe beschäftigen.<sup>22</sup> Für die Zeit nach den Wahlen bieten sich die Mitschriften zu den Verfassungsverhandlungen in den Ausschüssen und im Plenum an.<sup>23</sup> Beschränkt habe ich mich dabei auf die Sitzungen, die auf Grund ihrer Thematik eine besondere Brisanz besaßen: Die Frage der Staatsform und der territorialen Struktur Spaniens war während der neuesten spanischen Geschichte immer kontrovers diskutiert worden. Da Franco den Zentralstaat durchgesetzt und die regionalen Bewegungen massiv unterdrückt hatte, war bei diesem Thema eine zugespitzte, geschichtspolitische Auseinandersetzung zu erwarten. Die wenigen genuin geschichtspolitischen Initiativen von Seiten des Parlaments und/oder der Regierung in Form von Anfragen, Anträgen oder Gesetzesvorhaben wurden anhand

---

<sup>18</sup> Siehe Aguilar Fernandez, Paloma: *Justicia, política y memoria: Los legados del franquismo en la transición española*, Madrid 2001.

<sup>19</sup> Siehe Reig Tapia, Alberto: *Memoria viva y memoria olvidada de la guerra civil*. In: *Sistema. Revista de Ciencias Políticas*, Nr.136 (Januar 1997), S. 27-41.

<sup>20</sup> Beide Arbeiten sind mehr Reflexionen als Auswertung von Quellenmaterial. Siehe Díaz-Plaja, Fernando: *La España que sobrevive. Cincuenta años después de la guerra*, Madrid 1987 sowie Tusell, Javier: *Los hijos de Sangre. La España de 1936 desde 1986*, Madrid 1986.

<sup>21</sup> Am ausführlichsten gehen darauf ein Morán, Gregorio: *El precio de la transición*, Barcelona 1991 und Vilarós, Teresa M.: *El mono del desencanto. Una crítica cultural de la transición española (1973-1993)*, Madrid 1998.

<sup>22</sup> *Boletín Oficial des las Cortes, Diario de las Sesiones del pleno, X. Legislatur (1975-1977)*.

<sup>23</sup> *Diario de Sesiones, Congreso de los diputados y Senado (1977-1978)*

des Index im *Boletín Oficial del Estado* und im *Diario de Sesiones* ermittelt. Eine Analyse der Debatten anlässlich des Amnestiegesetzes rundet die Auswertung der Amtsschriften ab.

In Ergänzung zu den Parlamentsdebatten wird die geschichtspolitische Haltung der Parteien, die Frage ihrer Haltung zum Franco-Regime, durch einen Blick in Wahlprogramme und andere programmatische Schriften zu ergründen versucht. Da bis zu den Wahlen die franquistischen *Cortes* die Aufgaben des Parlaments innehatten fand in der Zeit von Francos Tod bis zum Juni 1977 die politische Debatte, die Formulierung und Konsolidation von Positionen hauptsächlich in der Presse statt. In diesem Sinne, so urteilt der Medienwissenschaftler Juan Montabés Pereira, waren die Zeitungen *parlamentos de papel*, Parlamente aus Papier.<sup>24</sup> Die Positionen der Zeitungen zu den grundlegenden Fragen des Reformprozesses müssen also ergründet werden, um die Geschichtspolitik der *transición* verstehen zu können.

Von der Vielzahl regelmäßiger Publikationen, die nach Francos Tod erschienen – Montabés spricht von 1.112 Zeitungen und Zeitschriften, die zwischen 1975 und 1978 registriert werden – konnten nur wenige das Versprechen publizistischer Kontinuität einhalten: Ihre Lebensdauer betrug häufig nicht mehr als einige Monate. Viele dieser Periodika waren auf ein spezielles Zielpublikum zugeschnitten.<sup>25</sup>

Von den politischen Tageszeitungen erreichten *El País*, *ABC*, *La Vanguardia*, *Ya* und *Pueblo* eine Auflage von über 100.000 Exemplaren. Um ein möglichst differenziertes Bild zu erhalten, gleichzeitig aber den Rahmen des Möglichen nicht zu sprengen, habe ich mich auf eine Auswertung von *El País*, *ABC* und *La Vanguardia* beschränkt. Mit einer Auflage zwischen rund 181.400 (1975) und 135.700 (1978) verkaufter Exemplare war die Madrider *ABC* das Sprachrohr der Konservativen, die einer Reform kritisch gegenüberstanden. *El País* kam am 4. Mai 1976 auf den Markt und vertrat von Anfang an dezidiert demokratische, pro-reformistische Positionen. Zu ihren Gründungsaktionären zählte die Tageszeitung sowohl Persönlichkeiten, die der konservativen *Alianza Popular* zugeordnet wurden, als auch Sympathisanten der kommunistischen PCE. *El País* sollte mit rund 129.000 verkauften Exemplaren zur einflussreichsten periodischen Publikation der *transición* werden. Als spanischsprachige Zeitung, die die regionalen Interessen Kataloniens vertrat, wurde *La Vanguardia* aus Barcelona ausgewertet. Mit zwischen 220.200 (1975) und 186.900 (1978) verkauften Exemplaren konnte sie sich ihren Einfluss auch bewahren, als erste rein katalanische Zeitungsprojekte wie *Avui* erschienen. Ergänzend wurde die 1971 gegründete Wochenzeitschrift *Cambio 16* zugezogen. Für die Zeit vor Francos Tod hat

---

<sup>24</sup> Siehe Montabés Pereira, Juan: Los parlamentos de papel en el caso español. In: Carlos Filguero/ Dieter Nohlen (Hrsg.), *Prensa y transición democrática: Europa y América Latina*, Madrid 1994, S. 42-67, S. 50f. (Zukünftig abgekürzt: Montabés, *Parlamentos de papel*.) Die Darstellung der Zeitungslandschaft stützt sich im wesentlichen auf Montabés.

<sup>25</sup> Siehe Montabés, *Parlamentos de papel*, S. 56ff.

das publizistische Projekt *Cuadernos para el Diálogo* unter der Federführung des Christdemokraten Joaquín Ruiz besondere Bedeutung.

Als Geschichtspolitiker hatten die Journalisten vor allem auf die Gestaltung der Gedächtnisorte großen Einfluss. Sie schufen Öffentlichkeit, verbreiteten Geschichtsbilder, ermöglichten und steuerten Debatten. Bei den betreffenden Kapiteln steht die Publizistik deswegen im Mittelpunkt der Analyse. Da sich diese Arbeit aus gedächtnisgeschichtlicher Perspektive auch mit Aspekten der Franco-Diktatur und des Bürgerkrieges befasst, wurde die betreffende Sekundärliteratur konsultiert.

An machen Stellen war es notwendig, die Traditionen des Gedenkens bis in die heutige Zeit zu verfolgen. Hierzu wurden die Online-Archive der spanischen Tageszeitungen *El País*, *El Mundo* und *La Vanguardia* konsultiert. Ergänzend wurde in den deutschen Tageszeitungen *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Die Welt* und *Tageszeitung* recherchiert.

Zentrale Begriffe wie *reconciliación* (Versöhnung), *concordia* (Eintracht), *moderación* (Mäßigung), *convivencia pacífica* (friedliches Zusammenleben), *consenso* (Konsens) und *olvido* (Vergessen) wurden den Quellen entnommen und meist im spanischen Original gebraucht. *Olvido* bezeichnet auch eine Form des geschichtspolitischen Umgangs und wird als Bezeichnung hierfür in der deutschen Form gebraucht.

### ***Die Franco-Diktatur – zwischen faschistischem Gestus und autoritärem Regime***

Francisco Franco bezog seine Legitimität aus seinem Sieg über das republikanische Spanien im Bürgerkrieg. Seine Macht versuchte er in den Nachkriegsjahren durch harte Repressionsmaßnahmen zu zementieren. Das Militär, über das der *Generalísimo* seit 1937 eine Vormachtstellung hatte, war zu dieser Zeit seine wichtigste Stütze: Offiziere hielten Schlüsselpositionen in Verwaltung und Regierung inne.<sup>26</sup> Die Einheitspartei *Falange Española Tradicionalista y de las Juntas de Ofensiva Nacional Sindicalista* (kurz: FET y de las JONS), der nach dem Zusammenschluss im April 1937 sowohl die traditionell-monarchistischen Karlisten wie auch die faschistischen Falangisten angehörten, konzentrierte sich auf die Einführung eines Staatssyndikalismus. Einen anderen faschistischen Parteien vergleichbaren ideologischen Einfluss auf Inhalt und Form des Regimes hatte die FET y de las JONS nicht.<sup>27</sup>

Trotz eindeutig faschistischer Züge wie der politischen und sozialen Funktion der Repression oder des Personenkults in den ersten Jahren nach dem Bürgerkrieg kann das Franco-Regime nicht durchweg als faschistische Diktatur be-

---

<sup>26</sup> Siehe Bernecker, Walther L.: Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg, München 1988, S. 66f. (Zukünftig abgekürzt: Bernecker, Spanien)

<sup>27</sup> Zu den unterschiedlichen Strömungen innerhalb der FET y de las JONS vgl. Brooker, Paul: Twentieth-Century Dictatorships: The Ideological One Party States, Basingstoke 1995, S. 141-147. (Zukünftig abgekürzt: Brooker, One Party States)



zeichnet werden.<sup>28</sup> Eine einheitliche Ideologie fehlte, die politische Mobilisierung der Massen war äußerst gering. Der Politologe Juan José Linz hat für das Franco-Regime in Abgrenzung von totalitären Systemen und Demokratien den umstrittenen Begriff des autoritären Regimes eingeführt.<sup>29</sup> Linz zufolge prägte statt einer klar fassbaren Ideologie eine Mentalität, ein ‚emotionaler Weg des Denkens und des Fühlens‘ die Gesellschaft. Die geringe politische Mobilisierung der Gesellschaft habe einen ‚begrenzten Pluralismus‘ innerhalb dieser Mentalität erlaubt und eine friedliche Koexistenz unterschiedlicher Strömungen innerhalb eines Gleichgewichts der Kräfte ermöglicht.<sup>30</sup>

Auch wenn Linz die totalitären Tendenzen des Franco-Regimes unterschätzt, kann sein Ansatz helfen, die Dynamik des Regimes in seiner zweiten Phase zu erklären.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der endgültigen Niederlage der Achsenmächte geriet Spanien zunehmend in außenpolitische Bedrängnis. Auf der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 war das spanische Regime verurteilt und von der Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen für ein Jahr ausgeschlossen worden. Mit dem Erlass des ‚Grundgesetzes der Spanier‘ wollte Franco dem Regime einen halbkonstitutionellen Rahmen geben und so die internationale Anerkennung Spaniens erreichen. Einen wesentlich größeren Einfluss auf die Rehabilitation Spaniens hatte allerdings der Beginn des Kalten Krieges. Die USA schlossen im September 1953 mit Spanien ein Stützpunktabkommen, das der Supermacht gegen wirtschaftliche Unterstützung die Stationierung von Kampfflugzeugen und atomar betriebenen U-Booten gestattete. Einen Monat zuvor hatte der Vatikan ein Konkordat mit dem Franco-Regime unterzeichnet.<sup>31</sup> Auf innenpolitischem Gebiet war es die von Streiks und Unruhen der Arbeiter und der Universitäten begleitete Wirtschaftskrise von 1956, die zu einem Wandel des Regimes führte. Die autarke, nationalsyndikalistische Wirtschaftspolitik der *Falange* war gescheitert, der Einfluss der *Falange* wurde durch die Regierungsumbildung 1957 fast vollständig zurückgedrängt. Die Ministerien für Handel und Finanzen lagen jetzt in den Händen von Mitgliedern der ordensähnlichen, katholischen Organisation Opus Dei.<sup>32</sup>

---

<sup>28</sup> Über die Repression in den Anfangsjahren des Regimes siehe Richards, Michael: *A Time of Silence. Civil War and the Culture of Repression in Franco's Spain, 1936-1945*, Cambridge 1998. (Zukünftig abgekürzt: Richards, *Culture of Repression*). Zum Personenkult um Franco siehe Brooker, *One Party States*, S. 147.

<sup>29</sup> Die Theorie der autoritären Regime erarbeitete Linz während seines Spanienaufenthaltes Ende der vierziger bis Anfang der sechziger Jahre. Linz, Juan José: *An Authoritarian Regime. The Case of Spain*. In: Erik Allard/ Yrjo Littunen (Hrg), *Cleavages, Ideologies and Party Systems*, Helsinki 1964, S. 291-341. (Zukünftig abgekürzt: Linz, *Spain*)

<sup>30</sup> Linz, Juan José: *Totalitäre und autoritäre Regime*, Berlin 2000, S. 131-137. (Zukünftig abgekürzt: Linz, *Autoritäre Regime*)

<sup>31</sup> Zu Inhalt und Bedeutung der Verträge vgl. Bernecker, *Spanien*, S. 100-108.

<sup>32</sup> Zur Bedeutung des Opus Dei vgl. Bernecker, *Spanien*, S. 112ff.

Der wirtschaftsliberale Kurs, den die ‚Technokraten‘ wie Handelsminister Alberto Ullastres und Finanzminister Mariano Navarro Rubio mit dem Stabilisierungsplan von 1959 einschlugen, hatte weitreichende gesellschaftspolitische Konsequenzen. Spanien entwickelte sich vom Agrarland zum Industriestaat und stieg innerhalb von 15 Jahren auf den zehnten Platz der Industrienationen auf. Die als ‚spanisches Wirtschaftswunder‘<sup>33</sup> bezeichnete Entwicklung wurde von Migrationsbewegungen vom Land zur Stadt begleitet und von einer verstärkten Auswanderung und Rückkehr in und aus dem europäischen Ausland. Gleichzeitig entdeckte Spanien den Tourismus als Einnahmequelle.

Das Wertesystem der Gesellschaft geriet in Bewegung. Liberale europazentrierte Ideen verbreiteten sich in den sechziger Jahren rasch. An den Universitäten formierte sich Widerstand. Auch innerhalb der Kirche gab es spätestens seit dem 2. Vatikanischen Konzil (1962-1965) unterschiedliche Strömungen, die von Franco geduldet werden mussten, wollte er seine Allianz mit der Kirche nicht gefährden. Durch massive Streiks erkämpften sich die Arbeiter in Barcelona und Madrid 1962 die Duldung von Ansätzen gewerkschaftlicher Arbeit in den *Comisiones Obreras*. Im Baskenland und in Katalonien wurden die Rufe nach Autonomie immer lauter.

Das Regime war nicht fähig, auf die gesellschaftliche Entwicklung angemessen zu reagieren. Das von Manuel Fraga Iribarne entworfene Pressegesetz von 1966, das die Vorzensur abschaffte, beschränkte Meinungsvielfalt und dosierte Kritik am Regime erlaubte,<sup>34</sup> und die Einführung einer eingeschränkten Religionsfreiheit blieben nur der Versuch einer Liberalisierung.

Der ‚begrenzte Pluralismus‘, dessen Spielraum mit der Regierungsumbildung von 1957 vergrößert wurde, hatte eine Entwicklung ermöglicht, mit der das Regime jetzt nicht mehr Schritt halten konnte. Auf die Modernisierung im Wirtschaftsbereich folgte keine Erneuerung des politischen Systems. Diese Schere zwischen modernem Wirtschafts- und rückständigem Politiksystem stellte zunehmend die Legitimität Francos in Frage und war, so eine der zentralen Thesen des Historikers Walther L. Bernecker, Grund für den Niedergang des Franco-Regimes.<sup>35</sup> Franco gelang es nicht, den Bürgerkrieg als Gründungsmythos und Herrschaftslegitimation durch eine andere Legitimationsstrategie zu ersetzen.

---

<sup>33</sup> Bernecker, Walther L.: Sozialgeschichte Spaniens im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1990, S. 313. Dort findet sich auch weiteres Zahlenmaterial zur wirtschaftlichen Entwicklung Spaniens. (Zukünftig abgekürzt: Bernecker, Sozialgeschichte)

<sup>34</sup> Das Gesetz schaffte die Vorzensur ab. Der Staat verfügte aber weiterhin über weitreichende Eingriffsmöglichkeiten. Jede Zeitung musste eine halbe Stunde vor Auslieferung beim Informationsministerium hinterlegt werden. Journalisten konnten für ihre Artikel weiterhin straf-, zivil- und verwaltungsrechtlich belangt werden. Dennoch etablierten sich auf der Grundlage des Pressegesetzes von 1966 Zeitschriften wie die linkskatholischen *Cuadernos para el Diálogo*, die gegen die Diktatur ankämpften und während der *transición* eine bedeutende Rolle spielen sollten. Siehe auch Bernecker, Spanien, S. 139f.

<sup>35</sup> Siehe Bernecker, Sozialgeschichte, S. 316-323 und Bernecker, Spanien, S. 180ff.

Die hohe Personenbezogenheit seines Regimes wurde mit zunehmendem Alter des Diktators immer problematischer.

Innerhalb des franquistischen Machtapparates mehrten sich die Stimmen, die eine Reform des Systems forderten. Mit der *Ley orgánica del Estado* von 1967 sollte der Weg für einen Weiterbestand des Systems ohne Franco ermöglicht werden. Das Gesetz der ‚organischen Demokratie‘ sah eine Erweiterung des Nationalrates des *movimiento* vor. Die *Cortes* sollten zukünftig nach korporatistischem Familienwahlrecht gewählt werden. Diese halbdemokratische Neuerung blieb ohne Auswirkungen, da die *Cortes* weiterhin keine legislativen Rechte besaßen. Im Juli 1969 bestätigten die *Cortes* die Ernennung des Borbonenprinzen Juan Carlos zu Francos Nachfolger.

Die Spannungen zwischen den gemäßigt-reformistischen und den beharrenden, jede Reform ablehnenden Kräften des sogenannten *búnker* hielten an und führten zur Kabinettsumbildung von 1973. Der an Parkinson erkrankte Franco zog sich weitgehend aus der Politik zurück und übergab Luis Carrero Blanco, Vizepräsident seit 1967, das Amt des Ministerpräsidenten, behielt aber für sich selbst das Amt des Staatsoberhauptes. Die spektakuläre Ermordung Carrero Blancos durch die baskische Terrororganisation ETA (Euskadi ta Askatasuna) am 20. Dezember 1973 läutete die letzte Phase des Franquismus ein. Sein Nachfolger Carlos Arias Navarro versuchte vergeblich, inmitten einer Wirtschaftskrise die Protestbewegungen in den Universitäten und der Arbeiterschaft einzudämmen und des Problems des aufflammenden Terrorismus Herr zu werden. Die Regierung Arias Navarro schwankte zwischen halbherzigen Liberalisierungsversuchen wie der Initiative für ein Gesetz zur Legalisierung ‚politischer Assoziationen‘ und harter Repression, verbunden mit weitreichenden Zugeständnissen an die ultrakonservativen, reformfeindlichen Kräfte innerhalb des franquistischen Machtapparates. Als Franco am 20. November 1975 nach langer Krankheit starb, befand sich der Franquismus in einer tiefen Krise. Die noch von Carrero Blanco beabsichtigte Erneuerung des *movimiento* war gescheitert. An der Idee eines *Franquismo sin Franco*, eines Franquismus ohne Franco, hielt nur noch der *búnker* fest. Ein Teil der politischen Elite des Franco-Staates trat immer deutlicher für einen Wandel ein und versuchte so die reformorientierten wirtschaftlichen und sozialen Eliten zu gewinnen. Dieser ‚Pakt der Eliten‘ wurde von der Forschung lange Zeit als wesentliche Grundlage für das Gelingen des friedlichen Übergangs von der Diktatur zur Demokratie bewertet.<sup>36</sup>

In jüngster Zeit wird nicht nur sozialen Bewegungen, sondern auch der Zivilgesellschaft eine größere Bedeutung für die *transición* zugemessen. Nach Auffassung des Sozialwissenschaftler Victor Pérez Díaz war die Entstehung einer Zi-

---

<sup>36</sup> Zum elitentheoretischen Ansatz vgl. Higley, John/ Gunther, Richard (Hrsg.): *Elites and Democratic Consolidation in Latin America and Southern Europe*, Cambridge 1992. Daraus insbesondere: Burton, Michael/ Gunther, Richard/ Higley, John: *Elite transformations and democratic regimes*, S. 1-37. Vgl. außerdem Martínez, Robert: *Business Elites and Political Change*. In: Gunther, Richard (Hrsg.): *Politics, Society and Democracy: The Case of Spain*, Oxford 1992, S. 113-139.

vilgesellschaft seit den späten fünfziger Jahren Grundlage für eine erfolgreiche Demokratisierung: In einem Staat mit zunehmend marktwirtschaftlicher Ordnung und ansatzweise rechtsstaatlichen Elementen seien neue politische Verhaltensweisen und Widerstandsmethoden eingeübt worden.<sup>37</sup> An den Universitäten, im Bürgertum und in der Arbeiterschaft sei eine vordemokratische Kultur entstanden, die Ideen und Mentalitäten geprägt und geformt habe. Mitte der siebziger Jahre entsprach der Lebensstil der spanischen Gesellschaft somit dem einer liberalen Demokratie.<sup>38</sup> Die mangelnde Fähigkeit des Regimes zur Mobilisierung hatte das Entstehen dieser neuen Kultur ermöglicht.

Ein wesentlicher Bestandteil dieser neuen politischen Kultur war ein neues Verständnis des Bürgerkrieges. Das Verständnis des Bürgerkrieges als traumatische Erfahrung, als für alle Zukunft zu vermeidende Tragödie prägte Politik und öffentlichen Diskurs der *transición*. Im Mittelpunkt stand dabei die Forderung nach Versöhnung, nach *reconci-liación*.

---

<sup>37</sup> Pérez Díaz, Víctor: España puesta a prueba 1976-1996, Madrid 1996, S. 21. (Zukünftig abgekürzt: Pérez-Díaz, España)

<sup>38</sup> Siehe Pérez-Díaz, Víctor: The return of Civil Society, Cambridge 1993, S. 35. (Zukünftig abgekürzt: Pérez-Díaz, Civil Society)

## 2 Geschichtspolitik: Das Trauma Bürgerkrieg

### 2.1 *Erbe des Bürgerkrieges: der unerfüllte Wunsch nach Versöhnung*

#### 2.1.1 Die Forderung der Opposition nach Versöhnung

Durch den zunehmenden Wohlstand, den nachlassenden Einfluss des Militärs und der Falange und die gesteigerte Bedeutung der zivilen Tugenden hatte das Schreckgespenst Bürgerkrieg an Wirkungskraft verloren. Außerdem wuchs in Spanien eine Generation heran, die den Bürgerkrieg nur noch aus Erzählungen kannte. Mit Veteranenaufmärschen am 18. Juli, dem Tag des *alzamiento*, des militärischen Aufstands, und bombastischen Siegesfeiern am 1. April, dem Ende der *guerra civil*, Denkmälern wie dem Mausoleum *Valle de los Caídos* in der Sierra Guadarrama in der Nähe von Madrid hatte Franco versucht, die Erinnerung an den Bürgerkrieg zu konservieren und einzufrieren.

*De facto* war das Land noch immer in Sieger und Besiegte geteilt. Zwar waren die wirtschaftlichen Nachwirkungen des Bürgerkrieges zum größten Teil überwunden, Zehntausende Spanier befanden sich allerdings immer noch im Exil, die Versehrten und Witwen der republikanischen Armee waren denen der nationalistischen immer noch nicht gleichgestellt.<sup>39</sup> Diese Trennung in Sieger und Besiegte wurde in einem Land, das sich immer mehr dem westeuropäischen Standard näherte, als künstlich empfunden.<sup>40</sup> Die Forderung nach Versöhnung, nach *reconciliación*, wurde laut.

Vorangetrieben wurde dieser Versöhnungsdiskurs von zwei der ehemaligen Bürgerkriegskontrahenten: Die Kommunistische Partei und die katholische Kirche postulierten unabhängig voneinander die *reconciliación* als Bedingung für eine (wie auch immer geartete) Weiterentwicklung Spaniens. Damit wurde ein Tabu gebrochen, schließlich waren in den Jahren nach dem Bürgerkrieg Texte, die das Wort Versöhnung enthielten, zensiert und ihre Autoren mit Ermahnungen bedacht worden.<sup>41</sup>

Die PCE (Partido Comunista de España) begriff Versöhnung in erster Linie als Strategie zur Überwindung des Regimes. Nachdem die Parteiführung den Guerillakampf zur Jahreswende 1947/48 aufgegeben hatte, beschränkte man sich auf die Ausnutzung der legalen Methoden wie der Mitarbeit in den vertikalen Syndikaten des Regimes.<sup>42</sup> Im Juli 1956 leitete die Partei unter der Federführung von Santiago Carrillo ihre Versöhnungspolitik ein. Im Vorfeld des 20. Jahresta-

---

<sup>39</sup> Einen zeitgenössischen Bericht über die Problematik der republikanischen Versehrten und Kriegswitwen gibt Bravo-Tellado, Antonio: *Los mutilados del Ejército de la República*, Madrid 1976.

<sup>40</sup> Pérez-Díaz sieht den Grund hierfür im Heranwachsen einer Zivilgesellschaft: Bürgerkrieg und Zivilgesellschaft seien unvereinbare, gegensätzliche Konzepte. Pérez-Díaz, *España*, S. 26.

<sup>41</sup> So wurde der Aufruf des bekennenden Franco-Anhängers Kardinal Gomá *Lecciones de la Guerra y Deberes de la Paz* (Kriegslektionen und Friedenspflichten) von 1939 zensiert, weil er statt des politisch geduldeten Begriffes der *recuperación* (Überwindung) von *reconciliación* sprach. Siehe Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 189.

<sup>42</sup> Siehe Bernecker, *Spanien*, S. 120.

ges des Bürgerkriegsbeginns am 18. Juli 1936 sei es an der Zeit, den „Hass und Groll des Bürgerkrieges zu begraben, weil Revanchegefühle nichts Konstruktives sind“<sup>43</sup>. Spanien habe die Möglichkeit, die Lehren aus der Geschichte zu ziehen und mit der nationalen Aussöhnung einer langen Zeit von Putschen und Bürgerkriegen ein Ende zu bereiten.<sup>44</sup> Die PCE erklärte sich bereit, für das übergeordnete Ziel der *reconciliación nacional* auch mit Kräften zusammenzuarbeiten, die „sich noch nicht den Kampf für die Abschaffung der Diktatur zum Ziel setzen und die im Augenblick nur für Teilforderungen eintreten“<sup>45</sup>. Langfristig erhoffte sich die PCE eine parlamentarische Demokratie für Spanien.<sup>46</sup>

Ein Grund für die Kompromissbereitschaft der Kommunisten war, neben der Entstalinisierung der Partei, ihre zunehmende Isolation im Gefüge der zwischen Exil und innerer Emigration zerrissenen Franco-Opposition.<sup>47</sup> Eine nicht unwesentliche Rolle für das Vorpreschen der PCE spielte ihre eigene Verstrickung in den Bürgerkrieg. Von der umfassenden Amnestie, die die PCE forderte, hätte die Partei selbst profitiert.

Die Interessen der Kirche waren ähnlich gelagert. *Reconciliación*, Versöhnung, die in den Publikationen der Kirche fast immer gleichzeitig mit *Olvido*, Vergessen und *Perdón*, dem christlichen Verzeihen genannt wurde, kam nicht zuletzt auch der spanischen Kirche zugute.<sup>48</sup> Schließlich hatte sie massiv die Nationalisten im Bürgerkrieg unterstützt und gegen die Republik agitiert. In einem kollektiven Brief im Juli 1937 hatten Angehörige der Kirche unter der Federführung des Bischofs Enrique Pla y Deniel dem Krieg der Nationalisten gegen die Republik als *crusada*, als ‚Kreuzzug des Guten gegen das Böse‘ ihren Segen gegeben.<sup>49</sup> In den Anfangsjahren war die Kirche einer der Grundpfeiler des Regimes, ihre moralischen Ansichten waren verpflichtend.

Durch das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) und die von ihm vorangetriebene Trennung von Kirche und Staat änderte sich dies. Zwar war schon in den fünfziger Jahren von jungen Arbeiterpriestern aus dem Baskenland und Vertretern der katholischen Soziallehre Kritik an der bedingungslosen Unterstüt-

---

<sup>43</sup> Erklärung der Kommunistischen Partei Spaniens für die nationale Aussöhnung, für eine demokratische und friedliche Lösung des spanischen Problems. (Spanischer Originaltitel: Declaración del Partido Comunista de España por la reconciliación nacional, por una Solución democrática y pacífica del problema Español), Internationale Schriftenreihe, Heft 26, Berlin 1956, S. 3. (Zukünftig abgekürzt: PCE, Nationale Aussöhnung.)

<sup>44</sup> Siehe PCE, Nationale Aussöhnung, S. 31ff.

<sup>45</sup> PCE, Nationale Aussöhnung, S. 37.

<sup>46</sup> Siehe PCE, Nationale Aussöhnung, S. 39.

<sup>47</sup> Siehe Bernecker, Spanien, S. 144.

<sup>48</sup> Siehe Aguilar, Memoria y Olvido, S. 177ff.

<sup>49</sup> Zwar gab es während des Bürgerkrieges auch von Seiten der Kirche Aufrufe zu Barmherzigkeit und Versöhnung, sie blieben allerdings die Ausnahme. Kritik an Franco kam vor allem vom baskischen Klerus, dessen Priester zum Teil die Autonomieforderungen unterstützten und unter der Repression der Nationalisten zu leiden hatten. Siehe Hernandez, Abel: El quinto poder. La iglesia de Franco a Felipe, Madrid 1995, S. 15-18. (Zukünftig abgekürzt: Hernandez, Iglesia)

zung Francos und der Beteiligung der Kirche am Bürgerkrieg geübt worden, durch das Konzil wurden die Prinzipien des Nationalkatholizismus zum ersten Mal jedoch offiziell von höchster Kirchenstelle in Frage gestellt.<sup>50</sup> Kritik an der sozialen Ungerechtigkeit, Forderungen nach einem Streikrecht kamen jetzt nicht nur aus den Reihen des niederen Klerus und/oder dem Baskenland und Katalonien, sondern auch aus höheren Ebenen der Hierarchie.<sup>51</sup>

Anlässlich des 20. Jahrestages des Bürgerkriegsendes 1959 bemängelte die Kirchenzeitschrift *Ecclesia* in ihrem Leitartikel, dass die Aufgabe der *reconciliación* noch lange nicht bewältigt sei.<sup>52</sup> Papst Johannes XIII. hatte bereits am 8. Dezember 1958 anlässlich des Welttages des Emigranten ein Telegramm nach Spanien geschickt, in dem er ausdrücklich auch alle Spanier segnete, die ihr Land verlassen mussten. In einer Note vom September 1961 an den Bischof von Barcelona, Modrego Casau, vermied Johannes Paul XIII. das Wort *cruzada* und verwendete statt dessen den lange tabuisierten Begriff *guerra civil*. Franco empfand die Reformen des Zweiten Vatikanischen Konzils und die Demokratie und Meinungsfreiheit verteidigende Enzyklika *Pacem in Terris* (1963) als Verrat, das Verhältnis zur spanischen Kirche kühlte sich ab, auch wenn es nie zum offiziellen Bruch kam.

Die spanische Kirche hatte die Notwendigkeit der Versöhnung zwar erkannt, das öffentliche Nachdenken über ihre eigene Rolle setzte allerdings erst später ein. Bis zu einer offiziellen Entschuldigung sollten noch zehn Jahre vergehen: Erst im September 1971 verabschiedete die spanische Bischofsversammlung mit einer Zweidrittelmehrheit eine Resolution, in der sie um Verzeihung bat „(...) damals, als es nötig war, nicht wahrhafte Minister der Versöhnung (...)“ gewesen zu sein.<sup>53</sup> Wesentlichen Einfluss auf diesen neuen Kurs der spanischen Kirche hatte der Erzbischof Enrique y Tarancón, der 1971 zum Präsidenten der Bischofskonferenz ernannt wurde und einen enormen Einfluss auf die öffentliche Meinung ausübte.<sup>54</sup>

War die PCE die erste (Exil-)Partei, die eine Versöhnungspolitik initiieren wollte, so bot die Kirche vor allem dem christlichen, gemäßigt-konservativen bis liberalen Bürgertum einen institutionellen Rahmen für die Debatte der politischen Zukunft Spaniens. Zum Forum hierfür wurden die von Joaquín Ruiz Giménez herausgegebenen *Cuadernos para el Dialogo* (Hefte für den Dialog). Die seit

---

<sup>50</sup> Siehe Callahan, William James: *The Catholic Church in Spain, 1875-1998*, Washington 2000, S. 501ff. (Zukünftig abgekürzt: Callahan, *Catholic Church*)

<sup>51</sup> Zu den Verteidigern des Streikrechtes gehörte auch Bischof Plá y Denial. Die soziale Lage in Spanien stand im Zentrum der Kritik, auch wenn die katholische Kirche in Spanien nicht zu einer einheitlichen Haltung zu diesem Problem im Besonderen und zum Franco-Regime im Allgemeinen fand. Siehe Callahan, *Catholic Church*, S. 500-526.

<sup>52</sup> Siehe Biescas, José Antonio/ Tuñón de Lara, Manuel: *España bajo la dictadura franquista (1939-1975)*, Barcelona 1981, S. 308. (Zukünftig abgekürzt: Biescas, *Dictadura franquista*)

<sup>53</sup> Zitiert nach Edles, Laura: *Symbol and ritual in the new Spain*, Cambridge 1998, S. 50. (Zukünftig abgekürzt: Edles, *Symbol and Ritual*)

<sup>54</sup> Siehe Pérez-Díaz, *Civil Society*, S. 167f.

Oktober 1963 monatlich erscheinende Zeitschrift hatte es sich zur Aufgabe gemacht

„(...) die Kommunikation zwischen den Ideen und den Gefühlen von Menschen unterschiedlicher Generationen, Glaubens- und Lebensformen zu erleichtern.“<sup>55</sup>

Die Herausgeber sahen sich dem Geist des II. Vatikanischen Konzils verpflichtet.<sup>56</sup> In den ersten Ausgaben betonten die Autoren immer wieder die Notwendigkeit des *Perdón*, des Verzeihens und der *reconciliación*.<sup>57</sup> Juan Rof Carballo schrieb in der ersten Ausgabe der *Cuadernos* unter der Überschrift *Cuando se rompe el dialogo* (Wenn der Dialog abbricht) mit Bezug auf den spanischen Bruderkrieg:

„Der Naive, der glaubt, er lebe besser, wenn er seine andere Hälfte tötet, irrt; ohne sie ist es unmöglich zu leben. Aber er irrt noch mehr, wenn er sie, anstatt zu töten, dahinsiechen lässt, als Vogelscheuche, die ihn stützt. (...) Jedes wahre Gefühl von Verbundenheit beruht auf der Unterdrückung und dem vorübergehenden Vergessen der kleinen Wunden, der kleinen oder mittleren Ressentiments. (...) Damit der gemeinsame Dialog gedeiht, reicht Liebe nicht aus, auch der materielle und spirituelle Reichtum Spaniens müssen wachsen.“<sup>58</sup>

Die Vorstellung, daß die Verdrängung der Vergangenheit zusammen mit materiellem Wohlstand die Grundbedingungen für einen friedlichen Dialog ist, wird während der *transición* einer der zentralen Topoi werden.

Der Ton, den die Autoren in den *Cuadernos* anschlügen, war überwiegend moderat, stets um Verständnis bittend, nie provokant. In den Essays wurden politische Fragen wie die Wiedezulassung von Parteien oder das System der Monarchie behandelt; im Zentrum standen meistens christlich inspirierte Grundgedanken, wie die des gegenseitigen Respekts. Die auf Verständigung und Mäßigung bedachte Argumentationsform galt in den Jahren nach Francos Tod als vorbildlich.<sup>59</sup>

Neue Impulse erhielt der Versöhnungsdiskurs beim Treffen der spanischen Exilopposition und der inneren Opposition beim Europäischen Kongress in Mün-

---

<sup>55</sup> *Cuadernos para el Diálogo*, Nr. 1, Oktober 1963, ‚Editorial‘, S. 1.

<sup>56</sup> Siehe *Cuadernos para el Diálogo*, Nr. 1, Oktober 1963, Editorial, S. 2 und 3. Verlautbarungen des Vatikans wurden regelmäßig veröffentlicht und kommentiert.

<sup>57</sup> So bezeichnet Joaquín Ruiz Giménez unter der Überschrift *La fuerza del Perdón* (Die Kraft des Verzeihens) die öffentliche Entschuldigung von Papst Paul VI für die Fehler der katholischen Kirche nicht nur als historisches Wunder sondern fordert auch von Politikern das Eingestehen von historischen Fehlern, denn nur so erreiche man wahre Einheit und Frieden. Siehe *Cuadernos para el Diálogo*, *Fuerza del Perdón*, Nr. 2, November 1963, S. 3.

<sup>58</sup> *Cuadernos para el Diálogo*, Nr. 1, Oktober 1963, ‚Cuando se rompe el Dialogo‘, S. 9.

<sup>59</sup> Die Kirchenhistorikerin María Teresa Compte Grau vertritt die These, dass die *Cuadernos para el Diálogo* von Beginn an stilprägend für die politische Kommunikation in Spanien gewesen seien. Allerdings überschätzt sie nach meiner Auffassung den direkten politischen Einfluss, den die Zeitschrift auf das Zeitgeschehen hatte. Vgl. Compte Grau, María Teresa: Los tres primeros años de ‚Cuadernos para el Diálogo‘. In: *Iglesia y Poder Público. Actas del VII Simposio de Historia de la Iglesia en España y América*, Córdoba 1997, S. 237-256.



chen. Auf Einladung des Generalsekretärs der Europäischen Bewegung Robert van Schendel trafen sich vom 5. bis 8. Juni 1962 achtzig Vertreter aus dem Inland und 38 Vertreter aus dem Exil in der bayrischen Stadt, um über die Frage zu diskutieren, ‚wie die europäischen Institutionen demokratisiert werden können und welche Mittel notwendig sind, um eine politische Gemeinschaft zu bilden, die den Aufbau der Gemeinschaft der Europäischen Staaten vorantreiben kann‘.<sup>60</sup> Hintergründig ging es dabei um die politische Zukunft Spaniens nach Francos Tod.<sup>61</sup> Neben den Christdemokraten um José María Gil Robles und Monarchisten wie Joaquín Satrústegui reisten Mitglieder der spanischen Exilregierung und ehemalige Bürgerkriegskämpfer wie der Generalsekretär des PSOE, Rodolfo Llopis, nach München. Die PCE war nicht zum Kongress eingeladen, nahm aber als Beobachterin teil.

Seine politische Brisanz erhielt das Treffen aus der Tatsache heraus, dass hier zum ersten Mal Bürgerkriegssieger und Bürgerkriegsverlierer öffentlich zusammentrafen, um gemeinsam (wenn auch auf getrennten Foren) über politische Fragen zu diskutieren.<sup>62</sup> Dass diese Begegnung im Ausland, auf einem historisch neutralen Gebiet, stattfand, erleichterte die Zusammenarbeit sicherlich. Die gemeinsame Erfahrung des Bürgerkrieges und der Wunsch, diese traumatische Erfahrung zu überwinden, erhöhte die Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten. Die PSOE stellte zum ersten Mal in Aussicht, unter bestimmten Umständen auch eine Monarchie als Staatsform eines postfranquistischen Spaniens zu akzeptieren.<sup>63</sup> Die Monarchisten erwogen eine Volksabstimmung über die Verfassung. Die Dialogbereitschaft ließ den Vorsitzenden des Exilforums Salvador de Madariaga jubeln:

„Der Bürgerkrieg begann in Spanien am 18. Juli 1936, die Regierung hat ihn künstlich mit Zensur, Medienmonopol und Siegesmärschen verlängert, vorgestern endete er in München am 6. Juli 1962. (...) Die, die wir früher die Freiheit gewählt und die Heimat verloren und die, die wir die Heimat gewählt und die Freiheit verloren haben, haben uns hier versammelt, um nach dem Weg Ausschau zu halten, der uns gemeinsam zur Heimat und zur Freiheit führt.“<sup>64</sup>

---

<sup>60</sup> So der offizielle Text der Einladung. Zitiert nach Satrústegui, Joaquín (Hg.): *Cuando la transición se hizo posible. El „Contubernio“ de Múnich*, Madrid 1993, S. 12. (Zukünftig abgekürzt: Satrústegui, *Contubernio*.) In diesem Sammelband finden sich alle wichtigen Dokumente zur Europakonferenz.

<sup>61</sup> Die Verknüpfung von europäischen und spanischen Fragen hat Tradition in der spanischen Geistesgeschichte. Intellektuellen wie José Ortega y Gasset galt eine Orientierung an Europa als Lösungsmodell für spanische Probleme wie Regionalismus, Landarmut oder das Verhältnis von Staat und Kirche. Siehe Pérez-Díaz, *Civil Society*, S. 1ff.

<sup>62</sup> Laut Dionisio Ridruejo hat es schon 1956 eine erste, geheime Kontaktaufnahme von Sektoren der inneren Opposition mit der Exilopposition gegeben. Siehe Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 190.

<sup>63</sup> Die PSOE zeigte zu diesem Zeitpunkt eine höhere Kompromissbereitschaft als während der *transición*. Vgl. Charles Powell in Satrústegui, *Contubernio*, S. 23-28 und Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 154.

<sup>64</sup> Rede von Salvador de Madariaga auf dem IV Kongress der Europäischen Bewegung, München, 8. Juni 1962. Veröffentlicht in Satrústegui, *Contubernio*, S. 188f.

Ausdruck dieses gemeinsamen Neubeginns war die einstimmig angenommene Abschlussresolution, die persönliche und politische Freiheit als Mindeststandard für die Integration Spaniens in Europa festsetzte, an die politische Vernunft appellierte und Gewalt als Mittel der Politik ächtete.<sup>65</sup> Die politische Vernunft, die *prudencia política*, und der Verzicht auf Gewalt wurden später zum festen Bestandteil des politischen Vokabulars während der *transición*.

Der erfolgreiche politische Dialog, den Bürgerkriegssieger und -verlierer miteinander geführt hatten, traf das Regime an seiner sensibelsten Stelle. Schließlich sei, so schrieb der Vorsitzende der Democracia Social Cristiana im September 1962 an den ehemaligen Falangisten und Dissidenten Dionisio Ridruejo:

„(...) nichts für Franco gefährlicher als die Erinnerung an den Bürgerkrieg zu schwächen, die (Erinnerung) ist sehr präsent im Geist derjenigen, die die Tragödie erlebt haben (...)“<sup>66</sup>

Der Sieg im Bürgerkrieg, die Teilung Spaniens in Sieger und Besiegte, war Legitimationsgrundlage des *caudillo*. Die harte Reaktion des Franco-Regimes auf die Münchner Konferenz, die breitangelegte Pressekampagne, die die Teilnehmer als Verschwörer und Verräter diffamierte, überraschte deswegen nicht.<sup>67</sup>

### 2.1.2 Versöhnung als Versprechen des Regimes

Die Erkenntnis, dass die Zementierung der Teilung in Sieger und Besiegte nicht mehr mit den gesellschaftlichen Anforderungen in Übereinstimmung zu bringen war, setzte sich während der sechziger Jahre auch in Regierungskreisen durch. Dabei befand sich das Regime in einem Dilemma: Es musste dem Wunsch nach Versöhnung entsprechen, ohne Sieger und Besiegte gleichzustellen - und so den Gründungsmythos anzugreifen. Die Strategie des Franco-Regimes war von Anfang an eine halbherzige.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, als Spanien innerhalb der Staatengemeinschaft isoliert war, verkündete Franco eine Reihe von Straferlassen. Die Dekrete vom 9. Oktober 1945, vom 27. Dezember 1946, 17. Juli 1947 und 9. Dezember 1949 hoben militärische und zivile Strafen auf, die für während des Bürgerkrieges oder für davor begangene Delikte verhängt worden waren. Diese Straferlasse waren somit Bestandteil einer Siegerjustiz: Sie erließen Haftstrafen für Delikte, die zum Zeitpunkt ihres Begehens kein Delikt waren und bezweckten somit in erster Linie eine Diskreditierung des vorangegangenen Regimes. So

---

<sup>65</sup> Siehe einstimmig angenommene Resolution des Kongresses von München. Veröffentlicht in Satrústegui, Contubernio, S. 180.

<sup>66</sup> Zitiert nach Satrústegui, Contubernio, S. 37.

<sup>67</sup> Die Falange-Zeitung *Arriba* verurteilte in einer Überschrift den Versöhnungshandschlag zwischen Gil Robles und Llopias als ‚Vereinigung von Dummheit und Verrat‘. *Arriba*, 9. Juni 1962, ‚La traición y la estupidez, aliadas en el sucio contubernio contra España‘. Zitiert nach Satrústegui, Contubernio, S. 280.

waren pauschal alle Soldaten, die auf Seite der legitimen Zweiten Republik gekämpft hatten, der militärischen Rebellion beschuldigt worden.<sup>68</sup>

Von den weiteren zehn Straferlassen, die zwischen den Jahren 1952 und 1971 erfolgten, wurde zweien besondere Bedeutung zugemessen. Der Straferlass vom 10. November 1966 wurde anlässlich des 30. Jahrestages des Bürgerkriegsbeginns, der vom 31. März 1969 anlässlich des 30. Jahrestages des Bürgerkriegsendes verkündet. Letzterer bedeute, so verkündete der Politiker Manuel Fraga, das Ende des Bürgerkrieges, die letzten Spaltungen könnten jetzt begraben werden.<sup>69</sup> Durch das Dekret vom 31. März 1969 wurden zwar die letzten Gefangenen aus der Zeit des Bürgerkrieges aus der Haft entlassen, sie blieben allerdings weiter vorbestraft und konnten nur in den seltensten Fällen an ihre alten Arbeitsplätze zurückkehren.<sup>70</sup> Eine effektive Maßnahme zur Versöhnung war die Politik der Straferlasse nicht.

Die offizielle Publizistik und Wissenschaft reagierte ebenfalls auf das augenscheinliche Bedürfnis nach Versöhnung. Sie wirkte ab den sechziger Jahren verstärkt am Wandel des Geschichtsbildes über den Bürgerkrieg mit. Der spanische Bürgerkrieg wurde nicht länger als *crucada*, als heiliger Kreuzzug, verstanden, sondern als ‚griechische Tragödie‘<sup>71</sup>, als tragischer Bruderkrieg, der zwar unvermeidlich, aber nicht notwendig gewesen sei. Wesentlich geprägt wurde diese neue Auffassung vom Historiker Ricardo de la Cierva. Wie eine Reihe prominenter Autoren<sup>72</sup> forderte er Mitte der sechziger Jahre die Überwindung der ‚spanischen Tragödie‘. Diese neue Lesart des Bürgerkrieges hatte weitreichende Implikationen für den Schuldiskurs: Schuld am Bürgerkrieg trugen jetzt beide Parteien, Überwindung konnte also nur durch beidseitiges Verzeihen geschehen.<sup>73</sup> Modifiziert wurde diese These durch die des ‚kollektiven Wahnsinns‘, dem ganz Spanien einst verfallen war, eine These, die bis zu den siebziger Jahren zum gesellschaftlichen Konsens wurde.

Die Kampagne *25 años de paz* (25 Jahre Frieden) im Jahre 1964 war nach Auffassung der Sozialwissenschaftlerin Paloma Aguilar eine direkte Reaktion

---

<sup>68</sup> Zur Politik der Straferlasse siehe Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 144-147.

<sup>69</sup> Zitiert nach Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 146.

<sup>70</sup> Aguilar Fernández, Paloma: *La amnesia y la memoria: Las movilizaciones por la amnistía en la transición a la democracia*. In: Rafael Cruz/ Manuel Pérez Ledesma (Hrsg.): *Cultura y movilización en la España contemporánea*, Madrid 1997, S. 327-357, S. 335f. (Zukünftig abgekürzt: Aguilar, *Amnistía*.)

<sup>71</sup> Siehe Pérez-Díaz, *Civil Society*, S. 24.

<sup>72</sup> Zwei Beispiele mögen an dieser Stelle genügen: Gaspar Gómez de la Serna erhielt für seinen Briefroman *Cartas a mi hijo* (Madrid 1961) den begehrten nationalen Literaturpreis 18 de Julio. Gonzalo Torrente Ballasters Roman *Aprendiz de Hombre* (Madrid 1965) erschien innerhalb von zwei Jahren in neun Auflagen. Siehe Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 105-108.

<sup>73</sup> Die Gleichstellung der beiden Parteien bezog sich allerdings nur auf das Eingeständnis der Schuld, keinesfalls auf die politische Existenzberechtigung. Siehe Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 108f. und Pérez-Díaz, *Civil Society*, S. 24f.

des Regimes auf die öffentliche Wirkung des Kongresses von München.<sup>74</sup> Mit einer umfangreichen Wanderausstellung und einer Vielzahl von Publikationen versuchte das Regime dem Diskurs über die Versöhnung eine neue Richtung zu geben. Die Bedeutung von Frieden und Wohlstand rückte ins Zentrum der offiziellen Reden.

Die Verwendung des Begriffes *reconciliación* durch Franco unterschied sich grundlegend von seiner Verwendung durch die Opposition. Francos Versöhnung hatte sich durch den von ihm herbeigeführten Frieden und die wirtschaftliche Überwindung der Spätfolgen des Bürgerkrieges erfüllt. Seine *reconciliación* war der *status quo*. An seine *reconciliación* schlossen sich weder *Perdón* noch *Olvido* an.

Die politischen Maßnahmen, mit denen Franco die Forderung nach Versöhnung in seinem Sinne zu entschärfen versuchte, waren unzulänglich: Die Strafnachlässe bedeuteten keine rechtliche Aufhebung der verurteilten Oppositionellen. Es kam zu keiner posthumen Gleichstellung der republikanischen Opfer mit den nationalistischen, die kritische Situation der republikanischen Kriegswitwen bzw. der Versehrten blieb bestehen. Die Person Francos an der Spitze des Staates verkörperte zu sehr den Bürgerkrieg und den Sieg der Nationalisten, um eine Versöhnung im Sinne eines Neuanfangs mit ihm an der Spitze glaubhaft erscheinen zu lassen. Erst sein Tod ermöglichte eine Verständigung auf ein Modell der Versöhnung.

## 2.2 *Versöhnung als Konsens im friedlichen Übergang*

### 2.2.1 Die Cortes nach Francos Tod: die Suche nach Konsens

Zwei Tage nach Francos Tod, am 22. November 1975, trat der von Franco designierte Thronfolger Juan Carlos de Borbón vor die Cortes. Nach dem Schwur auf Gott und die Prinzipien des *movimiento* hielt König Juan Carlos I. seine erste öffentliche Rede, die die Hoffnungen der Opposition auf rasche Reformen bestärkte. Nach Worten des Dankes und der Verbundenheit an den verstorbenen Diktator stellte Juan Carlos einen Neuanfang in Aussicht:

„Jetzt beginnt eine neue Etappe in der Geschichte Spaniens. Diese Etappe, die wir gemeinsam beschreiten werden, beginnt in Frieden, Arbeit und Wohlstand. Die Monarchie wird dieses Erbe treu bewahren (...) Die Institution, die ich verkörpere, verbindet alle Spanier miteinander, und heute, in dieser bedeutenden Stunde, wende ich mich an Euch, weil es unser aller Pflicht ist, Spanien zu dienen. Mögen alle großzügig und weitsichtig verstehen, dass unsere Zukunft auf der wirklichen nationalen Einheit gründen wird. (...) Der König will König aller sein, jedem ein König in seiner Kultur, Geschichte und Tradition.“<sup>75</sup>

<sup>74</sup>Siehe Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 164ff.

<sup>75</sup> Rede Juan Carlos vor den Cortes, 22. November 1975. Veröffentlicht in Boletín Oficial de las Cortes Españolas (B.O.C.E.) 1975, X. Legislatur, Plenarsitzung Nr. 21, 22. November 1975, S. 3ff. (Zukünftig abgekürzt: B.O.C.E., 1975, X. Leg., Nr. 21)

Die Absicht, König aller sein zu wollen und die Beschwörung eines nationalen Konsenses stellten eine ‚nationale Versöhnung‘ in Aussicht. In diesem Moment hätten sich zum ersten Mal die Wunden des Bürgerkrieges geschlossen, urteilt der Historiker Fernando Díaz-Plaja. Zum ersten Mal habe die Möglichkeit bestanden „(...) das Vergangene einzuschätzen, das Gegenwärtige abzuwägen und über die Zukunft nachzudenken.“<sup>76</sup>

Juan Carlos Rolle als Versöhner, als Mittler, zwischen franquistischer Vergangenheit und ungewisser Zukunft war zwar in den Grundzügen durch Amt und Herkunft vorgegeben, bot aber noch Gestaltungsspielraum. Juan Carlos stand rechtlich und symbolisch in der Nachfolge und Tradition Francos, zugleich brach seine Person allerdings mit einem der wesentlichen Legitimationsstrategien der Vergangenheit: Der in Italien geborene und in Spanien unter Francos Aufsicht erzogene Juan Carlos stand für das Spanien *nach* dem Bürgerkrieg. Franco hatte wiederholt betont, dass der zukünftige König keiner der Bürgerkriegsparteien angehören dürfe. Bei öffentlichen Auftritten wie der Parade anlässlich der *25 Años de Paz* wurde der Bourbonenprinz als Wahrer des Friedens und des Wohlstands präsentiert.<sup>77</sup> Juan Carlos sollte nach dem Willen Francos für einen Neubeginn innerhalb der franquistischen Kontinuität stehen. Seine Legitimität beruhte auf der von Franco zwar wieder eingeführten, aber nicht geschaffenen Institution. Die Monarchie bedurfte zu ihrer Legitimation keiner konkreten historischen Ereignisse und stand als solche ‚außerhalb von Geschichte‘.<sup>78</sup>

In seiner Antrittsrede hatte Juan Carlos auf konkrete historische Bezüge verzichtet. Seine Rolle als Versöhner wollte er auf einem so weit wie möglich neutralen historisch-politischen Gebiet spielen.

Diese von ihm betriebene ‚Neutralisierung der Geschichte zugunsten der nationalen Versöhnung‘ stieß nicht nur auf Zustimmung. Ministerpräsident Arias Navarro hatte sich eine sehr viel stärkere Verankerung der Zukunft Spaniens im Franquismus gewünscht. In seiner erweiterten Regierungserklärung vom 26. Januar 1976 betonte Arias Navarro, dass Franco Spanien zu Wohlstand geführt und in die Staatengemeinschaft integriert habe. Der Monarch habe den Fortbestand des *status quo* zu garantieren:

„Ich kann und will nicht über eine derzeit geläufige politische Richtung hinwegsehen, die sich ein leichtfertiges Urteil über unsere unmittelbare politische Vergangenheit erdreistet. Es ist offensichtlich, dass versucht wird (diese Ver-

---

<sup>76</sup> Siehe Díaz-Plaja, Fernando: *La España que sobrevive. Cincuenta años después de la guerra*, Madrid 1987, S. 7. (Zukünftig abgekürzt: Díaz-Plaja, *Cincuenta años*.)

<sup>77</sup> Anlässlich der ersten Friedensparade von 1964 nahm Juan Carlos mit seiner Frau Sofia zum ersten Mal auf der Ehrentribüne neben Franco Platz. Von der friedensstiftenden Aufgabe des künftigen Monarchen hatte Franco schon vor der Errichtung der Monarchie in Spanien, in den Jahren 1937, 1938 und 1947 gesprochen. Vgl. Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 172f.

<sup>78</sup> Zur symbolischen Verknüpfung von Juan Carlos mit der Demokratie vgl. Edles, *Symbol and Ritual*, S. 58f.

gangenheit) auszulöschen (...) dafür hat man ein Klima der Konfusion und Desorientierung geschaffen (...) und will zurück zu einem unmöglichen und unerwünschten Nullpunkt (Neubeginn).“<sup>79</sup>

Die Reform der repräsentativen Institutionen dürfe, so Arias Navarro, nur sehr vorsichtig angegangen werden. Schließlich seien die bisherigen Regelungen prinzipiell richtig: Aus „bekannten, historischen Gründen“ habe man in den letzten Jahren demokratische Rechte nur „angemessen verwaltet“, das „unter Schmerzen erreichte“, Ruhe und Ordnung garantierende Fundament dürfe nicht weggesprengt werden, andernfalls drohe die Gefahr der Anarchie.<sup>80</sup> Arias Navarro spielte auf die Zweite Republik an, die als, nach franquistischer Lesart, ‚Republik des Chaos und des Terrors‘ zum Bürgerkrieg geführt habe. Der Ministerpräsident setzte in seiner Argumentation dem von Juan Carlos propagierten Wert der Versöhnung den Wert der Stabilität gegenüber.

Arias Navarro konnte sicher sein, verstanden zu werden: Die Erinnerung an die Zweite Republik war im Spanien der *transición* sehr präsent. Genau wie damals wurde jetzt versucht, nach einer autoritären Herrschaft ein demokratisches System wieder einzuführen. Genau wie damals standen die Zeichen auf Krise: die Anschläge der ETA und die wirtschaftliche Flaute erzeugten in der Bevölkerung ein Gefühl der Unsicherheit. Ungeachtet der Tatsache, dass sich die sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen grundsätzlich unterschieden,<sup>81</sup> wurde durch die Assoziation dieser beiden Situationen vor dem Hintergrund des Todes von Franco und somit dem Ende einer Epoche ein Prozess des historischen Erinnerns in Gang gesetzt: Die zweite Republik fand Eingang ins kollektive Bewusstsein und somit auch in den politischen Diskurs.<sup>82</sup>

Bei der Debatte zum Gesetz über die politischen Vereinigungen am 8. und 9. Juni 1976, den Begriff Partei hatte der Ausschuss in seinem Entwurf wohlweislich vermieden,<sup>83</sup> waren es wieder Vertreter des *búnker*, die auf das Bild von der Zweiten Republik zurückgriffen. Eine Parteiendemokratie, so der Falangist

<sup>79</sup> Grundsatzrede Arias Navarro, B.O.C.E., X. Leg., Nr.23, S. 5.

<sup>80</sup> Siehe Grundsatzrede Arias Navarro, B.O.C.E., X. Leg., Nr. 23, S. 5ff.

<sup>81</sup> Leitartikler und Soziologen wurden nicht müde, diese Unterschiede zu betonen. So verkündet der Historiker Manuel Tuñón de Lara in der Zeitschrift *Cambio 16* schlichtweg, ‚alles habe sich verändert‘, Ideen ebenso wie Institutionen. (Siehe *Cambio 16*, Núm. 212, Dezember 1975, S. 39.) Joaquín Ruiz-Gimenez schreibt in den *Cuadernos para el Diálogo*, dass das Spanien von 1936 oder das von 1939 nichts mit dem von 1975 zu tun habe, auch wenn einige Wunden noch vernarben müssten. Siehe *Cuadernos para el Diálogo*, Nr. 147, November 1975, S. 4. Die rechtskonservative Zeitung ABC sieht es als Verdienst Francos, dass es Spanien im Jahr 1975 unvergleichlich besser als in den dreißiger Jahren gehe. Siehe ABC, 21. November 1975, S. 3.

<sup>82</sup> Zur Wahrnehmung der Zweiten Republik s. auch Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 25-59 und S. 229f..

<sup>83</sup> Der Ausschuss knüpft damit an franquistische Traditionen an: Parteien waren mit dem Konzept der organischen Demokratie unvereinbar, politische Vereinigungen hingegen zugelassen. Auch wenn die im Gesetzesentwurf vorgeschlagene Organisationsform alle Merkmale einer Partei hatte, verzichtete man doch auf den Begriff. Verbale Hektik sei unangemessen, schließlich habe man sich an den Begriff *asociaciones* gewöhnt, argumentierte das Ausschussmitglied Pio Cabanillas Gallas. Siehe B.O.C.E, X. Leg, Nr. 27, S. 5.

Raimundo Fernandez Cuesta y Merelo, könne sich gegen einen Marxismus, ‚der sich hinter dem Deckmantel der nationalen Versöhnung‘ versteckt, nicht wehren. Die bittere Erfahrung der Wahlen 1931 und 1936, bei denen die Zentrumsparteien unterlagen, dürfe nicht vergessen werden.<sup>84</sup>

Was die Zweite Republik ins Chaos gestürzt habe, seien nicht die Parteien gewesen, sondern der ‚sozio-ökonomische Kontext‘, verteidigte Ausschussmitglied José Luis Meilan Gil den Entwurf. Franco habe in Spanien Wohlstand und Frieden geschaffen und so die historischen Bedingungen der Zweiten Republik überwunden.<sup>85</sup> Laureano López Rodo vom Opus Dei argumentierte ähnlich:

„Wenn wir heute über die politische Reform und die Perfektionierung unserer Institutionen sprechen, so können wir das tun, weil wir einen Staat haben, weil das Land nicht mehr in der Urdunst lebt, weil Franco nach dem Zusammenbruch einer in Anarchie und Chaos versunkenen Republik einen Staat erbaut hat. (...) Wir müssen die Geschichte Spaniens weiterführen.“<sup>86</sup>

Das ‚Lebenswerk Francos als Bollwerk gegen Anarchie und Chaos‘ bildete in der Argumentation der gemäßigten Kräfte das Gegenstück zur vom Reformunwilligen *búnker* befürchteten Rückkehr des ‚Schreckgespenstes der Zweiten Republik‘. Adolfo Suárez González, General-Sekretär des *movimiento*, ging in seinem abschließenden Plädoyer für die Verabschiedung des Gesetzes noch einen Schritt weiter. Wer der Wandlungsfähigkeit des Systems nicht vertraue, zeige nicht nur seine Geringschätzung für das Werk Francos, sondern gefährde auch das friedliche Zusammenleben:

„Man sieht (die politischen Vereinigungen und Parteien) in den Medien, in Intellektuellenzirkeln, bei den Arbeitern, sie beeinflussen die Berufsorganisationen. Eine Gesetzgebung, die sich ihnen gegenüber passiv zeigt, die sie weder bekämpft noch legalisiert, die sie einfach ignoriert, verhält sich ihnen gegenüber nicht anders als der liberale Staat des 19. Jahrhunderts. Von dort bis zur Anarchie ist es nur ein kleiner Schritt. Wird der Weg in die Legalität nicht geebnet, dann hält der Staat nur scheinbar Frieden. Unter seiner Oberfläche aber sprießt der Samen der Auflehnung.“<sup>87</sup>

Die Reform führe Anarchie und Chaos nicht herbei, sondern vermeide sie. Suárez nahm hier wesentliche Bestandteile des Diskurses der *transición* vorweg. Die Zweite Republik blieb zwar weiter mit ‚Anarchie und Chaos‘ verknüpft, war aber weniger konkretes historisches Ereignis, sondern verkörperte als kollektive Erfahrung die Angst vor politischer Unsicherheit und Instabilität. In einer Gesellschaft, die die Erhaltung des Friedens und der öffentlichen Ordnung zu ihren wichtigsten Werten zählte, konnte dieses Geschichtsbild große Wirkungskraft

---

<sup>84</sup> Siehe B.O.C.E., X. Leg., Nr. 27, S. 13f.

<sup>85</sup> Siehe B.O.C.E., X. Leg., Nr.27, S. 32f.

<sup>86</sup> B.O.C.E., X. Leg., Nr.27, S. 80f.

<sup>87</sup> B.O.C.E., X. Leg., Nr.27, S. 105.

entfalten und als Argument für den Dialog und den paktierten Wandel nutzbar gemacht werden.<sup>88</sup>

Das Abstimmungsergebnis, 337 Ja-Stimmen, 92 Nein-Stimmen und 25 Enthaltungen, war zwar ein Indikator für die reformorientierte Stimmung in den *Cortes*, jedoch noch keine tiefgreifende Reform: Die zur Legalisierung der politischen Vereinigungen notwendige Reform des Strafrechts wurde von der Regierung zurückgenommen. Die Regierung wich damit dem Druck der ultrakonservativen Franquisten, die eine Zulassung der kommunistischen Partei befürchteten. Die Politik Arias Navarros schwankte zwischen halbherzigen Reformversuchen und einer nachgiebigen Haltung dem *búnker* gegenüber. Anfang Juli 1976 trat Arias Navarro auf Wunsch des Königs zurück.

Aus einer vom Kronrat vorgelegten Liste von drei möglichen Kandidaten berief Juan Carlos Adolfo Suárez Gonzalez zum neuen Premierminister. Das während seiner Amtszeit verfasste und verabschiedete Gesetz für die politische Reform, die *Ley para la reforma política*, stellte die Weichen für die weitere Demokratisierung Spaniens. Das Gesetz sah ein allgemein gewähltes Zwei-Kammernparlament mit verfassungsgebenden Vollmachten vor. Juristisch brach es nicht mit den bestehenden Gesetzen und sollte so eine Reform innerhalb der Legitimität des Franco-Regimes garantieren.

Die Diskussion über das im Entwurf vorgesehene proportionale Wahlsystem zeigt, wie vor dem Hintergrund der Angst vor Chaos und Anarchie neue politische Werte etabliert wurden. So entgegnete der Ausschussvorsitzende José Melan auf die Kritik, das proportionale Wahlrecht führe zu Instabilität, dann müsse man eben auf die Fähigkeit des Handelns und Paktierens vertrauen.<sup>89</sup> Die Fähigkeiten des Handelns und Paktierens sollten die *convivencia pacífica* ermöglichen und einen Bürgerkrieg vermeiden. Diese Fähigkeiten waren, so deuteten die reformorientierten Kräfte der *Cortes* während der Debatte über das Gesetz für die politische Reform erstmals an, das aus dem Bürgerkrieg und der Zweiten Republik ‚politisch Erlernte‘.

Vor dem übergeordneten Ziel der *convivencia pacífica* verbiete es sich, so das Ausschussmitglied Fernando Suárez in seinem Abschlussplädoyer, mit dem ‚Geschichtsbuch in der Hand zu argumentieren‘.<sup>90</sup> Der Verzicht der reformorientierten Kräfte, ‚Geschichte als Waffe zu verwenden‘<sup>91</sup>, richtete sich zuerst

---

<sup>88</sup> Stellvertretend für eine ganze Reihe von Umfragen und statistischen Erhebungen zu diesem Thema seien zwei der wichtigsten Studien für die Jahre der *transición* erwähnt: Fundación FOESSA (Hrsg.): Informe sociológico sobre la situación social de España, Madrid 1975, S. 1185 ff. sowie Fundación FOESSA (Hrsg.): Informe sociológico sobre el cambio político en España: 1975-1981, Madrid 1981, S. 590ff.

<sup>89</sup> Siehe B.O.C.E., X. Leg, Nr. 29, S. 118.

<sup>90</sup> Siehe B.O.C.E., X. Leg., Nr. 29, S. 32 und S. 191f.

<sup>91</sup> Diesen Verzicht hält der Sozialwissenschaftler Elias Díaz für eine der zentralen Errungenschaften der *transición*. Siehe Díaz, Elías: Ideologies in the Making of the Spanish Transition, S. 26-39. In: Paul Heywood (Hrsg.), Politics and Policy in Democratic Spain: No longer different, London 1999, S. 26-39, S. 36. (Zukünftig abgekürzt: Díaz, Ideologies)



gegen den *búnker*, der mit historisch verbrämten Argumenten eine Reform des Franquismus verhindern wollte. Mit dem Beginn der demokratischen Reformen richtete sich die von den Kräften um Suárez vorangetriebene ‚Neutralisierung der Geschichte‘ auch gegen die Kräfte der Opposition, die eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wünschten.

Am 18. November 1976, zwei Tage vor dem ersten Todestag Francos, nahmen die *Cortes* das Gesetz für die politische Reform an. Anlässlich des Referendums am 15. Dezember 1976 betonte Suárez in einer Rede, dass er das Erbe der unmittelbaren Vergangenheit annehme, um es zu ‚perfektionieren und an die aktuellen Bedürfnisse anzupassen‘. Die Spanier hätten ihre Fähigkeit zum friedlichen Zusammenleben bewiesen.<sup>92</sup>

Das Referendum zeigte ein eindeutiges Ergebnis: Bei einer Wahlbeteiligung von 77,72 Prozent stimmten 94,17 Prozent mit Ja, 2,56 Prozent mit Nein. Damit waren die juristischen Weichen für die *transición* gestellt. Und: Die franquistischen *Cortes* hatten die Grundzüge des politischen Diskurses bestimmt. Der Verzicht, Geschichte als Waffe zu verwenden, entsprach, wie die Wahlen von 1977 zeigen sollten, einem weit verbreiteten Bedürfnis in der Gesellschaft.

### 2.2.2 Die Wahlen im Juni 1977

Nach dem das franquistische Parlament sich selbst aufgelöst und durch die ‚Demokratisierung ohne Demokraten‘<sup>93</sup> die Weichen für die weitere Entwicklung gestellt hatte, begannen die Verhandlungen zwischen Regierung und demokratischer Opposition. Seit Januar 1977 traf sich Suárez mit den Anführern der PSOE, der Christdemokraten und der katalanischen Regionalparteien und den Spitzen des Militärs, um für die politische Reform eine möglichst breite Unterstützung zu finden.

Nach der Zulassung der Gewerkschaften wurde in einem Überraschungscoup am Ostersonntag, dem 9. April 1977, die Kommunistische Partei legalisiert. Die Legalisierung des nach franquistischer Diktion ‚Erbfeindes Spaniens‘ führte zum Rücktritt des Marineministers Gabriel Pita da Veiga y Sanz. Auf Drängen des Ministerpräsidenten versuchte Santiago Carrillo die Situation zu entschärfen: Das Zentralkomitee der PCE verkündete am 14. April den Verzicht auf die rote Fahne zugunsten der rot-gelben, die Anerkennung der Monarchie als Staatsform und die Anerkennung der Einheit Spaniens – ein Einlenken, bei dem sich die PCE auch auf das Manifest der *reconciliación nacional* von 1956 berufen konnte.

---

<sup>92</sup> Siehe Referendum nacional, Mensaje del 14 de diciembre de 1976, S. 45-48. In: Suárez González, Adolfo: Un nuevo horizonte para España. Discursos del presidente de gobierno 1976-1978, Madrid 1978. (Zukünftig abgekürzt: Suárez, Discursos)

<sup>93</sup> Bernecker, Walther L.: Sozialgeschichte Spaniens im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1990, S. 326.

Die Zurückhaltung, die sich die PCE in ihren Auftritten auferlegte,<sup>94</sup> hatte ihren Grund auch in den Assoziationen, die die Auftritte Carrillos hervorriefen: Gemeinsam mit Dolores Ibárruri war er einer der Hauptfeinde des Francoregimes gewesen, Historiker wie Ricardo de la Cierva hatten ihn beschuldigt, für das Massaker von Paracuellos verantwortlich zu sein, bei dem im November/Dezember 1936 Hunderte Nationalisten erschossen wurden.<sup>95</sup>

Wie die PCE bemühte sich ein Großteil der Parteien in ihren Manifesten, Veranstaltungen und Programmen zu den Wahlen im Juni 1977 um einen moderaten Ton: Es galt die Vorbehalte des franquistischen *búnker* und einiger konservativer Teile der Gesellschaft zu entkräften, die in den Parteien immer noch die ‚Unruhestifter der Zweiten Republik‘ sahen.

Musterbeispiel dieses angestrebten neuen Tons in der Politik war die Rhetorik und Programmatik der UCD (Unión de Centro Democrático), der Partei der demokratischen Mitte unter Adolfo Suárez. Unter seiner Regie vereinten sich Christdemokraten, Partido Popular und die Kräfte der inneren franquistischen Opposition zu einer Sammelpartei der breiten Mitte mit einer ‚liberalen, progressiven, pluralistischen Weltanschauung.‘<sup>96</sup> Ihr Programm war der friedliche Wandel von der Diktatur zur Demokratie und die ‚Versöhnung der beiden Spanien‘, für die viele Parteimitglieder schon in den *Cuadernos para el Dialogo* eingetreten waren. Unermüdlich betonte die UCD die Bedeutung von (politischer) Vorsicht, Klugheit und der Bewahrung des Friedens und verbreitete Optimismus bezüglich der Zukunft. So schrieb sie in ihrem Programm *Manual para 22 millones de electores*:

„Die Geschichte zeigt, dass wir Spanier dazu neigen, uns in zwei Hälften zu teilen: in eine Linke und in eine Rechte. Fast immer endete diese Teilung in einem Zusammenstoß. Heute allerdings wäre es schwierig zu sagen, die Gesellschaft trüge nur diese beiden Samen in ihrer Brust. Es gibt einen größeren Pluralismus. (...) Das ist die Grundlage (...) für einen friedlichen Übergang in Sicherheit.“<sup>97</sup>

---

<sup>94</sup> Dazu gehörte auch der Verzicht Santiago Carrillos, auf Wahlkampfveranstaltungen die erhobene Faust zu zeigen. Siehe El País, 14. Mai 1977, ‚Santiago Carrillo no levanta el puño en los mítines‘, S. 13.

<sup>95</sup> Siehe Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 329f.

<sup>96</sup> Das ist der kleinste gemeinsame Nenner, auf den der Politikwissenschaftler Mario Caciagli die unterschiedlichen Strömungen bringt. Die Vernachlässigung eines theoretischen Programms zugunsten einer pragmatischen (Tages-)Politik und die Konzentration auf die Person Adolfo Suárez sieht Caciagli als zwei der Hauptgründe des Scheiterns der UCD in den Jahren nach 1979. Vgl. Caciagli, Mario: *La parábola de la Unión de Centro Democrático*, S. 407. In: José Felix Tezanos, Ramón Cotarelo, Ramón de Blas (Hrsg.), *La transición democrática*, Madrid 1989, S. 389-432. Zur Bedeutung der UCD für die *transición* vgl. auch Jost, Stefan: *Die Union des demokratischen Zentrums*. In: Walther Bernecker/ Carlos Collado Seidel (Hrsg.): *Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975-1982*, München 1993, S. 169-191.

<sup>97</sup> Zitiert nach Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 318.

Die UCD erklärte die Politik des Konsenses zu ihrem Programm und präsentierte sich als weitgehend geschichtslose Partei. Als neugegründete Sammelpartei knüpfte die UCD an keine Partei der Zweiten Republik an. Ein Großteil ihrer Kandidaten stammte aus der Nachkriegsgeneration und war unter Franco sozialisiert worden. Ministerpräsident Adolfo Suárez galt als Mann des gemäßigten Neuanfangs schlechthin.<sup>98</sup>

Ganz anders war die Situation bei der ältesten spanischen Partei, der PSOE (Partido Socialista Obrero Español).<sup>99</sup> Die Wahl Felipe González Márquez' zum Generalsekretär auf dem Kongress in Suresnes hatte die Partei zwar verjüngt, aber auch zu Spaltungen geführt. Der ehemalige Vorsitzende Rodolfo Llopió hatte aus Protest gegen den neuen Kurs die PSOE-histórico gegründet, die sich dem Erbe des Exils verpflichtete, von der Sozialistischen Internationale allerdings keine Anerkennung erhalten.

Die PSOE unter González sah sich vor die schwierige Aufgabe gestellt, beide Flügel, den traditionellen und den modernen, zu vertreten. Sie versuchte das mit einem traditionellen Auftreten nach innen und einer bewussten Mäßigung bei Auftritten nach außen. Beim ersten Kongress auf spanischem Boden seit dem Bürgerkrieg, im Dezember 1976, vertrat die PSOE einen marxistischen Kurs und hielt an der Republik als einzig möglicher Staatsform fest.<sup>100</sup> Sie forderte den Bruch mit dem Franquismus, um so die ‚Geschichte des Leidens, der Gefängnisse und des Exils der spanischen Sozialisten‘<sup>101</sup> zu beenden. Gleichzeitig allerdings signalisierte die Parteispitze Gonzalez und Alfonso Guerra bei persönlichen Gesprächen mit Adolfo Suárez Verhandlungsbereitschaft und rückte von der Forderung des radikalen Bruchs mit der Vergangenheit ab. Gemäßigt war auch der Ton des Wahlprogrammes von 1977: Demokratie solle in erster Linie den zivilen Frieden sichern und nicht die Gesellschaft grundlegend verändern. Spanien müsse die ‚Gespenster der Vergangenheit‘<sup>102</sup> überwinden. Bevorzugte Staatsform der PSOE war zwar weiterhin die Republik, sie stellte aber Verhandlungen über diese Frage in Aussicht.<sup>103</sup>

Ein Großteil der Kandidaten der AP (*Alianza Popular*) rekrutierte sich aus den Reihen der franquistischen *Cortes*. Der ehemalige Informations- und Innenmi-

---

<sup>98</sup> Zur Wahrnehmung der UCD vgl. auch Edles, *Symbol and Ritual*, S. 65-67.

<sup>99</sup> Einen Überblick über die Entwicklung der Partei gibt Tezanos, José Felix: *Continuidad y cambio en el socialismo español: El PSOE durante la transición democrática*. In: *La transición democrática*, hrg. von José Felix Tezanos, Ramón Cotarelo, Ramón de Blas, Madrid 1989, S. 433-493.

<sup>100</sup> Auch wenn die PSOE die PCE in dieser Frage links überholte, galt in der öffentlichen Wahrnehmung die PSOE als moderate Partei, die PCE aber als linksextremistisch. Als möglichen Grund hierfür sieht Laura Edles die Führung der Partei durch den jungen, von der Vergangenheit unbelasteten Felipe González, während die PCE mit Carrillo einen Mann an der Spitze hatte, der eng mit Bürgerkrieg und Franco-Diktatur verknüpft war. Vgl. Edles, *Symbol and Ritual*, S. 75-77.

<sup>101</sup> So Felipe Gonzalez in einer Publikation über die ‚heroische Revolution‘ von 1934 und den Bürgerkrieg als Klassenkampf. Siehe González, Felipe: *Que es Socialismo?* Barcelona 1976, S. 44.

<sup>102</sup> Siehe PSOE, Wahlprogramm 1977, S. 13.

<sup>103</sup> Siehe PSOE, Wahlprogramm 1977, S. 4.

nister Manuel Fraga, Vorsitzender der liberalen *Reforma Democrática*, war mit traditionellen Franquisten wie Gonzalo Fernández de la Mora und Federico Silva Muñoz ein Bündnis eingegangen, das sich der Bewahrung des politischen und gesellschaftlichen Erbes Francos verpflichtet hatte. Ruhe, Ordnung und die ‚Einigkeit des Vaterlandes‘ waren die Schlagworte des Wahlprogramms der AP. Es gelte, das gute Erbe des *Generalísimo* zu bewahren.<sup>104</sup> Unermüdlich warnte die AP vor der Gefährdung des inneren Friedens und der nationalen Einheit und vor der Kommunistischen Partei, deren Versöhnungsrhetorik nicht über die ‚blutbefleckten Hände‘ ihrer politischen Führer hinwegtäuschen könne.<sup>105</sup> Im Vorfeld der Wahlen mäßigte die AP ihren aggressiven Ton und bezog sich in stärkerem Maß auf die Integrationsfigur des Königs. Dennoch blieb die *Alianza Popular* in der öffentlichen Wahrnehmung die Nachfolgepartei des *movimiento*.<sup>106</sup>

Die Parteien waren nicht die einzigen gesellschaftlichen Kräfte, die im Vorfeld der Wahlen zu Mäßigung und Zurückhaltung aufriefen. Die Kirche hatte sich einen strikten Kurs politischer Neutralität verordnet. Sie beteuerte kontinuierlich, wie schon von Kardinal Tarancón im November 1975 verkündet, dass sie keine politische Ideologie unterstütze und dass keine Partei das Recht habe, in ihrem Namen zu agieren.<sup>107</sup> Die großen Tageszeitungen *ABC*, *El País* und die katalanische Tageszeitung *La Vanguardia* starteten breit angelegte Kampagnen, in denen sie ihren Lesern ‚Unterricht in Sachen Demokratie‘ gaben, die Tugend der *moderación*, der politischen Mäßigung, propagierten und zur Wahl der Mitte-Parteien aufriefen. Die Erinnerung an Bürgerkrieg und Zweite Republik war dabei stets präsent. Ohne näher auf die konkreten historischen Umstände einzugehen, warnten sowohl die konservative *ABC* und vor allem die liberale *El País* vor einer Spaltung Spaniens und einer Ideologisierung des politischen Klimas ‚wie damals‘.<sup>108</sup> *El País* lobte das gemäßigte Auftreten der Politiker:

„Die tiefe Gewissheit, dass ein Bürgerkrieg die schlimmste Geißel einer Nation ist und die Erinnerung an die Schrecken der Nachkriegszeit

---

<sup>104</sup> Die AP ist die einzige Partei, die in ihrem Wahlprogramm Franco erwähnt. S. Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 337.

<sup>105</sup> So Laureano López Rodó beim ersten Nationalkongress der Alianza Popular am fünften und sechsten März 1977. Der Ton war bei parteiinternen Veranstaltungen zwar schärfer als bei an die Öffentlichkeit gerichteten Verlautbarungen, das Feinbild blieb jedoch dasselbe. Siehe Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 339f.

<sup>106</sup> José Ramón Montero sieht in der mangelnden demokratischen Legitimation der AP und dem streng traditionalistischen Kurs einen der Hauptgründe für das Scheitern der Partei in der Zeit der *transición* und den achtziger Jahren. Vgl. Montero, José Ramon: *Los fracasos políticos y electorales de la derecha española: Alianza Popular, 1976-1987*. In: José Felix Tezanos/ Ramón Cotarelo/ Ramón de Blas (Hrsg.), *La transición democrática*, Madrid 1989, S. 495-542.

<sup>107</sup> Laura Edles sieht hier den Grund für das schlechte Abschneiden der explizit christdemokratischen Parteien wie der FDC (Federación Democrática Cristiana). Siehe Edles, *Symbol and Ritual*, S. 69.

<sup>108</sup> Vgl. *El País*, 19. Mai 1976, ‚No hay riesgo de guerra civil‘, S. 6; *El País*, 27. Mai 1976, ‚El PC y la guerra civil‘, S. 8; *ABC*, 15. Juni 1977, ‚La monarquía y sus servicios al país‘, S. 3.

sind einige der vielen Gründe, die dieses Verhalten der Politiker erklären. (...) Die allen gemeine Mäßigung ist, auch wenn sie die Kritik der militantesten Parteigänger gegenüber den Parteivorsitzenden hervorruft und Polemik zwischen den Parteien entfacht, ein gutes Zeichen für die Zukunft der Demokratie. (...) Die Annäherung der Linken an die Rechten und der Rechten an die Linken ist ein Kennzeichen, dass unser Land den Geist des Bürgerkrieges verbannt hat.“<sup>109</sup>

Die ersten demokratischen Wahlen seien, so ein Leitartikel in *El País* Anfang Mai, ‚das Ende des Bürgerkrieges‘ und könnten die Zeit der Versöhnung einläuten.<sup>110</sup>

Träger dieser Versöhnung sollten die Parteien der Mitte sein. Das Ergebnis der Wahlen vom 15. Juni spiegelte das deutlich wider. Als stärkste Partei ging mit 34,7 Prozent (166 Abgeordnete) die UCD hervor. Die PSOE gelangte mit überraschenden 29,4 Prozent auf den zweiten Platz (118 Abgeordnete). Drittstärkste Kraft wurde die PCE mit 9,4 Prozent (19 Abgeordnete), die AP erhielt 8,4 Prozent der Stimmen (16 Abgeordnete). Das katalanische Wahlbündnis PDPC (Coalición Electoral Pacte Democràtic Per Catalunya) sandte elf Abgeordnete ins Parlament, die baskische Nationalpartei PNV (Partido Nacional Vasco) acht Abgeordnete. Das Wahlergebnis wurde von der Presse als Zeichen der politischen Reife gewertet. Die konservative *ABC*, die im Vorfeld vor einer Zersplitterung der Parteienlandschaft ‚wie zu Zeiten der Zweiten Republik‘ gewarnt hatte, schrieb am 17. Juni:

„Klar und deutlich hat sich das Land in zwei große Blöcke formiert, zwischen denen es glücklicherweise keinen Anlass für eine Konfrontation gibt. Es ist nicht die klassische Rechte und die klassische Linke wie vor 41 Jahren. (...) Durch sein Votum für die Mitte, durch sein Votum für Suárez hat die Mehrheit des Landes Mäßigung, Gleichgewicht und Kontinuität auf dem vom jetzigen Präsidenten beschrittenen Weg gewählt.“<sup>111</sup>

Für die *ABC* waren der aggressive Ton und die häufigen Bezüge der AP auf die Vergangenheit die Gründe für das Scheitern des Rechtsbündnisses.<sup>112</sup>

Das Urteil der katalanischen Tageszeitung *La Vanguardia* unterschied sich von dem der gesamtspanischen Medien. Sie sah ein klares Votum für ein Linksbündnis. Eine neue Generation habe den Bruch mit der Franco-Diktatur gefordert.<sup>113</sup> Das gute Abschneiden der katalanischen Parteien könne auf eine baldige Wiedereinsetzung des Autonomiestatuts von 1932 hoffen lassen. Keine politi-

<sup>109</sup> El País, 15. Juni 1977, ‚Hay que respetar las Urnas, S. 8.

<sup>110</sup> Siehe El País, 8. Mai 1977, ‚El final de la guerra civil‘, S. 9.

<sup>111</sup> ABC, 17. Juni 1978, ‚La gran responsabilidad‘, S. 2.

<sup>112</sup> Siehe ABC, 17. Juni 1978, ‚Las campañas‘, S. 4.

<sup>113</sup> Siehe La Vanguardia, 17. Juni 1978, ‚Ruptura generacional‘, S. 5.

sche Partei könne es sich nunmehr erlauben, die Forderungen Kataloniens zu übergehen.<sup>114</sup>

### 2.2.3 Verhandlungen zur Verfassung: die Politik des Konsenses

Neben der Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation war die dringlichste Aufgabe der neuen Regierung die Ausarbeitung einer neuen Verfassung.

Am 22. August nahm der vom parlamentarischen Verfassungsausschuss eingesetzte siebenköpfige Unterausschuss, die *ponencia*, die Arbeit auf: Drei Vertreter der UCD sollten gemeinsam mit einem Vertreter der PSOE, einem der AP (die PSOE hatte auf den zweiten ihr zustehenden Sitz verzichtet), einem der PCE und einem des katalanischen Wahlbündnisses den Entwurf für die Verfassung ausarbeiten. Mit Ausnahme der baskischen Nationalisten waren alle politischen Kräfte im Ausschuss vertreten. Die zu erwartenden Konflikte sollten so schon vor der Diskussion des Entwurfes im Parlament entdramatisiert werden.<sup>115</sup>

Eine weitere Strategie zur Konfliktvermeidung war eine Reihe privater Gespräche zwischen Adolfo Suárez und Felipe González im Madrider Restaurant José Luis. In der von Zeitgenossen so genannten ‚Nacht von José Luis‘ handelten die beiden Politiker die Rahmenbedingungen für den Kompromiss bezüglich der verfassungsrechtlichen Stellung der Kirche aus. Der Problemkomplex, der zum vorübergehenden Verlassen der *ponencia* des Sozialisten Gregorio Peces-Barba geführt hatte, konnte so vor der Diskussion im parlamentarischen Ausschuss entschärft werden. Nach einer ersten Vorstellung des Entwurfes am 5. Januar 1978 und der Bearbeitung der über tausend Einwände und Anträge nahm der parlamentarische Ausschuss am 5. Mai 1978 seine Arbeit auf.

Der Präsident des parlamentarischen Ausschusses Emilio Attard erklärte, die Verfassung müsse eine Verfassung aller werden. Als Verfassung der Versöhnung sollte sie die traditionellen spanischen Probleme wie das Verhältnis der Regionen zum Zentralstaat, die Stellung der Kirche und des Militärs endgültig lösen. Ziel sei es deswegen, in allen strittigen Fragen einen Konsens zu finden.<sup>116</sup> Das Mittel, um diesen Konsens zu erreichen, war die Erinnerung an das Trauma Bürgerkrieg. Die Erfahrung des Bürgerkrieges wurde immer dann ange-

---

<sup>114</sup> Siehe La Vanguardia, 18. Juni 1978, ‚Tras elecciones, mil conclusiones‘, S. 5.

<sup>115</sup> Zum Procedere der Verfassungsgebung vgl. de Esteban, Jorge: El proceso constituyente español, 1977-1978. In: José Felix Tezanos/ Ramón Cotarelo/ Ramón de Blas (Hrsg.), La transición democrática, Madrid 1989, S. 275-316. (Zukünftig abgekürzt: de Esteban, Proceso constituyente.) Eine Analyse der Verfassung unternimmt Cotarelo, Ramón: La Constitución de 1978. In: José Felix Tezanos, Ramón Cotarelo, Ramón de Blas (Hrsg.), La transición democrática, Madrid 1989, S. 318-345. Für die auf deutsch erschienenen Arbeiten sei verwiesen auf Rubio Llorente, Francisco: Der verfassungsgebende Prozess. In: Walther Bernecker/ Carlos Collado Seidel (Hrsg.): Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975-1982, München 1993, S. 127-149.

<sup>116</sup> Siehe Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Comisión de Asuntos Constitucionales y libertades públicas, 5. Mai 1978, Nr. 59, S. 2021.

führt, wenn es galt, die Kompromissbereitschaft der anderen Fraktionen zu erhöhen.<sup>117</sup>

In einer ähnlichen Funktion wurde die als ‚Geschichte des Scheiterns‘ begriffene spanische Verfassungsgeschichte verwendet: Die historischen Erfahrungen der Verfassung von 1931 und der als *trágala* bekannt gewordenen Verfassung von 1812<sup>118</sup> fanden als mahnende Erinnerung Eingang in die politische Argumentation.

Die Politiker wiesen der Geschichte – vorübergehend – die Rolle der *magistra vitae* zu. Dies zeigte sich vor allem bei den strittigen Fragen der Staatsform und der territorialen Gestaltung des Landes. Der Fraktionsvorsitzende der AP Manuel Fraga Iribarne forderte seine politischen Gegner auf, auf eine Debatte über die Einführung der Republik zu verzichten:

„(...) um so das Chaos unserer zwei Republiken zu beenden, die beide mit romantischen Enthusiasmus begannen und traurig in der Anarchie und im Kampf aller gegen alle im Bürgerkrieg zerstört wurden.“<sup>119</sup>

Santiago Carrillo Solares begründete die Unterstützung der Monarchie durch die PCE mit einem ‚historischen Lernprozess‘, durch den seine Partei ihr Misstrauen gegenüber dieser Institution überwunden habe. Das demokratische Verhalten Juan Carlos hätte die letzten Zweifel an der realpolitischen Notwendigkeit der Monarchie beseitigt.

Während die PCE an ihre Versöhnungspolitik der fünfziger Jahre anknüpfen konnte, versuchte sich die PSOE als Partei des Bruchs zu profilieren. Gómez Llorente verteidigte die Befürwortung der Republik durch seine Partei:

„Wir sind nicht nur Republikaner aus theoretischen Erwägungen. (...) Wir gehören einer Partei an, der PSOE, die sich fast gänzlich mit der zweiten Republik identifiziert, und das nicht umsonst, schließlich war sie einer der wichtigsten Pfeiler beim Regimewechsel am 14. April 1931.“<sup>120</sup>

Zwar stellte sich die PSOE in die Tradition von Francisco Largo Caballero, Julián Besteiro und Manuel Azaña, den Konsens der Verfassung wollte die Partei dennoch um keinen Preis kündigen. In seiner im Ton insgesamt sehr zurückhal-

<sup>117</sup> In diesem Sinn war es die Erinnerung an den traumatischen Bürgerkrieg, die den Konsens ermöglichte. Diese These wird zunehmend von spanischen Historikern vertreten. Neben Palma Aguilar sieht bspw. Javier Tusell in der historischen Erinnerung den Auslöser für den Konsens. Siehe Tusell, Javier: *Los hijos de sangre. La España de 1936 desde 1986*, Madrid 1986, S. 272. (Zukünftig abgekürzt: Tusell, *Hijos de sangre*)

<sup>118</sup> Der Begriff *Trágala* (Schluck sie!) bezieht sich auf den Namen eines Spottliedes, mit dem die liberalen Monarchisten die Anhänger des Ancien Régime bedachten. Den Liberalen war es gelungen, ihre Vorstellungen weitgehend durchzusetzen. Zur Verbreitung des Begriffes *trágala* siehe Aguilar, *Memoira y Olvido*, S. 345.

<sup>119</sup> *Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Comisión de Asuntos Constitucionales y libertades públicas*, 5. Mai 1978, Nr. 59, S. 2044.

<sup>120</sup> *Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Comisión de Asuntos Constitucionales y libertades públicas*, 11. Mai 1978, Nr. 64, S. 2196.

tenden Rede erklärte Gómez-Llorente, wenn die Monarchie auf demokratischem Weg eingeführt würde, wäre das durchaus mit der eigenen Theorie vereinbar.<sup>121</sup> Neben der PSOE waren die katalanischen Sozialisten und die *Minoría Catalana* die einzigen Parteien, die vorsichtig versuchten, an die demokratischen Traditionen der Zweiten Republik anzuknüpfen. Miquel Roca i Junyent, Sprecher der *Minoría Catalana*, unterstrich seinen ‚Glauben an die Demokratiefähigkeit der spanischen Völker‘. Man müsse

„(...) mit der Ausarbeitung der Verfassung beginnen, um die unterbrochene Geschichte wiederzufinden. Wir dürfen nicht einen einfachen Reformismus, der dem vorherigen System entstammt, akzeptieren. Denn das hieße, die Geschichte zu regieren und zu sagen, dass alles 1939 angefangen hätte.“<sup>122</sup>

Doch auch Roca i Junyent insistierte nicht auf einem Anknüpfen an die Zweite Republik. Sein promonarchistisches Votum begründete er bei Abschluss der Verhandlungen mit der besonderen Bedeutung, die die borbonische Monarchie für Katalonien im 18. Jahrhundert gehabt habe.<sup>123</sup>

Die Mitglieder des Ausschusses waren sich der Sprengkraft, die die jüngste spanische Geschichte besaß, bewusst. Unter dem Eindruck des immer wieder beschworenen und zum ‚Gegenmittel gegen Zwist und Bruderkampf‘ geadelten Willens zum Konsens wurden strittige Themen wie die Franco-Diktatur ausgeblendet. An diesen ‚Konsens des Beschweigens‘ hielten sich auch ehemalige Oppositionelle wie der nach dem Krieg zum Tod und später zur Zwangsarbeit im *Valle de los Caídos* verurteilte Gregorio Peces Barba (PSOE) oder der Gewerkschaftspolitiker Marcelino Camacho Abad (PCE), der während des Franco-Regimes zu insgesamt 37 Jahren Haft verurteilt worden war.

Einzig bei der strittigen Frage der territorialen Neugestaltung Spaniens und der Autonomierechte scherten Vertreter der regionalistischen bzw. nationalistischen Parteien aus dem ‚Konsens des Beschweigens‘ aus. Artikel zwei des Verfassungsentwurfes sah zur Beschreibung der Staatsstruktur die Formel ‚Nation der Nationalitäten‘ vor. Diese Formulierung sollte als größtmöglicher Kompromiss sowohl die ‚unauflösliche Einheit‘ Spaniens als auch möglichst weitreichende Autonomierechte garantieren.

Dem Abgeordneten Francisco Letamendía Belzunce von der sozialistischen baskischen *Euskadiko Ezkerra* ging diese Formulierung nicht weit genug. Er forderte das Recht auf Selbstbestimmung und berief sich dabei auf ein spezifisch baskisches Geschichtsbild, nach dem die letzten hundert Jahre eine Geschichte der kontinuierlichen Außerkraftsetzung der 1512 von der kastilischen Krone garan-

---

<sup>121</sup> Siehe Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Comisión de Asuntos Constitucionales y libertades públicas, 11. Mai 1978, Nr. 64, S. 2197.

<sup>122</sup> Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Comisión de Asuntos Constitucionales y libertades públicas, 5. Mai 1978, Nr. 59, S. 2051.

<sup>123</sup> Siehe Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Comisión de Asuntos Constitucionales y libertades públicas, 11. Mai 1978, Nr. 64, S. 2221.



tierten historischen Rechte und Privilegien der Basken, der *fueros*, gewesen sei. Das Franco-Regime habe dabei mehr als jede andere Regierung das baskische Volk unterdrückt. Der baskische Nationalismus sei eine direkte Reaktion auf den Faschismus Francos.<sup>124</sup>

Der Abgeordnete Licinio de la Fuente y de la Fuente der AP protestierte gegen den direkten Angriff auf Franco. Die Basken sollten den wirtschaftlichen Aufschwung ihres Landes als Leistung Francos anerkennen und unter dem Zeichen der Versöhnung die Geschichte in ihrer Gänze annehmen.<sup>125</sup>

Der offene Streit um die Franco-Vergangenheit war ein Tabubruch. Miquel Roca i Junyent versuchte auszugleichen:

„Das Banner der Versöhnung hat zwei Aspekte: Zum einen gibt es diejenigen, die es hochhalten, um offensichtlich nicht über die Vergangenheit zu reden. Zum anderen gibt es diejenigen, die es hochhalten, um zu vergessen. Was aber nicht sein kann, ist, dass, einige sie hochhalten, um zu vergessen, andere aber, um ab und zu an sie zu erinnern. Entweder wir vergessen alle oder wir müssen von unterschiedlichen Konzeptionen von Versöhnung sprechen.“<sup>126</sup>

Dieses Vergessen, ein zentraler Bestandteil des geschichtspolitischen Diskurses auch im Parlament, fiel vor allem den Vertretern der katalonischen und baskischen Parteien schwer. Der Sprecher der baskischen Fraktion Xabier Arzalluz Antia erklärte, dass das ‚Vergessen der erlittenen Beleidigungen‘ nur unter bestimmten Bedingungen möglich sei.<sup>127</sup> Die Ablehnung jeglicher Erwähnung eines Zentralstaates im Verfassungstext begründete er mit den Erfahrungen der Franco-Zeit wie beispielsweise der Außerkraftsetzung der ökonomisch-administrativen Selbstverwaltung:

„Die Teilung, der Hass und die Schmerzen, die uns damals zugefügt wurden und die heute noch nachwirken, rühren von einem schweren politischen Fehler her. (...) (Aber) wir haben unsere Vorbehalte überwunden (...) Weder im Begriff ‚Nationalitäten‘ noch in der Autonomie sehen wir ein Sprungbrett für die Abspaltung. (...) Aber wir sind verpflichtet, zu unserer Geschichte zu stehen.“<sup>128</sup>

Auch bei der Debatte um den Artikel drei des Entwurfes, der das Verhältnis der spanischen Sprachen zueinander regelt, griffen die Vertreter der regionalistischen Parteien auf die Zeit der Franco Diktatur zurück. Trías Fargas von der *Mi-*

<sup>124</sup> Siehe Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Comisión de Asuntos Constitucionales y libertades públicas, 12. Mai 1978, Nr. 66, S. 2264.

<sup>125</sup> Siehe Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Comisión de Asuntos Constitucionales y libertades públicas, 12. Mai 1978, Nr. 66, S. 2271.

<sup>126</sup> Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Comisión de Asuntos Constitucionales y libertades públicas, 12. Mai 1978, Nr. 66, S. 2274.

<sup>127</sup> Siehe Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Comisión de Asuntos Constitucionales y libertades públicas, 5. Mai 1978, Nr. 59, S. 2063.

<sup>128</sup> Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Comisión de Asuntos Constitucionales y libertades públicas, 12. Mai 1978, Nr. 6, S. 2312.

*noría Catalana* forderte, dem Artikel eine Klausel zuzufügen, die zur Kenntnis des Katalanischen in Katalonien verpflichtet. Diese Klausel sollte vor einer Wiederholung der Geschichte schützen:

„(...) als die Truppen des Generals Francos nach Katalonien kamen, sagte Herr Serrano Suñer, Schwager und Minister der Regierung des Generals Franco: ‚Endlich haben wir Katalonien auf der Spitze unserer Bajonette.‘ Und das waren keine leeren Worte. (...) Unsere Intellektuellen wurden geringgeschätzt, unsere Bibliotheken zerstört. (...) Wir wollen vergessen, aber manchmal muss man sich erinnern, weil man sonst unsere misstrauische und unnachgiebige Haltung nicht versteht. (...) Wir sind bereit, kastilisch zu sprechen, aber nicht wie Franco. Wir werden kastilisch sprechen wie Demokraten. Aber wir sind unter keinen Umständen bereit, Katalanisch zu vergessen.“<sup>129</sup>

Auch wenn sich in den regionalistischen Parteien Widerstand gegen das Vergessen formierte, so blieb das Projekt der Verfassung von den diesbezüglichen Meinungsunterschieden unberührt. Die katalanischen Fraktionen konnten sich im Wesentlichen mit dem Verfassungsentwurf ebenso identifizieren wie die Sozialisten und die UCD. Nach den Verhandlungen im Ausschuss begannen am 4. Juli 1978 die Debatten im Plenum des Parlaments, ohne dass es dort zu wesentlichen Änderungen kam.<sup>130</sup>

Am 21. Juli verkündete der Präsident der *Cortes* Antonio Hernández Gil das Abstimmungsergebnis: 258 Abgeordnete hatten mit Ja gestimmt, zwei mit Nein, 14 Abgeordnete hatten sich enthalten. Der Vorsitzende der *Minoría Catalana* Jordi Pujol Soley erklärte die vorbehaltlose Unterstützung des Projekts durch seine Fraktion:

„Wir feiern den Geist der Vereinbarung, weil er dieses Mal von allen großen politischen Kräften Spaniens angenommen wurde und so die Auslöschung des klassischen Klischees eines unnachgiebigen Spaniens der Demokratie, das immer in Bruderkampf endete, erlaubte. (...) Dieses Land ist ein Land mit einer langen Bürgerkriegstradition, (...) es ist ein Land, wo die ‚Trágala‘, nicht die Übereinkunft, im Gemeinschaftsleben üblich war. (...) Deswegen müssen wir, wenn wir es jetzt vielleicht mit dem Konsens übertrieben haben, dies für die Zukunft beachten, aber auf keinen Fall sollten wir uns hierfür schämen.“<sup>131</sup>

Die Verfassung sei Ausdruck des Wunsches nach einem sicheren, friedlichen Zusammenleben, sagte Hernandez Gil, zum ersten Mal habe keine Ideologie

---

<sup>129</sup> Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Comisión de Asuntos Constitucionales y libertades públicas, 12. Mai 1978, Nr. 6, S. 2325.

<sup>130</sup> Siehe de Esteban, Proceso constituyente, S. 292.

<sup>131</sup> Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesión del Pleno, 21. Juli 1978, Nr. 116, S. 4593f.

über die andere gesiegt.<sup>132</sup> Kein Parlament der westlichen Demokratien löse so voller Respekt und Rücksichtnahme seine Konflikte, lobte der Fraktionsführer der Sozialisten Felipe González.<sup>133</sup>

Nachdem der Senat einige Änderungen insbesondere bezüglich der historischen Rechte der spanischen Völker erwirkt hatte, wurde die Verfassung am 31. Oktober dem Parlament zur Endabstimmung vorgelegt. 326 Abgeordnete stimmten für die Verfassung, sechs dagegen, 13 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Wieder war es der historische Neuanfang, den die Fraktionssprecher in den Mittelpunkt der Erklärungen ihres Votums stellten. Die Verfassung drücke die Überzeugung aus, dass es nicht mehr zwei Spanien gebe, die einander unversöhnlich gegenüberständen, betonte der Präsident Adolfo Suárez.<sup>134</sup> Spanien habe aus seiner Geschichte gelernt, durch diese Verfassung könne sich der traumatische Bürgerkrieg nie mehr wiederholen, so der UCD-Vertreter der *ponencia*, José Pedro Pérez-Llorca.<sup>135</sup> Manuel Fraga, Sprecher der Fraktion der AP, von deren Abgeordneten fünf gegen die Verfassung gestimmt und drei sich enthalten hatten, formulierte zumindest die Hoffnung, diese Verfassung könne die Verfassung aller Spanier sein.<sup>136</sup> Die Sozialisten Kataloniens modifizierten das Bild vom Neubeginn und sahen die Verfassung als historische Brücke, die an demokratische Traditionen anknüpfe.<sup>137</sup>

Die baskischen Nationalisten stellten sich in einen gänzlich anderen geschichtlichen Kontext. Die fehlende Anerkennung und Garantie der historischen Rechte habe Teile seiner Fraktion bewogen, sich der Stimme zu enthalten, erklärte der Sprecher Xabier Arzalluz:

„Wir wollten vor allem die Lücke schließen, die sich durch die Unterdrückung unserer historischen Rechte, der *fueros*, durch die Auflösung unserer bis vor hundert Jahren so lebendigen politischen Institutionen aufgetan hatte. (...) Trotzdem (...) ist es wahr, dass diese Verfassung Möglichkeiten einer autonomen Entwicklung öffnet, auch wenn die Doppeldeutigkeit vieler Formulierungen uns zwischen unserem angeborenen Optimismus und dem aus der historischen Erfahrung erstandenen Pessimismus schwanken lässt.“<sup>138</sup>

---

<sup>132</sup> Siehe Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesión del Pleno, 21. Juli 1978, Nr. 116, S. 4589.

<sup>133</sup> Siehe Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesión del Pleno, 21. Juli 1978, Nr. 116, S. 4604.

<sup>134</sup> Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesión del Pleno, 31. Oktober 1978, Nr. 130, S. 5202.

<sup>135</sup> Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesión del Pleno, 31. Oktober 1978, Nr. 130, S. 5199.

<sup>136</sup> Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesión del Pleno, 31. Oktober 1978, Nr. 130, S. 5191.

<sup>137</sup> So der Vorsitzende der katalanischen Sozialisten Joan Reventós Carner in Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesión del Pleno, 31. Oktober 1978, Nr. 130, S. 5192.

<sup>138</sup> Congreso de los diputados, Sesión del Pleno, 31. Oktober 1978, Nr. 130, S. 5186f.

Letamendía Belzunce von der Euskadiko Ezkerra stellte sich ganz außerhalb des Konsenses und stimmte gegen die Verfassung. Das baskische Votum nahm das Ergebnis des Referendums vom sechsten Dezember 1978 vorweg. Während sich in Spanien 67,7 Prozent der Bevölkerung beteiligten und davon 87,8 Prozent mit Ja stimmten, gingen im Baskenland nur 45,5 Prozent zu den Urnen, 68,2 Prozent davon befürworteten die Verfassung.

Die Presse bewertete die Verfassung als historischen Einschnitt. *El País* und *La Vanguardia* sahen mit dem Verfassungsreferendum den Übergang von der Diktatur zur Demokratie beendet. Jetzt gelte es, sich den tagespolitischen Aufgaben, der Bekämpfung des Terrors und der Wirtschaftskrise, zuzuwenden.<sup>139</sup> Der Historiker Ricardo de la Cierva schrieb am 5. Dezember 1978 in der konservativen ABC:

„Wir haben, mit dem letzten Aufbäumen unserer mörderischen Geschichte, den Bürgerkrieg für immer weggesperrt. Wir haben die Blumen des Hasses und die Wurzeln der Angst abgeschnitten.“<sup>140</sup>

Mit der Proklamation der ‚Verfassung des Konsenses‘ durch den König am 27. Dezember 1978 war der rechtliche Bruch mit der Franco-Diktatur vollzogen. Die *transición* von der Diktatur zur Demokratie war beendet. Überwunden war die Diktatur Francos dadurch nicht. Ein deutlicher Indikator hierfür war die fehlende Identifikation der Basken mit der Verfassung. Für das Baskenland bot der Rahmen der Verfassung keine ausreichende Garantie für eine Versöhnung mit der Vergangenheit.

Beim geschichtspolitischen Umgang mit Bürgerkrieg und Franco-Diktatur hatten die politischen Akteure primär auf die Strategie des ‚Vergessens um der Versöhnung willen‘ gesetzt. Dabei konnten sie mit einer breiten Unterstützung durch die Bevölkerung rechnen und sowohl auf Traditionen der ehemaligen inneren wie auch der äußeren Opposition zurückgreifen. Für den sanften Übergang von der Diktatur zur Demokratie innerhalb der Legitimität des alten Regimes war das Vergessen eine notwendige Bedingung gewesen, sozusagen der ‚Preis der *transición*‘ - schließlich stammte der Großteil der Akteure aus dem Franquismus.<sup>141</sup>

Das von breiten Teilen der Gesellschaft befürwortete ‚Vergessen um der Versöhnung willen‘ prägte auch das Amnestiegesetz, die einzige vergangenheitspolitische Maßnahme, die sich die junge Demokratie verordnete.

---

<sup>139</sup> Siehe *La Vanguardia*, 7. Dezember 1978, ‚El desafío de la esperanza‘, S. 16. und *El País*, 28. November 1978, S. 14.

<sup>140</sup> ABC, 5. Dezember 1978, S. 3.

<sup>141</sup> Als ‚Preis der *transición*‘ hat der Sozialwissenschaftler Gregorio Morán in seinem gleichnamigen Essay das Vergessen bezeichnet. Siehe Morán, Gregorio: *El precio de la transición*, Barcelona 1991. (Zukünftig abgekürzt: Morán, *Precio de la transición*.)

### 3 Vergangenheitspolitik: Amnestie als Minimalprogramm

#### 3.1 Gesellschaftliche Mobilisierung und politische Umsetzung

Unmittelbar nach Francos Tod und verstärkt nach den Wahlen vom Juni 1977 rückte die Frage nach dem Umgang mit dem Erbe des Regimes ins Zentrum der öffentlichen und politischen Diskussion. Wie in jeder Transformationsgesellschaft stellte sich die Frage, wie die Handlungen und das Personal des vorhergegangenen Regimes unter den neuen Rahmenbedingungen zu bewerten seien. Die Initiativen, Entscheidungen, Gesetze und Diskussionen hierüber sind der Kernbereich der Vergangenheitspolitik.<sup>142</sup> Vergangenheitspolitik wird hier nach Carl Offe als direkter Umgang mit dem institutionellen und personellen Erbe eines überwundenen Systems verstanden, der auf die direkten materiellen Folgen für bestimmte Gruppen der Gesellschaft zielt. Als solche umfasst die Vergangenheitspolitik auch jene Maßnahmen, die sich mit ‚Bestrafung, Disqualifikation und Restitution (Kompensation der Opfer)‘<sup>143</sup> befassen, Maßnahmen also, die in den Bereich des (Straf-)Rechts fallen.

Mehr als mit dem Erbe eines überwundenen Systems beschäftigte sich Spanien mit der Altlast eines ‚sich selbst überwindenden Systems‘. Der Umgang mit dem institutionellen Erbe bzw. mit dem Großteil des politisch-administrativen Apparates war durch die *Ley para la Reforma Política* und den so eingeleiteten ‚sanften Wandel‘ vorgezeichnet. Der Großteil des administrativen und politischen franquistischen Machtapparates konnte bestehen bleiben. Vor diesem Hintergrund richteten sich die vergangenheitspolitischen Maßnahmen vor allem auf den Bereich der Rechtsprechung, hier insbesondere den Bereich Amnestie.

Schon mit dem sich abzeichnenden Ende des Franco-Regimes war eine umfassende Amnestie zur zentralen Forderung der Opposition geworden. Christdemokraten wie Joaquín Ruiz Giménez hatten schon Anfang der siebziger Jahre erklärt, die *reconciliación* lasse sich nur durch eine umfassende Amnestie realisieren.<sup>144</sup> 1974 sammelte seine Organisation *Justicia y Paz* (Gerechtigkeit und Frieden) sehr zum Missfallen der extremen Rechten 150.000 Unterschriften für eine Amnestie. Zeitgleich, am 30. November 1974, forderte die spanische Bischofsversammlung die Regierung auf, das Strafrecht bezüglich der Versammlungsfreiheit und anderer Bürgerrechte zu überprüfen. Indirekte Rückendeckung

---

<sup>142</sup> Siehe Frei, Norbert: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996, S. 13. (Zukünftig abgekürzt: Frei, *Vergangenheitspolitik*.)

<sup>143</sup> Zu dieser Definition von Vergangenheitspolitik siehe Offe, Carl: *Der Tunnel am Ende des Lichts, Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*, Frankfurt am Main 1994, S. 187ff. Auf diese Definition stützen sich auch Wolfrum, Edgar: *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung*, Darmstadt 1999, S. 31. (Zukünftig abgekürzt: Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik*) und Bock, Petra/ Wolfrum, Edgar (Hrsg.): *Unkämpfte Vergangenheit*, Göttingen 1999, S. 8.

<sup>144</sup> Vgl. hierzu bspw. den Leitartikel ‚Amnestie‘ der *Cuadernos para el Diálogo* vom Februar 1970, in dem Chefredakteur Joaquín Ruiz Giménez erklärt, die Amnestie wäre ein wichtiger Schritt zur Versöhnung. Siehe Ruiz Giménez, Joaquín: *El camino hacia la democracia. Escritos en ‚Cuadernos para el Diálogo‘ (1936-1976)*, Madrid 1985, S. 414.

erhielten die christdemokratischen und christlichen Kreise bei ihren Bemühungen um eine Amnestie vom Vatikan, der im Jahr zuvor das Jahr 1975 zum ‚Heiligen Jahr der Versöhnung‘ deklariert hatte.<sup>145</sup> Direkt nach dem Tod Francos, im November 1975, veröffentlichte Luis Lucio Lobato in den *Cuadernos para el Diálogo* einen schon im August entstandenen Text, in dem er das ‚verdächtige Schweigen‘ über die Amnestie beklagte:

„Wir müssen heute erkennen (...), dass die Existenz von politischen Häftlingen in unserem Land und die exilierter Landsleute außerhalb unserer Grenzen die schmerzhafteste Manifestation des vergifteten und aus alten Tagen mithergeschleppten Problems der ‚zwei Spanien‘ ist, ein Thema, dessen Behandlung lange Zeit tabuisiert war, das aber zunehmend an Aktualität gewinnt. (...) Wenn eine historische Periode zu Ende geht, ist es nur natürlich, dass die Aufmerksamkeit der großen Massen auf ihre großen Probleme gelenkt wird.“<sup>146</sup>

Neben der auf die Überwindung der Folgen des Bürgerkrieges angelegten Amnestiebewegung entstand Mitte der sechziger Jahre eine arbeitsrechtliche Bewegung, die die Aufhebung von Entlassungen und Verurteilungen wegen illegaler Streiks forderte.<sup>147</sup>

Mit dem Tod Francos und der Inthronisierung Juan Carlos mehrten sich die Hoffnungen auf eine Amnestie. Am 25. November 1975 verkündete Juan Carlos zeitgleich mit der Gewährung einer Sonderpension an die Franco-Witwe Pilar de la Rocha Nogués einen Straferlass. Dabei verknüpfte er die Idee der Monarchie mit der nationalen Versöhnung:

„Die Instauration der Monarchie durch meine Person soll das Ziel eines solidarischen und friedlichen Zusammenlebens aller Spanier bestätigen. (...) Ich wünsche und hoffe, dass alle Spanier, die in den Genuss dieser königlichen Entscheidung kommen, (...) dem Aufruf zur Einheit folgen, um so das wichtigste Ziel der Monarchie zu garantieren: Das unverzichtbare Gut des Friedens.“<sup>148</sup>

Der königliche Straferlass stand ganz in der Tradition Francos: Juan Carlos betonte in der Präambel des Dekrets die Rolle Francos als Stifter des ‚vierzigjährigen Friedens‘. Mit der Gewährung eines Straferlasses reduzierte der Monarch zwar das Strafmaß, das Delikt blieb jedoch bestehen. Eine Rehabilitation erfolgte nicht.

---

<sup>145</sup> Siehe Aguilar Fernández, Paloma: La amnesia y la memoria: Las movilizaciones por la amnistía en la transición a la democracia. In: Rafael Cruz/ Manuel Pérez Ledesma (Hrsg.), *Cultura y movilización en la España contemporánea*, Madrid 1997, S. 327-357, S. 332f. (Zukünftig abgekürzt: Aguilar, Amnistía.)

<sup>146</sup> *Cuadernos para el diálogo*, Nr.146, November 1975, ‚Un silencio sospechoso‘, S. 10f.

<sup>147</sup> Der Einfluss dieser Bewegung auf die Amnestiebewegung wird von Paloma Aguilar als relativ gering eingeschätzt. Vgl. Aguilar, Amnistía, S. 331f.

<sup>148</sup> BOE Nr. 284. In: *Boletín Oficial del Estado (BOE)*, Band 454, 16.-30. November 1975, S. 3099f.

Die reformorientierten Kreise zeigten sich enttäuscht. Das königliche Dekret wurde als herrschaftlicher Gnadenerweis verstanden, der sich qualitativ kaum von den unter Franco gewährten Straferlassen unterschied. Der Erlass sei nicht mehr als eine Erinnerung an den vorherigen Staatschef und eine Geste anlässlich der Proklamation von Juan Carlos, urteilte die Wochenzeitschrift *Cambio 16*, die dem Thema einen Schwerpunkt widmete.<sup>149</sup> Der Christdemokrat José María Gil Robles attestierte dem Dekret im Vergleich zu ähnlichen Gesetzen aus den sechziger Jahren einen ‚Mangel an Großzügigkeit‘<sup>150</sup> und Cristina Almeida, Mitglied der illegalen PCE, betonte, dieses Dekret könne niemals die Konsequenzen des Bürgerkrieges ausradieren.<sup>151</sup>

Die Regierung Arias Navarro verzögerte die Debatten über ein Amnestiegesetz. Der Innenminister Manuel Fraga betonte wiederholt, dass es ‚keine Notwendigkeit für ein solches Gesetz gebe‘<sup>152</sup>, und torpedierte so die Versuche des Justizministers Antonio Garrigues Díaz-Cabañete.<sup>153</sup> Trotz der (illegalen) Streikbewegung im Januar 1976 und der nicht genehmigten, mehrtägigen Demonstrationen in Barcelona für ‚Freiheit, Amnestie und Autonomiestatut‘ in den ersten Februartagen blieb die Regierung bei ihrer Linie. Sie ging damit auf Bedenken des *búnker* ein, der in einer Amnestie einen Bruch mit dem Franco-Regime gesehen hätte – gerade die Legitimität dieses Regimes galt es im Sinne der von Arias Navarro eingeschlagenen Politik aber zu bewahren.<sup>154</sup> Die Proteste der Opposition gegen den zögerlichen Kurs der Regierung verschärften sich, nachdem bei einem Streik am 3. März 1976 in Vitoria fünf Demonstranten erschossen worden waren. Die beiden großen Foren der Opposition, die *Junta Democrática* unter der Führung der illegalen PCE, und die *Plataforma de Convergencia Democrática* unter der Leitung der PSOE, vereinten sich am 26. März zur *Coordinación Democrática* (CD). Die Organisation machte sich die Forderung nach Amnestie als Teil der notwendigen Demokratisierung zu eigen.

Am 5. Juli 1976, zwei Tage nachdem Adolfo Suárez vom König zum neuen Präsidenten ernannt worden war, organisierte die *Coordinación Democrática* in ganz Spanien eine ‚Woche für die Amnestie‘. An den Großdemonstrationen in Madrid, Barcelona, Sevilla und Las Palmas nahmen knapp hunderttausend Menschen teil. In seiner Regierungserklärung hatte Suárez ein Amnestiegesetz

---

<sup>149</sup> Siehe *Cambio 16*, Nr. 209, 8.-14. Dezember 1975, S. 12.

<sup>150</sup> Siehe *La Vanguardia*, 28. November 1975, ‚Opiniones en torno al indulto general‘, S. 12.

<sup>151</sup> Siehe *Cambio 16*, Nr. 209, 8.-14. Dezember 1975, S. 13.

<sup>152</sup> In Spanien gebe es nur 600 politische Gefangene, zitiert der Anwalt Miguel Castells den Innenminister Fraga. Von denen, die nicht wegen terroristischer Akte verurteilt worden seien, käme der überwiegende Teil innerhalb der nächsten Monate frei. Siehe Castells, Miguel: *La amnistía imparable*. In: *El Cárabo*, Nr. 1, Madrid 1976, S. 1-20, S. 5. (Zukünftig abgekürzt: Castells, *Amnistía imparable*)

<sup>153</sup> Siehe Aguilar, *Amnistía*, S. 338.

<sup>154</sup> Die Auffassung, eine umfassende Amnestie bedeute einen Bruch mit dem vorherigen System wurde auch von der Gegenseite, den Befürwortern einer Amnestie geteilt. Der Anwalt Miguel Castells, der sich vehement für eine Amnestie auch der baskischen Terroristen einsetzte, sah die Amnestie insofern als Motor des politischen Wechsels. Siehe Castells, *Amnistía imparable*, S. 8.

angekündigt. Die Realisierung dieses Vorhabens wurde als ‚Prüfstein für die neue Regierung‘ angesehen.<sup>155</sup> Wiederholt bekundeten Parteisprecher und Kirchenvertreter wie der Erzbischof von Compostela Suquía auf den Pro-Amnestie-Versammlungen ihr Vertrauen in die demokratischen Absichten von Regierung und König.

Am 28. Juli 1976 beschloss der Ministerrat das Dekret zur Amnestie. Zwei Tage später trat es durch die Veröffentlichung im *Boletín Oficial del Estado* in Kraft. Wieder wurde versucht, Monarchie und Versöhnung miteinander zu verbinden. Zum ersten Mal nahm die Monarchie indirekt Bezug auf den Bürgerkrieg und seine Folgen:

„Eine der wichtigsten Aufgaben (der Krone) ist die Versöhnung aller Mitglieder der Nation. (...) Jetzt, wo Spanien sich einer demokratischen Normalität nähert, ist der Moment gekommen, diesen Prozess im brüderlichen Zusammenleben aller Spanier durch das Vergessen jedes diskriminierenden Überbleibsel aus der Vergangenheit zu beschließen.“<sup>156</sup>

Der Ministerrat setzte das Dekret als ‚eine von mehreren legislativen Maßnahmen‘ in den Kontext der Straferlasse unter Franco. Erklärtes Ziel war nicht eine Wiedergutmachung erlittenen Unrechts, sondern die Ermöglichung eines breiten Vergessens: Die Amnestie richtete sich also nicht an ‚eines der beiden Spanien‘, sondern an beide Seiten. Eine Amnestie, die sich nur an die ‚Opfer des Regimes‘ richtete, schien unmöglich. Schließlich fehlte durch den Wandel des Systems ‚aus sich selbst heraus‘ eine Instanz, die in ‚Opfer‘ und ‚Täter‘ unterschieden hätte.

Das Dekret amnestierte alle Straftaten mit politischem Hintergrund, die weder Leib noch Leben anderer geschädigt hatten. Die Militärs des republikanischen Heeres wurden zwar amnestiert, eine Reintegration in den Militärkörper war allerdings auf nachdrücklichen Wunsch führender Militärs nicht möglich. Ebenso wenig konnten die Mitglieder der *Unión Militar Democrática* (UMD), die Vereinigung der von Franco kriminalisierten demokratischen Militärs, in das Heer wiedereingegliedert werden.<sup>157</sup>

Die Öffentlichkeit beurteilte das Dekret überwiegend positiv. Die Amnestie sei so gut wie möglich, aber nicht so umfassend wie gewünscht, schrieb *El País*:

„Die Ausweitung der Amnestie auf die militärischen Delikte, auch wenn eine Wiedereingliederung der Amnestierten in den Dienst nicht ermöglicht wird, wirkt auf uns wie ein weiteres Zeichen der Versöhnung und der Befriedung des Landes. (...) Es erscheint uns als ein Zeichen der Überwindung des Bürgerkrieges. Allerdings lässt sich nicht

---

<sup>155</sup> Siehe *El País*, 11. Juli 1976, S. 1.

<sup>156</sup> BOE Nr.186, 4. August 1976. In: *Boletín Oficial del Estado* (BOE), 1.-15. August 1976, S. 1978.

<sup>157</sup> Siehe Aguilar, *Amnistía*, S. 338f.



sagen, dass die Folgen dieses Krieges dadurch aus dem nationalen Zusammenleben verschwunden sind.<sup>158</sup>

Um den Aufbau eines neuen Spaniens zu ermöglichen, müsse jeder die Wunden der Vergangenheit aus seinem Gedächtnis ausradieren. *La Vanguardia* wertete das Dekret ebenfalls als ‚Symbol für die Überwindung des Bürgerkrieges‘, bemängelte allerdings, dass das Problem der Rückkehrer aus dem Exil immer noch nicht gelöst sei.<sup>159</sup>

Während die liberalen Blätter in der Amnestie in erster Linie ein Zeichen für den guten Willen und die Demokratisierungsabsichten der neuen Regierung erblickten, sah die konservative *ABC* in dem Dekret die nationale Versöhnung bereits vollendet. Eine großzügigere Amnestie habe man nicht erwarten können, ermahnte die Zeitung die Kräfte der Opposition:

„Diejenigen, die seit so langer Zeit die Gewährung der Amnestie als Vorbedingung für den Dialog anführen, sollten auf die Amnestie mit dem Dialog der Versöhnung antworten. (...) Es erscheint uns angemessen, uns an die Nutznießer dieser Gnade zu wenden und an diejenigen, die sie wiederholt eingefordert haben, damit sie jetzt ein Klima der Versöhnung schaffen: Durch ihre zivilisierte Mitarbeit, ohne Hemmnisse, am gemeinsamen Wohl aller Spanier.“<sup>160</sup>

Diese ‚zivilisierte Mitarbeit‘ war eine Strategie der Regierung Suárez. Suárez versuchte, die Führer der linken Opposition, der *Coordinacion Democrática*, in das politische Geschehen einzubinden, damit diese ihren Kurs der *ruptura*, des Bruchs mit dem vorherigen Regime, verließen. Am 10. August 1976 begannen die geheimen Gespräche mit Felipe González (PSOE), am 28. August nahm der Regierungsbeauftragte José Mario Armero Kontakt zu Santiago Carrillo (PCE) auf. Das Amnestiedekret war ein ‚Werbegeschenk‘ an die Opposition.

Harsche Kritik am Dekret kam aus dem Baskenland. Dort hielt man das Gesetz für vollkommen unzureichend und mobilisierte weiter: Kaum einer der politischen Häftlinge aus dem Baskenland war in den Genuss der Amnestie gekommen.<sup>161</sup>

Am 14. März 1977, drei Monate vor den ersten demokratischen Wahlen, wurde das Dekret erheblich erweitert: Die Klausel, die eine Amnestie nur denjenigen Zivilisten zugestand, die bei ihren Aktionen niemanden gefährdet oder versehrt hatten, wurde gestrichen. Mit Ausnahme der baskischen Terroristen der ETA oder der Terroristen der linksextremen GRAPO konnten somit alle politischen Häftlinge auf eine Amnestie hoffen. Im Falle der baskischen Terroristen bot die Regierung den baskisch-nationalistischen Parteien an, die Inhaftierten freizulassen und aus dem spanischen Staatsgebiet zu verbannen. Durch diese Konzessi-

<sup>158</sup> El País, 31. Juli 1976, ‚La amnistía‘, S. 6.

<sup>159</sup> Siehe *La Vanguardia*, 31. Juli 1976, ‚Amnistía, sí‘, S. 1 und ‚El consejo de la Amnistía‘, S. 6.

<sup>160</sup> *ABC*, 31. Juli 1976, ‚Amnistía para reconciliación‘, S. 2.

<sup>161</sup> Siehe Aguilar, *Amnistía*, S. 350.

onen erhoffte sich Suárez den Verzicht auf Aufrufe zum Wahlboykott oder Streik.<sup>162</sup>

Standen die Dekrete bis zu den Wahlen durch die Art der Verordnung in der Tradition des Gnadenrechtes, so bot sich nach den Wahlen die Möglichkeit einer demokratisch legitimierten vergangenheitspolitischen Initiative. Im September 1977 setzten die Fraktionen der PCE, der PSOE sowie die *Minoría Catalana* und die *Minoría Vasca* in einem gemeinsamen Antrag das Thema Amnestie auf die politische Tagesordnung. Die Parteien forderten neben einer umfassenden Amnestie für politische Straftaten (auch mit dem Resultat der Körperverletzung) eine arbeitsrechtliche Amnestie für die Ausgeschlossenen der Streiks und eine Reintegration der Militärs der Zweiten Republik und der UMD. Einen Monat später präsentierte die UCD einen eigenen, restriktiveren Antrag, in dem unter anderem die beiden letztgenannten Punkte fehlten.<sup>163</sup>

Die Opposition erklärte sich zu Verhandlungen über einen gemeinsamen Antrag bereit und verzichtete auf Mobilisierungen. Die Gespräche standen unter dem Eindruck der als *pactos de Moncloa* bezeichneten Verhandlungen: Am 8. Oktober hatten im Regierungspalast Moncloa Gespräche über einen gemeinsamen Pakt zwischen Opposition, Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften begonnen, durch den die spanische Wirtschaft angekurbelt werden sollte. Im Sinne des Konsenses sollte eine Entscheidung gefunden werden, die alle Gruppen tragen konnten. Das Amnestiegesetz war dabei eine Möglichkeit, das Wohlwollen der Opposition zu erhalten.

Am 14. Oktober 1977 legte der gemeinsame Ausschuss dem Kongress ein Amnestiegesetz vor, das alle politischen Straftaten, die vor dem 15. Dezember 1976 begangen wurden, und alle Straftaten, die in Zusammenhang mit der Wiederherstellung der öffentlichen Freiheiten oder den Autonomien standen und vor dem 15. Juni 1977 begangen wurden, amnestierte, unabhängig vom Ergebnis dieser Taten.<sup>164</sup> Eine Amnestie von Gewaltdelikten war möglich, sofern diese nicht in der Zeit zwischen den ersten demokratischen Wahlen und dem 6. Oktober 1977 begangen worden waren. Das relativ großzügig gestaltete Gesetz beinhaltete auch einen Paragraphen zum Arbeitsrecht.

Bei der Abstimmungsdebatte betonten die unterstützenden Fraktionen die neue Qualität des Gesetzes. Als gemeinsam ausgehandeltes Gesetz sei die Amnestie ein definitives Zeichen der nationalen Versöhnung, ein, so der Sprecher der UCD-Fraktion Arias Salgado Montalvo, ‚Grundstein für die neue Demokratie‘.<sup>165</sup>

---

<sup>162</sup> Siehe Aguilar, *Amnistía*, S. 339 und S. 350.

<sup>163</sup> Siehe Aguilar, *Amnistía*, S. 351f.

<sup>164</sup> Siehe BOE Nr. 248, 15. Oktober 1977. In: *Boletín Oficial del Estado*, 16.-31. Oktober 1977, S. 3173.

<sup>165</sup> Siehe *Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesión plenaria*, 14. Oktober 1977, Nr. 24, S. 973.

Zum ersten Mal war bei der Debatte von einer Versöhnung mit der Franco-Diktatur die Rede. Marcelino Camacho von der kommunistischen Fraktion, der wegen seines gewerkschaftlichen Engagements selbst insgesamt mehrere Jahre inhaftiert war, betonte noch einmal die Versöhnungspolitik seiner Partei, bevor er an die Häftlinge der Franco-Diktatur erinnerte. Jetzt gelte es allerdings, diese Vergangenheit ein für allemal zu vergessen.<sup>166</sup> Das Gesetz sei der Abschluss einer Epoche und der Beginn einer neuen Ära des Vertrauens, attestierten auch die katalanischen Sozialisten durch ihren Sprecher Josep María Triginer Fernández.<sup>167</sup> Der Sprecher der sozialistischen Fraktion, José María Benegas Haddad, erinnerte an die Exilierten, Verfolgten und Folteropfer der Diktatur. Die Amnestie sei kein Gnadenakt, vielmehr versuche man so

„(...) die Schmerzen, Vorurteile und Ungerechtigkeiten eines autoritären Regimes, das ich zweifellos zu einem der unerbittlichsten des 20. Jahrhunderts zähle, wieder gutzumachen.“<sup>168</sup>

Jetzt gelte es, das ertragene Leid zu vergessen und so den Groll zu begraben. Auch Xabier Arzallus schloss sich als Sprecher der katalanischen und baskischen Minderheit dieser ‚Schlussstrichrhetorik‘ an. Die Amnestie müsse eine Amnestie aller für alle - und so ein Vergessen aller für alle sein. Arzallus erinnerte an ein an den Folgen polizeilicher Misshandlung gestorbenes PNV-Mitglied und forderte mit Blick auf die baskischen Terroristen eine großzügige Auslegung des Gesetzes.

„Diese Erinnerungen, die von den Eltern an die Kinder weitergegeben werden, sind schwer zu überwinden. Das gegenseitige Misstrauen, gegründet auf Hass, auf frischvergossenem Blut, (...) ist schwer zu vergessen. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass durch unser Gesetz (...) diese Form des Vergessens ein Allgemeingut wird.“<sup>169</sup>

Auch die Kräfte der Opposition votierten also für ein breites, beidseitiges Vergessen. Eine Täter-Opfer-Diskussion gab es auch im demokratisch gewählten Parlament nicht. Die vormals illegalen Parteien von der PSOE bis zur katalanischen Wählerversammlung akzeptierten, dass die Amnestie auch für den ehemaligen franquistischen Repressionsapparat galt und als solche ‚Delikte und Verstöße der Kräfte der öffentlichen Ordnung gegen die persönlichen Rechte‘ amnestierte. Eine Wiedergutmachung der Opfer des Regimes im Sinne einer Bestrafung der Täter wurde auch vom demokratischen Parlament nicht gefordert. Das war der Preis, den die Opposition für eine Beteiligung an der Konsenspolitik (im Rahmen der Moncloa-Pakte und der Verfassungsverhandlungen) zahlen musste. Wer sich dem Vergessen verweigerte, so der Sozialwissenschaftler

---

<sup>166</sup> Siehe Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesión plenaria, 14. Oktober 1977, Nr. 24, S. 960.

<sup>167</sup> Siehe Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesión plenaria, 14. Oktober 1977, Nr. 24, S. 965.

<sup>168</sup> Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesión plenaria, 14. Oktober 1977, Nr. 24, S. 966.

<sup>169</sup> Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesión plenaria, 14. Oktober 1977, Nr. 24, S. 969.

Gregorio Morán, lief Gefahr, wegen ‚revanchistischer Absichten ins politische Abseits gedrängt zu werden.<sup>170</sup>

Das Gesetz wurde mit 296 Ja-Stimmen, 18 Enthaltungen und zwei Nein-Stimmen angenommen. Kritik am Amnestiegesetz kam von der *Alianza Popular* und dem baskischen Abgeordneten Letamendía. AP-Fraktionssprecher Antonio Carro Martínez befürchtete weitere Amnestieforderungen, die die politische Situation destabilisieren könnten. Die erstrebte nationale Versöhnung habe sich schon durch das Dekret vom 30. Juli 1976 erfüllt.<sup>171</sup> Die Fraktion der AP erkannte allerdings die versöhnungspolitische Bedeutung des Gesetzes und stimmte nicht dagegen, sondern enthielt sich der Stimme.

Der baskische Abgeordnete Letamendía kritisierte die Amnestie als ‚Gnadenakt‘ und begründete seine Enthaltung:

„Die Amnestie ist kein beschämendes Verzeihen gegenüber Personen, die immer noch als Delinquenten betrachtet werden. Im Gegenteil, sie ist die Anerkennung des Rechtes eines Volkes, alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel zur Verteidigung gegen die Aggressionen einer Diktatur genutzt zu haben.“<sup>172</sup>

Erst mit der totalen Amnestie aller baskischen Häftlinge beginne für das Baskenland die Demokratie.

Die Öffentlichkeit wertete das Amnestiegesetz als Ausdruck des ‚borrón y cuenta nueva‘, des fälligen Schlussstrichs und Neuanfangs. Übereinstimmend sahen *El País* und *ABC* das Gesetz als letzte vergangenheitspolitische Maßnahme. Jetzt gebe es keine historischen, politischen oder moralischen Argumente für eine weitere Amnestie.<sup>173</sup> Auf weitere Mobilisierungsmaßnahmen wie Demonstrationen und Streiks müsse man jetzt verzichten.<sup>174</sup> *La Vanguardia* lobte das von einer Koalition des Konsenses getragene Gesetz als Zeichen des Mutes und der Großzügigkeit in Zeiten eines erstarkenden Terrorismus.<sup>175</sup>

Im Sinne eben dieses Schlussstriches gingen die Zeitungen auf die Opfer der Diktatur nicht näher ein. Themen wie Folter in den franquistischen Gefängnissen wurden vermieden, um eine Diskussion über Täter und Opfer erst gar nicht in Gang zu bringen. Statt dessen griffen die Zeitungen auf das kollektive Gedächtnis zurück und erklärten die historische Bedeutung des Gesetzes vor dem Hintergrund des Bürgerkrieges. Dieser sei durch die Zustimmung für das Gesetz durch die kommunistische Bürgerkriegsveteranin Dolores Ibárruri, bekannt unter ihrem Spitznamen *La Pasionaria*, nun endgültig beendet, schrieb *El*

---

<sup>170</sup> Siehe Morán, *Precio de la transición*, S. 76.

<sup>171</sup> Siehe *Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesión plenaria*, 14. Oktober 1977, Nr. 24, S. 957f.

<sup>172</sup> *Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesión plenaria*, 14. Oktober 1977, Nr. 24, S. 970.

<sup>173</sup> Siehe *El País*, 15. Oktober 1977, ‚Amnistía, al fin‘, S. 6.

<sup>174</sup> Siehe *ABC*, 15. Oktober 1977, ‚Por abrumadora mayoría, punto y aparte‘, S. 2.

<sup>175</sup> Siehe *La Vanguardia*, 15. Oktober 1977, ‚La amnistía‘, S. 5.

*País*.<sup>176</sup> Die Wochenzeitschrift *Cambio 16* sah mit dem 14. Oktober in Anlehnung an ein Gedicht von Antonio Machado den Tag gekommen, an dem das Problem der zwei Spanien endgültig überwunden wurde, an dem ‚der Spanier, der zur Welt kommt, weder Sieger noch Besiegter ist.‘<sup>177</sup>

### 3.2 Die Anwendung des Amnestiegesetzes: Verlierer und Gewinner

#### 3.2.1 Die Grenzen der Amnestie

Da das Gesetz sowohl von einer Mehrheit der Politiker wie auch von bedeutenden Meinungsträgern der Öffentlichkeit zum endgültigen Schlussstrich unter die Vergangenheit erklärt worden war, waren die Chancen auf eine Revision gering. Die militärischen Funktionäre der UMD blieben somit dauerhaft von der Amnestie ausgegrenzt; ein Zugeständnis der UCD an das konservative Militär, durch das die Regierung, so die Betroffenen, ‚ihre demokratische Glaubwürdigkeit geschmälert habe‘.<sup>178</sup> Auch die Frage der finanziellen Entschädigung der Francohäftlinge wurde durch den abschließenden Charakter des Gesetzes verjagt. Erst in den achtziger Jahren unter der PSOE-Regierung begannen die Haftentschädigungen für die politischen Gefangenen.<sup>179</sup> Ansprüche auf Entschädigungen werden bis heute gemeldet, die Streitigkeiten um die Höhe der Summe dauern an.<sup>180</sup>

Von den inhaftierten oder exilierten Mitgliedern der ETA profitierten zuerst diejenigen, die vor Francos Tod ihre Straftaten begangen und/ oder als ‚historische Flüchtlinge‘ das Land vor dem November 1975 verlassen hatten.<sup>181</sup> In den Folgejahren kamen alle baskischen Häftlinge, die ihre Straftaten vor den Juni-Wahlen begangen hatten, frei. Doch das von der Regierung als solches titulierte ‚Signal der Versöhnung‘ verfehlte seine Wirkung. Die Zahl der Todesopfer der ETA stieg in den Jahren nach der *transición* an. Den 28 Toten aus dem Jahr 1977 stehen 85 im Folgejahr, 118 im Jahr 1979 und 124 im Jahr 1980 gegenüber.

Dass das Amnestiegesetz in erster Linie als Gesetz zur Überwindung des Bürgerkrieges verstanden wurde und nur in zweiter Linie als eine Maßnahme zur Überwindung der Diktatur, zeigen die Initiativen und Anordnungen der Folge-

---

<sup>176</sup> Siehe El País, 15. Oktober 1977, ‚Hermanos, daos la paz‘, S. 8.

<sup>177</sup> Antonio Machado hatte die Zerrissenheit Spaniens in einem Gedicht beschrieben: ‚Españolito que vienes al mundo, que te cuide Dios, una de las dos Españas ha de helarte el corazón.‘ Vgl. *Cambio 16*, Nr. 307, 24.-30. Oktober 1977, S. 26.

<sup>178</sup> So der ehemalige Kommandant und UMD-Aktivist Luis Otero Fernández in einem Gastkommentar in El País. El País, 14. Oktober 1977, ‚La amnistía militar‘, S. 7.

<sup>179</sup> Siehe Aguilar, *Amnistía*, S. 336.

<sup>180</sup> Im September 2001 protestierten in Madrid ehemalige politische Häftlinge gegen die ‚entwürdigende und beschämende‘ Entschädigung von durchschnittlich 33.000 Peseten pro Haftjahr. Siehe El País, 4. September 2001, ‚65 pesetas por día de prisión‘.

<sup>181</sup> Siehe El País, 19. Oktober 1977, ‚Los refugiados vascos „históricos“ podrán regresar a España‘, S. 14.

monate. Im Gegensatz zu den Fragen der UMD und den Haftentschädigungen gab es nämlich in den Monaten nach der Verabschiedung des Gesetzes eine Fülle von Initiativen, um die Lücken des Amnestiegesetzes bezüglich der Gleichstellung der Bürgerkriegsparteien zu beheben. Solche Initiativen hatte es schon kurz nach Francos Tod in den *Cortes* gegeben, um die Witwen der republikanischen Kämpfer mit denen der nationalistischen gleichzustellen.<sup>182</sup> Im Zuge der Verhandlungen zur Verfassung beschleunigten die Gesetzgeber diese Bemühungen. Durch das Gesetz vom 6. März 1978 wurden die Militärs der republikanischen Armee voll amnestiert und rehabilitiert. Durch das Gesetz vom 16. November 1978 gewährte der Staat den Familien der Gefallenen des Bürgerkrieges eine Sonderrente. Die Frage der Sonderrenten für die Kriegsversehrten der Republikaner versuchte man, nach der Verabschiedung der Verfassung im Gesetz vom 22. Dezember 1978 zu lösen.<sup>183</sup>

Die Ungleichbehandlung von politischen Delikten aus der Zeit des Bürgerkrieges und politischen Straftaten aus Zeiten der bereits ‚konsolidierten Diktatur‘<sup>184</sup> war der Spezifik der spanischen Vergangenheitspolitik geschuldet, die eine grundsätzliche Verurteilung des Franco-Regimes vermied.

### 3.2.2 Arbeitsrecht

Problematisch waren die arbeitsrechtlichen Bestimmungen des Amnestiegesetzes. Die in den Artikeln 5 und 8 des Gesetzes festgelegte Aufhebung von Entlassungen, Sanktionen oder Beschränkungen wegen gewerkschaftlicher Delikte war ein Zugeständnis an die PSOE, PCE und die Gewerkschaften gewesen, um eine größere Kompromissfähigkeit bei den Moncloa-Pakten zu erreichen. In der Praxis der Rechtssprechung zeigten sich gravierende Mängel. Juristen kritisierten die Ungenauigkeit des Textes.<sup>185</sup>

Zumindest formal gab es bei der Amnestie der Arbeiter, die direkt nach Bürgerkriegsende wegen ihrer Mitgliedschaft in den zu illegalen Organisationen erklärten Gewerkschaften CNT oder UGT entlassen worden waren, wenig Probleme. Komplizierter waren die Fälle der während der Streiks und Protestbewegungen der sechziger Jahre entlassenen Arbeitnehmer. Da keine international gültige Vereinbarung das Streikrecht anerkannte und nach dem gängigen spanischen

---

<sup>182</sup> So die Anträge der *Cortes*-Delegierten Montserrat Tey Plana und Eduardo Tarragona. Siehe Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 271.

<sup>183</sup> Vgl. Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 272f.

<sup>184</sup> Als konsolidiert gilt das Regime in der Auffassung der meisten Historiker spätestens ab dem Jahr 1959 mit dem In-Kraft-Treten des Stabilisierungsplanes. Die Jahre davor stehen auch von der Rechtssprechung her noch stark unter dem Eindruck des Bürgerkrieges. Vgl. Soto Carmona, Alvaro: *Historiadores y primer franquismo*. In: *Revista de Occidente*, Nr. 223 (Dezember 1999), S. 103-122.

<sup>185</sup> Siehe Sánchez-Cervera, J.M.: *La amnistía laboral en la Ley 46/ 1977, de 15 de octubre*. In: *Revista de Política Social*, Nr.117 (1978), S. 197-211, S. 203f. (Zukünftig abgekürzt: Sánchez-Cervera, *Amnistía laboral*)

Recht<sup>186</sup> Streiks aus politischen Gründen (und um solche handelte es sich bei den Protestbewegungen der sechziger Jahre überwiegend) nicht legal waren, war hier die Möglichkeit einer Amnestie erheblich eingeschränkt.<sup>187</sup>

Problematisch gestalteten sich auch die Fälle der Entlassungen wegen Mitgliedschaft in einer verbotenen Partei oder Gewerkschaft. Die Beweispflicht, dass der Grund für die Entlassung ein politischer war, lag beim Antragsteller. In den Entlassungspapieren wurde der Entlassungsgrund nur selten aufgeführt. Auf eine diesbezügliche Reklamation hatten die Arbeitnehmer in den fünfziger und sechziger Jahren fast immer verzichtet, um keinen Strafprozess zu riskieren.<sup>188</sup>

Dass die Arbeitgeber mit der Rehabilitation der Arbeitnehmer beauftragt waren, war ein weiterer wunder Punkt des Gesetzes. Solange der Staat für die Wiedereinsetzung der Arbeitnehmer in ihren Beruf bzw. die Zahlung von Entschädigungen keine Rekompensation zahlte, sei das Gesetz eigentlich nicht anwendbar, urteilte das 11. Arbeitsgericht in Madrid.<sup>189</sup> In der durch die wirtschaftliche Rezession angespannten Situation setzten nur wenige Firmen das Gesetz um. Versuche von Seiten der Justiz oder des Staates, eine Anwendung des Gesetzes zu erzwingen, gab es keine. Vor dem Hintergrund der Moncloa-Pakte bemühten sich Tarifparteien und Politik um ein Klima der Mäßigung. Man versuchte, eine Konfrontation zu vermeiden und verwies mahnend auf die Polarisierung während der Arbeitsamnestie der Zweiten Republik vom 29. Februar 1936 und ihre Konsequenzen.<sup>190</sup>

Die arbeitsrechtlichen Bestimmungen des Amnestiegesetzes blieben so in der Hauptsache ein Instrument zur oberflächlichen Befriedung des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften, Parteien und Arbeitgebern. Eine vergangenheitspolitische Maßnahme im Sinne einer Aufhebung der unter Franco geschaffenen Verhältnisse war es nicht.

---

<sup>186</sup> Grundlage ist zu dieser Zeit das königliche Dekret vom 4. März 1977. (BOE, Real Decreto Ley, Art. 11, 4. März 1977).

<sup>187</sup> Genaue Zahlen darüber, wie viele Fälle davon betroffen waren gibt es meiner Kenntnis nach nicht. Eine zeitgenössische Quelle spricht nur vage von ‚der größten Zahl der Entlassungen‘. Vgl. Iglesias Cabero, M.: Breve comentario al la ley 46/ 1977 de 15 de octubre, sobre amnistía. In: Estudios de Deusto, Nr. 26 (1978), S. 133-145, S. 139. (Zukünftig abgekürzt: Iglesias Cabero, Comentario amnistía)

<sup>188</sup> Siehe Iglesias Cabero, Comentario amnistía, S. 137.

<sup>189</sup> Vgl. Diéguez, G.: Ante una importante sentencia sobre amnistía laboral. In: Revista Política Social, Nr.118 (1978), S. 131-143.

<sup>190</sup> So die Einschätzung von Paloma Aguilar und Javier Tusell. Tusell geht auch davon aus, dass die Verzögerung der Wirtschaftsreformen ebenfalls ihren Grund im Versuch hatte, jede Ähnlichkeiten mit der Zweiten Republik zu vermeiden. Siehe Aguilar, Amnistía, S. 352 sowie Tusell, Hijos de Sangre, S. 275. Genaue Angaben darüber, wie viele Arbeitnehmer im Zuge des Gesetzes ihren alten Arbeitsplatz zurück erhielten oder entschädigt wurden, gibt es nicht. Der Fall des Bahnunternehmens *Renfe*, das alle 6.000 suspendierte Arbeiter wiedereinstellte, blieb – so viel ist bekannt – eine Ausnahme. Vgl. Sánchez-Cervera, Amnistía laboral, S. 200.

### 3.2.3 Die Täteramnestie

Die Opposition hatte, unterstützt von den Medien, ausdrücklich für eine ‚Amnestie des Vergessens‘ votiert - eine Amnestie, die sich sowohl an ‚Opfer‘ wie auch ‚Täter‘ des Franco-Regimes wandte. Vereinzelt stieß die Haftentlassung oder Freisprechung von Tätern des Franco-Regimes jedoch auf Kritik.

Dies zeigte sich beispielsweise im Fall des Inspektors José Matute Fernandez. Der Inspektor der für die innere Sicherheit zuständigen *Brigada político social* hatte in der Nacht vom 29. Oktober 1975 Antonio Gonzalez, Mitglied der kommunistischen Partei der Kanaren, des *Partido de Unificación Comunista de Canarias* (PUCC), beim Verhör durch Sprünge auf den Brustkorb getötet.<sup>191</sup> Unter den oppositionellen Studenten der Universität La Laguna und den Mitgliedern der illegalen Parteien und der gewerkschaftlichen Organisation der *Comisiones Obreras* war Matute als Kommissar bekannt, dessen ‚Verhörtechnik vor allem aus Prügeln bestand‘.<sup>192</sup>

Am 19. Oktober 1977 wurde der des Mordes Angeklagte durch das Amnestiegesetz freigesprochen. Der Vorsitzende der PUCC wertete dies als vertane Chance, die Repressionsmethoden des Franco-Staates anzuklagen. Weitere Auswirkungen hatte der Fall Matute jedoch nicht. Auch im Fall der Amnestie der Polizisten, die an Folterungen von Häftlingen in Barcelona und Madrid beteiligt waren<sup>193</sup>, blieben politische Mobilisierungen aus.

Die Täteramnestie spielte auch im Parlament kaum eine Rolle. Nach meiner Kenntnis gab es in den Jahren 1975-1978 nur eine parlamentarische Debatte, bei der die Täteramnestie teilweise thematisiert wurde. Zum ersten und einzigen Mal während der *transición* stellte das Parlament dort den ‚Konsens des Beschweigens‘ in Frage.

Anlass war die Debatte am 23. Dezember 1977 über die von verschiedenen Fraktionen (Kommunisten, Sozialisten, Sozialisten Kataloniens, *Minoría Vasca y Catalana*, *Grupo Mixto*) geforderte Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.<sup>194</sup> Vom 4. bis 6. Dezember war es in Málaga zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und *Guardia Civil* gekommen, vom 12. bis 14. Dezember hatte es ähnliche Unruhen in La Laguna auf Teneriffa gegeben. In beiden Städten war dabei ein Student getötet worden. Die gewalttätigen Proteste hatten sich gegen die Übergriffe rechtsextremer Organisationen auf Parteibüros gerichtet.

Die Fraktionen verurteilten das Vorgehen der Ordnungskräfte als ‚undifferenziert und brutal‘ und forderten Konsequenzen bis in die höchste Führungsebene,

---

<sup>191</sup> Die Schilderung des Falls Matute stützt sich auf Presseberichte. Siehe z.B. *Cambio* 16, Nr. 309, 7. - 13. November 1977, ‚Matón Matute‘, S. 30f.

<sup>192</sup> Siehe *Cambio* 16, Nr. 309, 7. -13. November 1977, ‚Matón Matute‘, S. 31.

<sup>193</sup> Vgl. *Cambio* 16, Nr. 308, 31. Oktober – 6. November 1977, ‚Torturaos los unos a los otros‘, S. 78.

<sup>194</sup> Siehe *Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesiones del Pleno*, 23. Dezember 1977, Nr. 43, S. 1597-1629.



damit ‚die Ordnungskräfte sich an die demokratische Lebensweise anpassen‘<sup>195</sup>. Der Antrag stellte den von Franco geschaffenen Apparat der *Guardia Civil* und der bewaffneten Polizei ins Zentrum der Kritik und berührte somit auch Aspekte der Täteramnestie und des Umgangs mit der Franco-Vergangenheit. Es gelte zwischen zwei Einstellungen zur öffentlichen Ordnung zu wählen, zwischen einer demokratischen und einer autoritären. Letztere habe, so Luis Gómez Llorente (PSOE), in den letzten Jahren des Franquismus, zum Erstarren der Gewalt geführt.<sup>196</sup> Während Manuel Fraga die Ordnungskräfte vor ‚Kritik und Anschlügen‘<sup>197</sup> in Schutz nahm, hob der Fraktionssprecher der Kommunistischen Partei, Santiago Carrillo, zu einem Angriff auf den ehemaligen Innenminister Francos an. Die Unruhen in Spanien seien nicht ungewöhnlich, Fraga selbst habe schließlich während seiner Amtszeit solche Unruhen provoziert. Auch unter der jetzigen Regierung werde sich daran nichts ändern:

„Sie (die Regierenden, Anm. d. Verf.) haben selbst jetzt noch auf den Kanaren einem Polizeichef einen hohen Posten gegeben, der sich lange Zeit in Asturien durch Folterungen und bestialische Unterdrückung der Menschen, die die Freiheit und Demokratie dieses Landes verteidigt haben, hervorgetan hat. Solange Sie sich nicht von einigen dieser Funktionäre befreien, (...) wird das Volk kein Vertrauen in die Politik der öffentlichen Sicherheit dieser Regierung haben.“<sup>198</sup>

Zum ersten Mal wurde die franquistische Vergangenheit einiger Abgeordneter thematisiert. Der Sprecher der Fraktion der katalanischen Sozialisten Francisco Ramos Molins sagte, Fragas Auflistung von Übergriffen auf die Polizei beziehe sich auf die letzten fünf Monate, ihm, Ramos Molins, würde eine Liste mit Übergriffen auf Zivilisten während der letzten vierzig Jahre vorliegen, die ‚für viele Abgeordnete sehr unangenehm werden könnte‘.<sup>199</sup> Letamendía (Euzkadiko Ezquerria) griff Fraga direkt an:

„Während er (Fraga, Anm. d. Verf.) Minister der Regierung war, wurden in Vitorio unschuldige Arbeiter getötet, militante Karlisten in Montejurra ermordet und der Aufschrei über die Behandlung, die die baskischen Gefangenen erleiden mussten, (...) war so laut, dass er über die Grenzen des Staates drang. (...) Wie gut gelegen ist doch Män-

---

<sup>195</sup> So der sozialistische Abgeordnete Ballesteros Durán bei der Erklärung des Antrages, *Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesiones del Pleno*, 23. Dezember 1977, Nr. 43, S. 1600.

<sup>196</sup> Siehe *Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesiones del Pleno*, 23. Dezember 1977, Nr. 43, S. 1612.

<sup>197</sup> Seit den Wahlen sei die *Guardia Civil* 120 Mal tötlich angegriffen, die bewaffnete Polizei 121 Mal, die städtische Polizei *Policía Municipal* 31 Mal. Vgl. Manuel Fraga Iribarne, *Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesiones del Pleno*, 23. Dezember 1977, Nr. 43, S. 1605.

<sup>198</sup> *Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesiones del Pleno*, 23. Dezember 1977, Nr. 43, S. 1615.

<sup>199</sup> *Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesiones del Pleno*, 23. Dezember 1977, Nr. 43, S. 1617.

nen wie Herrn Fraga das Amnestiegesetz gekommen, das verhindert hat, dass diese Ereignisse gänzlich aufgeklärt wurden.“<sup>200</sup>

Der Ton der Debatte war äußerst aggressiv. Die Politiker brachen mit dem selbstaufgelegten Gebot der Mäßigung. Fraga wertete die Kritik am Polizeiapparat und die Forderungen der Gewerkschaften nach ‚unrealistischen Amnestie-maßnahmen‘ als Angriff auf die öffentliche Ordnung. Carrillo warnte mit unüberhörbarem Bezug auf den Bürgerkrieg, bei einer neuerlichen Konfrontation könnten dieses Mal vielleicht ‚die anderen gewinnen und diejenigen, die Fraga repräsentiere, unterliegen.‘<sup>201</sup>

Zum ersten Mal sei im Parlament wieder zu den alten Waffen gegriffen worden, bedauerte der Sprecher der UCD, zum ersten Mal habe man sich wieder ‚die alten Streitereien‘ an den Kopf geworfen.<sup>202</sup>

Das Medienecho auf diese Debatte war gering. Die Zeitungen verkündeten das Ergebnis der Abstimmung: Mit 299 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und 17 Enthaltungen hatte man die Einsetzung des Untersuchungsausschusses beschlossen. Auf die polemische Art und Weise der Auseinandersetzung gingen die Medien nicht weiter ein.<sup>203</sup> Die Täteramnestie war integraler Bestandteil der Vergangenheitspolitik und wurde als ‚Zeichen der Versöhnung‘ stillschweigend akzeptiert.

## 4 Gedächtnisorte der Franco-Diktatur

### 4.1 Der 20. November 1975 und das „Tal der Gefallenen“

Aus der Tagespolitik hatte man die Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit durch die Verpflichtung zum Konsens und die Beschränkung der vergangenheitspolitischen Maßnahmen auf die Amnestiegesetze verbannt. Doch auch wenn sich im politischen Diskurs ein im Trauma Bürgerkrieg begründeter Willen zur Geschichtslosigkeit manifestierte, existierte im individuellen und kollektiven Gedächtnis<sup>204</sup> die Franco-Diktatur weiter: Die Konstruktion von etwas Neuem bedarf schließlich immer der Rückbeziehung und Rückbesinnung auf die Vergangenheit. Das Erinnern an die eigene unmittelbare Vergangenheit

---

<sup>200</sup> Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesiones del Pleno, 23. Dezember 1977, Nr. 43, S. 1619.

<sup>201</sup> Siehe Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesiones del Pleno, 23. Dezember 1977, Nr. 43, S. 1605 und S. 1614.

<sup>202</sup> Siehe Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesiones del Pleno, 23. Dezember 1977, Nr. 43, S. 1509.

<sup>203</sup> Einzig El País war die Debatte einen Kommentar wert. Ohne den genauen Inhalt zu schildern betonte die Zeitung, dass ein mitunter aggressiver Ton zum parlamentarischen Alltag gehöre. Siehe El País, 24. Dezember 1977, S. 8.

<sup>204</sup> Individuelles und kollektives Gedächtnis wird hier im Sinne von Jan Assmann als persönlicher, individueller und gemeinsamer, durch Kommunikation in der Gruppe geteilter, gespeicherter und weitergegebener Erfahrungsschatz verstanden. Vgl. Assmann, Jan: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1997, S. 34-37. (Zukünftig abgekürzt: Assmann, Kulturelles Gedächtnis)

und das Vergessen dieser Vergangenheit sind grundlegende psychologische Bedürfnisse. Wie groß das Bedürfnis nach Erinnern und Vergessen im Spanien der *transición* war, welchem Wandel dieses Bedürfnis unterworfen war und – als Teil der Geschichtspolitik - welche Formen des offiziellen Gedenkens gefunden wurden, lässt sich am besten anhand einer Untersuchung der Gedächtnisorte zeigen.

Gedächtnisorte können nach Pierre Nora reale oder fiktionale Orte, Gegenstände oder Zeitabschnitte sein. Ihre Funktion ist es, das Gedächtnis zu wahren, also Erinnerung zu konservieren. Sie sind Gedächtnisorte in der dreifachen Bedeutung des Wortes, im materiellen, symbolischen und funktionalen Sinn: Ein Ort, Gegenstand oder Zeitabschnitt ist dann ein Gedächtnisort, wenn er neben der Funktion des Erinnerns mit einer symbolischen Aura umgeben ist. Konstituiert durch das ‚Wechselspiel aus Gedächtnis und Geschichte‘<sup>205</sup>, ist er wandlungsfähig und zeichnet sich durch die Vielschichtigkeit seiner Bedeutungen aus. Gedächtnisorte sind ‚Kristallisationspunkte kollektiver Erinnerung und Identität.‘<sup>206</sup>

Da die Politik sich bei der ‚Rekonstruktion der Vergangenheit durch die Erinnerung‘<sup>207</sup> Zurückhaltung auferlegt hatte, ist bei der Untersuchung der Gedächtnisorte besonders die Rolle der Medien als Vermittler von Geschichte und Träger von Erinnerung zu betrachten. Als Chronisten der Zeitgeschichte wurden die Journalisten bei der Konstruktion und Deutung von Gedächtnisorten zu Geschichtspolitikern.<sup>208</sup> Sie brachten die deutungskulturellen Codes in Umlauf, die das Spanien der *transición* prägen sollten.

Bei einer Untersuchung der Gedächtnisorte des Franquismus während der *transición* bietet sich vor allem eine Analyse der Jahrestage an. Da die Politik sowohl auf die Umbenennung und Umgestaltung von Plätzen und Denkmälern der Franco-Zeit als auch auf den Bau neuer Denkmäler verzichtete,<sup>209</sup> ist der Jahrestag der Typ Gedächtnisort, mit dem am ehesten aktiv Geschichtspolitik ge

---

<sup>205</sup> Die Interaktion zwischen Gedächtnis und Geschichte ist gemeinsam mit der symbolischen, materiellen und funktionalen Bedeutung das, was den Gedächtnisort konstituiert. Vgl. Nora, Pierre: Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Berlin 1990, S. 32f. (Zukünftig abgekürzt: Nora, Geschichte und Gedächtnis)

<sup>206</sup> So, basierend auf Nora, die Definition von Francois, Etienne/ Schulze, Hagen (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte, Band 1, München 2001, S. 17f.

<sup>207</sup> Einen Überblick über die Formen der Rekonstruktion von Vergangenheit gibt Assmann, Kulturelles Gedächtnis, S. 29-86.

<sup>208</sup> Für Edgar Wolfrum sind neben den politischen Eliten auch Wissenschaftler, Intellektuelle und Publizisten Akteure der Geschichtspolitik. Vgl. Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik, S. 25.

<sup>209</sup> Der Grund für diesen Verzicht ist wie bei so vielen grundlegenden Entscheidungen der *transición* der Wunsch, eine Konfrontation der ‚beiden Spanien‘ zu vermeiden. Zu Straßenumbenennungen und Umgestaltungen von Denkmälern kam es erst unter der PSOE-Regierung ab 1982. Der Entschluss, Denkmäler und Straßennamen des Franquismus zu belassen, entstand nicht aus einem Antrag oder einer politischen Debatte heraus. Schriftstücke existieren meiner Kenntnis nach nicht hierüber. Vgl. auch Díaz-Plaja, Cincuenta años, S. 55-60 und S. 95f.

macht werden konnte und an dem sich ein möglicher Bedeutungswandel am ehesten ablesen lässt.

Der 20. November 1975, der Tag, an dem Franco starb, besaß in der öffentlichen Wahrnehmung die ‚Feierlichkeit des Bruchs, der eine neue Zeit einläutet‘<sup>210</sup>, eine Dimension also, die ihn nach Nora zu einem Gedächtnisort macht. Als Tag des Endes Francos und seines Regimes lässt sich am Gedächtnisort ‚20. November‘ die historische Bedeutung, die dem Diktator und seinem System *posthum* zugeschrieben wurde, ablesen. Am Gedächtnisort ‚20. November‘ lässt sich aber auch erkennen, welche Bedeutung Franco und seinem Regime für die kollektive Identität des Spaniens der Demokratie zugewiesen wurde. Insofern gibt der ‚20. November‘ auch Aufschluss über das Selbstverständnis des neuen Spanien.

Die Nachricht vom Tode Francos ließ das Land zwischen Euphorie, Verunsicherung und Anteilnahme schwanken. In Barcelona stieß man in Restaurants mit Sekt an. In Madrid erstreckten sich nach Presseberichten die Menschenlangen vor der aufgebahrten Leiche im Palacio de Oriente über elf Kilometer.<sup>211</sup> Den Trauerzug ins *Valle de los Caídos*, wo Franco neben dem Gründer der *Falange* José Antonio Primo de Rivera bestattet wurde, begleiteten Hunderttausende.

Der Tod Francos wurde von den Medien als ‚Ende einer Epoche‘ begriffen, auf dessen politische Bedeutung man mit Sonderausgaben und Supplements angemessen zu reagieren versuchte. Die Frage, welche Bedeutung Franco in der Geschichte und für die Zukunft haben könnte, beantworteten die Zeitungen je nach ihrer politischen Grundhaltung unterschiedlich.

Die konservative Tageszeitung *ABC* lehnte einen historischen und politischen Bruch ab. Die Epoche, die jetzt beginne, gründe sich auf den von Franco geschaffenen Frieden. Auf diesen notwendigen ‚*punto de partida*‘, diesen Ausgangspunkt, müsse sich alles politische Handeln beziehen.<sup>212</sup> Franco selbst wird als Wegbereiter der Versöhnung charakterisiert:

„Es gelang ihm, ein Land zu stabilisieren, das von jähem Erschrecken in den Zustand zuckender Krämpfe taumelte. (...) Er schuf Wohlstand für ein Land, dessen Bedürfnisse und Notwendigkeiten seit Jahrhunderten ungestillt waren. (...) Er verteilte den Balsam der Mäßigung inmitten der Erregten, pflanzte das Samenkorn der Eintracht inmitten der Unversöhnlichen, die Forderung nach Einheit inmitten der Getrennten. (...) Wer, wenn nicht er, hat in Spanien den Wind unserer Zeit und unserer Welt entfacht?“<sup>213</sup>

Das Bild Francos als Friedensstifter und ‚Begründer der Moderne‘ korrespondierte mit dem Franco-Bild der reformorientierten Kräfte in den *Cortes*. Es

<sup>210</sup> Siehe Nora, *Geschichte und Gedächtnis*, S. 37.

<sup>211</sup> Vgl. *La Vanguardia*, 21. November 1975, S. 5.

<sup>212</sup> Siehe *ABC*, 21. November 1975, ‚*Miremos adelante*‘, S. 2.

<sup>213</sup> *ABC*, 21. November 1975, ‚*El hombre del cambio*‘, S. 53.

nahm die Richtung des Geschichtsdiskurses vorweg, der sich während der Debatten zur *Ley para la Reforma política* entfalten sollte.<sup>214</sup>

Während die *ABC* unmittelbar nach dem Tod eine Einordnung Francos versuchte und Historiker wie George Hills und Freunde, Politiker und Militärs wie Galindo Herrero zu Wort kommen ließ, konzentrierte sich die katalanische *La Vanguardia* in erster Linie auf die aktuelle Berichterstattung. In vier Sonderausgaben schilderte sie die Umstände des Todes, fing Reaktionen aus dem Ausland ein und berichtete sehr umfassend über Person und Aufgaben des zukünftigen spanischen Königs. Erst nach der Krönung Juan Carlos', unter dem Eindruck der Thronrede, versuchte *La Vanguardia* zu formulieren, was sie für das Erbe Franco hielt. In einem Leitartikel erinnerte die Zeitung an die Worte Francos, wonach die Spanier nach seinem Tod lernen müssten, das Regime zu einem Staat zu machen:

„Kontinuität seines Werks heißt nicht einen Franquismus zu pflegen, der viele Spanier außen vor lässt, sondern einen Staat zu pflegen, der sie alle gerechterweise und gleichermaßen versteht. (...) Das ist die große Aufgabe, die auf den König Spaniens wartet: gemeinsam mit den Institutionen und den Menschen, die ihnen vorstehen, einen Staat der Versöhnung zu vertreten und zu schaffen, einen politischen Apparat (zu kreieren), der wirklich die ganze Nation repräsentiert.“<sup>215</sup>

*La Vanguardia* verknüpfte die Hoffnungen auf Reformen mit der Monarchie, deren geschichtliche Berechtigung unabhängig vom Franco-Regime sei.<sup>216</sup> Die Konzentration auf die Monarchie ermöglichte der Zeitung, das Gedenken an Franco und eine Bewertung (außerhalb der aktuellen Berichterstattung) zu umgehen.

Die Wochenzeitschrift *Cambio 16* überließ die Einordnung Francos in- und ausländischen Historikern wie Hugh Thomas und Manuel Tuñón de Lara. Die Absicht war klar im Editorial umrissen:

„In diesen Tagen läuten die Begräbnisglocken einer legendären Epoche, die zu Ende geht. (...) Es ist die Stunde gekommen, in der wir das Wort Feind begraben müssen. (...) Es ist die Stunde gekommen, in der wir großzügig viele Dinge vergessen sollten, wir sollten die Geschichte den Historikern überlassen und uns um die Zukunft kümmern.“<sup>217</sup>

Man erklärte Franco zur Geschichte und befreite sich somit selbst von der Last der unmittelbaren Vergangenheit.

Bei der Begehung des ersten Todestages Francos zeigte sich das Grundproblem des spanischen Umgangs mit der unmittelbaren Vergangenheit. Der politisch

---

<sup>214</sup> Franco wurde dort vom Friedensstifter zum Wegbereiter der Demokratie. Vgl. auch Kapitel 2.2.1

<sup>215</sup> *La Vanguardia*, 25. November 1975, ‚Del Régimen al Estado‘, S. 1.

<sup>216</sup> So firmiert die Franco-Zeit in einem in *La Vanguardia* veröffentlichten Abriss der spanischen Geschichte als ‚längste Unterbrechung der Monarchie‘ Spaniens. Vgl. *La Vanguardia*, 23. November 1975, S. 12.

<sup>217</sup> *Cambio 16*, Número extra, ‚La muerte de Franco‘, S. 3.

gewählte Weg einer *transición* innerhalb der Legitimität des Franco-Regimes schloss eine Distanzierung von Franco aus. Eine zu ausführliche Berufung auf Franco allerdings hätte die Kritik der demokratischen Opposition, mit der Adolfo Suárez seit Juli verhandelte, hervorgerufen und die begonnene Demokratisierung unglaubwürdig gemacht.

Zusätzlich symbolisch aufgeladen wurde die Situation durch den testamentarisch bestimmten Begräbnisort Francos, das *Valle de los Caídos*, das als Gedächtnisort eindeutig mit den Siegern des Bürgerkrieges und somit der franquistischen Diktatur verknüpft war. Franco hatte am 1. April 1940 per Dekret den Bau eines gigantischen Mausoleums in Auftrag gegeben, um so ‚unsere Toten (...) die Helden und Märtyrer des Kreuzzuges‘ zu ehren. Zu den Bauarbeiten waren republikanische Kriegsgefangene und politische Häftlinge abkommandiert worden.<sup>218</sup>

Neunzehn Jahre später, am 20. Jahrestag des Bürgerkriegsendes, wurde das *Valle de los Caídos* eingeweiht. Trotz Kritik von Politikern wie Francisco Franco Salgado Araujo oder dem Bischof Eijo Garay blieb der exklusive Charakter des *Valle de los Caídos* als Gedenkstätte für die Sieger des Bürgerkrieges während des gesamten Regimes erhalten. Von den 70 000 dort bestatteten Toten gehörte die Mehrheit der nationalistischen Armee an. Angehörige der republikanischen Armee konnten nur dort bestattet werden, wenn ihre Familien eindeutig den katholischen Glauben der Toten nachwiesen. Das *Valle de los Caídos* war der Erinnerungsort *per se* der Bürgerkriegssieger und der *Falange*: Die Leiche des Begründers der faschistischen Partei, José Antonio Primo de Rivera, war dort bestattet worden. Der vierzigste Todestag des *Falange*-Gründers fiel mit dem ersten Todestag Francos zusammen.

Bei der Gestaltung des ersten Todestages bemühte sich die Regierung um Neutralität und reduzierte den offiziellen Gedenktakt am 20. November 1976 auf eine streng protokollarische Totenmesse. Die Messe, die unter Beisein des Königspaares zelebriert wurde, beinhaltete nicht nur das Gedenken an Franco, sondern auch das an ‚alle Spanier, die ihr Leben für Spanien gaben‘. Die Kleiderordnung sah für Zivilisten Anzug vor, eine Vorschrift, der sich auch die Führungsriege des *Movimiento* fügte.<sup>219</sup> Die protokollarische Totenmesse als minimalistischer Akt des Gedenkens war auch in den Folgejahren das wichtigste offizielle Ritual anlässlich des Todestages Francos. Ein institutionalisiertes Gedenken gab es abgesehen davon nur beim Militär: Unberührt von der politischen Entwicklung, in relativer Isolation zur Gesellschaft, wurden bis in die achtziger Jahre regelmäßig

---

<sup>218</sup> Eine ausführliche Darstellung zur Geschichte des *Valle des los Caídos* bietet Sueiro, Daniel: *El Valle de los Caídos. Los secretos de la cripta franquista*, Barcelona 1986 sowie Sueiro, Daniel: *La verdadera historia del Valle de los Caídos*, Madrid 1976. Zur Geschichte des Gedächtnisortes siehe auch Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 115-130.

<sup>219</sup> El País betonte den offiziellen, sehr um Distanz bemühten Charakter der Veranstaltung. El País, 21. November 1976, ‚Friede oficial en el funeral por Franco‘, S. 8.

Messen für den *Generalísimo* gelesen, dessen Bild noch bis zur Militärreform 1982 in den Kasernen hing.<sup>220</sup>

Die offizielle Zurückhaltung stieß bei den rechtskonservativen Teilen der Gesellschaft auf Widerspruch. Über hunderttausend Menschen folgten einem Aufruf der *Federación de Combatientes*, der Organisation der nationalistischen Bürgerkriegsveteranen, und versammelten sich anlässlich des Todestages Francos und José Antonios auf der Plaza de Oriente in Madrid. Unter den Demonstranten befanden sich auch, angeführt von Blas Piñar und Fernández de la Mora, Falangisten und andere Mitglieder des *búnker*, die mit Rufen wie ‚*Franco, resuscita, España te necesita*‘ (Übers. d. Verf.: Franco, steh auf, Spanien braucht dich.) ihren Unmut über die Politik kundtaten. Nur zwei Tage zuvor, am 18. November 1976 hatten die *Cortes* dem Gesetz zur politischen Reform zugestimmt, somit ihre Selbstaflösung beschlossen und den Weg für die Demokratisierung freigemacht.

*El País* bewertete den Verlauf der Demonstration als friedlich und somit als ein Zeichen demokratischer Reife. Die Zeitung forderte, die Kräfte um Blas Piñar und Fernández de la Mora müssten im zukünftigen Parlament auf jeden Fall vertreten sein, um so ins politische Geschehen eingebunden werden zu können.<sup>221</sup>

*ABC* schrieb, auf der Plaza de Oriente habe sich die ‚immer weniger schweigende Mehrheit‘ gezeigt und ihre politische Haltung, im Gegensatz zu den aggressiven *rupturistas*, den Befürwortern eines Bruchs, vernünftig und angemessen gezeigt.<sup>222</sup>

Der vorsichtig bis freundlich respektvolle Umgang mit den Anhängern Francos entsprach den zwei Arten des Umgangs mit Franco und seinem Regime. *ABC* sah in Franco den Erschaffer der sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen der Demokratie und bezeichnete seine Herrschaft als eine der ‚fruchtbarsten der spanischen Geschichte‘.<sup>223</sup> Die liberalen Blätter versuchten, Franco zu ‚historisieren‘, in die Geschichte einzuordnen und dort zu vergessen, ohne über ihn geurteilt haben zu müssen. Anlässlich des Todestages gab *El País* eine thematische Wochenendbeilage heraus. Für die Beilage ‚*Un año sin Franco*‘ (Ein Jahr ohne Franco) habe man, so die Herausgeber im Editorial, mit Absicht nicht ‚die üblichen Feinde‘ um ihre Mitarbeit gebeten, sondern ehemalige Wegbegleiter des ‚meist vergessenen Mannes des Postfranquismus‘ wie Manuel Fraga

---

<sup>220</sup> Zur Entwicklung des Militärs während der *transición* vgl. Borchardt, Ulrike: Militär und Politik in Spanien, Hamburg 1989 und Busquets, Julio: Die Streitkräfte zwischen Diktatur und Demokratie. In: Walther L. Bernecker/ Carlos Collado Seidel (Hrsg.): Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975-1982, München 1993, S. 69-85.

<sup>221</sup> Vgl. *El País*, 21. November 1976, ‚Después de la manifestación‘, S. 6.

<sup>222</sup> Vgl. *ABC*, 21. November 1976, ‚La mayoría menos silenciosa‘, S. 3.

<sup>223</sup> Im Editorial vom 20. November 1976 schreibt *ABC*, der ‚Modernisierer Franco‘ habe Spaniens Entwicklung angestoßen und die Zeit seines Regimes zu einer der fruchtbarsten Epochen der spanischen Geschichte gemacht. *La Vanguardia* dagegen sieht die Jahre der Diktatur als ‚eingefrorene Zeit‘. Vgl. *ABC*, 20. November 1976, ‚Franco‘, S. 3 sowie *La Vanguardia*, 20. November 1976, ‚Un año después‘, S. 5.

Iribarne und José María Gil Robles. Franco dürfe nicht unter dem Aspekt seiner diktatorialen Allmacht beurteilt werden, sondern als Ergebnis der kollektiven Defizite und Schwächen eines Volkes.<sup>224</sup> *La Vanguardia* ließ, ebenso wie *El País*, Ramón Serrano Suñer, den Franco-Schwager und Propagandaminister der ersten Regierung Francos, den Ursprung des Franquismus erklären.<sup>225</sup> Die liberalen Blätter bemühten sich bei der Berichterstattung und bei der historischen Einordnung Francos sehr darum, ihre Ausgewogenheit unter Beweis zu stellen. Auf keinen Fall wollte man in den Verdacht geraten, Rache üben und so den vor allem von *El País* beschworenen ‚Geist der Versöhnung‘ torpedieren zu wollen. Im Folgejahr fiel das Urteil über die Kundgebung der Franco-Anhänger auf der Plaza de Oriente wesentlich kritischer aus. Nach den Wahlen im Juni 1977, bei denen die rechtsextreme *Fuerza Nueva* von Blas Piñar sehr schlecht abgeschnitten hatte, hatte die *transición* ihre volle Dynamik entfaltet,<sup>226</sup> die liberalen Blätter zeigten ein gestärktes Selbstbewusstsein. Das Amnestiegesetz und der Moncloa-Pakt waren einen Monat zuvor von Parlament und Senat verabschiedet worden, die Verfassungsverhandlungen waren unter großem öffentlichen Interesse in vollem Gange.<sup>227</sup> Wer in diesem Klima der politischen *concordia* wie Blas Piñar den Präsidenten Adolfo Suárez angriff und den Rücktritt der Regierung forderte, griff auch die Politik des Konsenses an. Die 150.000 bis 250.000 Franco-Anhänger, die dem Aufruf der faschistischen *Fuerza Nueva* und der *Falange Española y de las J.O.N.S.* gefolgt waren und mit erhobenem rechten Arm die faschistische Hymne *Cara al Sol* anstimmten,<sup>228</sup> seien, so *El País*,

---

<sup>224</sup> Siehe *El País Semanal*, 21. November 1976, ‚Franco, el hombre más olvidado del Posfranquismo‘, S. 8.

<sup>225</sup> Als Versuch, die Hoffnung wieder aufzubauen, beschreibt Serrano Suñer die Idee des Franquismus. Allerdings gebe es keine politischen Prinzipien, die ewig gültig seien, der Franquismus sei endgültig Geschichte. Vgl. Wochenendbeilage *El País Semanal*, 21. November 1976, ‚Los orígenes del franquismo‘, S. 9 und *La Vanguardia*, 20. November 1976, ‚Origen político, jurídico y vicisitudes del régimen de Franco‘, S. 8.

<sup>226</sup> Den Eindruck, den die politische Dynamik in den zwei Jahren nach Francos Tod hinterlassen hatte, zeigt sich in dem fast zum Sprichwort gewordenen Kommentar ‚Dos años que parecen dos siglos‘ (Übers. d. Verf.: Zwei Jahre, die zwei Jahrhunderte scheinen). Vgl. *ABC*, 20. November 1977, ‚Dos años que parecen siglos‘, S. 3 und *La Vanguardia*, 20. November 1977, ‚Dos años después‘, S. 7.

<sup>227</sup> Am 17. November 1977 veröffentlichten die *Cuadernos para el Diálogo* einen Vorabdruck des Verfassungsentwurfes, der trotz Kritik von Mitgliedern des Ausschusses von den Medien und der Öffentlichkeit intensiv diskutiert wurde.

<sup>228</sup> So die Presseberichte über den als ‚20-N‘ titulierten Todestag. Vgl. *ABC*, 22. November 1977, ‚Una gran multitud conmemoró en la Plaza de Oriente el aniversario de la muerte de Franco‘, S. 11; *El País*, 22. November 1977, ‚Unos 150.000 franquistas, contra la democracia en el 20-N‘, S. 11; *La Vanguardia*, 22. November 1977, ‚La duquesa de Franco presidió la concentración de la plaza de Oriente‘, S. 12. Über die Zahl der Teilnehmer an der Kundgebung auf der Plaza de Oriente im Jahr 1977 gibt es keine genauen Angaben. Der Mitveranstalter *Fuerza Nueva* sprach von 1,5 Millionen, die Polizei von 300.000, nach Auskunft des Rathauses von Madrid können sich auf der Plaza de Oriente höchstens 180.000 Menschen aufhalten.



‚lächerliche Übriggebliebene‘, die nach ihrer Wahlniederlage vergeblich versuchten, einen ‚außerparlamentarischen Franquismus‘ zu etablieren.<sup>229</sup>

Der 20. November entwickelte sich zum Gedächtnisort der Franco-Anhänger. Das *Valle de los Caídos* wurde zur Pilgerstätte der Kritiker der Demokratisierung. 1977 wurden dort zwei Messen für Franco und José Antonio Primo de Rivera gelesen: An der ersten Messe zum ‚Gedenken aller Gefallenen des Kreuzzuges‘ nahmen zweitausend Falangisten teil, der Führer der Falange Antonio Gibello kritisierte harsch den ‚feigen Kurs‘ der Regierung. Die zweite, von der *Fundación Francisco Franco* (Stiftung Francisco Franco) gestiftete Messe besuchten neben ehemaligen Francoministern und Blas Piñar auch die Angehörigen Francos. Vor der Basilika sangen Anhänger der *Fuerza Nueva* mit erhobenen rechten Arm das *Cara al Sol*. Das durch die Präsenz des Königspaares offizielle, staatliche Gedenken beschränkte sich auf eine Messe im Madrider *Palacio de la Zarzuela*.<sup>230</sup>

In Spanien hatte sich in den liberalen Medien ein geschichtspolitischer Konsens herausgebildet, der sich nicht nur bei der Bewertung des Amnestiegesetzes, sondern auch bei der Berichterstattung anlässlich des zweiten Todestages Francos zeigte: Das Schweigen über Franco bzw. die Zurückhaltung in der Bewertung seiner Person erklärte man vor dem Hintergrund der traumatischen Erfahrung des Bürgerkrieges. Man verfüge noch nicht über den für ein Urteil notwendigen Weitblick, schrieb *La Vanguardia*. Außerdem dürfe Franco nur als Ergebnis der jahrhundertelangen Geschichte Spaniens bewertet werden:

„Die (...) Dekadenz Spaniens (...) brachte Figuren wie Franco hervor und gipfelte im Bürgerkrieg, in der Vergiftung und im Selbstmord eines ganzen Volkes, das aus der Obhut Gottes in den kollektiven Wahnsinn einer der großen Bruderkämpfe der Geschichte entlassen schien. Deswegen darf und kann dieses Datum (der 20. November, Anm. d. Verf.) (...) nicht als Wurfgeschoss der Rache, des Hasses oder der Angst verwendet werden, sondern als Symbol, das uns alle zusammen (...) zur politischen und kulturellen Einigkeit ruft.“<sup>231</sup>

Auch die Tageszeitung *ABC* ging auf den Bürgerkrieg ein und relativierte zum ersten Mal vorsichtig ihr positives Geschichtsbild von Franco als ‚Erschaffer der Grundlagen der Demokratie‘, wenn sie kritisierte:

„Das besiegte halbe Spanien unterwarf sich Franco 1939. Einer der größten Fehler Francos war, diese überwältigende Tatsache zu ignorieren und seinen Sieg so zu verkleinern. (...) Nach dieser anfänglichen absurden und grausamen Herabsetzung eines Sieges, der, im Gegensatz zu Francos Verlautbarungen, nie der Sieg aller war, identifizierte Franco zu sehr das Regime mit sich selbst (...) Die letzten Jah-

<sup>229</sup> Siehe *El País*, 22. November 1977, ‚Franquismo extraparlamentario‘, S. 8.

<sup>230</sup> Die Darstellung der Gedenkveranstaltungen stützt sich auf die Berichterstattung in *La Vanguardia*, 22. November 1977, ‚La duquesa de Franco presidió la concentración de la plaza de Oriente‘, S. 12.

<sup>231</sup> *La Vanguardia*, 20. Dezember 1977, ‚Dos años después‘, S. 7.

re und vor allem die letzten Monate des Regimes sind eine Geschichte des Zerfalls und der Agonie, die zur unkontrollierten Einflussnahme ahistorischer Familien und Cliques führte. (...) Die Distanz, mit der sich die Mehrheit des Volkes an ihn erinnert, ist nicht mehr als ein Reflex auf die leeren Reden seines Regimes und den Niedergang dieses Regimes in seiner letzten Zeit.“<sup>232</sup>

Diese Relativierung des Franco-Bildes war ein Reflex auf die zunehmende Monopolisierung Francos durch die Gegner der Demokratie. Sie ist jedoch keinesfalls mit dem Beginn einer kritischen Auseinandersetzung gleichzusetzen.

Die hohe Toleranz, die sowohl konservative wie auch liberale Medien gegenüber den jährlichen Aufmärschen der Falangisten bisher gezeigt hatten, wurde 1978 erstmals in Frage gestellt. Vier Tage vor dem dritten Todestag des Diktators wurden hohe Beamte der *Guardia Civil* und ein Offizier der bewaffneten Polizei wegen einer militärischen Verschwörung gegen die Regierung und die Krone festgenommen. Am 20. November setzte man das Militär über die Aufdeckung der Verschwörung *Operación Galaxia* in Kenntnis.

Der Zeitpunkt war brisant: In Spanien begann gerade die entscheidende Phase der Kampagne zum Verfassungsreferendum. Blas Piñar versuchte, den Todestag Francos zum Bezugspunkt für die internationalen neofaschistischen Bewegungen auszubauen: Am 18. November 1978 versammelten sich in Madrid Delegationen aus der Bundesrepublik, Österreich, Belgien, der Tschechoslowakei, Frankreich, Großbritannien, Italien, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Russland und dem Libanon zu einer Konferenz unter dem Motto *Los pueblos de Europa en homenaje a Franco y José Antonio* (Übers. d. Verf.: Die Völker Europas huldigen Franco und José Antonio).<sup>233</sup>

Unter diesen Rahmenbedingungen fiel die Bewertung des franquistischen Aufmarsches kritischer aus. Während das offizielle Gedenken an Franco wegen einer Mexikoreise des Königspaares quasi ausfiel - an den Totenmessen im *Valle de los Caídos* nahmen hauptsächlich Angehörige teil -, versammelten sich auf der Plaza de Oriente zwischen 150.000 und 300.000 Demonstranten, deutlich mehr als im Vorjahr. Unter den Teilnehmern befanden sich besonders viele Jugendliche.<sup>234</sup>

---

<sup>232</sup> ABC, 20. November 1977, ‚Dos años que parecen siglos‘, S. 3.

<sup>233</sup> Nach seiner Wahlniederlage versuchte Blas Piñar seine politische Position durch eine Allianz mit dem italienischen *Movimento Sociale Italiano* (MSI) und der französischen *Forces Nouvelles* (FN) zu stärken. Vom 19.-21. April 1978 hielt die sogenannte Eurodestra ihren Gründungskongress in Neapel und Rom ab. Die Treffen der drei neofaschistischen Parteien setzten sich bis in die achtziger Jahre fort, wobei die *Fuerza Nueva* kontinuierlich an Einfluss verlor. Vgl. Rodríguez Jiménez, José Luis: *Reaccionarios y golpistas. La extrema derecha en España: del tardofranquismo a la consolidación de la democracia (1967-1982)*, Madrid 1994, S. 248ff. (Zukünftig abgekürzt: Rodríguez, *Reaccionarios*)

<sup>234</sup> Vgl. El País, 21. November 1978, S. 17 und ABC, 21. November 1978, ‚Multitudinaria manifestación en la Plaza de Oriente‘, S. 15.

Die ‚rituellen Raketänze‘<sup>235</sup> erschienen vor dem Hintergrund des militärischen Komplotts als machtvolle Drohgebärde derjenigen, die sich außerhalb des Konsenses gestellt hatten: Sie gaben der Gefahr des Scheiterns der Demokratisierung ein Gesicht. Vor diesem Hintergrund verzichtete die *ABC* auf die sonst üblichen Nachrufe auf Franco und beschränkte sich auf die aktuelle Berichterstattung. *El País* forderte von der Regierung ein hartes Durchgreifen gegen die Putschisten und verlangte ein offensiveres Auftreten der Demokraten:

„Franco (...) ist weiterhin Teil der Gegenwart. Die einzige Möglichkeit, ihn auszulöschen, ist, die Gegenwart zu ändern. (...) Die Mäßigung, politische Vernunft oder Schüchternheit, die entscheidenden Faktoren des Konsenses, haben uns auf Zehenspitzen zu den Türen der Demokratie geführt, während ihre Feinde laut auftreten und mit den Säbeln rasseln. Es gibt in unserem Land einen relativ wichtigen Sektor, der seine zahlenmäßige Unterlegenheit durch die Nutzung seiner ererbten Privilegien ausgleicht.“<sup>236</sup>

Erstmals plädierte *El País* so offensichtlich für eine ‚wehrhafte Demokratie‘ und kritisierte vorsichtig die Konsenspolitik. Diese neue Wahrnehmung hatte auch Auswirkungen auf den geschichtspolitischen Umgang mit der Diktatur. Am 19. November begann *El País* mit einer dreiteiligen Serie über die Außenpolitik Francos.<sup>237</sup> Über Themen wie die Repressionspolitik Francos, die einen unmittelbaren Bezug zur Gegenwart gehabt hätten, zog man allerdings weiterhin vor zu schweigen.

Für *La Vanguardia* war das Erstarren der Rechten ein Grund mehr, einen ‚besonnenen Umgang mit der Geschichte‘, also einen Verzicht auf eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, zu fordern:

„Solange wir weiterhin immer die Situationen und Herausforderungen von heute mit den Errungenschaften und dem ‚Erbe‘ von gestern in Zusammenhang bringen, kann diese Reise scheitern. (...) Wir müssen uns endlich von diesem Gelüst der Nostalgiker befreien, alle Übel, die uns begleiten - angeführt von der Arbeitslosigkeit und dem Terrorismus - auf die Demontage des vorherigen Regimes zurückzuführen.“<sup>238</sup>

Die Aufdeckung der *Operación Galaxia* und die unmittelbare Nähe des Verfassungsreferendums war für die Medien kein Grund, den Gedächtnisort ‚20. November‘ mit neuen Inhalten zu besetzen und/oder zum Beginn einer kritischen Auseinandersetzung mit Franco zu machen. Die offizielle Seite versuchte auch weiterhin, dem Todestag Francos so wenig Beachtung wie möglich zu schenken.

---

<sup>235</sup> Siehe *El País*, 24. November 1978, ‚El sello de la reconciliación‘, S. 8.

<sup>236</sup> *El País*, 25. November 1978, ‚O Constitución o Franco‘, S. 9.

<sup>237</sup> In dieser Serie versuchte Antonio Marquina Barrio die konservative These zu widerlegen, nach der Franco stets Distanz zu Hitler gehalten habe und strikt gegen eine Einmischung in den Zweiten Weltkrieg gewesen sei. Vgl. *El País*, 19.-21. November.

<sup>238</sup> *La Vanguardia*, 19. November 1978, S. 7.

Der ‚20. November‘ und das *Valle de los Caídos* gehörten mit dem Ende der *transición* den Falangisten und den Gegnern der Demokratie und wurde zum mythischen Bezugsdatum für die neofaschistischen Bewegungen.

#### 4.2 Der 18. Juli 1936

Der 18. Juli 1936 war als Tag des Beginns des Militäraufstandes gemeinsam mit dem 1. April 1939, dem Ende des Bürgerkrieges, ein Schlüsseldatum des Franco-Regimes. Franco gestaltete den ‚18. Juli‘ zum Gedächtnisort der *España vencedora*, des siegreichen Spaniens. In der Diktion des frühen Franco-Regimes war der ‚18. Juli‘ der Beginn eines gerechten Kreuzzuges gegen die ‚von Moskau ferngesteuerte Republik‘ und der Beginn einer neuen Zeitrechnung.<sup>239</sup> In den Anfangsjahren des Regimes hatte der 18. Juli 1936 eine wichtige legitimatorische Funktion für das Regime.

Franco versuchte, den Gedächtnisort ‚18. Juli‘ über seinen militärischen Charakter hinaus mit der *Falange* zu verknüpfen und so ‚das Nationale mit dem Sozialen zu verbinden‘<sup>240</sup>. Am 9. März 1938 ernannte Franco den 18. Juli offiziell zum Feiertag zur Erinnerung an das *Alzamiento glorioso*, den ‚glorreichen Aufstand‘. Seit dem 15. Juli 1939 war der 18. Juli außerdem *día de la exaltación del trabajo*, Tag der Verherrlichung der Arbeit, und sollte so den Wegfall des ‚1. Mai‘ kompensieren.<sup>241</sup>

In alljährlichen Reden vor dem Nationalrat der FET y de las J.O.N.S. umriss Franco das ideologische Fundament des Regimes: Mit seinem rigiden Antikommunismus, dem Nationalkatholizismus und einem isolationistischen Nationalismus waren die ‚Ideen des 18. Juli‘ die Antithese zur zweiten Republik. Am 17. Juli 1942, in bewusster zeitlicher Nähe zum Tag des *Alzamiento*, verkündete Franco das Gesetz zur Gründung der *Cortes*.

Als Gedächtnisort, der das unterlegene Spanien ausschloss und entgegen einem immer weiter verbreiteten Wunsch nach Versöhnung bzw. Vergessen an den Beginn des spanischen Traumas erinnerte, verlor der ‚18. Juli‘ im Laufe der sechziger Jahre zugunsten des 1. April 1939, des Tages des Kriegsendes, an Bedeutung. Der ‚18. Juli‘ blieb jedoch Feiertag und war vor allem für das Militär ein wichtiger historischer Bezugspunkt.<sup>242</sup>

---

<sup>239</sup> Siehe Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 81f.

<sup>240</sup> So der ehemalige Falangist Antonio Tovar in einem Rückblick auf die Geschichte des ‚18. Juli‘. Vgl. *El País*, 17. Juli 1977, ‚Evaporación del 18 de Julio‘, S. 7.

<sup>241</sup> Der 1. Mai verschwand nur vorübergehend aus dem franquistischen Festkalender. Nach dem die katholische Kirche den 1. Mai zum Tag des Heiligen Josephs/ Handwerker gemacht hatte, akzeptierte das Franco-Regime den zweiten Mai als Tag der Arbeit. Vgl. *El País*, 18. Juli 1978, ‚18 de julio: una festividad suprimida‘, S. 13.

<sup>242</sup> Neben der Bedeutung, die der Tag für das Militär hatte, versuchte man den Gedächtnisort ‚18. Juli‘ auch mit dem wirtschaftlichen Fortschritt Spaniens zu verknüpfen. Am 18. Juli wurde alljährlich ein Extragehalt, das sogenannte Sommergeld, gezahlt. So sollte der wirtschaftliche Aufschwung mit dem Bürgerkriegssieg in Zusammenhang gebracht werden. Vgl. Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 189.

Am Gedächtnisort ‚18. Juli‘ lässt sich der Stellenwert der ‚Ideen des 18. Juli‘ während der *transición* ablesen. Im Umgang mit diesem Gedächtnisort werden Strategien zur Versöhnung, zur Reintegration der *España vencida*, erkennbar.

Besondere Aufmerksamkeit erhielt der erste ‚18. Juli‘ der *transición* durch die Tatsache, dass sich 1976 der Ausbruch des Bürgerkrieges zum vierzigsten Mal jährte. Knapp acht Monate nach Francos Tod hatte Spanien seinen Willen zu raschen Reformen bekundet: Ministerpräsident Arias Navarro war durch Adolfo Suárez abgelöst worden. Am 17. Juli 1976 stellte er in den *Cortes* in seiner Regierungserklärung weitreichende Reformen in Aussicht. Der Gefahr eines Widerstandes von rechts war man sich bewusst und so versuchte man den ‚18. Juli‘ zugleich als Tag der Kontinuität und als Tag der Versöhnung zu begehen.

Juan Carlos, der den Diktator 1974 erstmals bei der Abnahme der Paraden anlässlich des ‚18. Juli‘ vertreten hatte, nahm als Oberbefehlshaber des Militärs und als legitimer Nachfolger Francos den traditionellen Treueschwur des *Regimiento de la Guardia Real*, des königlichen Regiments, ab. Im Beisein des Präsidenten Suárez, des Militärministers Félix Álvarez-Arenas Pacheco, des Marineminister Gabriel Pita da Veiga und der Königin Sofia versicherte General Sanchez Galiano dem König die ‚gleiche Loyalität, mit der das Regiment schon so viele Jahre gedient habe.‘ Man sei bereit, den König und die von ihm repräsentierte Institution ‚bis auf den letzten Blutstropfen‘ zu verteidigen.<sup>243</sup>

Neben der Betonung des militärischen Charakters des Gedenktages versuchte die Regierung, ihre demokratische Absicht zu untermauern, und stellte eine Amnestie für politische Delikte, die weder Leib noch Leben anderer gefährdet hatten, in Aussicht. Dass dies an einem Tag geschehe, der an die Konfrontation der zwei Spanien erinnere, sei ein bedeutender Schritt auf dem Weg zur nationalen Versöhnung, urteilte *La Vanguardia*.<sup>244</sup> *El País*, die auf eine Würdigung des Tages wegen seines nationalistisch- franquistischen Charakters verzichtet hatte, veröffentlichte einen Korrespondentenbericht aus London, nach dem in Großbritannien der 18. Juli 1976 und das Versprechen der Amnestie als ‚Abschluss offener Rechnungen‘ aufgefasst wurde.<sup>245</sup>

Das offizielle staatliche Gedenken der Regierung beschränkte sich auf den Treueschwur und auf Empfänge in den Hauptquartieren des Militärs. Der ‚18. Juli‘ fand, so *El País*, erstmals seit dem Ende des Bürgerkrieges praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.<sup>246</sup>

Im *Valle de los Caídos* feierten ehemalige Franco-Minister und Blas Piñar gemeinsam mit der Witwe Carmen Polo eine Messe zum Gedenken an Franco, gestiftet von der *Asociación política Frente Nacional Español*, der politischen Vereinigung der nationalen Front Spaniens. Der *búnker* versuchte, den ‚18. Juli‘ als traditionellen franquistischen Gedächtnisort zu erhalten. Das Forum hierzu

<sup>243</sup> Vgl. *El País*, 20. Juli 1976, ‚El Regimiento de la Guardia Real juró ante don Juan Carlos‘, S. 10.

<sup>244</sup> Vgl. *La Vanguardia*, 18. Juli 1976, ‚Hacia la reconciliación‘, S. 1.

<sup>245</sup> Vgl. *El País*, 18. Juli 1976, ‚Este 18 de Julio es un cierre de cuentas‘, S. 12.

<sup>246</sup> Vgl. *El País*, 20. Juli 1976, ‚Escasa repercusión del 18 de julio‘, S.10.

bot die *ABC*. Fernández Cuesta interpretierte den 18. Juli als Beginn der ‚nationalen Revolution‘:

„Der 18. Juli hatte einen unmittelbaren, offensichtlichen Grund und einen tieferliegenden, versteckten. Der erste war, die chaotischen Zustände zu beenden, in die Spanien durch die Konfrontation der politischen Gruppierungen, den Klassenkampf und die separatistische Auflösung geraten war. Der zweite (war), den Wandel, nach dem Spanien seit langem verlangte, durchzuführen (...): die Freiheit mit der Ordnung zu vereinbaren; der Würde und den Rechten des Individuums zu Respekt zu verhelfen (...); für (...) soziale Gerechtigkeit in Wirtschaft und Kultur zu sorgen, die (Spanien) von der kommunistischen Tyrannei und dem kapitalistischen Egoismus befreit.“<sup>247</sup>

Fernández Cuesta vertrat damit eine Minderheitenposition. Die Mehrheit der Gesellschaft begrüßte die Strategie, den ‚18. Juli‘ als Feiertag weitgehend zu ignorieren.

Dieses stillschweigende Übergehen wurde nicht nur von der extremen Rechten abgelehnt, sondern auch von der extremen Linken. In der Nacht zum 18. Juli 1976 explodierten in Madrid, Barcelona, Gerona, Bilbao, Sevilla, Vigo, El Ferrol und Valdepeñas in der Nähe von offiziellen Gebäuden mehrere Bomben, die sieben Menschen verletzten und eine Person töteten. Mit dem Attentat am und auf den ‚18. Juli‘ weckte die bis dahin unbekannte Vereinigung *Grupo Antifascista Primero der Octubre*<sup>248</sup> Erinnerungen an den 18. Juli 1961. Am 25. Jahrestag des Aufstandes hatte die baskische Untergrundorganisation ETA in San Sebastian ihr erstes Attentat gegen einen Zug mit Bürgerkriegsveteranen der nationalistischen Armee durchgeführt. Die Bilder der Anschläge erinnerten an den Bürgerkrieg, schrieb *La Vanguardia*, es sei besonders irritierend, dass sie gerade zu einem Zeitpunkt stattfänden, wo die Regierung nach Wegen des Dialoges suche.<sup>249</sup>

Im Folgejahr erhöhte man am 18. Juli die Sicherheitsmaßnahmen. *Guardia Civil* und *Policía Armada* waren in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt worden. Wegen Drohungen linker Gruppen blieb der Flohmarkt in Madrid, sonst an jedem Feiertag geöffnet, am 18. Juli 1977 geschlossen. *ABC* berichtete – als erklärte Freundin von Ruhe und Ordnung – über das rigorose Vorgehen der Polizei gegen illegale Symbole: Republikanische und kommunistische Fahnen wurden sofort beschlagnahmt.<sup>250</sup>

---

<sup>247</sup> *ABC*, 18. Juli 1976, ‚Reflexion sobre el ‚18 de Julio‘, S. 4.

<sup>248</sup> Der Name der Gruppe ‚1. Oktober‘ bezog sich auf den Mord an vier Polizisten am ersten Oktober 1974.

<sup>249</sup> Vgl. *La Vanguardia*, 19. Juli 1976, Ohne Titel, S.3 und *La Vanguardia*, 20. Juli 1976, ‚Contra la concordia‘, S. 1.

<sup>250</sup> Vgl. *ABC*, 19. Juli 1977, ‚Banderas republicanas y artefactos, retirados en diversas provin-cias‘, S. 8.

Die Kirche bemühte sich um politische Neutralität. Der Abt der Basilika im *Valle de los Caídos* untersagte aus Furcht vor einer Politisierung des Gedenkgottesdienstes die Predigt. Die tumultartigen Proteste der 12.000 Personen, die der Einladung der *Confederación Nacional de Combatientes* und der *Fuerza Nueva* gefolgt waren, nahm man in Kauf.<sup>251</sup>

Gedenkakte und öffentliche Würdigungen des Tages hatte die Regierung per Dekret untersagt. Vier Tage vor der Eröffnungssitzung des demokratisch gewählten Parlaments versuchte man, alles zu vermeiden, was als Parteinahme für eine der ehemaligen Bürgerkriegsparteien hätte interpretiert werden können und so eine Politik der *reconciliación* unglaubwürdig gemacht hätte. *La Vanguardia* begrüßte das Vorgehen der Regierung und ging von einer baldigen Abschaffung des Feiertages aus:

„Im Gegensatz zu den Wünschen einiger oppositioneller Gruppen ist man auch bei dieser Gelegenheit nach der Methode ‚Nachhaltiges Verschimmeln‘ verfahren: Zuerst beraubt man die Jahrestage ihres Inhalts und lässt dann die Symbolik verhungern und sterben. So verschwindet die Möglichkeit einer ‚Gegenfeier‘.“<sup>252</sup>

Auch *El País* sah das Ende eines ungeliebten Feiertages gekommen. Die Zeitung machte sich zum Sprachrohr der ‚Hunderttausende, die im Exil und im Gefängnis‘ unter Franco und seinem ‚historisch gigantisch gescheiterten‘ Regime gelitten hatten:

„Es ist ein makabres Paradoxon, dass die Spanier den Tag zum Feiertag gemacht haben, der auf den Beginn eines grausamen Bürgerkrieges weist. (...) Dieses Trauerdatum, von den Siegern zu einem Festtag gemacht, ist das genaue Gegenteil all dessen, was einen historischen Gedenktag ausmachen muss, um als Symbol der Einheit und des Konsenses zwischen den Spaniern, Siegern und Verlierern, Monarchisten und Republikanern, Unternehmern und Arbeitern, Katalanen, Kastiliern, Basken, Kanaren, Galiciern und Andalusiern zu gelten. (...) Die *Concordia* lässt sich nicht auf der Erinnerung an das Blutvergießen zwischen Brüdern schmieden.“<sup>253</sup>

Als zukünftigen Nationalfeiertag schlug *El País* den Tag der Verkündung der neuen Verfassung vor.

Unterstützung in der Ablehnung des 18. Juli als Nationalfeiertag kam auch von der extremen Rechten. Die *Falange Auténtica*, eine Abspaltung von der *Falange*

---

<sup>251</sup> Sowohl die Personen wie auch die Form der Unmutsbekundungen glichen denen des 20. November. Man sang mit erhobenem Arm das *Cara al Sol* und ließ die ehemaligen Franco-Minister sowie die Witwe Carmen Polar hochleben. Vgl. *El País*, 19. Juli 1977, ‚Alboroto en el Valle de los Caídos‘, S. 9 und *La Vanguardia*, 19. Juli 1977, ‚Misa en el Valle de los Caídos en el aniversario del 18 de Julio‘, S. 14.

<sup>252</sup> *La Vanguardia*, 19. Juli 1977, ‚Una semana intensa‘, S. 9.

<sup>253</sup> *El País*, 17. Juli 1977, ‚El 18 de Julio‘, S. 6.

*Española de las JONS*, bezeichnete ein ‚Gedenken an den Tag, an dem ein grausamer, ungerechter Bürgerkrieg begann‘, als skandalös.<sup>254</sup>

Beim Umgang mit dem Gedächtnisort ‚18. Juli‘ konnte die Regierung an eine in der Gesellschaft seit langem verbreitete Ablehnung des Geschichtsbildes vom Bürgerkrieg als *cruzada*, das der ‚18. Juli‘ wie kein anderes Datum verkörperte, anknüpfen. Nach den Wahlen, bei der die Mehrheit für eine ‚Politik der Versöhnung‘ gestimmt hatte, war es nur noch eine Frage der Zeit, bis die Regierung den ‚18. Juli‘ als Feiertag abschaffte.

Am 21. Dezember 1977 beschloss der Ministerrat, ihn aus dem Festtagskalender zu streichen und die Zahl der nationalen Feiertage im Jahr 1978 von zwölf auf elf zu beschränken.<sup>255</sup> Die Streichung dieses ‚polemischen Feiertages‘ sei, so urteilte *La Vanguardia*, ganz im Sinne der von Juan Carlos initiierten Versöhnungspolitik.<sup>256</sup>

Blas Piñar versuchte, auch den ‚18. Juli‘ für die europäische extreme Rechte zu reklamieren. Im Juli 1978 versammelten sich in Madrid Mitglieder der *Eurodestra*, der neugegründeten Allianz rechtsextremer Parteien. *Fuerza Nueva*, das italienische *Movimiento Sociale Italiano*, die französische PFN und das *Movimiento Nacional Argentino* schlossen sich zusammen, um, so Blas Piñar, ‚im Sinne des Kreuzzuges gemeinsam gegen den Kommunismus und Marxismus‘ zu kämpfen.<sup>257</sup> Während des Gedenkaktes im Stierkampfstadion Las Ventas wurde auch ein Grußtelegramm deutscher neofaschistischer Gruppen verlesen.<sup>258</sup> Proteste gegen die Veranstaltung, an der 20.000 Personen teilnahmen, gab es nicht. Die demokratischen Grundrechte müssten auch für diese ‚pittoreske *troupe* nostalgischer Faschisten‘ gelten, auch wenn diese die demokratische Gesellschaft hassten, schrieb *El País*.<sup>259</sup>

Die Abschaffung des nationalen Feiertages machte den Weg frei für neue Interpretationen der historischen Ereignisse um den 18. Juli 1936. Während in der konservativen *ABC* Fernandez de la Mora für einen maßvollen Umgang mit dem historischen Erbe ‚ohne gegenseitige Vorwürfe oder Nostalgie‘ plädierte,<sup>260</sup> deutete der ehemalige Regierungsminister der Exilregierung Antonio Alonso Baño in *El País* das Verhalten der Regierung der Republik neu. Deren kurzzeitiger Präsident Diego Martínez Barrio habe durch seine Ablehnung einer Bewaffnung der Arbeiter und seiner Bereitschaft, mit dem aufständischen Militär zu verhan-

<sup>254</sup> Vgl. *El País*, 19. Juli 1977, ‚Falange Auténtica considera ‚nefasta‘ la fecha del 18 de julio‘, S. 9.

<sup>255</sup> Vgl. BOE Real Decreto 3308/1977. In: Boletín Oficial del Estado (BOE), 16.-31. Dezember 1977, S. 3994f. Durch die Streichung des Feiertages sollte die Produktivität der Wirtschaft angekurbelt werden.

<sup>256</sup> Vgl. *La Vanguardia*, 22. Dezember 1977, ‚El calendario y el el trabajo‘, S. 5.

<sup>257</sup> Das verkündete Blas Piñar in einer Pressekonferenz in Madrid. Vgl. *La Vanguardia*, 16. Juli 1978, ‚El 18 de julio, festividad para la ‚eurodestra‘‘, S. 9.

<sup>258</sup> Vgl. *El País*, 18. Juli 1978, ‚El fervor franquista llenó algo más de tres cuartas partes de la plaza de toros de las Ventas‘, S. 13.

<sup>259</sup> Vgl. *El País*, 18. Juli 1978, ‚Reunión de eurofascistas‘, S. 8.

<sup>260</sup> Vgl. *ABC*, 18. Juli 1978, ‚Los cuarenta y otros años, S. 3.



deln, versucht, einen Bürgerkrieg zu vermeiden. Die Regierung Martínez Barrio sei insofern eine Regierung der Versöhnung gewesen.<sup>261</sup> Alonso Baño widersprach damit nicht nur der franquistischen Interpretation, sondern auch Traditionen der exilrepublikanischen Geschichtsschreibung.

Der 18. Juli 1978 sei der erste ‚demokratische 18. Juli‘, schrieb *La Vanguardia*. An ihm werde der Bruch mit dem Franco-Regime deutlich. Dass an diesem Tag die Verfassungsverhandlungen über die Autonomiefrage begannen und in Madrid die bis dahin verbotene Hemingway-Verfilmung ‚Wem die Stunde schlägt‘ anlief, wertete die Zeitung als Zeichen einer neuen Zeit: Mit dem 18. Juli 1978 sei der Bürgerkrieg endgültig überwunden.<sup>262</sup>

#### 4.3 Der 1. April 1939 und die Siegesparade

Der erste April war auch unter Franco kein offizieller Feiertag, hatte aber eine herausragende symbolische Bedeutung auf zwei Ebenen: Als Tag des Sieges der Nationalisten war er eng mit dem Militär verknüpft, als Tag des Endes des Bürgerkrieges hatte er prinzipiell auch eine friedensstiftende Bedeutung. Im Laufe der Etablierung und des wirtschaftlichen Aufschwungs des Regimes wurde diese zweite Bedeutungsebene immer wichtiger. Im politischen Diskurs erhielten die Begriffe ‚Frieden‘ und ‚Wohlstand‘ eine zentrale Rolle. Anlässlich des 25. Jahrestages des Kriegsendes organisierte das Ministerium für Information beispielsweise eine aufwändige Wanderausstellung, die zu einem wichtigen Bezugspunkt im Versöhnungsdiskurs des Regimes werden sollte.<sup>263</sup>

Die Betonung der friedensstiftenden Bedeutung dieses Tages hatte auch Auswirkungen auf die Gestaltung des *Desfile de la Victoria* (Parade des Sieges). Zur Erinnerung an seinen Sieg im Frühling 1939 veranstaltete Franco in jedem Jahr Ende Mai diese zentrale Militärparade in Madrid. Der Triumphmarsch, der die Überlegenheit der nationalistischen Truppen und die militärische Stärke Francospaniens demonstrieren sollte,<sup>264</sup> war als Ritual des Sieges eng mit dem ‚1. April‘ verknüpft.

Zum 25. Jahrestages des Friedens 1964 wurde die Militärparade in *Desfile de la Paz*, in ‚Parade des Friedens‘, umbenannt. Erstmals nahmen auch Prinz Juan Carlos und Prinzessin Sofia auf der Ehrentribüne Platz. Die Versuche, die Elemente ‚Frieden‘ und ‚Versöhnung‘ stärker zu betonen, waren nur teilweise erfolgreich. Zwar verlor die umgangssprachlich weiterhin *Desfile de la Victoria*

<sup>261</sup> Vgl. El País, 18. Juli 1978, ‚El Gobierno de conciliación. 18 de julio de 1936‘, S. 9.

<sup>262</sup> Vgl. La Vanguardia, 18. Juli 1978, ‚Un 18 de julio democrático‘, S. 7.

<sup>263</sup> Zu Vorgeschichte, Planung und Durchführung der Ausstellung und der anderen Gedenkfeierlichkeiten vgl. Aguilar, Memoria y olvido, S. 164-183.

<sup>264</sup> Der erste *Desfile de la Victoria* wurde mit hohem propagandistischen Aufwand organisiert: Am 19. Mai 1939 zogen über 120.000 Militärs der spanischen nationalistischen Armee und der Achsenmächte vor der Tribüne des mit dem Lorbeerkreuz dekorierten *caudillos* vorbei, nach der militärischen Präsentation wurde Franco am Folgetag von Kardinal Gomá gesegnet. Über Ausmaß und Symbolik der insgesamt mehrtägigen Zeremonien gibt Daniel Sueiro Aufschluss. Vgl.: Sueiro, Daniel/ Díaz Nosty, Bernardo: Historia del Franquismo, 4 Bände, Madrid 1977, Band 1, S. 1-20.

genannte Parade ihren triumphierenden Charakter, symbolisch blieb sie als Veranstaltung des Militärs weiterhin eng mit dem nationalistischen Spanien verbunden.

Die Militärparade war zwar auch schon zu Francos Zeiten kritisiert worden,<sup>265</sup> eine Revision dieses Gedächtnisortes war allerdings erst nach Francos Tod möglich. Art und Weise dieser Revision können Aufschluss geben über den Stellenwert des Militärs in den Jahren der *transición*. Als einer der wichtigsten Pfeiler des Franquismus war das Militär der gesellschaftliche Sektor, der einer Demokratisierung am kritischsten gegenüberstand.

In der öffentlichen Wahrnehmung spielte der ‚1. April‘ keine große Rolle. Allein die konservative *ABC* veröffentlichte Fotos von vereinzelt Transparenten an Autobahnen, die an den *Día de la Victoria* erinnerten.<sup>266</sup> *La Vanguardia* berichtete über militärische Ordensverleihungen anlässlich des ‚37. Jubiläums des Friedens‘.<sup>267</sup>

Einen wesentlich größeren Raum nahm die Berichterstattung über die geplante Militärparade ein. Die Regierung legte im Jahr 1976 die Parade auf den 30. Mai. An diesem Tag sollte nicht nur die Parade stattfinden, als *Día de las Fuerzas Armadas*, als Tag der Streitkräfte, sollte der 30. Mai auch den Feiertag *Día de la Victoria* ersetzen.<sup>268</sup>

Die Absicht der Regierung war klar: Die Ehrung der Streitkräfte sollte von der Erinnerung an den Bürgerkrieg und die Franco-Diktatur getrennt werden. Die Regierung hatte den Vorstoß allerdings nicht mit dem Militär abgestimmt. Das Militärgouvernement von Madrid ignorierte die neue Sprachregelung und verkündete, am 30. Mai werde in der gleichen Form wie in den Vorjahren der *Desfile de la Victoria* stattfinden. Das Ministerium für Information und Tourismus versuchte, eine öffentliche Austragung des Konflikts zu vermeiden und führte die widersprüchlichen Informationen auf ein Missverständnis zurück. Wenige Tage später lenkte das Ministerium ein: Die offizielle Einführung des *Día de las Fuerzas Armadas* wurde verschoben, die Militärparade fand am 30. Mai 1976 als *Desfile de la Victoria* statt.<sup>269</sup>

---

<sup>265</sup> Der *Cortes*-Abgeordnete Jesús Esperabé de Arteaga hatte bereits im Mai 1975 vor dem Hintergrund des kirchlichen Jahres der Versöhnung den Antrag gestellt, den *Desfile* entweder ausfallen zu lassen oder in eine bloße Ehrung der Streitkräfte ohne direkten Bezug auf den Bürgerkrieg umzugestalten. Der Antrag wurde abgelehnt. Vgl. Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 278ff.

<sup>266</sup> Vgl. *ABC*, 2. April 1977, S. 5 und *ABC*, 2. April 1978, S.5. In einer Bildunterschrift aus dem Jahr 1978 wird an die Notwendigkeit eines Spaniens ohne Sieger und Besiegte gemahnt.

<sup>267</sup> Vgl. *La Vanguardia*, 2. April 1976, S. 9.

<sup>268</sup> Da es sich bei der Anordnung nicht um ein Dekret oder eine andere schriftlich fixierte Regierungsanweisung handelt, stütze ich mich im Folgenden auf die Berichterstattung in der Tagespresse. Vgl. *El País*, 6. Mai 1976, ‚El ‚Día de las Fuerzas Armadas‘ sustituirá al ‚Día de la Victoria‘, S. 11 und *ABC*, 6. Mai 1976, ‚Va a instruirse el Día de las Fuerzas Armadas‘, S. 11.

<sup>269</sup> Vgl. *El País*, 8. Mai 1976, ‚Falta de concordancia‘ entre el Gobierno y la Capitanía General‘, S. 1 und *El País*, 11. Mai 1976, ‚El 30 de mayo será el Desfile de la Victoria‘, S. 12.

Der Regierungsvorstoß hatte das Militär an einer sensiblen Stelle getroffen. Der Sieg im Bürgerkrieg war als Sieg über den Kommunismus das identitätsstiftende Moment des Militärs. Fünf Tage vor dem *Desfile de la Victoria* unterstrich der Verteidigungsminister Félix Álvarez-Arenas Pacheco dies noch einmal: Der Sieg über den Kommunismus sei die Grundlage des Fortschrittes und der Einheit Spaniens gewesen, an eben diesen werde mit dem *Desfile de la Victoria* erinnert.<sup>270</sup> Die Regierung Arias Navarro versuchte, dem Militär, das wegen seiner langen Tradition der *pronunciamientos* als reform- und demokratiefeindlich galt, so wenig Anlass zur Kritik wie möglich zu geben. Zu dieser Politik gehörten, neben der zögerlichen Militärreform, auch der vorsichtige Umgang mit den Symbolen und Gedenktagen und - falls nötig – ein Einlenken wie im Falle des *Día de las Fuerzas Armadas*.

Beim Versuch, die Stabilität der Armee zu garantieren, kam Juan Carlos eine Schlüsselfunktion zu. Er stand als legitimer Nachfolger Francos und als Staatsoberhaupt im Zentrum der Gedenkrituale. Der König präsierte gemeinsam mit seiner Gattin Sofia und dem Prinzen Felipe den Militärumzug. Beim anschließenden Mittagessen mit Mitgliedern der Regierung und des Militärs würdigte er in einem Toast den verstorbenen *Generalísimo*, betonte aber gleichzeitig, dass die Armee das ganze Volk Spaniens re-präsentiere.<sup>271</sup> Juan Carlos agierte auch in seiner Rolle als oberster Befehlshaber des Militärs als ‚König der Versöhnung‘ und versuchte so, den Boden für die Abschaffung des *Día de la Victoria* und für die Einführung des neuen Feiertages zu bereiten.

Während der letzte *Desfile de la Victoria* ohne große Zwischenfälle verlief,<sup>272</sup> war die Situation am ersten *Desfile de las Fuerzas Armadas* im Jahre 1977 sehr viel angespannter. Nachdem die Regierung Suárez am 1. April 1977 das *Movimiento Nacional*, das Sammelbecken der unterschiedlichen Strömungen des Franquismus, aufgelöst hatte, bereitete sich Spanien auf die ersten demokratischen Wahlen vor. Das Militär schwankte dabei zwischen Neutralität und offener Ablehnung. Gegen den ausdrücklichen Widerstand des Militärs war am 9. April die Kommunistische Partei zugelassen worden. Die *Alianza Popular* versuchte, die konservative Grundhaltung der Armee für ihre Zwecke zu instrumentalisieren: Als ‚Hüter der institutionellen Ordnung‘ sollte sich das Militär einer neuen Verfassung widersetzen.<sup>273</sup> Gleichzeitig forderten die unter Franco verur-

---

<sup>270</sup> So Álvarez Arenas in einem Artikel in *El País*, 25. Mai 1976. Zitiert nach Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 281. Der Sieg über den Kommunismus sei ein fundamentaler Bestandteil der Geschichte Spaniens, ergänzte der General des katalanischen Militärgouvernements Coloma Gallegos am 31. Mai. *S. ABC*, 1. Juni 1976, ‚Servir a la patria sin inmiscuirse en los problemas de la política de todos los días‘, S. 3.

<sup>271</sup> Vgl. *El País*, 1. Juni 1976, ‚El rey presidió el Desfile de la Victoria‘, S. 48.

<sup>272</sup> Versammlungen von einigen Dutzenden Anhängern der *Fuerza Nueva* wurden in Madrid und Barcelona ohne größere Zwischenfälle aufgelöst. Vgl. *El País*, 1. Juni 1976, ‚El rey presidió el Desfile de la Victoria‘, S. 48.

<sup>273</sup> Vgl. *El País*, 15. Mai 1977, ‚Alianza Popular pedirá al Ejército que se oponga a una nueva Constitución‘, S. 1.

teilten Mitglieder der *Unión Militar Democrática* (UMD) eine umfassende Amnestie.<sup>274</sup>

Um die Situation zu besänftigen, gewährte die Regierung anlässlich des *Día de las Fuerzas Armadas* einen auf die militärische Rechtsprechung begrenzten, umfassenden Straferlass. Alle Freiheitsstrafen unter zwei Jahren wurden aufgehoben, die darüberliegenden auf die Hälfte reduziert.<sup>275</sup> Der Straferlass beinhaltete allerdings keine Rücksetzung der Verurteilten in ihren Beruf: Das Problem der Mitglieder der UMD, die vom Militär ausgeschlossen worden waren, wurde ebenfalls nicht gelöst. Der Widerstand gegen die Rehabilitation der UMD-Mitglieder war innerhalb der Armee zu groß.

War die Umbenennung des *Día de la Victoria* in *Día de las Fuerzas Armadas* in der Wahrnehmung politischer Beobachter ‚Teil der von der Krone initiierten Versöhnungsmaßnahmen‘,<sup>276</sup> so war der Straferlass als Fortsetzung dieser Politik eine Maßnahme für die *concordia*, die Schaffung der Eintracht.<sup>277</sup>

Juan Carlos bemühte sich um eine Verknüpfung der Monarchie mit dem Militär. Einen Tag vor dem *Desfile* wurde sein Sohn, Prinz Felipe von Asturien, zum Ehrensoldaten des Infanterieregiments *Inmemorial del Rey* ernannt. Die feierliche Zeremonie fand große Beachtung. Die enge Verbindung von Armee und König sei vertieft und durch die Aufnahme des Thronfolgers in die Armee auch für die Zukunft garantiert worden, so die *ABC*.<sup>278</sup> Auch *El País* und *La Vanguardia* begrüßten die Verbindung von Staat und Militär: Armee und Gesellschaft seien schließlich aufeinander angewiesen.<sup>279</sup> Vornehmste Aufgabe des Militärs sei es, die Reformen nicht nur zu respektieren, sondern auch zu schützen.<sup>280</sup>

Die Form der Militärparade des Jahres 1977 ähnelte der des *Desfile de la Victoria*. Die Heere der Marine, der Luft und der Infanterie defilierten vor der Ehrentribüne der königlichen Familie und der Oberbefehlshaber. Den Abschluss des Zuges bildeten die *Guardia Civil* und die bewaffnete Polizei. Öffentliche Erklärungen mit Bezügen auf Franco gab es, im Gegensatz zum Vorjahr, nicht.

Am Rande der Veranstaltungen kam es in Barcelona zu Zwischenfällen mit der extremen Rechten. Mit Rufen wie ‚Carrillo, wir machen Hackfleisch aus dir‘ (*Carrillo, te haremos picadillo*‘, Übers. d. Verf.) und ‚Wir wollen einen neuen 18. Juli‘ (*Queremos otro 18 de julio*‘ Übers. d. Verf.) und dem *Cara al Sol* protestierten circa zweihundert Demonstranten gegen die Demokratisierung.<sup>281</sup>

---

<sup>274</sup> Vgl. *El País*, 11. Mai 1977, ‚Los ex militares de la UMD piden su reincorporación al Ejército‘, S. 11.

<sup>275</sup> Vgl. BOE Nr. 127, 28. Mai 1977. In: Boletín Oficial del Estado, 16.-31. Mai 1977, S. 1645.

<sup>276</sup> Vgl. *El País*, 6. Mai 1977, ‚El día 29, conmemoración del día de las Fuerzas Armadas‘. S. 11.

<sup>277</sup> So die erklärte Absicht des Straferlasses. Vgl. *ABC*, 29. Mai 1977, ‚Indulto para el personal de Fuerzas Armadas‘, S. 7.

<sup>278</sup> Vgl. *ABC*, 29. Mai 1977, ‚Al ver mi hijo soldado pienso en España y en su futuro‘, S. 1.

<sup>279</sup> Vgl. *La Vanguardia*, 29. Mai 1977, ‚Mutuo apoyo‘, S. 7.

<sup>280</sup> Vgl. *El País*, 29. Mai 1977, ‚Las Fuerzas Armadas‘, S. 8.

<sup>281</sup> Vgl. *ABC*, 31. Mai 1977, ‚El Rey presidió en Madrid el desfile militar‘, S. 10.

Dauerhaft als offizieller Feiertag in den Festtagskalender eingeführt wurde der *Día de las Fuerzas Armadas* erst im Mai 1978. Am 12. Mai verabschiedete der Ministerrat auf Initiative des Vizepräsidenten und Verteidigungsministers General Manuel Gutiérrez Mellado ein Dekret, nach dem der *Día de las Fuerzas Armadas* jährlich am Sonntag vor dem 30. Mai, am Tag des Heiligen Ferdinands III., gefeiert werden sollte. In einem begleitenden Gedenkakt sollte der spanischen Flagge, dem ‚Symbol der Einheit und des friedlichen Zusammenlebens‘<sup>282</sup>, gehuldigt werden. Die Feierlichkeiten sollten abwechselnd in verschiedenen Militärgouvernements Spaniens stattfinden.

Dass der Feiertag gerade zu einem Zeitpunkt eingeführt wurde, als im verfassungsgebenden Ausschuss über die Frage der Regionen und der Autonomien gestritten wurde, war kein Zufall. Als ‚Hüter der Einheit‘ stand das Militär einer großzügigen Autonomie skeptisch gegenüber. Die Einführung eines Gedenktages, der auch der Ehrung der gesamtspanischen Nationalflagge dienen sollte, war ein versöhnliches Signal der Regierung an das Militär und gleichzeitig der Versuch, den militärischen Feierlichkeiten einen eindeutig demokratischen Rahmen zu geben:

„Die feierlichen Akte sollen zu einer warmen und wahrhaften Integration des spanischen Volkes und seiner Armeen beitragen. Diese (Akte) sollen schrittweise entwickelt werden und so dazu beitragen, dass die kulturellen und sportlichen Vorführungen und Facetten unserer Armeen so weit wie möglich verbreitet und bekannt gemacht werden.“<sup>283</sup>

Der *Desfile de la Victoria* 1978 fiel auf den 28. Mai. In einer Fernsehansprache erklärte der Verteidigungsminister Gutiérrez Mellado Sinn und Zweck der Feierlichkeiten. Bei der Huldigung der Fahne sollte die *Guardia Real*, die Königliche Wache, den einzelnen Regimentern ihre jeweiligen Fahnen übergeben. Dieser Akt sei eine Huldigung der ganzen Nation, so Gutiérrez Mellado, schließlich repräsentierten die Autoritäten der unterschiedlichen Einheiten ganz Spanien. Nach dieser Zeremonie werde der Toten gedacht. Gutiérrez sprach von ‚unseren Toten‘, deren Gedenken von ‚allen guten Spaniern‘ wahrhaft und aufrichtig gewünscht werde.<sup>284</sup> In Verbindung mit der Formulierung ‚Der *Desfile* ist die beste Repräsentanz der spanischen Jugend, da an ihm Spanier jeglicher Herkunft, jeden Glaubens und jeder Ideologie teilnehmen‘, konnte die Ansprache als Ende der Teilung in Sieger und Besiegte beim Militär interpretiert werden.<sup>285</sup>

---

<sup>282</sup> So das Protokoll der Ministerratssitzung vom 12. Mai 1978. Zitiert nach *La Vanguardia*, 13. Mai 1978, ‚Se crea el Día de las Fuerzas Armadas‘, S. 1f.

<sup>283</sup> Protokoll der Ministerratssitzung vom 12. Mai 1978, zitiert nach *La Vanguardia*, 13. Mai 1978, ‚Se crea el Día de las Fuerzas Armadas‘, S. 1.

<sup>284</sup> Siehe *El País*, 27. Mai 1978, ‚El teniente general Gutiérrez Mellado glosa la festividad de las Fuerzas Armadas‘, S. 11.

<sup>285</sup> *La Vanguardia* bewertete die Ansprache Gutiérrez als den ‚Abschied von der geschwellenen Redensweise‘. Das Militär entwickle sich langsam zu ‚Beamten in Uniform‘. Siehe *La Vanguardia*, 27. Mai 1978, ‚Adiós a la grandilocuencia‘, S. 9.

Am offiziellen Akt der Fahnenhuldigung nahmen neben der königlichen Familie, den Präsidenten des Kongresses und des Senats auch die Parteivorsitzenden Felipe González (PSOE), Santiago Carrillo (PCE) und Jordi Pujol (Vorsitzender der Koalition *Pacte Democràtic per Catalunya*) teil. Der festliche Akt wurde von mehreren hundert Demonstranten der Falange und der *Fuerza Nueva* gestört, die unter anderem mit Rufen wie ‚Franco, Franco‘ und ‚Das ganze Spanien unter einer Fahne‘ (*España entera, y una sola bandera* Übers. d. Verf.) die Zeremonie unterbrachen und Felipe González sowie vor allem Santiago Carrillo beleidigten.<sup>286</sup> Ein ähnliches Bild bot sich am Folgetag während der Militärparade auf dem *Paseo de la Castellana*. Auch hier waren erstmals Mitglieder der demokratischen Regierung und die Parteivorsitzenden vertreten, auch hier versuchten rechtsextreme Gruppen, den Zug zu stören.<sup>287</sup>

Die Zeitungen maßen den Auftritten der rechtsextremen Gruppen keine große Bedeutung zu. Sie seien eine Begleiterscheinung der Demokratisierung, die mit der Verabschiedung der Verfassung, dem *point of no return*, enden würden, schrieb *El País*. Allerdings müssten die Sicherheitskräfte bei Straftaten wie Beleidigungen gezielter eingreifen.<sup>288</sup> Abgesehen von diesen Störungen sei der *Día de las Fuerzas Armadas* der Beweis für die guten Beziehungen zwischen Volk und Armee - ein Grund, optimistisch in die demokratische Zukunft Spaniens zu blicken:

„Die Verpflichtung, die unsere Armee mit der Demokratie eingegangen ist, wird am besten garantiert durch die Reife unserer großen politischen Parteien, die entschlossen sind, die aggressive und verkrampfte Art und Weise zu vermeiden, mit der während der Zweiten Republik nicht nur die ‚militärische Frage‘ sondern auch eine Reihe anderer Fragen behandelt wurden und die damals die demokratische Erfahrung verdarben und so das ideologische, psychologische und emotionale Klima für den Aufstand vom Juli 1936 schufen.“<sup>289</sup>

Die Verbindung von Armee und Gesellschaft stand auch im Mittelpunkt der Kommentare von *ABC* und *La Vanguardia*. Die Huldigung der Fahne und die Militärparade seien Zeichen der Bejahung der Monarchie, der Bejahung der spanischen Einheit und der Bejahung der Demokratie, schrieb *ABC*<sup>290</sup>, und *La Vanguardia* sah den König im Zentrum der ‚Umarmung von Volk und Armee‘.<sup>291</sup>

---

<sup>286</sup> Vgl. *El País*, 28. Mai 1978, ‚Grupos ultraderechistas intentaron boicotear el homenaje a la bandera‘, S. 13 und *ABC*, 28. Mai 1978, ‚Los reyes presidieron el homenaje a la bandera‘, S. 4.

<sup>287</sup> Vgl. *El País*, 30. Mai 1978, ‚Las instituciones democráticas, en el homenaje a las Fuerzas Armadas‘, S. 15 und *ABC*, 30. Mai 1978, ‚El rey presidió el desfile del día de las fuerzas armadas‘, S. 5.

<sup>288</sup> Siehe *El País*, 30. Mai 1978, ‚Una sola vara de medir‘, S. 8.

<sup>289</sup> *El País*, 28. Mai 1978, ‚Un Ejército para la democracia‘, S. 8.

<sup>290</sup> Siehe *ABC*, 30. Mai 1978, ‚Bandera y Fuerzas Armadas‘, S. 2.

<sup>291</sup> Siehe *La Vanguardia*, 30. Mai 1978, ‚Rey, Ejército y Pueblo‘, S. 5.

Der langwierige und schwierige Prozess der Umgestaltung des *Desfile de la Victoria* in den *Día de las Fuerzas Armadas* hatte am 28. Mai 1978 seinen Abschluss gefunden.

Die als demokratisches Versprechen in Aussicht gestellte Reform des Militärs stand allerdings erst am Anfang und sollte nur schleppend vorangehen.<sup>292</sup>

In einem rauschhaften ‚demokratischen Optimismus‘, der durch die Politik des Konsenses und die Verhandlungen zur Verfassung beflügelt wurde, unterschätzte Spanien das rechtsextreme Potential, das sich in Gesellschaft und Armee nicht nur am Rande des *Día de las Fuerzas Armadas*, sondern auch am 18. Juli und am 20. November zeigte. Der Putschversuch des Oberstleutnants der *Guardia Civil*, Manuel Tejero, am 23. Februar 1981 war nicht nur ein Ergebnis der zu zögerlichen Militärreform, sondern auch ein Resultat dieser Fehleinschätzung.

## 5 Gedächtnisorte der Republik

### 5. Die Republik im Exil

#### 5.1.1 Die Rückkehrer

Nach dem Sieg im Bürgerkrieg hatte Franco systematisch versucht, jegliche historische Erinnerung an die zweite Republik auszulöschen. Innerhalb kürzester Zeit ließ das Regime sämtliche öffentlichen Symbole der Republik zerstören, Publikationen aller Art wurden zensiert oder verboten, die politischen Führer der Republik, sofern sie sich noch in Spanien befanden, ermordet.<sup>293</sup> Das Spanien der Republik wurde seiner wenigen Gedächtnisorte beraubt,<sup>294</sup> die Erinnerung an die Republik mit den Flüchtlingen ins Exil verbannt.

400.000 Republikaner, darunter viele Akademiker, Künstler und Wissenschaftler, mussten nach 1939 das Land verlassen. Über die Hälfte der Flüchtlinge emigrierte nach Frankreich.<sup>295</sup> Etwa 200.000 Flüchtlinge kehrten im Lauf der ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, ermutigt durch eine Reihe von Straferlassen Francos, nach Spanien zurück. Der Straferlass anlässlich des Nachfolge-

---

<sup>292</sup> So blieb die republikanische Armee im spanischen Armeemuseum auch noch nach der *transición* der ‚Feind‘. Noch 1981 lernten Aspiranten der Königlichen Wache aus Geschichtsbüchern von 1953, nach denen der Aufstand vom 18. Juli 1936 ein Aufstand gegen ‚fremde Mächte‘ war. Vgl. Díaz-Plaja, *Cincuenta años*, S. 46-53.

<sup>293</sup> Siehe Bernecker, Walther L.: Zum Umgang mit ungeliebter Vergangenheit. In: Internationales Jahrbuch für den Geschichts- und Geographieunterricht, Bd. 15 (1993), S. 357-374, S. 357 und 365. Einen Überblick über die Politik der Unterdrückung gibt Richards, Michael: *A Time of Silence. Civil War and the Culture of Repression in Franco's Spain, 1936-1945*, Cambridge 1998. (Zukünftig abgekürzt: Richards, *Culture of Repression*)

<sup>294</sup> Zur Problematik der Gedächtnisorte der Republik siehe Kapitel 6.1.

<sup>295</sup> Nordafrika, die Sowjetunion, England, Belgien und die Schweiz hatten bei der Aufnahme der Flüchtlinge nur eine untergeordnete Bedeutung. Auf die besondere Rolle Mexikos wird später eingegangen. Für einen kurzen Überblick über die Flüchtlingspolitik der genannten Staaten vgl. Llorens, Vicente: *La Emigración republicana de 1939*. In: José Luis Abellan (Hrsg.), *El exilio español de 1939*, 6 Bände, Madrid 1976-1978, Bd. 1, S. 99-124. (Zukünftig abgekürzt: Llorens, *Emigración Republicana*)

gesetzes vom 17. Juli 1947 bezog sich explizit auch auf die im Ausland lebenden Spanier. Da es sich bei diesen Maßnahmen um Straferlasse handelte, das Delikt als solches also weiterhin bestehen blieb, waren weiterhin politisch aktive Exilanten ebenso wie kritische Intellektuelle ausgeschlossen. Diese Personen waren es, die im Exil durch politische Arbeit in den Exilparteien, der Exilregierung oder durch eine künstlerische und intellektuelle Auseinandersetzung die Erinnerung an die zweite Republik bewahrten.

Durch die Verknüpfung von persönlichem Schicksal, politischem und kulturellem Schaffen und durch ihre öffentliche Wirksamkeit als Politiker, Künstler oder Intellektuelle hatten diese Personen eine hohe Symbolkraft: In der kollektiven Wahrnehmung waren sie ‚personalisierte Gedächtnisorte‘ der Republik.<sup>296</sup> Stellvertretend für das spanische Exil wird im Folgenden unter anderem auf den Dichter Rafael Alberti, die unter ihrem Spitznamen *La Pasionaria* bekannt gewordene Kommunistin Dolores Ibárruri und den katalanischen Politiker und ehemaligen Präsidenten der Selbstverwaltungsbehörde *Generalitat* Josep Tarradellas i Joan eingegangen.

Als sich den Exilierten mit dem Tod Francos bzw. durch die Amnestiedekrete Suárez' die Möglichkeit zur Rückkehr nach Spanien bot, ermöglichten und zwangen sie durch ihre bloße (Wieder-)Anwesenheit die Öffentlichkeit zu einer Konfrontation mit der Vergangenheit. Gleichzeitig mussten die Rückkehrer aus dem Exil auf irgendeine Weise zum postfranquistischen Spanien Stellung nehmen. Aus diesem Wechselspiel lassen sich Rückschlüsse über die Bewertung der Zweiten Republik, des Bürgerkrieges und der Franco-Diktatur ziehen: Das Exil war schließlich ein unmittelbares Ergebnis der Repressionspolitik Francos, die Rückkehrer aus dem Exil waren Opfer der Diktatur.

Welcher Stellenwert wurde dem Exil eingeräumt? Welche kulturellen und politischen Impulse konnte das Exil dem postfranquistischen Spanien geben? Diese Fragen können Aufschluss über das Selbstverständnis des neuen Spanien geben. Die große Welle der Rückkehr setzte ein, als der Prozess der Demokratisierung gesichert schien. Mit der Erweiterung des Amnestiedekretes der ersten Regierung Suárez im März 1977, der Legalisierung der PCE und der Ankündigung freier demokratischer Wahlen waren die Weichen für die Rückkehr gestellt. Die spanische Öffentlichkeit brachte den Künstlern, Intellektuellen und Politikern aus dem Exil großes Interesse entgegen.

Rafael Alberti war der erste prominente Künstler, der am 27. April 1977, nach 38 Jahren im Exil in Frankreich, Mexiko, Argentinien und Italien, nach Spanien zurückkehrte. Als Mitglied der kommunistischen Partei, sozialpolitisch engagierter Dichter der ‚Generation von 1927‘ und Chefredakteur der politischen Literaturzeitung *El mono azul* (Der blaue Affe) hatte er 1939 das Land verlassen

---

<sup>296</sup> Diese Symbolkraft ergibt sich vor allem aus dem Bekanntheitsgrad, den diese Personen zum Zeitpunkt ihrer Emigration hatten. Auf Personen, die nach dem Bürgerkrieg außerhalb Spaniens durch ihre politische oder kulturelle Arbeit berühmt wurden, wird nicht eingegangen.



müssen. Anlass der Rückkehr war seine Aufstellung als PCE-Kandidat für den Senat.

Albertis Ankunft war wegen seiner internationalen Bekanntheit als Dichter in erster Linie ein kulturelles Ereignis. Das sah auch Alberti selbst so. „Ich ging mit der erhobenen geschlossenen Faust, weil Krieg herrschte und kehre mit der allen gegenüber geöffneten ausgestreckten Hand wieder,“ diktierte Alberti bei seiner Ankunft in Madrid den Journalisten in die Notizblöcke, „ich bin kein politischer Dichter, sondern ein ziviler Dichter.“<sup>297</sup> Man müsse jetzt den wahren Geist der Versöhnung suchen und jeden ‚Abdruck der dramatischen Vergangenheit zum Verschwinden bringen‘.<sup>298</sup> Das Bekenntnis zur Politik der Versöhnung und zur unpolitischen Dichtung erhöhte die Akzeptanz Albertis bei den konservativen Kräften. Die alten Gespenster hätten ihn verlassen, schrieb *ABC*, auch wenn seine frühere Militanz noch durchscheine.<sup>299</sup> Der Kulturjournalist José Luis Martín Descalzo warnte vor ‚übertriebenem Engagement‘ und ‚politischer Vereinnahmung‘:

„Alberti sollte seinen neuen Freunden misstrauen. Aus vielen Gründen: In erster Linie aus Respekt vor sich selbst. Der politische Alberti wird die Geschichte kaum interessieren, der dichtende Alberti dagegen umso mehr. (...) Ich fürchte, dass der Dichter (...), der sich jetzt auf sein poetisches Werk konzentrieren sollte, sich auf politischen Veranstaltungen, auf denen jeder auftreten könnte, verzettelt. Denn sein Dienst am spanischen Volk sind seine Verse, sehr viel mehr die großen Gedichte, die uns das Geheimnis unseres Mensch-Seins offenbaren, als die beklatschten Wortspiele im Dienst von etwas anderem.“<sup>300</sup>

Auch wenn das politische Engagement Albertis nicht geringer war als das kulturelle – nach den Juni-Wahlen zog Alberti in den Senat ein und übernahm im Parlament gemeinsam mit Dolores Ibárruri das Amt des Alterspräsidenten –, so wurde letzterem doch mehr Bedeutung und mehr Berechtigung zugemessen. Alberti leitete die Hommage an Pablo Neruda am 14. Mai 1977 in Barcelona und wirkte an einer Hommage an Picasso mit, er veranstaltete Lesungen und war ein häufiger Gast kultureller Veranstaltungen.<sup>301</sup>

Alberti entwickelte sich zur Integrationsfigur der Rückkehrer, zum rückgekehrten Kulturschaffenden *par excellence*, der, wie *La Vanguardia* lobend bemerkte, die Vorwürfe, die ihm die spanische Rechte während der Franco-Diktatur ge-

---

<sup>297</sup> *ABC*, 28. April 1977, ‚Tras cuarenta años des ausencia Alberti volvió ayer a España‘, S. 38 und *La Vanguardia*, 28. April 1977, ‚Rafael Alberti ha regresado a Madrid‘, S. 13. Zur literarischen Einschätzung Albertis vgl. *El País*, 28. April 1977, ‚Alberti regresó a su tierra‘, S. 27 und *El Cambio*, 25. April – 1. Mai 1977, Nr. 281, ‚El marinero vuelve a su tierra‘, S. 25ff.

<sup>298</sup> Siehe *Cambio* 16, 9. Mai–15. Mai 1977, Nr. 283, ‚Paseíllo de un candidato‘, S. 36–39.

<sup>299</sup> Siehe *ABC*, 28. April 1977, ‚La poesía española está completa‘, S. 39.

<sup>300</sup> *ABC*, 1. Mai 1977, ‚Qué Alberti vuelve?‘, S. 34.

<sup>301</sup> Vgl. *ABC*, 29. April 1977, ‚Malaga prepara un gran homenaje a Picasso‘, S. 39 und *ABC*, 15. Mai 1977, ‚Veinte mil personas en el homenaje a Neruda, en Barcelona‘, S. 38.

macht hatte, immer mit einer leisen Ironie, nie rachsüchtig oder nachtragend kommentierte.<sup>302</sup>

Der Umgang mit Alberti war symptomatisch für den Umgang mit den aus dem Exil zurückgekehrten Künstlern und Intellektuellen. Das Interesse an Kunst oder Literatur aus dem Exil war enorm. Ausstellungen mit Exilkunst waren Kassensmagneten.<sup>303</sup> Zurückgekehrte Intellektuelle wurden öffentlich geehrt: Der Historiker und ehemalige Präsident der spanischen Republik, Claudio Sánchez Albornoz, erhielt den Preis *Godó La-llana*,<sup>304</sup> sein Kollege Salvador de Madariaga wurde zum Ehrenmitglied der Königlichen Akademie ernannt.<sup>305</sup> Mit Hilfe der Rückkehrer aus dem Exil gestattete man sich in der Kultur das, was man sich in der Politik versagt hatte: die Rückbesinnung auf die Zweite Republik.<sup>306</sup> Diese Rückbesinnung fand unter einer Prämisse statt: Die Rückkehrer mussten ‚entwaffnet‘ sein.<sup>307</sup> Sie mussten, so wie es sich die spanische Gesellschaft verordnet hatte, bereit sein, Bürgerkrieg und Franco-Diktatur zu vergessen.

Die kulturelle Rückbesinnung auf die dreißiger Jahre blieb jedoch oberflächlich: Eine kritische Auseinandersetzung, bei der Traditionen des Denkens und unterschiedliche Erfahrungen und Auffassungen über die unmittelbare Vergangenheit hätten diskutiert werden können, fehlte. Eine solche Auseinandersetzung hätte auch eine kritische Auseinandersetzung mit der Zeit der Franco-Diktatur erfordert. Dafür war aber auch in der Kultur kein Platz: In der Literatur und im Film dominierte bei der Behandlung der Franco-Zeit ein ironisch-humoristischer Grundton.<sup>308</sup>

<sup>302</sup> Vgl. La Vanguardia, 3. Mai 1977, ‚Con Rafael Alberti‘, S. 10.

<sup>303</sup> Erwähnt sei in diesem Zusammenhang die erstmals auf der Biennale 1976 in Venedig vorgestellte Schau *España. Vanguardia artística y realidad social, 1936-1976*, die später unter großem öffentlichen Interesse in Barcelona gezeigt wurde. Einen Überblick über die Rezeption der bildenden Künste des Exils im Spanien der Demokratie gibt Cabañas Bravo, Miguel: *El artista del exilio español de 1939 en México. Estudio del tema desde 1975*. In: *Archivo Español de Arte*, Nr. 284 (Oktober – Dezember 1998), S. 361-374.

<sup>304</sup> Zur Reaktion Sánchez Albornoz vgl. La Vanguardia, 13. Mai 1978, ‚Sueño con España, la anhelo. Pero es tarde para gozarla‘, S. 17.

<sup>305</sup> La Vanguardia, 18. Mai 1976, ‚Madariaga en la academia‘, S. 15.

<sup>306</sup> Die wesentlichen Tendenzen der Kultur fasst zusammen Abellán, José Luis: *Diez años de cultura española (1973-1983)*. In: *Sistema. Revista de Ciencias Políticas*, Nr. 50/51 (November 1982), S. 129-144. Der Historiker Javier Tusell sieht Anzeichen für die Rückbesinnung auf die Zweite Republik auch in der Politik. Tendenzen einer Suche nach ‚alten Traditionen‘ sind sicherlich, vor allem bei den katalanischen Sozialisten, vorhanden. Meines Erachtens jedoch überwiegt in der Politik der Versuch einer Distanzierung zur Zweiten Republik. Vgl. Tusell, Javier/ García Queipo de Llano, Genoveva: *Die Kultur in der Zeit des politischen Umbruchs*. In: Walther L. Bernecker/ Carlos Collado Seidel (Hrsg.), *Spanien nach Franco*, München 1993, S. 231-247. (Zukünftig abgekürzt: Tusell/ Queipo de Llano, *Kultur in der Zeit des politischen Umbruchs*)

<sup>307</sup> Siehe Morán, *Precio de la transición*, S. 231.

<sup>308</sup> Siehe Tusell/ Queipo de Llano, *Kultur in der Zeit des politischen Umbruchs*, S. 234f. Eine bedeutende Ausnahme hierzu ist der 1977 bei den Berliner Filmfestspielen mit dem silbernen Bären ausgezeichnete Film *Camada negra* von Manuel Gutiérrez Aragón. Der Film, der den Weg eines jungen Mannes in den Faschismus erzählt, wurde zensiert und erst zu den Filmfestspielen freigegeben. In

Die Bedeutung der Rückkehr der Künstler und Intellektuellen konnte auf das Gebiet der Kultur beschränkt werden. Die Rückkehr der politischen Exilanten dagegen zwang zur politischen Auseinandersetzung. Die Mehrheit der Kandidaten der linken Parteien hatte im Vorfeld der Wahlen erklärt, die Jahre in Exil oder in den franquistischen Gefängnissen nicht als Wahlkampfswaffe verwenden zu wollen.<sup>309</sup>

Durchbrochen wurde diese Vereinbarung von Dolores Ibárruri, Bürgerkriegsveteranin, Alterspräsidentin der PCE und Symbol des kommunistischen Kampfes während des Bürgerkrieges. Ibárruri war im Gegensatz zu Carrillo nie dezidiert für eine ‚Politik der Versöhnung‘ eingetreten. Nach zwei vergeblichen Versuchen, in den Besitz des spanischen Passes zu gelangen, reiste Ibárruri am 13. Mai 1977 nach 38 Jahren im Moskauer Exil nach Spanien ein. Die letzte noch im Exil lebende Politikerin der spanischen kommunistischen Partei war eines der populärsten Feindbilder des Franco-Regimes gewesen. Noch im Februar 1976 hatte Fraga gewarnt, er könne für die Sicherheit von Dolores Ibárruri nicht garantieren.<sup>310</sup> Ihre Rückkehr aus dem Exil war für die konservative *ABC* die Wiederkehr eines ‚Gespenstes der Vergangenheit‘:

„Dolores Ibárruri ‚La Pasionaria‘ trat gestern nachmittag wieder auf spanischen Boden, auf den gleichen Boden, (...) auf dem die Familien der Patrioten weinten, die man ermordet hatte, weil sie sich der definitiven Einführung des Sowjetimperialismus in Spanien widersetzen. Untrennbar verknüpft mit ihrer Zeit bewahrt sie die Strenge ihrer stalinistischen Überzeugungen und fertigt mit vier Worten (‚Das ist völliger Blödsinn‘) den Eurokommunismus ab. (...) So ist es unmöglich, die Erinnerung zum Schweigen zu bringen, und unmöglich, die Erinnerung daran zu löschen, wie La Pasionaria vor und nach dem Bürgerkrieg ihren wahren Einfluss immer wieder verbarg. In der dramatischen parlamentarischen Sitzung vom 16. Juni 1936 sagte das heutige Gespenst der Vergangenheit und die damalige Amazone der kommenden revolutionären Apokalypse: ‚Um Aufstände zu vermeiden, müssen wir die Herren Gutsbesitzer ins Gefängnis stecken...‘.<sup>311</sup>

Der aggressive Ton der Berichterstattung und die bekundete ‚Unmöglichkeit zu vergessen‘ brachen mit der Mäßigung, einer der Grundregeln des geschichtspolitischen Diskurses der *transición*.

Auch Dolores Ibárruri ignorierte diese Regel. In den Mittelpunkt ihrer Wahlkampfauftritte stellte die vom PCE-Verband Asturien aufgestellte Kandidatin

Spanien fand er kaum Publikum. Zur Auseinandersetzung mit der Franco-Zeit im neuen spanischen Film vgl. auch Vilarós, Teresa: *El mono del desencanto. Una crítica cultural de la transición española* (1973-1993), Madrid 1998, S. 135-151. (Zukünftig abgekürzt: Vilarós, *Desencanto*)

<sup>309</sup> Siehe *El País*, 26. Mai 1977, ‚Más de mil años pasaron en cárceles y exilio los candidatos de izquierdas‘, S. 48.

<sup>310</sup> Siehe Cruz, Rafael: *Pasionaria. Dolores Ibárruri, Historia y Símbolo*, Madrid 1999, S. 217. (Zukünftig abgekürzt: Cruz, *Pasionaria*)

<sup>311</sup> *ABC*, 14. Mai 1977, ‚Como un fantasma del pasado‘, S. 9.

ihre heroischen Bürgerkriegserinnerungen und den antifranquistischen Widerstand. Damit verstieß sie auch gegen den offiziellen Parteikurs der Mäßigung und *reconciliación*. Trotz des Tabubruches, den Ibárruri durch ihre Bezüge auf die ‚kämpferische und glorreiche Vergangenheit der PCE‘ beging, ließ die Parteiführung sie gewähren: Als das Symbol des Kampfes der PCE während und nach dem Bürgerkrieg konnte sie die kollektive Identität der kommunistischen Bürgerkriegsveteranen stärken.<sup>312</sup> Ihr über die symbolische Bedeutung hinaus relativ geringer politischer Einfluss bewahrte Dolores Ibárruri vor weiteren Pressekampagnen der konservativen Zeitungen.<sup>313</sup>

Nach den Wahlen zog Dolores Ibárruri als Abgeordnete ins Parlament ein und wurde, gemeinsam mit Alberti, zur Alterspräsidentin ernannt. Die als Ende des Bürgerkrieges apostrophierten Wahlen von 1977 fanden ihren symbolischen Niederschlag im Händedruck zwischen Adolfo Suárez und Dolores Ibárruri.<sup>314</sup>

Doch auch nach den Wahlen polarisierte *La Pasionaria*: Auf ihren Reisen durch Spanien wurde sie nicht nur als kommunistische Heldin gefeiert, sondern auch als Mörderin beschimpft.<sup>315</sup> Sie blieb der Gedächtnisort des kommunistischen Kampfes während des Bürgerkrieges und als solcher im Spanien der *transición* umstritten. Der Fall Ibárruri zeigt, wie begrenzt das Konzept der *reconciliación* war: Versöhnung gab es nur für diejenigen, die bereit waren, sich nach den Spielregeln der *transición* zu verhalten.

Der katalanische Politiker Josep Tarradellas hielt sich an diese Spielregeln. Als einziger Rückkehrer mit republikanischer Vergangenheit übernahm Tarradellas eine politische Aufgabe und wurde Präsident der katalanischen Selbstverwaltungsbehörde *Generalitat*. Schon während der Zweiten Republik war Tarradellas Regierungsrat der *Generalitat* gewesen und von deren Präsident Lluís Companys mit allen Vollmachten zur Errichtung einer neuen sozialen und wirtschaftlichen Ordnung ausgestattet worden. Kurz bevor die franquistischen Truppen Barcelona eroberten, floh er gemeinsam mit Companys und den anderen Regierungsmitgliedern nach Frankreich und reiste von dort nach Mexiko weiter. Tarradellas wurde Präsident der politisch unbedeutenden katalanischen *Generalitat* im Exil und beobachtete von dort kritisch die Einigung der antifranquistischen Opposition. Er befürchtete, dass die Wiedereinführung des Autonomiestatus hinter anderen Zielen der Opposition zurücktreten könnte. Nach dem Tod Francos begleitete Tarradellas den Prozess der Demokratisierung mit regelmä-

---

<sup>312</sup> Ihre Geburtstage wurden in öffentlichen parteipolitischen Veranstaltungen zelebriert. Dolores Ibárruri war die mythische Gestalt der PCE. Zu den Auftritten Ibárruris und ihrer Funktion als Symbol für die PCE vgl. Cruz, *Pasionaria*, S. 220f. und S. 231-238.

<sup>313</sup> Selbst Santiago Carrillo deutete gelegentlich an, dass Dolores Ibárruri in erster Linie ein Symbol und nicht eine Politikerin sei. Vgl. *Cambio* 16, 30. Mai - 5. Juni 1977, Nr. 286, ‚Sí, sí, sí, Dolores no estaba allí‘, S. 41ff.

<sup>314</sup> Ein Abdruck dieses Fotos findet sich beispielsweise auf der Titelseite des *Diario* 16, 14. Juli 1977.

<sup>315</sup> Siehe Cruz, *Pasionaria*, S. 225.

gen Botschaften aus dem Exil an seine Landsleute. Tarradellas entwickelte sich zum historischen Gedächtnis der katalanischen Autonomie.

Unmittelbar nach dem Tod Francos rief er in seiner ersten Botschaft zur Versöhnung aller Spanier auf und forderte, als Garantie für den Demokratisierungsprozess, die Wiedereinsetzung der *Generalitat*. Die von Franco eingesetzte Monarchie lehnte Tarradellas ab. Zu diesem Zeitpunkt war der Politiker im Bewusstsein der Katalanen noch nicht sehr präsent, durch die enge Zusammenarbeit mit dem *Consell de Forces Polítiques de Catalunya*, der Vereinigung der katalanischen politischen Kräfte, und später der *Asamblea Nacional Provisional* änderte sich das rasch. Tarradellas sprach sich vom französischen Exil aus gegen eine Zusammenarbeit mit den gesamtspanischen demokratischen Plattformen ab, da er eine Marginalisierung der katalanischen Interessen befürchtete.

Obwohl Tarradellas' Strategie nicht unumstritten war, setzte sich Jordi Pujol, Vorsitzender der *Convergència Democràtica de Catalunya*, im Juli/August 1976 bei Repräsentanten der Regierung Suárez für die Rückkehr Tarradellas als Präsidenten der *Generalitat* ein. Im November 1976 besuchte Andrés Casinello, Abgeordneter der Regierung Suárez, den katalanischen Politiker in seinem französischen Exil in Saint-Martin-le-Beau. Man einigte sich auf eine Wiedereinsetzung der *Generalitat* um den Preis der Anerkennung der Monarchie und der Einheit Spaniens. Nach den Wahlen und dem Sieg der linken Parteien in Katalonien intensivierte Adolfo Suárez die Kontakte zu Tarradellas, um so Verhandlungen mit den Sozialisten und Kommunisten aus dem Weg zu gehen. Am 27. Juni 1977 reiste Tarradellas zu einem Treffen mit Präsident Adolfo Suárez nach Madrid. Dieses Treffen begünstigte nicht nur die katalanische Autonomie, so *La Vanguardia*, sondern nutze auch der Monarchie, die ‚sich wieder als Monarchie aller bestätigt habe‘. Schließlich sei Tarradellas nach Carrillo und Ibarri der ‚meist verbotene Mann‘ gewesen. Tarradellas und die Idee des katalanischen Nationalismus<sup>316</sup> seien durch diese Begegnung entdramatisiert worden.<sup>317</sup> Der Sonderstellung Tarradellas innerhalb der Rückkehrer aus dem Exil war man sich wohl bewusst:

„Der Ehrwürdige Josep Tarradellas (der Titel ‚Ehrwürdiger‘ bezieht sich auf die Präsidentschaft, Anm. d. Verf.) ist nicht so zurückgekehrt wie die Mehrheit der Exilierten, schweigend und ohne jegliche politische Bedeutung, einfach nur um ein paar Freunde zu umarmen und die Schmerzen der Nostalgie zu lindern. Der Ehrwürdige Josep Tarra-

---

<sup>316</sup> Der katalanische Nationalismus nach Tarradellas unterscheidet sich fundamental vom baskischen. Bürger Kataloniens sind alle, die in Katalonien leben, ‚unabhängig von Herkunft, Sprache und Ideologie‘. Vgl. z.B. Botschaft Tarradellas anlässlich des *Día de San Jordi* 1976, abgedruckt in *La Vanguardia*, 26. April 1977, ‚Mensaje del señor Tarradellas a los ciudadanos de Cataluña‘, S. 26.

<sup>317</sup> Siehe *La Vanguardia*, 28. Juni 1977, ‚Tarradellas en Madrid, una oportunidad histórica‘, S.11.

dellas ist in einem Sonderflugzeug nach Madrid gekommen, um mit dem König und dem Ministerpräsidenten zu sprechen.<sup>318</sup>

Während der Jahre des Exils hatte Tarradellas an keiner der gesamtspanischen Exilregierungen Spaniens mitgewirkt, um, so der Politiker in einem Interview, eine Entfremdung zwischen Exil und Inland zu vermeiden.<sup>319</sup> Diese gerade von den konservativen Medien hochgelobte Neutralität,<sup>320</sup> das Ausweichen aus dem Links-Rechts-Schema, erleichterte den Wiedereintritt in die spanische Politik, die so viel Wert auf *moderación* legte. Tarradellas hatte sich, trotz seiner auch in Katalonien umstrittenen Haltung zur Frage der Autonomie, schon im Exil als Politiker der *transición* qualifiziert. *La Vanguardia* lobte:

„Tarradellas predigte immer Frieden und Eintracht. Er war von Natur aus ein Antirevanchist. (...) (Nach seiner Auffassung) musste der Krieg als historischer Albtraum betrachtet werden, niederdrückend, aber überwindbar. Es war notwendig, sagte er, wieder die Wärme der *germanor* (katalanisches Wort für Brüderlichkeit, Anm. d. Verf.) zwischen den Katalanen und den anderen hispanischen Völkern zu spüren. Er war pragmatisch, realistisch und ein Befürworter des Dialoges und des Paktes. Er hat sich an keinem der Fehler der Republik beteiligt, auch wenn er sich zum Zeitpunkt des Krieges mit Leib und Seele dem widmete, was sein Gewissen für seine Pflicht hielt.“<sup>321</sup>

Nachdem Tarradellas und Suárez sich auf eine schrittweise Wiedereinsetzung der *Generalitat* geeinigt und das Ergebnis mit den katalanischen Parlamentariern abgestimmt hatten, kehrte Josep Tarradellas am 20. Oktober 1977 endgültig aus dem Exil zurück. Unter großem Medieninteresse verbrachte Tarradellas zwei Tage in Madrid, sprach mit Juan Carlos und Adolfo Suárez, besuchte das Parlament und reiste anschließend weiter nach Barcelona. Am 23. Oktober 1977 setzte Adolfo Suárez Tarradellas feierlich in das Amt des Präsidenten der *Generalitat* ein. Die kurze öffentliche Rede Tarradellas auf dem Balkon des Regierungssitzes *Palau de la Generalitat* wurde enthusiastisch gefeiert.<sup>322</sup> Mit seiner Ein

---

<sup>318</sup> *La Vanguardia*, 29. Juni 1977, ‚Tarradellas: El secreto del solitario de Saint-Martin-le-Beau‘, S. 5.

<sup>319</sup> Diese Politik der Enthaltung habe, so Tarradellas in einem Interview, die innere Opposition gestärkt und eine ‚katalanische ETA‘ vermieden. Siehe ABC, 20. Oktober 1977, ‚Vuelvo para trabajar por Cataluña y para España‘, S. 9-12.

<sup>320</sup> Tarradellas habe sich als Mann der Geschichte, nicht der Parteien erwiesen und sich so als vorbildlicher Katalane und Spanier profiliert, lobt die konservative Tageszeitung ABC. Siehe ABC, 20. Oktober 1977, ‚Por la alegría de Cataluña‘, S. 2.

<sup>321</sup> *La Vanguardia*, 29. Juni 1977, ‚Tarradellas: El secreto del solitario de Saint-Martin-le-Beau‘, S. 5.

<sup>322</sup> Dieser Balkon war zum Symbol der katalanischen Unabhängigkeit geworden. Von ihm aus hatte Francesc Maciá am 14. April 1931 die nur drei Tage währende katalanische Republik ausgerufen. Lluís Companys, der zweite Präsident der *Generalitat*, begrüßte von dort aus nach seiner Haftentlassung und Wiedereinsetzung in Amt und Würden am zweiten März 1936 die Bewohner Barcelonas. Zur Geschichte des Gebäudes siehe *La Vanguardia*, 23. Oktober 1977, ‚El balcón de la Generalitat‘, S. 11. Zum Akt der Einsetzung Tarradellas siehe *El País*, 25. Oktober 1977, ‚Cientos de miles de catalanes aclamaron a su presidente y pidieron el Estatuto‘, S. 9.

setzung als Präsident sei eine Unterbrechung der katalanischen Geschichte beendet, verkündete Tarradellas und verknüpfte die *Generalitat* mit dem Diskurs der *transición*: Die Idee des *pactismo*, des auf gegenseitigem Einverständnis beruhenden Vertrages, sei schließlich eine genuin katalanische.<sup>323</sup> In einer bemerkenswerten Rede bezeichnete Adolfo Suárez die Wiedereinsetzung der *Generalitat* als ein Beispiel für die berechtigten Autonomieansprüche aller Regionen Spaniens und verknüpfte die katalanische Autonomie mit der Institution der Monarchie:

„Wenn Phillip V. das Dekret zur Auflösung der autonomen Institutionen Kataloniens unterschrieben hat, so hat König Juan Carlos (den Katalanen) diese Institutionen wiedergegeben.“<sup>324</sup>

Die Wiedereinsetzung der *Generalitat* und die Ernennung Tarradellas zu ihrem Präsidenten war nicht nur eine Maßnahme der ‚königlichen Versöhnungspolitik‘, sondern auch ein Instrument, um die Zustimmung Kataloniens zur Verfassung zu erhalten.

Dass im Fall Kataloniens die Wiederanknüpfung an Traditionen eine so bedeutende Rolle spielte, entsprach einem spezifisch katalanischen Bedürfnis nach geschichtlicher Tradierung, das auch bei den Verhandlungen zur Verfassung erkennbar war. Im Gegensatz zu anderen Regionen Spaniens gewann man in Katalonien der Zweiten Republik als Zeit der Autonomie durchaus positive Seiten ab, auch wenn man zunehmend versuchte, den Ursprung der *Generalitat* ins späte Mittelalter zu datieren.

Tarradellas gelang es, seine Funktion als ‚Gedächtnisort der Republik‘ mit den grundlegenden geschichtspolitischen Vereinbarungen der *transición* zu verknüpfen: Der Präsident der *Generalitat* betonte nicht nur die ‚katalanische Tradition des Paktierens‘, sondern agierte auch als ‚Politiker der Versöhnung‘ im Sinne der *transición*. Ein Zeichen dieser Politik waren Kranzniederlegungen kurz nach seinem Amtsantritt: Tarradellas ehrte dabei nicht nur die Gräber der Gründer der *Generalitat* Francesc Maciá und Lluís Companys, sondern auch die der nationalistischen Gefallenen im Castillo de Montjuich.<sup>325</sup>

### 5.1.2 Das wiedergewonnene Mexiko

Unter den Orten des Exils nahm Mexiko eine gesonderte Rolle ein. Mexiko war eines der ersten Länder, die die Zweite Republik anerkannt hatten. Während des Bürgerkrieges verweigerte sich das Mexiko des Präsidenten Lázaro Cárdenas

---

<sup>323</sup> Tarradellas verknüpfte damit die Politik Kataloniens mit einer der zentralen Ideen der *transición*. Seine Rede ist abgedruckt in ABC, 25. Oktober 1977, ‚La unidad catalana y la democratización de España, línea de actuación del futuro‘, S. 8.

<sup>324</sup> Der volle Wortlaut der Rede ist abgedruckt in ABC, 25. Oktober 1977, ‚Cataluña inaugura para España un prometedor futuro de concordia‘, S. 9f.

<sup>325</sup> Zur Berichterstattung siehe ABC, 27. Oktober 1977, ‚Tarradellas visita las tumbas de Maciá y Companys‘, S. 20. La Vanguardia lobt ‚die großzügige Geste‘ als Zeichen einer ‚lebendigen Versöhnung‘ in La Vanguardia, 27. Oktober 1977, ‚Los muertos de todos‘, S. 5.

der Nicht-Interventionspolitik der Vereinten Nationen und unterstützte die Republikaner mit Waffenlieferungen. Die mexikanische Hilfe war die erste offizielle großangelegte Hilfe von Seiten einer Regierung.<sup>326</sup>

Die diplomatischen Beziehungen mit der Republik waren während des gesamten Bürgerkrieges aufrechterhalten worden. Nach Kriegsende machte eine großzügige Flüchtlingspolitik Mexiko zu einem der Hauptziele der Republikaner.<sup>327</sup>

Unter den 20.000 Spaniern, die sich dauerhaft in Mexiko niederließen, befand sich ein Großteil der emigrierten Professoren, Künstler und Intellektuellen der Zweiten Republik. In dem mittelamerikanischen Land konstituierte sich die Exilregierung der spanischen Republik, die Cárdenas als rechtmäßig anerkannte und der er das spanische Botschaftsgebäude überließ. Zum Franco-Spanien unterhielt Mexiko keine diplomatischen Beziehungen.

Mexiko war der Gedächtnisort der Republik im Exil. Der schrittweisen Wiederaufnahme der diplomatischen Kontakte maß die Öffentlichkeit deswegen große Bedeutung zu. Im Januar 1976 hatte der mexikanische Präsident José López Portillo eine Normalisierung der spanisch-mexikanischen Beziehungen angekündigt, ‚sobald die ehemaligen Verfolgten in Würde nach Spanien zurückkehren‘ könnten.<sup>328</sup> Am 18. März 1977 verkündeten López Portillo und José Maldano, der letzte Präsident der spanischen Exilregierung, das Ende ihrer diplomatischen Beziehungen. Zehn Tage später erkannte Mexiko die Regierung Juan Carlos an.<sup>329</sup> Damit war der Weg für eine Annäherung der beiden Staaten geebnet.

Am 24. April 1977 brach Präsident Adolfo Suárez zu einer Reise in die USA und nach Mexiko auf. In seinen Reden betonte Suárez die Bedeutung Iberoamerikas für die spanische Außenpolitik. Der ‚neue, frische Geist‘ der spanischen Politik ermögliche jetzt eine Intensivierung der mexikanisch-spanischen Beziehungen und den Beginn eines wirtschaftlichen und kulturellen Austausches.<sup>330</sup>

Zum Besuchsprogramm in Mexiko gehörte zwar auch ein Empfang in der spanischen Botschaft, dem ehemaligen Sitz der Exilregierung, doch weder Suárez

<sup>326</sup> Zur Bedeutung der mexikanischen Hilfe für die Zweite Republik in Zusammenhang mit der internationalen Politik vgl. Viñas, Angel: Der internationale Kontext. In: Manuel Tuñón de Lara u.a. (Hrsg.), *Der Spanische Bürgerkrieg. Eine Bestandsaufnahme*, Frankfurt am Main 1987, S. 187-295. Eine Untersuchung aus mexikanischer Sicht findet sich in Capella, María Luisa: *Lázaro Cardenas y la no intervención en el caso español*. In: *Leviathan. Revista de Hechos e ideas*, Nr. 61 (Frühjahr 1995), S. 151-158.

<sup>327</sup> Innerhalb von 48 Stunden konnten die Exilierten die mexikanische Staatsbürgerschaft annehmen, der Nachweis beruflicher Qualifikationen berechtigte zur freien Berufsausübung. Zur Sozialisation der spanischen Flüchtlinge vgl. Segovia, Rafael: *La difícil socialización del exilio*. In: *Leviathan. Revista de Hechos e ideas*, Nr. 59 (Frühjahr 1995), S. 107-114.

<sup>328</sup> So José López Portillo in einer Rede im Centro Republicano de México. Zitiert nach Giral, Francisco: *Actividad de los Gobiernos y de los partidos republicanos (1939-1976)*. In: José Luis Abellán (Hrsg.), *El exilio español de 1939*, 6 Bände, Madrid 1976-1978, Band 2, S. 181-225, S. 225.

<sup>329</sup> Siehe Fuentes Mares, José: *Historia de dos orgulllos*, Mexiko 1984, S. 188-212.

<sup>330</sup> So Suárez in einer Ansprache beim gemeinsamen Mittagessen der Präsidenten. ‚Brindis en el almuerzo ofrecido por el presidente de la republica de Mejico‘, veröffentlicht in Suárez, *Discursos*, S. 247-251.



noch López gingen auf das Thema Exil ein.<sup>331</sup> Dieses Schweigen stieß bei den spanischen Medien auf Unverständnis: Suárez dürfe die ‚noble Geste‘ der mexikanischen Außenpolitik, die Aufnahme der republikanischen Flüchtlinge ebenso wenig vergessen wie die Exilgemeinde selbst, schrieb *El País*. Durch diese sei Spanien schließlich in Mexiko anwesend.<sup>332</sup> Die Freude über das Wiedersehen, mahnte dagegen *ABC*, dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich beide Länder während der letzten vierzig Jahre weiterentwickelt hätten. Auch die Exilspanier müssten das Bild ihres Herkunftslandes revidieren. Mit dem politisch unflexiblen Spanien von damals habe das Spanien der Monarchie nichts mehr zu tun.<sup>333</sup>

Nach den Wahlen und der Selbstaflösung der Exilregierung am 21. Juni 1977 konkretisierten sich die Pläne für eine Reihe wechselseitiger Besuche. Im Oktober 1977 reiste der mexikanische Präsident López Portillo nach Spanien und präsierte dort gemeinsam mit dem Königspaar am 12. Oktober, dem *Día de la Hispanidad*. Der für den Januar 1978 geplante Gegenbesuch des Königspaares in Mexiko fand erst im November 1978 statt.<sup>334</sup> Neben den offiziellen Unterredungen mit Vertretern Mexikos besuchte Juan Carlos auch Dolores Rivas Cherif, die Witwe des Präsidenten der Zweiten Republik Manuel Azaña Díaz (1880-1940). Dieser Geste maßen die spanischen Zeitungen große Bedeutung bei, schließlich hatte Azaña während der Franco-Zeit als Verkörperung der gescheiterten Republik schlechthin gegolten.<sup>335</sup>

Das spanische Exil und das offizielle Spanien hätten sich einander wieder ein Stück genähert, schrieb *El País*, auch wenn oppositionelle Gruppen des Exils weiterhin die Nicht-Legalisierung einiger republikanischer Parteien kritisierten und volle Unabhängigkeit für das Baskenland forderten.<sup>336</sup> Vor dem Hintergrund der aufgedeckten Militärverschwörung *Operación Galaxia* sei die Begegnung zwischen Dolores Rivas Cherif und Juan Carlos ein Zeichen dafür, dass das offizielle Spanien den Bürgerkrieg endgültig überwunden habe:

„Die Geste des Königs und der Witwe von Azaña, die beide gleichermaßen ehrt, zeigt deutlich, dass der Hass des Bürgerkrieges nicht unbedingt im kollektiven Gedächtnis weiterleben muss. (...) Dieses Er-

---

<sup>331</sup> Siehe *Cambio* 16, 2. Mai-8. Mai 1977, Nr. 282, S. 17.

<sup>332</sup> Siehe *El País*, 22. April 1977, ‚México‘, S. 8.

<sup>333</sup> Siehe *ABC*, 27. April 1977, ‚Méjico-España: El reencuentro‘, S. 2

<sup>334</sup> Grund für die Verzögerung war der ebenfalls geplante Besuch in Argentinien. Die linken Parteien hatten Bedenken angemeldet, die dortige Militärdiktatur könne dadurch aufgewertet werden. Durch den Besuch oppositioneller Gruppen und eine Einforderung der Menschenrechte vermied Juan Carlos diesen Eindruck. Vgl. Aguilar, *Memoria y olvido*, S. 235.

<sup>335</sup> General Mola bezeichnete Azaña beispielsweise als ‚interessanten Fall mentaler Degeneration‘, der Madrider Psychiatrieprofessor und Rassenideologe Antonio Vallejo-Nágero sah in Azaña seine dem Nationalsozialismus entlehene Theorie des *infrahombre*, des Untermenschen, bestätigt. Vgl. Richards, *Culture of Repression*, S. 60f.

<sup>336</sup> Siehe *El País*, 22. November 1978, ‚Los reyes de España concluyeron su estancia en México‘, S. 13.

eignis hat umso mehr Bedeutung, als die politische Persönlichkeit und das öffentliche Wirken Manuel Azañas es unmöglich machen, ihn in den bequemen Pantheon der illustren Spanier zu erheben, die über Ideologien erhaben sind. (...) Wenige Figuren der zweiten spanischen Republik wurden in den Nachkriegsjahren so sehr angegriffen und verleumdet, (...) während der vierziger und fünfziger Jahre war seine Person nicht Gegenstand einer Wertung, sondern eines moralischen Lynchmordes. Juan Carlos hat mit diesem Treffen und dem Empfang der Exilanten aus der Zeit des Generals Cárdenas enormen politischen Mut bewiesen, seine Tat besitzt eine große Bedeutung.<sup>337</sup>

Dass die Versöhnung mit dem Exil ein ganz wesentlicher Bestandteil der königlichen Reise nach Mexiko war, zeigte sich auch im Abschiedstoast, den Juan Carlos im Rahmen eines gemeinsamen Abendessens aussprach. Juan Carlos bedankte sich bei López Portillo für die Aufnahme der Exilspanier nach dem Bürgerkrieg:

„Der Verlust der Einigkeit des spanischen Volkes stand am Anfang eines schmerzhaften und grausamen Weges, (...) der ganz Spanien in die Trauer führte und für viele der Beginn eines unendlichen, wenn nicht sogar endgültigen, Exodus war. Mexiko öffnete in diesen tragischen Umständen diesen Spaniern seine Türen, nahm sie großzügig auf und ermöglichte ihnen, ihr Leben wiederaufzunehmen und in ihren erlernten Berufen wieder zu arbeiten. (...) Die mexikanische Nation machte sich Spanien zum Schuldner einer unvergesslichen Dankbarkeit, einer Dankbarkeit, die tief verwurzelt im wiederversöhnten Herzen eines Volkes weiterleben wird, das entschieden hat, den Blick nach vorne zu richten und gemeinsam eine Zukunft des Friedens und der Einigkeit zu schmieden.“<sup>338</sup>

Dass Juan Carlos trotz der aufgedeckten Militärverschwörung und ETA-Attentate das Wesen des demokratischen Spanien mit den Begriffen ‚Versöhnung, Einigkeit und Frieden‘ umreißt, sei ein hoffnungsvolles Zeichen für die Zukunft, urteilte *La Vanguardia*.<sup>339</sup> Die Worte der Versöhnung dürften in Spanien, wo einige immer noch die Wunden des Bürgerkrieges offen halten wollten, nicht überhört werden, schrieb *ABC*.<sup>340</sup>

Ähnlich wie bei der Wandlung vom *Desfile de la Victoria* zum *Desfile de las Fuerzas Armadas* spielte die Gestalt des Königs eine bedeutende Rolle. Allerdings trat Juan Carlos diesmal nicht als Garant einer Kontinuität des Franco-Regimes auf, sondern als Versprechen eines Neuanfangs in ‚Einheit und Freiheit‘.

---

<sup>337</sup> El País, 24. November 1978, ‚El sello de la reconciliación, S. 8.

<sup>338</sup> Rede abgedruckt in *La Vanguardia*, 23. November 1978, ‚Juan Carlos: „Nunca podremos olvidar que aquí se tendieron los brazos del hermano“‘, S. 21.

<sup>339</sup> Siehe *La Vanguardia*, 23. November 1978, ‚Reconciliación‘, S. 7.

<sup>340</sup> Siehe *ABC*, 24. November 1978, ‚Ante una nueva era en las relaciones España-México‘, S. 6.

Die Mexikoreise des Königs besaß eine enorme Symbolkraft. Darüber hinaus leitete die Regierung allerdings keine versöhnungspolitischen Maßnahmen wie Entschädigungen oder Erleichterungen für die Rückkehrer in die Wege. Die Versöhnung mit dem Exil blieb aufs Symbol beschränkt.

### 5.2 Orte der Trauer

Als Orte des Totengedenkens haben Begräbnisstätten als ‚Ursprung und Mitte dessen, was Erinnerungskultur heißen soll‘, eine herausragende Symbolik. Sie sind Gedächtnisorte *per se*, da an ihnen als Denkmal für die Toten die ‚Differenz zwischen Gestern und Heute‘ erfahrbar wird.<sup>341</sup> Franco hatte nicht nur die Gedächtnisorte der zweiten Republik zerstören lassen, sondern auch das Gedenken an die Toten der Republik untersagt.<sup>342</sup> Die monumentale Gedenkstätte *Valle de los Caídos* musste genügen. Die Politiker der Zweiten Republik, die den Bürgerkrieg überlebten und aus Spanien fliehen konnten, starben im Exil. Ein Ort, an dem im Spanien der *transición* der Toten der Republik gedacht werden konnte, fehlte. Dies wurde während der *transición* als Ungleichgewicht empfunden. Im Juli 1977 hatte der Historiker Juan Marichal in *El País* gefordert, die sterblichen Überreste der im Exil verstorbenen Präsidenten der Zweiten Republik Manuel Azaña Díaz und Niceto Alcalá Zamora nach Spanien zu überführen, um so ‚die Geschichte aller Spanier zu legalisieren‘. Der Senator Joaquin Azcarate Florez nahm im Oktober die Anregung auf. Die Überführung der ‚drei im Ausland verstorbenen Staatsoberhäupter Spaniens‘ sei ein Beweis für die ‚Überwindung des Bürgerkrieges‘.<sup>343</sup> Neben Niceto Alcalá Zamora und dem 1940 in Montauban in Frankreich verstorbenen und bestatteten Manuel Azaña sollte auch die Leiche des Königs Alfonso XIII. in Spanien bestattet werden. Der Senat unterstützte die Initiative einstimmig. Das politische Vermächtnis Azañas, so der Historiker und Senator Ricardo de la Cierva, sei dessen inmitten des Bürgerkrieges ausgesprochene Bitte um ‚*paz, piedad y perdón*‘, um Frieden, Barmherzigkeit und Verzeihung. Der Antrag auf Überführung seiner sterblichen Überreste dürfe nicht parteipolitisch diskutiert werden, sondern müsse als Zeichen gesehen werden, dass Spanien seine Geschichte annehme.<sup>344</sup> Die Überführung wurde zur Regierungsangelegenheit erklärt, dorthin weitergeleitet und verschwand aus ungeklärten Gründen von der politischen Tagesordnung.<sup>345</sup>

---

<sup>341</sup> Siehe Assmann, Kulturelles Gedächtnis, S. 61f.

<sup>342</sup> Siehe Richards, Culture of Repression, S. 29ff.

<sup>343</sup> So der Wortlaut des Antrags siehe Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, 19. Oktober 1977, Nr. 9, S. 266.

<sup>344</sup> Siehe Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, 19. Oktober 1977, Nr. 9, S. 267.

<sup>345</sup> Aus den mir zugänglichen Quellen geht nicht hervor, wann der Antrag des Senats weiterbehandelt wurde. Weder in den Parlamentsakten (bis Dezember 1978) noch in den Tageszeitungen findet sich darüber ein Vermerk. Da sich das Grab Manuel Azañas weiterhin auf dem Friedhof in Montauban befindet, ist zu vermuten, dass sich die Angehörigen einer Überführung entgegenstellten. Art und Ort der Begräbnisstätte entsprachen dem, was seine Angehörigen für seinen letzten Willen hielten. Vgl. hierzu Marco, José María: Manuel Azaña. Una biografía, Barcelona 1998, S. 338-354 und de Rivas

Die erste Rückkehr *post mortem* einer der prägenden Persönlichkeiten der Zweiten Republik war die Überführung der Leiche Francisco Largo Caballeros (1869-1946). Der PSOE-Politiker, Gewerkschaftsführer der UGT und kurzzeitiger Präsident der Zweiten Republik zählte zum sozialrevolutionären Flügel der spanischen Sozialisten und hatte als ‚spanischer Lenin‘ zu den vom Franco-Regime tabuisierten Personen gezählt.

Eine gemeinsame Kommission von UGT, PSOE und deren Jugendorganisation *Juventudes Socialistas* hatte die Überführung des 1946 in Paris bestatteten Politikers in die Wege geleitet. Nach seinem letzten Wunsch sollte Caballero Anfang April 1978 auf dem Madrider Friedhof in Las Ventas bestattet werden. Zwar betonte die Kommission schon im Vorfeld der Überführung, man wolle auf keinen Fall aus der Rückkehr Largo Caballeros Kapital schlagen.<sup>346</sup> Die Zeremonie wirkte dennoch wie eine parteipolitische Veranstaltung.

Am 6. April 1978 wurde der Sarg, bedeckt von einer Fahne der UGT, im Sitz der Gewerkschaft aufgebahrt und am Folgetag auf dem Friedhof im Madrider Stadtteil Las Ventas zu Grabe getragen. An der Zeremonie nahmen neben Familienangehörigen auch die PSOE-Politiker Javier Solana und Gregorio Peces-Barba sowie der Präsident der *Generalitat* Josep Tarradellas teil. Der Vorsitzende der PCE, Santiago Carrillo, würdigte Largo Caballero während eines Besuchs im Madrider Sitz der PSOE.<sup>347</sup>

Gregorio Peces Barba versuchte, das Gedächtnis an Largo Caballero mit Hilfe der geschichtspolitischen Grundregeln der *transición* zu legitimieren. Es sei ein Zeichen demokratischer Reife, schrieb Peces Barba in *El País*, wenn nicht nur die Sozialisten Largo Caballeros gedächten. Trotz seiner historischen Irrtümer stehe Largo Caballero ein bedeutender Platz in der Geschichte zu. Sein Erbe sei auch für das Spanien der Monarchie relevant:

„Die Notwendigkeit eines regionalen Staates, so wie er sich in der Verfassung von 1978 abzeichnet, (hat Francisco Largo Caballero) schon 1945 erahnt, die Ablehnung der Todesstrafe, ‚Reminiszenz der Barbarei und Schandfleck eines zivilisierten Landes‘, und die Notwendigkeit einer gründlichen Militärreform, ‚weil die Verurteilten mit Freiheitsentzug bestraft werden, und das ist genug, nicht aber durch eine unmenschliche Behandlung‘, sind weitere Zeichen für die Intuition des späten politischen Denkens Francisco Largo Caballeros und

---

Cherif, Cipriano: *Portrait of an Unknown Man. Manuel Azaña and Modern Spain*, London 1995, S. 338-413. Eine Würdigung Manuel Azañas erfolgte durch eine umfangreiche Ausstellung des spanischen Kulturministeriums anlässlich seines fünfzigsten Todestages im Jahr 1990.

<sup>346</sup> Siehe *La Vanguardia*, 1. April 1978, ‚Los restos de Largo Caballero serán traídos a España el día 6‘, S. 7.

<sup>347</sup> Siehe *El País*, 7. April 1978, ‚Los restos mortales de Largo Caballero, expuestos en la sede de UGT‘, S. 14.

ein Beweis mehr für die historische Kohärenz der Sozialisten, die über allen oberflächlichen Meinungsverschiedenheiten steht.“<sup>348</sup>

Die PSOE als ‚Erbin der Zweiten Republik‘ versuchte, sich des geistigen Erbes Largo Caballeros zu bemächtigen.

Die konservative Tageszeitung *ABC* reagierte darauf empfindlich. Zwar könne man der PSOE nicht das Recht absprechen, auch ‚die radikalsten und maximalistischsten ihrer Revolutionäre‘ zu ehren, schrieb *ABC*, in Zeiten der *convivencia pacífica*, des friedlichen Zusammenlebens, sei die Überführung Largo Caballeros allerdings nicht ‚politisch opportun‘:

„Was aus dem Sozialismus wegen der Fehler Largo Caballeros wurde, liegt klar in der nationalen Verantwortlichkeit der P.S.O.E., die es ihr, wenn sie (die Partei, Anm. d. Verf.) ehrenhaft ihre Geschichte annimmt, unmöglich macht, die Deutungsmacht darüber zu besitzen, was der *largocaballerismo* für alle Spanier bedeutete.“<sup>349</sup>

Largo Caballero sei der ‚führende Kopf eines radikalen Sozialismus‘ gewesen und als solcher mitverantwortlich für die spanische Katastrophe, die ‚mit dem Scheitern der republikanischen Institutionen begann und im Bürgerkrieg gipfeln musste.‘<sup>350</sup>

Die gegensätzlichen, im Falle der *ABC* noch aus dem Franquismus bzw. im Falle der PSOE aus einem parteipolitischen Interesse herrührenden Deutungen verhinderten, dass sich die Grabstätte Largo Caballeros zu einem gesamtspanischen Gedächtnisort der Republik entwickeln konnte. Das Gedächtnis Largo Caballeros blieb gespalten. Versuche von Seiten der Regierung Suárez, einen Ort der Trauer für die Toten der Republik zu schaffen, blieben, mit Ausnahme der im Sande verlaufenen Initiative zur Rückführung Azañas, aus.

Die offizielle Politik beschränkte sich auf eine Würdigung der bereits vorhandenen Gedächtnisorte. Akteur dieser Versöhnungspolitik war der König. Während seines viertägigen Besuches in Österreich Anfang Februar 1978 ließ Juan Carlos vor dem Denkmal für die in den Konzentrationslagern ermordeten Republikaner in Mauthausen einen Kranz niederlegen. Die Kranzniederlegung durch den Chef des Protokolls Antonio Villacieros und José María de Allende Salazar fand außerhalb des offiziellen Programms statt und stieß auf große Beachtung. Der Tod der sechs- bis siebentausend als ‚staatenlose Feinde‘ internierten republikanischen Spanier war während der Franco-Diktatur mit einem Tabu belegt worden,<sup>351</sup> das mit Spenden der Exilspanier errichtete Denkmal in Mauthausen nie von einem Mitglied der Regierung oder des

---

<sup>348</sup> El País, 6. April 1978, ‚Francisco Largo Caballero‘, S. 9.

<sup>349</sup> ABC, 6. April 1978, ‚Largo Caballero‘, S. 2.

<sup>350</sup> Siehe ABC, 6. April 1978, ‚Largo Caballero‘, S. 2.

<sup>351</sup> Siehe Richards, *Culture of Repression*, S. 83. Zur Geschichte der Spanier in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern vgl. Wingeate Pike, David: *In the Service of Stalin: The Spanish Communists in Exile 1939-1945*, Oxford 1993 und Pons Prades, Eduardo: *Morir por la libertad: Españoles en los campos de exterminio nazis*, Madrid 1995.

diplomatischen Corps besucht worden.<sup>352</sup>

Dass der König den ‚Spaniern, die außerhalb ihres Vaterlandes starben‘<sup>353</sup>, die letzte Ehre erwies, sei eine wahrhafte Geste der Versöhnung, schrieb *El País*. Juan Carlos habe sich damit, gemäß seiner Antrittsrede, als König aller erwiesen. Die Zeitung verglich die Geste des Monarchen mit dem ostentativen Tragen des Davidsterns durch den dänischen König 1940.<sup>354</sup> Die katalanische Tageszeitung *La Vanguardia* lobte das historische Bewusstsein des Monarchen:

„Die Entsendung des Kranzes nach Mauthausen durch Juan Carlos war sehr viel mehr als die dekorative Geste eines jungen Monarchen, der sich der Geschichte nicht verpflichtet fühlt: (durch seinen Akt) hat er die Weihen der wahren Versöhnung empfangen. Denn in diesem bitteren, brutalen und unmenschlichen Weltkrieg sind Spanier beider Seiten wegen ihrer Ideologien gestorben. Für den König sind sie jetzt nicht mehr als Tote, die außerhalb ihres Vaterlandes sterben mussten. (...) Die Stille des Todes und unser aller Wille zum friedlichen Zusammenleben werden das Wunder des Friedens bewirken.“<sup>355</sup>

Stille und Schweigen über das Vergangene sollten das ‚Wunder des Friedens‘ bewirken: Das war die Essenz des versöhnungspolitischen Diskurses der *transición*.

Aufgabe des Königs war es, durch den bewussten Umgang mit Symbolen eine materielle Versöhnungspolitik zu ersetzen. Initiativen für Entschädigungen oder finanzielle Unterstützung der sechshundert spanischen Überlebenden des Konzentrationslagers Mauthausen gab es keine. Erst jetzt, über 60 Jahre nach dem Ende des Bürgerkrieges, gibt es den Versuch einer juristischen Aufarbeitung dieses Teils der Vergangenheit. Die Überlebenden von Mauthausen bereiten seit dem Frühsommer 2002 eine Anzeige gegen Francos Außenminister Ramon Serrano Suñer vor. Sie beschuldigen ihn der Hauptverantwortung für die Deportation von Spaniern in Konzentrationslager. Auch wenn kaum reale Chancen bestehen, den greisen Serrano Suñer vor ein internationales Gericht zu stellen, so ist die Klage doch ein später Versuch der Überlebenden, mit juristischen Mitteln eine moralische Wiedergutmachtung zu erlangen.<sup>356</sup>

---

<sup>352</sup> Siehe *El País*, 3. Februar 1978, ‚Ofrenda real en el campo de concentración nazi de Mauthausen‘, S. 9 und *La Vanguardia*, 3. Februar 1978, ‚Viena: Homenaje de Don Juan Carlos a los siete mil españoles muertos en Mauthausen‘, S. 15.

<sup>353</sup> So die Inschrift auf dem Kranzband. S. *El País*, 3. Februar 1978, ‚Ofrenda real en el campo de concentración nazi de Mauthausen‘, S. 9.

<sup>354</sup> Siehe *El País*, 3. Februar 1978, ‚Una corona en Mauthausen‘, S. 6.

<sup>355</sup> *La Vanguardia*, 3. Februar 1978, ‚La reconciliación y la esperanza‘, S. 7.

<sup>356</sup> Da durch das Amnestiegesetz Franco-Funktionäre in Spanien juristisch nicht belangt werden können, wird die Klage in Frankreich vorbereitet. Siehe *Süddeutsche Zeitung*, 16. Mai 2002, ‚Aufschrei gegen das Schweigen‘, S. 10. Im Frühjahr 2002 widmete sich erstmals eine Ausstellung in Barcelona den spanischen Überlebenden der Konzentrationslager, siehe *Berliner Zeitung*, 24. August 2002, ‚Sklaven zweier Reiche‘, S. 13.

### 5.3 Guernica

Als Gedächtnisort besaß Guernica eine mehrfache Bedeutung. Vor dem Bürgerkrieg war die Stadt Symbol für das baskische Selbstverständnis. In der 1336 vom Grafen Tello gegründeten Stadt entstanden vermutlich die *Juntas* als legislative Versammlung des Baskenlandes. Unter der Eiche im Zentrum der Siedlung bestätigten die kastilischen Könige im 14. Jahrhundert die Sonderrechte und Privilegien des baskischen Volkes, die *Fueros*.<sup>357</sup> Guernica war in der öffentlichen Wahrnehmung die ‚heilige Stadt der Basken‘<sup>358</sup>.

Am 26. April 1937 bombardierte die deutsche Legion Condor die Stadt mit Spreng- und Brandbomben. Die Entrüstung im Ausland, vor allem in Frankreich, war groß.<sup>359</sup> Das baskische Selbstbewusstsein war an seiner empfindlichsten Stelle, an seinem Gründungsmythos, getroffen worden.

Unter Franco wurde die Bombardierung der Stadt durch deutsche Flugzeuge nie offiziell anerkannt. Zeitweise verkündeten offizielle Stellen, die baskischen Nationalisten und die Republikaner selbst hätten Guernica in Schutt und Asche gelegt. Zwar existierten Zeitzeugen, die eine deutsche bzw. spanisch-nationalistische Täterschaft belegten; die Dokumente, die dies hätten beweisen können, blieben sowohl in den deutschen wie auch in den spanischen Archiven unter Verschluss.<sup>360</sup> Guernica entwickelte sich zum Gedächtnisort der Repression des Baskenlandes: Im Verbot der Aufklärung der Ereignisse des 26. Aprils 1937 spiegelte sich die Unterdrückung der baskischen Kultur und Sprache während der Franco-Zeit.<sup>361</sup> Der Umgang mit Guernica während der Diktatur war in den Augen der Verlierer des Bürgerkrieges Beweis für die Härte, Unnachgiebigkeit und Unversöhnlichkeit des Regimes.

Die Versöhnung mit Guernica wurde nach Francos Tod zu einem der Schlagworte der demokratischen Opposition: Man forderte eine Revision der offiziellen Version über die Bombardierung, eine Klärung der Verantwortung und eine Rekompensation. Neben einer Vielzahl von Veröffentlichungen beschäftigten sich auch politische Initiativen mit den Ereignissen vom April 1937.<sup>362</sup> Der Prä-

---

<sup>357</sup> Siehe García Barragán, Elisa/ Schneider, Luis Mario: Guernica. In: Guernica 50 años. Una ciudad, un cuadro, Internationales Symposium, Mexiko 1989, S. 33ff. (Zukünftig abgekürzt: García Barragán, Guernica)

<sup>358</sup> Als solche wurde sie in den baskischen und spanischen Medien titulierte. Vgl. García Barragán, Guernica, Abb. 6.

<sup>359</sup> Zur Rezeption der Bombardierung Guernicas in Publizistik und Kunst vgl. Zeiller, Annemarie: Guernica und das Publikum. Picassos Bild im Widerstreit der Meinungen, Berlin 1996, S. 41ff. (Zukünftig abgekürzt: Zeiller, Guernica und das Publikum.)

<sup>360</sup> Siehe Aguilar, Memoria y Olvido, S. 273f.

<sup>361</sup> Zur Repression im Baskenland vgl. Aguilar Fernández, Paloma: The Memory of the Civil War in the Transition to Democracy: The Peculiarity of the Basque Case, S. 5-25. In: Paul Heywood (Hrsg.), Politics and Policy in Democratic Spain: No longer different? London 1999.

<sup>362</sup> Eine umfangreiche Bibliographie findet sich in Bernecker, Walther L.: Krieg in Spanien 1936-1939, Darmstadt 1991, S. 62-67. Zur Historiographie über Guernica siehe auch Bernecker, Walther L.: Cincuenta años de historiografía sobre el bombardeo de Gernika. In: Manuel Tuñón de Lara (Hrsg.),

sident der baskischen Exilregierung José Antonio Aguirre hatte bis zu seinem Tod 1960 vergeblich versucht, die Bombardierung Guernicas als Kriegsverbrechen der Deutschen anerkennen zu lassen. Am 26. April 1976 gründete sich in Guernica die Organisation *Gernika Batzordea* (Kommission der Bombardierung Guernicas).<sup>363</sup> Die Organisation forderte während eines nicht genehmigten Gedenkaktes die Öffnung der deutschen und spanischen Militärarchive und die Übergabe des *Guernica*-Gemäldes von Pablo Picasso, das sich auf Wunsch des Malers seit dem 15. November 1939 im New Yorker *Museum of Modern Art* befand.<sup>364</sup>

Die Forderungen der *Gernika Batzordea* wurden von der Mehrheit der Bürger Guernicas und vielen spanischen Historikern geteilt und erhielten in Vorfeld des 40. Jahrestages der Bombardierung 1977 zunehmend Gehör. Besonders *El País* räumte der Berichterstattung über Guernica großen Raum ein. Die Bombardierung auf Guernica sei ein Angriff auf das Baskenland gewesen:

„Um die Versöhnung der spanischen Völker unter dem Dach der konstitutionellen Monarchie zu ermöglichen, muss man genau das anerkennen. Wenn die Lügen nicht aufgeklärt werden, können sie zu psychologischen Traumata werden, die dann kollektive Krankheiten verursachen. (...) Die höchsten Repräsentanten Deutschlands haben sich vor den Ruinen von Auschwitz, Dachau und Buchenwald verbeugt. Warum nicht vor dem baskischen Volk? Warum keine symbolische Geste, keine Gedenktafel, keine stille Ehrung, keine moralische RepARATION durch Deutschland?“<sup>365</sup>

Es war Deutschland, nicht das Spanien in Nachfolge des Franco-Regimes, von dem eine Geste der Versöhnung gefordert wurde. Diese Forderung stützte sich auf die Arbeit der Historiker Gordon Thomas und Max Morgan Wits. In ihrem im Mai 1976 erschienenen Buch *El día que murió Guernica* hatten sie aus den zur Verfügung stehenden Quellen gefolgert, dass Franco selbst nicht im Vorfeld von der Bombardierung informiert worden war. Die Deutschen hätten nach der Genehmigung durch den General Juan Vigón in Eigenregie gehandelt und seien somit hauptverantwortlich.<sup>366</sup>

Der US-amerikanische Historiker Herbert Southworth ging von einer stärkeren Beteiligung der nationalistischen Autoritäten aus und vertrat in seinem in Spanien verbotenen Buch *La destrucción de Guernica* die These, dass die Legion

Gernika: 50 años después (1937-1987). Nacionalismo, República, Guerra Civil, San Sebastián 1988, S. 219-242.

<sup>363</sup> Siehe Kasper, Michael: Gernika und Deutschland. Geschichte einer Versöhnung, Bilbao 1998, S. 35.

<sup>364</sup> Picasso hatte verfügt, sein Gemälde solle so lange dort bleiben, bis in Spanien wieder eine Republik errichtet worden sei. Siehe Zeiller, Guernica und das Publikum, S. 256f.

<sup>365</sup> El País, 21. April 1977, ‚Alemania y Guernica‘, S. 8

<sup>366</sup> Siehe Aguilar, Memoria y Olvido, S. 274.



Condor die Aktion zwar in Absprache mit den nationalistischen Autoritäten, allerdings ohne Rücksprache mit Berlin beschlossen habe.<sup>367</sup>

Southworth wiederholte seine Thesen bei dem von der Regionalregierung Bilbao organisierten Historikertreffen in Guernica anlässlich des vierzigsten Jahrestages. Erklärtes Ziel des runden Tisches, an dem neben Southworth die Historiker Manuel Tuñón de Lara, Ángel Viñas und der frühere baskische Bürgermeister Luis de Aguirre teilnahmen, war es, einen Verantwortlichen für die Zerstörung Guernicas zu finden.<sup>368</sup> Obwohl bis dato keine Beweise für eine Mitwisserschaft Francos vorlägen, so Ángel Viñas, sei es höchst unwahrscheinlich, dass der *Generalísimo* von der Bombardierung im Vorfeld nichts gewusst habe. Im März 1937 hätten Luftwaffe und Bodentruppen ihr Vorgehen beim Angriff auf Spaniens Norden eng miteinander abgestimmt. Die These von der Mitwisserschaft Francos war ein Novum in der spanischen Historiographie.<sup>369</sup>

Parallel zur Historikertagung fanden Ausstellungen und Gedenkveranstaltungen statt, bei denen Zeitzeugen zum ersten Mal öffentlich von ihren Erlebnissen berichteten: Aus Angst vor Repressalien hatte man während der Diktatur über den 26. April 1937 geschwiegen.<sup>370</sup> Doch auch jetzt noch, anderthalb Jahre nach Francos Tod, stand die Verwaltung einem öffentlichen Gedenken skeptisch gegenüber. Die Zeitzeugenbefragung fand in einer Schule statt, eine Veranstaltung auf einem öffentlichen Platz der Stadt war verboten worden.<sup>371</sup>

Am 25. April 1977 veröffentlichte das Organisationskomitee der Gedenkfeiern einen Brief an die Regierung, in dem es die Berichtigung der offiziellen Version und die Öffnung der spanischen Militärarchive forderte. Zeitgleich bat das Komitee den deutschen Präsidenten Walter Scheel um Unterstützung bei der Einrichtung einer gemeinsamen Historikerkommission. Die spanische Regierung machte die Öffnung ihrer Archive von der Haltung Deutschlands abhängig und gestattete erst im Februar 1978 einem Mitglied der Kommission die Konsultation der militärischen Dokumente.<sup>372</sup>

---

<sup>367</sup> Siehe Southworth, Herbert: *La destrucción de Guernica*, Paris 1975. Siehe auch *El País*, 21. April 1977, ‚Todavía no se ha publicado en España toda la verdad sobre Guernica‘, S. 25.

<sup>368</sup> So der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Deusto in seiner Eröffnungsrede. Zitiert nach *El País*, 26. April 1977, ‚Piden la rectificación de la versión franquista sobre Guernica‘, S. 18.

<sup>369</sup> Siehe *El País*, 26. April 1977, ‚Piden la rectificación de la versión franquista sobre Guernica‘, S. 18 sowie *Cambio* 16, 2.-8. Mai 1977, Nr. 282, ‚Guernica: la hora de la verdad‘, S. 23.

<sup>370</sup> Siehe *El País*, 24. April 1977, ‚Guernica: „Eran las cuatro y cuarto de la tarde“‘, S. 48.

<sup>371</sup> Siehe *El País*, 24. April 1977, ‚Comenzaron los actos conmemorativos del bombardeo de Guernica‘, S. 14.

<sup>372</sup> Siehe Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 275f. Auch danach kam die Regierung der Forderung nach einem Zugang zu den Archiven nur sehr zögerlich nach. Das Kulturministerium verweigerte beispielsweise im April 1978 die Akteneinsicht mit dem Hinweis, es liege noch kein förmlicher schriftlicher Antrag vor. Siehe *El País*, 29. April 1978, ‚Cultura espera peticiones para el esclarecimiento del bombardeo de Guernica‘, S. 17.

Als anlässlich des 41. Jahrestages der Bombardierung Ángel Viñas die Zwischenergebnisse der Historikerkommission präsentierte, stützte er sich dabei in erster Linie auf deutsches Quellenmaterial. Viñas spitzte seine These von der Mitwisserschaft Francos zu und sprach von dessen ‚moralischer Verantwortung‘ für die Zerstörung Guernicas.<sup>373</sup> Manuel Tuñón de Lara führte aus, dass die These von der Unschuld und Unwissenheit Francos nicht glaubwürdig sei bei einem wegen seiner Grausamkeit bekannten Mann. Bombardierungen von Städten seien eine ‚Gewohnheit‘ des Diktators gewesen. García de Cortazar verteidigte die Kommission gegen Angriffe der Historiker um Ricardo de la Cierva. De la Cierva müsse seine These von der Unwissenheit Francos mit neuen Dokumenten beweisen.<sup>374</sup> Im Fall Guernica zeichnete sich ein ‚Historikerstreit‘ zwischen der sozialwissenschaftlich orientierten, aufklärerischen Schule um Tuñón de Lara und den etablierten Historikern des Franco-Regimes um Ricardo de la Cierva ab.

Während der Streit um die Rolle Francos andauerte, richteten sich die Forderungen nach einer (symbolischen) Entschädigung an Deutschland, dessen Täterschaft eindeutig bewiesen war. Am 6. November 1979 nahm der baskische Jesuitenpater Jesús Arana langwierige Verhandlungen mit der deutschen Regierung auf. Erst im Rahmen des 60. Jahrestages der Bombardierung am 27. April 1997 sollte es zu der erwünschten offiziellen Entschuldigung durch den Bundespräsidenten Roman Herzog kommen.<sup>375</sup>

Zum Symbol für die Auseinandersetzung mit dem Gedächtnisort Guernica wurden die Verhandlungen über die Überführung des Picasso-Gemäldes *Guernica* von New York nach Spanien. Schon unter Franco hatte es einzelne, von der Regierung unterstützte private Initiativen gegeben, Picassos berühmtes Bild wegen seines kunstgeschichtlichen Wertes nach Spanien bringen zu lassen.<sup>376</sup> Der Versuch war damals zum Scheitern verurteilt gewesen: Die Erbegemeinschaft Picassos legte strengsten Wert darauf, dass *Guernica* gemäß dem Vermächtnis des Malers nur in ein republikanisches Spanien gebracht werden durfte.

Als sich am 2. April 1977 das Organisationskomitee der Gedenkveranstaltungen an die Erbegemeinschaft wandte und um eine Überführung des Bildes bat, unterstützten Paloma und Claude Picasso die Initiative zwar, betonten aber, dass sich Spanien zwar auf dem Weg der Liberalisierung befinde, allerdings immer noch eine Monarchie sei.<sup>377</sup> Am 19. Oktober 1977 verabschiedete der Senat einstimmig einen Antrag Joaquín Azcarates, in dem die Regierung aufge-

---

<sup>373</sup> Siehe El País, 23. April 1978, ‚Franco fue el responsable moral del bombardeo de Guernica‘, S. 19.

<sup>374</sup> Siehe El País, 25. April 1978, ‚Franco mintió en su versión del bombardeo de Guernica‘, S. 18.

<sup>375</sup> Die Geschichte der privaten und öffentlichen Bemühungen um eine Anerkennung der Schuld und eine Versöhnung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Guernica ist nachgezeichnet in Kasper, Michael: Gernika und Deutschland. Geschichte einer Versöhnung, Bilbao 1998.

<sup>376</sup> Zu diesen Versuchen vgl. Cambio 16, 10.-15. Mai 1977, Nr. 283, ‚Franco lo hizo, Picasso lo pintó‘, S. 90ff. und Cambio 16, 7.-12. Februar 1978, Nr. 323, ‚El último de los exiliados‘, S. 29ff.

<sup>377</sup> Siehe Cambio 16, 10.-15. Mai 1977, Nr. 283, ‚Franco lo hizo, Picasso lo pintó‘, S. 90ff.

fordert wurde, Verhandlungen mit der Erbegemeinschaft aufzunehmen. Azcarate erklärte seinen Antrag als eine Art geschichtspolitische Erziehungsmaßnahme:

„(...) wir brauchen ‚Guernica‘ in Spanien wegen seiner Bedeutung und Symbolik. Diese Gruppe schreiender, fliehender Menschen und Tiere (...). Dies alles hat seine Ursache in etwas, was wir sehr gut kennen; dies alles hat seine Ursache im Bürgerkrieg und deswegen brauchen wir ‚Guernica‘ vor unseren Augen, damit das Gemälde uns daran erinnert, dass kleine Streitigkeiten schlimme Konsequenzen haben können. (...) Wir müssen uns mäßigen, angesichts der Gefahr uns zu spalten. (...) Wir müssen ‚Guernica‘ sehen und uns erinnern, damit wir weiterhin den Weg des Friedens und der Versöhnung zwischen den Spaniern gehen können.“<sup>378</sup>

Der Kongress schloss sich dem Antrag einstimmig an.<sup>379</sup> Allerdings gab es über die Frage des zukünftigen Standortes Unstimmigkeiten. Der baskische Senator der UCD Martín Fernández Palacio bat um die Übergabe des Gemäldes an die Stadt Guernica und erhielt Unterstützung durch seinen Landsmann Gregorio Monreal Zia. Die baskische Stadt sei schließlich zerstört worden, weil sie eine materielle Symbolisierung der baskischen Freiheiten sei. Die Aufbewahrung des Bildes in Guernica sei insofern eine späte Anerkennung dieser Freiheiten.<sup>380</sup>

Bevor diese Streitfrage vertieft werden konnte, appellierte Azcarate abermals an ‚den Geist der Mäßigung und Einstimmigkeit‘<sup>381</sup>. Während der folgenden Verhandlungen äußerte, mit Ausnahme der AP, die das Bild in Madrid wissen wollte, keine Partei Präferenzen bezüglich des Standortes.<sup>382</sup>

Wegen der komplizierten Rechtssituation zogen sich die Verhandlungen um ‚den letzten Rückkehrer aus dem Exil‘<sup>383</sup> bis ins Jahr 1981. Gemäß dem testamentarischen Willen Picassos stellte man das Gemälde, jetzt offiziell ‚Eigentum des spanischen Volkes‘<sup>384</sup>, im Prado aus.

Die Überführung des Bildes wurde zum Ersatz für andersartige Entschädigungen. Sie wurde als Zeichen der Versöhnung, nicht der Wiedergutmachung, gewertet und fügte sich als solches nahtlos in den geschichtspolitischen Diskurs der *transición* ein.

---

<sup>378</sup> Diario de Sesiones, Sesión del Senado, 19. Oktober 1977, Nr. 9, S. 251.

<sup>379</sup> Siehe Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, Sesión plenaria, 25. Oktober 1977, Nr. 28, S. 1043f.

<sup>380</sup> Siehe Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, 19. Oktober 1977, Nr. 9, S. 252f.

<sup>381</sup> Siehe Diario de Sesiones, Congreso de los diputados, 19. Oktober 1977, Nr. 9, S. 254.

<sup>382</sup> Siehe Cambio 16, 7.-12. Februar 1978, Nr. 323, ‚El ‚Guernica‘ y los partidos‘, S. 30.

<sup>383</sup> Siehe Cambio 16, 7.-12. Februar 1978, Nr. 323, ‚El último de los exiliados‘, S. 29ff.

<sup>384</sup> *Guernica* war eine Arbeit für die Weltausstellung in Paris im Auftrag der republikanischen Regierung gewesen. Nachdem eine Bezahlung Picassos durch Vertreter der spanischen Republik nachgewiesen worden war, gehörte das Gemälde offiziell ‚dem spanischen Volk‘.

Durch diese Geste und die Anerkennung der Bombardierung der Stadt sollte nicht nur das Baskenland in den Prozess der *transición* integriert werden: Guernica hatte auch eine Stellvertreterfunktion für das gesamte Spanien der Bürgerkriegsverlierer. An Guernica sollte wiedergutmacht werden, was anderswo gegenüber dem republikanischen Spanien versäumt worden war.

## 6 Das vergessene Spanien

### 6.1 Die verschwundenen Orte der Republik

Die während der *transición* immer wieder ins kollektive Bewusstsein gerufene traumatische Erfahrung des Bürgerkrieges rechtfertigte das ‚bewusste Vergessen‘, die Verdrängung von Geschichte. Um des ‚Friedens willen‘ versuchte man, nicht nur kontroverse Gedächtnisorte wie den 18. Juli oder den *Desfile de la Victoria* zu neutralisieren, sondern verzichtete von Anfang an auf die Schaffung oder Wiederbelebung von Gedächtnisorten, die Kontroversen hätten auslösen können. Ein ‚Mantel des Beschweigens‘ legte sich über Zweite Republik, Bürgerkrieg und Franco-Diktatur, der nur scheinbar im Widerspruch zu dem nach 1975 einsetzenden Boom an Bürgerkriegsliteratur stand. Den zahlreichen Publikationen zum Thema Bürgerkrieg stand kein offizielles Gedenken an bestimmte Ereignisse des Bürgerkrieges gegenüber.<sup>385</sup>

Während des Franco-Regimes war die Zweite Republik als Republik des Chaos und der Anarchie diskreditiert worden. Man hatte die Zweite Republik im wesentlichen mit ihrer letzten Phase, der Volksfrontregierung, gleichgesetzt und als Vorstufe zum Bürgerkrieg betrachtet. Auch während der *transición* wurde dieser Topos mit Ausnahme von zaghaften Versuchen der katalanischen Sozialisten nicht angefochten. Dabei wäre eine andere Betrachtungsweise durchaus denkbar gewesen. Schließlich war die Zweite Republik der erste, wenn auch letztendlich gescheiterte Versuch gewesen, die Problematik der ‚zwei Spanien‘ zu überwinden.<sup>386</sup> Sie war ein Modernisierungsversuch, der die überkommenen sozioökonomischen und politischen Strukturen aufbrechen und ersetzen wollte. Ziel war ein laizistischer, liberaler Staat.

---

<sup>385</sup> Dieser ‚Unwillen, offiziell zu gedenken‘, zeigte sich auch 1986 anlässlich des fünfzigsten Jahrestages des Bürgerkriegsausbruches. Die Zahl der Rückblicke und der öffentlichen Veranstaltungen blieb angesichts der nationalen und internationalen Bedeutung des Bürgerkrieges begrenzt. Ministerpräsident Felipe González sagte in der einzigen offiziellen Verlautbarung von Regierungsseite, der Bürgerkrieg sei ‚kein Ereignis, dessen man gedenken sollte, auch wenn er für die, die ihn erlebten und erlitten, eine entscheidende Episode in ihrem Leben darstellte.‘ Zitiert nach Bernecker, Walther: Krieg in Spanien 1936-1939, Darmstadt 1997, S. 217. (Zukünftig abgekürzt: Bernecker, Krieg in Spanien.) Eine Einschätzung des Gedenkens unter der Überschrift ‚Der Bürgerkrieg und die spanische Gesellschaft – 50 Jahre danach‘ findet sich auf S. 216-224.

<sup>386</sup> Ob das Scheitern der Republik durch ein Zuviel oder Zuwenig der Reformen bedingt wurde, war in der historischen Forschung lange Zeit umstritten. In jüngster Zeit setzt sich die Interpretation durch, dass die Reformen zu weit gingen und vom Bürgertum nicht toleriert wurden. Vgl. Bernecker, Walther: Sozialgeschichte Spaniens im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1990, S. 263ff.

Konkrete Gedächtnisorte der Zweiten Republik existierten im Spanien der *transición* kaum mehr. Mit ihnen hatte sich die Zweite Republik ohnehin schwer getan: In Spanien hatte es 1931 kaum offiziell gesteuerte Versuche zur Einführung einer neuen nationalen und/oder demokratischen Symbolik gegeben. An den öffentlichen Gebäuden hatte man überwiegend die Symbole der Monarchie, die Kronen und Lilien, belassen. Symbole und Gedenktage wie die Gründung der *Cortes* von Cádiz, der Aufstand gegen Napoleon oder der Jahrestag der ersten Republik hatten kaum Eingang ins kollektive Gedächtnis gefunden.<sup>387</sup> Für die Sieger des Bürgerkrieges war es ein Leichtes, die schwache Symbolik der Zweiten Republik zu zerstören und der Nation mit Hilfe der katholischen Kirche einen neuen Gründungsmythos, den des ‚Kreuzzuges gegen den Kommunismus‘, aufzuprägen.

Selbst für ihr Gründungsdatum, den 14. April 1931, hatte die Republik keine adäquaten Formen der Erinnerung gefunden.<sup>388</sup> Unter Franco war das Gedenken an diesen Tag verboten worden. Im Spanien der *transición* blieb der Gedächtnisort ‚14. April 1931‘ ‚verschüttet‘, Versuche einer ‚Ausgrabung‘ gab es kaum. *ABC* und *El País* schwiegen über diesen Tag und andere Erinnerungsdaten der Zweiten Republik. Einzig *La Vanguardia* räumte in ihrer Berichterstattung der Republik größeren Raum ein. Anlässlich der Wahlen im Juni 1977 erinnerte sie an die ersten demokratischen Wahlen vom April 1931 und beurteilte dabei das Wahlverhalten der Katalanen, die überwiegend für den katalanischen Regionalismus der *Esquerra Republicana de Catalunya* gestimmt hatten, als vorbildlich.<sup>389</sup>

Offizielle Veranstaltungen zum Gedenken an die Zweite Republik gab es keine. Als im April 1978 auf Initiative der örtlichen PSOE die baskische Stadt Eibar zum ersten Mal seit Ausbruch des Bürgerkrieges den Geburtstag der Republik feierte, war dies eine Ausnahme. *Cambio 16* erklärte dies mit dem Hinweis, dass Eibar schließlich die erste Ortschaft Spaniens gewesen sei, in der die Republik ausgerufen wurde.<sup>390</sup>

Nur vereinzelte regionale Gruppen oder Parteien aus dem linken Spektrum versuchten, an die demokratischen Traditionen der Zweiten Republik anzuknüpfen. Ein ähnliches Desinteresse zeigte sich bei der Behandlung des Bürgerkrieges. Die Öffentlichkeit verzichtete auf eine Diskussion strittiger Ereignisse und eine

---

<sup>387</sup> Die fehlende symbolische Verankerung der Zweiten Republik ist für Pamela Radcliff ein Zeichen für den geringen Rückhalt des republikanischen Experiments der Zweiten Republik. Vgl. Radcliff, Pamela: La representación de la nación. El conflicto en torno a la identidad nacional y las prácticas simbólicas en la Segunda República, S. 305-325. In: Rafael Cruz/ Manuel Pérez Ledesma (Hrsg.), *Cultura y movilización en la España contemporánea*, Madrid 1997. (Zukünftig abgekürzt: Radcliff, *Identidad nacional*)

<sup>388</sup> So wurde 1933 in konservativen Rathäusern wie Murcia der Gründung überhaupt nicht gedacht, während 1932 in Rojales oder Albacete die Feierlichkeiten ganz in der Hand der sozialistischen Partei lagen. Siehe Radcliff, *Identidad nacional*, S. 316-319.

<sup>389</sup> Vgl. *La Vanguardia*, 15. Juni 1977, ‚Las elecciones de abril de 1931, como ejemplo‘, S. 8.

<sup>390</sup> Siehe *Cambio 16*, 11.-16. April 1978, Nr. 332, ‚Eibar por la República‘, S. 43.

Revision der Geschichtsbilder. Der Bürgerkrieg blieb der ‚Krieg der Wahnsinnigen‘; und als solcher eher eine kollektive traumatische Erfahrung als ein konkretes geschichtliches Ereignis. Neue Formen des gemeinsamen Erinnerns wurden gar nicht erst gesucht.

Zwar veröffentlichten die Zeitungen immer wieder Interviews, in denen Zeitzeugen von ihren persönlichen Bürgerkriegserlebnissen berichteten. Gedenkformen, die über diese ‚persönliche Geschichtsschreibung‘ oder eine ‚partielle Erinnerung‘ durch Parteien, Gewerkschaften oder Regionen hinaus gingen, fehlten dagegen.<sup>391</sup>

Mit der gewichtigen Ausnahme Guernica konnten die von Franco etablierten Mythen des Bürgerkrieges bestehen bleiben. Die während des Bürgerkrieges von der republikanischen Armee belagerte Festung Alcázar in Toledo blieb auch nach Francos Tod ein Museum zur Glorifizierung der aufständischen Militärs,<sup>392</sup> an die eben wegen dieser Belagerung hingerichteten knapp tausend Republikaner wollte während der *transición* niemand erinnern.<sup>393</sup> Paracuellos de Jarama galt weiterhin als Ort des republikanischen Massakers an hunderten nationalistischen Zivilisten, und auch das Dorf Belchite, dessen Ruinen Franco als Mahnmal für die Zerstörungen durch die Republikaner hatte stehen lassen, blieb Zeichen einer einseitigen Erinnerung.<sup>394</sup> Gesamtspanische oder regionale Regierungsinitiativen zur Errichtung von Denkmälern für die republikanische Armee, die Internationalen Brigaden oder die republikanischen Flüchtlinge, die so einen Gegenpol zur franquistischen Denkmallandschaft hätten bilden können, gab es nicht. Es blieb lokalen Gruppen und Einzelpersonen vorbehalten, solche Gedenkstätten zu schaffen oder wiederzubeleben – und auch dies erst, nachdem der Prozess der politischen *transición* abgeschlossen war und Spanien sich eine neue Verfassung gegeben hatte. Am 1. Mai 1980 wurde in der Nähe von Teruel das Denkmal *Los Pozos de Caudé* (Die Brunnen von Caudé) eingeweiht. Die nationalistische Armee hatte dort die Leichen hunderter erschossener Republikaner in natürliche Brunnen werfen lassen. Das mit Unterstützung der lokalen

---

<sup>391</sup> Ein typisches Beispiel dieser Art von Geschichtsschreibung ist die von allen großen Tageszeitungen aufgegriffene Geschichte des ehemaligen Bürgermeisters von Cercedillas, der sich seit Ende März 1939 aus Angst vor Repressalien in seinem Haus versteckte und es erst am 18. Juli 1977 wieder verließ. Siehe ABC, 19. Juli 1977, ‚Treinta y ocho años ‚enterrado‘ en vida por temor a represalias‘, S. 7.

<sup>392</sup> Die pro-nationalistische Ausrichtung des Museums der Armee änderte sich erst mit der Umstrukturierung des Hauses im Jahr 1999. Aber auch wenn die Museumsdirektion damals erklärte, sie wolle ‚ausgewogen‘ an die Geschichte des Militärs erinnern, bleibt das Alcázar doch in erster Linie der franquistischen Tradition verhaftet: In der Krypta des Gebäudes sind führende Generäle des Aufstandes vom 18. Juli 1936 sowie der ehemalige, wegen seiner Teilnahme am Putsch vom 23. Februar 1981 verurteilte General Jaime Milans del Bosch bestattet. Siehe El Mundo, 3. Februar 1999, ‚El nuevo Museo del Ejército hará una relectura del franquismo‘.

<sup>393</sup> Siehe Reig Tapia, Alberto: Memoria viva y memoria olvidada de la guerra civil, S. 38. In: Sistema. Revista de Ciencias Políticas, Nr. 136 (Januar 1997), S. 27-41. (Zukünftig abgekürzt: Reig Tapia, Memoria olvidada)

<sup>394</sup> Siehe Aguilar, Memoria y Olvido, S. 135.

PSOE und PCE und der Gewerkschaften UGT und CNT finanzierte Denkmal ging auf die Privatinitiative der Opferfamilien zurück.<sup>395</sup> An den meisten republikanischen Massengräbern erinnerten nur von Angehörigen gestiftete Gedenkplaketten an die Verlierer des Bürgerkrieges. Erst in jüngster Zeit, unmittelbar nach dem 25. Todestag des Diktator, begann man in Spanien mit der Öffnung der ersten republikanischen Massengräber in Kastilien. Die späte Würdigung der bis dahin vergessenen Toten ist das Verdienst des im Jahre 2000 vom Journalisten Emilio Silva gegründeten „Verbandes zur Wiedererlangung des historischen Gedächtnisses“ (Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica, ARMH).<sup>396</sup>

Madrid und Barcelona hatten für die republikanische Armee eine herausragende symbolische Bedeutung gehabt: Madrid war unter dem Ruf *No pasarán* der Dolores Ibárruri zum, auch international bekannten, Symbol des republikanischen Widerstandes geworden. Barcelona war Vorreiterin bei der Einführung und Aufstellung der politischen und gewerkschaftlichen Milizen und letzte Großstadt unter republikanischer Herrschaft gewesen.<sup>397</sup> In der Gedächtnisgeschichte der *transición* spielten diese Kapitel der Bürgerkriegsgeschichte kaum eine Rolle, auch wenn Personen wie *La Pasionaria* oder die ebenfalls aus dem Exil zurückgekehrte Anarchistin Federica Montseny vereinzelt Bezugspunkte dafür boten. Die Chance, immer noch offene Fragen des Bürgerkrieges zu klären, wurde vertan. Beispielhaft sei im Rahmen dieser Arbeit die Schlacht bei Brunete vom Juli 1937 erwähnt. Durch die republikanische Offensive in der Sierra vor Madrid sollte der Vormarsch der nationalistischen Truppen im Baskenland gestoppt werden. Dafür stellte das republikanische Kommando 47.000 Mann zur Verfügung, soviel Truppen und Material wie nie zuvor. Nach anfänglichen Erfolgen der Republikaner eroberte die nationalistische Armee Brunete zurück, italienische und deutsche Flugzeuge bombardierten die Stadt. Wer den Befehl dafür gab, sei bis heute nicht endgültig geklärt, kritisierte ein Mitglied des Stadtparlaments 1997. Noch immer werden in den Feldern um Brunete Knochen der verscharrten Soldaten beider Armeen gefunden.<sup>398</sup>

Das Halbdunkel, in dem der Bürgerkrieg belassen wurde, erleichterte die Entstehung neuer Mythen. Das Gedenken an bestimmte Personen oder Episoden des Bürgerkrieges konnte so leichter instrumentalisiert werden.<sup>399</sup>

---

<sup>395</sup> Siehe Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 136.

<sup>396</sup> Zu den Ausgrabungen in jüngster Zeit siehe unter anderem *Der Spiegel* 43/2002, 21. Oktober 2002, ‚Zeit zu reden‘ und *Frankfurter Rundschau*, 20. August 2002, ‚Verscharrt, aber nicht vergessen‘, S. 3.

<sup>397</sup> Zum militärischen Verlauf des Bürgerkrieges siehe z.B. Bernecker, Walther: *Krieg in Spanien*, Darmstadt 1997, S. 25-46.

<sup>398</sup> Vgl. *Die Welt*, 12. Juli 1997, ‚Eines Tages werden wir dafür zahlen müssen‘. Noch immer sind die Wunden des Spanischen Bürgerkrieges nicht verheilt – das Beispiel Brunete‘.

<sup>399</sup> Im Fall Brunete war es der Milizkommandeur Enrique Lister, der sich den anfänglichen Erfolg der Schlacht zuschrieb und in einem Fernsehinterview behauptete, noch nie etwas von den deutschen Thälmann-Bataillonen gehört zu haben. Siehe *Die Welt*, 12. Juli 1997, ‚Eines Tages werden wir dafür

## 6.2 Die Opfer der Diktatur

Im Zentrum des politischen und gesellschaftlichen Diskurses der *transición* stand die *reconciliación*. Die Versöhnung zwischen den beiden Spanien sollte durch ein beidseitiges Vergessen der Vergangenheit erreicht werden. Während dieses ‚verordnete Vergessen‘ die Täter des Franco-Regimes entlastete, wurden die Opfer der Diktatur so der Chance einer moralischen Wiedergutmachung beraubt. Die Versöhnung fand auf Kosten der Opfer statt: Nicht nur die Amnestiegesetze zeigten Unzulänglichkeiten bei der Rehabilitierung, auch im öffentlichen Gedenken spielten die Opfer kaum eine Rolle.

Anstatt dass nach dem Tod Francos die Chance zur Aufarbeitung und Neubewertung des Widerstandes gegen die Diktatur genutzt wurde, fiel die antifranquistische Opposition dem Vergessen, dem ‚schwarzen Loch‘ der *transición*, anheim.<sup>400</sup>

Der Franco-Staat hatte es sich zum Ziel gesetzt, Spanien politisch ‚zu säubern‘. Der systematischen Repressionspolitik der ersten Nachkriegsjahre fielen nach Angaben des Historikers Michael Richards 200.000 Menschen zum Opfer.<sup>401</sup> Die Exekutierten wurden in anonymen Massengräbern bestattet. Sie sollten vergessen werden. In Galizien durften während der ersten Jahre des Regimes Totenscheine selbst dann nicht ausgestellt werden, wenn Angehörige die Leichen identifiziert hatten. Selbst die Äußerung von Trauer wurde verboten: In Córdoba verhafteten Ordnungskräfte eine Frau, weil sie wegen des Selbstmordes ihres kommunistischen Bruders schwarze Kleidung getragen hatte.<sup>402</sup>

Nach Francos Tod gab es außerhalb des engen Rahmens der Amnestiegesetze keine offiziellen Initiativen zur Rehabilitierung der Ermordeten. Maßnahmen wie eine Neubestattung der Opfer oder die Errichtung von Gedenktafeln lagen in der Hand der Angehörigen.

Der bewaffnete Widerstand des *maquis*, die seit 1937 von den Bergen aus operierende republikanische *Guerrilla*, wurde weiterhin totgeschwiegen. Die Angriffe der fünf- bis sechstausend *maquisards* auf *Falange* und *Guardia Civil* waren als Weiterführung des Krieges eine Bedrohung des zentralen Gründungsmythos des Regimes, des triumphalen Bürgerkriegsieges, gewesen. Offiziell exis-

---

zahlen müssen“. Noch immer sind die Wunden des Spanischen Bürgerkrieges nicht verheilt – das Beispiel Brunete’.

<sup>400</sup> Siehe Morán, Gregorio: *El precio de la transición*, Barcelona 1992, S. 50. Auch Elías Díaz kritisiert das Vergessen der Leistung der Opposition. Siehe Díaz, Elías: *Ideologies in the Making of the Spanish Transition*. In: Paul Heywood (Hrsg.), *Politics and Policy in Democratic Spain: No longer different*. London 1999, S. 26-39, S. 36.

<sup>401</sup> Richards bezieht sich dabei auf die laut statistischem Jahrbuch zwischen dem 1. April 1939 und 30. Juni 1944 in den Gefängnissen umgekommenen Häftlinge. Stanley Payne zitiert in seinem Werk *Falange* einen Funktionär des Justizministeriums, der ebenfalls von 200.000 Exekutionen spricht. Dazu kamen noch die schwer quantifizierbaren Opfer des ‚pacto del hambre‘, der Ausschließung der Franco-Gegner vom Arbeitsmarkt und Wohlfahrtssystem. Siehe Richards, *Culture of Repression*, S. 30. Zur Unterdrückung in den ersten Jahren des Regimes vgl. Richards, *Culture of Repression*, S. 26-46.

<sup>402</sup> Siehe Richards, *Culture of Repression*, S. 30.



tierte das Phänomen *maquis* deswegen nicht. In den Jahren 1945-1947 waren die Kämpfe unter der politischen Führung der PCE ein großes Problem für das Regime gewesen und brutal niedergeschlagen worden.<sup>403</sup>

Während der *transición* behielt man die Diktion der Franco-Diktatur bei. Den Kämpfern des *maquis* haftete weiterhin das Stigma des *bandolero*, des ‚gesetzlosen Banditen‘, an. Maßnahmen zur Rehabilitierung gab es keine: Gesetzesinitiativen mit dem Ziel, die Kämpfer des *maquis* als republikanische Soldaten anerkennen zu lassen, existierten nicht.<sup>404</sup> Auch die PCE hatte ihre ehemaligen Kämpfer vergessen. Durch die 1956 initiierte Versöhnungspolitik hatte sich die Partei vom bewaffneten Widerstand distanziert. Als einer der vehementesten Befürworter eines ‚Vergessens um der Versöhnung willen‘ umging die PCE so auch eine Auseinandersetzung mit der eigenen Beteiligung im - und der eigenen Verantwortung für den *maquis*. Das private Gedenken an die immer noch als *bandoleros* bezeichneten Kämpfer wurde behindert. Von Familienangehörigen organisierte Gedenkmessen fanden unter strenger Polizeiaufsicht statt. In Granada verweigerten Priester eine Totemesse für elf im Jahre 1947 vermutlich hingerichtete *maquisards* mit dem Hinweis, die Gedächtnisfeier habe möglicherweise einen ‚politischen Hintergrund‘.<sup>405</sup>

Offiziell totgeschwiegen, ohne organisierte Fürsprecher, blieb der bewaffnete Widerstand des *maquis* bis in die Gegenwart hinein ein Kapitel der spanischen Geschichte, in dem sich historische Unwahrheiten mit Desinteresse mischten.<sup>406</sup>

Die Rehabilitierung der politischen Opfer der Diktatur blieb unvollständig. Das königliche Amnestiedekret kam für viele politische Häftlinge Francos zu spät. Insgesamt wurden in der Zeit von 1949 bis zum Tod Francos 105 Menschen hingerichtet.<sup>407</sup>

---

<sup>403</sup> Dass die PCE mit dem Beginn des Kalten Krieges die Guerrillataktik verließ, die Kämpfer allerdings nicht zum Rückzug aufforderte, sondern sie zur politischen Instruktion der spanischen Bauern abstellte, war nach Auffassung des Historikers Secundino Serrano entscheidend für die Zerschlagung der Bewegung. Seine kürzlich erschienene Monographie ist das bisher umfangreichste Werk über den *maquis*. Siehe Serrano, Secundino: *Maquis. Historia de la guerrilla antifranquista*, Madrid 2001.

<sup>404</sup> Erst am 16. Mai 2001 verabschiedete das spanische Parlament auf Initiative der *Izquierda Unida* (IU) eine Erklärung, die die Kämpfer des *maquis* moralisch rehabilitierte. Siehe *El País*, 17. Mai 2001, ‚El Congreso aprueba una moción para resarcir moralmente a los maquis‘.

<sup>405</sup> Siehe *El País*, 3. August 1977, ‚Motril: suspendido un funeral en memoria de once fusilados‘.

<sup>406</sup> Erst in jüngster Zeit ist ein verstärktes Interesse an dem Thema zu bemerken. Neben der historischen Forschung beschäftigt sich zunehmend auch das Kino mit dem *maquis*. Der Dokumentarfilm ‚La guerrilla de la memoria‘ von Javier Corcuera fand auf dem Festival in Gijón 2001 ebenso große Beachtung wie Montxo Armendáriz im Frühjahr veröffentlichter Spielfilm ‚Silencio roto‘. Siehe *El País*, 22. Juli 2001, ‚Cineastas e historiadores reindican la memoria histórica de los maquis‘ und *El País*, 26. November 2001, ‚Javier Corcuera recupera en ‚La guerrilla de la memoria‘ la historia casi olvidada de los maquis‘. Vereinzelt finden sich auch Initiativen zur Errichtung von Gedenkorten. Siehe *La Vanguardia*, 3. Januar 1999, ‚Homenaje a un maquis enterrado anónimamente‘.

<sup>407</sup> Wie viele davon politische Urteile waren, geht aus der mir zugänglichen Sekundärliteratur nicht hervor. Die Zahlen stammen aus Sueiro, Daniel/ Díaz Nosty, Bernardo: *Historia del Franquismo*, 4 Bände, Madrid 1977, Band 4, S. 230.

Besondere internationale Aufmerksamkeit hatte dabei der Fall Julián Grimau García erregt. Das Mitglied des Zentralkomitees der PCE war von einem Militärgericht zum Tode verurteilt worden. Ihm wurde vorgeworfen, während seiner Tätigkeit als Kriminalkommissar im Sommer 1936 Mitglieder der aufständischen Militärs festgenommen und gefoltert zu haben sowie von Frankreich und Kuba aus einen Aufstand geplant zu haben. Am 20. April 1963 wurde das Urteil vollstreckt. Julián Grimau war der letzte wegen Delikten aus dem Bürgerkrieg Verurteilte. Regierungschefs unterschiedlicher Staaten, vom Vatikan bis zur Sowjetunion, protestierten gegen das Urteil: Das Verfahren war ohne Zeugenaussagen geführt worden, stichhaltige Beweise fehlten.

Um die internationale Kritik einzudämmen, ließ das Ministerium für Information und Tourismus unter Diplomaten und in- und ausländischen Journalisten Ende April 1963 eine anonyme Schrift mit dem Titel *¿Crimen o castigo?* (Übers. d. Verf.: Verbrechen oder Strafe?) verteilen. Die angeblichen Zeitzeugenberichte, die Grimaus Schuld beweisen sollten, entsprachen offensichtlich nicht der Wahrheit.<sup>408</sup> Verantwortlich für die Schrift war der damalige Informationsminister Manuel Fraga Iribarne. In seiner Zeit als Vorsitzender der *Alianza Popular* nahm er zu keinem Zeitpunkt die in der Schrift veröffentlichten Aussagen zurück.

Die Kritik am Urteil im Fall Grimau hielt auch während der *transición* an: Schon in den sechziger Jahren war bekannt geworden, dass Staatsanwalt Manuel Fernández Martín kein ausgebildeter Jurist war. Nach Francos Tod griffen einige liberale Medien wie *Cambio 16* oder die Illustrierte *Interviú* den Fall Grimau wieder auf, ohne dass sich daraus eine Initiative zur Revision des Urteils gebildet hätte. Juristisch gesehen blieb Grimau bis Ende der achtziger Jahre ein rechtmäßig verurteilter Folterer und Mörder.<sup>409</sup>

Die letzten Todesurteile der Diktatur waren in ihrer Härte ein letztes Aufbäumen der Diktatur. Am 27. September wurden die ETA-Mitglieder Ángel Otaegui und Juan Paredes Manot, genannt *Txixi*, sowie die Mitglieder der FRAP (Frente Revolucionario Antifascista y Patriótico) Alberto Baena, Ramón García Sanz und Sánchez Brava trotz internationaler Proteste hingerichtet.<sup>410</sup>

Den letzten Toten der Diktatur widerfuhr das gleiche Schicksal wie den ersten Opfern der Unterdrückung: Sie wurden vergessen. Allerdings waren hierfür die repressiven Maßnahmen der Anfangsjahre nicht mehr notwendig. Der ‚Mecha-

---

<sup>408</sup> Selbst die Beschreibungen des Äußeren waren falsch. So war Grimau laut *Crimen o Castigo* ‚(...) ein kleiner, junger Mann mit intelligentem Blick‘. Julián Grimau war allerdings in Wirklichkeit 1,80 Meter groß. Siehe Sueiro, Daniel/ Díaz Nosty, Bernardo: *Historia del Franquismo*, 4 Bände, Madrid 1977, Band 4, S. 224.

<sup>409</sup> Erst im Juni 1989 nahm sich Staatsanwalt Javier Moscoso des Falls Grimau wieder an und verlangte eine Revision des Urteils. Zum Fall Grimau und seinem Widerhall in den Medien vgl. auch Sánchez Ruano, Francisco: *El ‚caso‘ Grimau y su repercusión en los medios de comunicación y literarios*, S. 237-262. In: Manuel Luis Abellán (Hrsg.), *Medio siglo de cultura (1939-1989)*, Amsterdam 1990.

<sup>410</sup> Siehe Sueiro, Daniel/ Díaz Nosty, Bernardo: *Historia del Franquismo*, 4 Bände, Madrid 1977, Band 4, S. 238.

nismus der Verdrängung' funktionierte auch ohne sie. Spanien befand sich, so urteilt die Kulturwissenschaftlerin Teresa Vilarós, in einer Art ‚verlängerter Schrecksekunde‘. Die letzten Monate der Diktatur waren von einer ‚umfassenden Gegenwart des Todes‘<sup>411</sup> geprägt, die man nach ihrem Ende vergessen wollte.

Otaegui, Paredes Manot, Baena, García Sanz und Sánchez Brava tauchten in den Debatten der *transición* kaum mehr auf. Politische oder gesellschaftliche Auseinandersetzungen über die letzten Hinrichtungen des Regimes fehlten im Spanien der *transición* gänzlich.<sup>412</sup> Für den Terrorismus der späten siebziger Jahre dagegen wurden die letzten von Franco vollstreckten Todesurteile zu einem zentralen Bezugspunkt.

Auch über die Rolle der Opposition der späten Franco-Jahre wurde bewusst geschwiegen. Der Widerstand an den Universitäten oder die illegalen Gewerkschaften spielten in den Debatten über Demokratie kaum eine Rolle. Im Fall der Exilparteien oder der Gewerkschaften war es die ehemalige Opposition selbst, die ihre eigene Geschichte vergaß, um sich so Einfluss auf die Gegenwart zu sichern.

Einzig den Beitrag der gemäßigten inneren Opposition Joaquín Giménez' und der *Cuadernos para el Diálogo* würdigte man in Zeitungsartikeln und wissenschaftlichen Publikationen.<sup>413</sup> Das weitgehende Ausblenden der Rolle der Opposition und die damit einhergehende Betonung der sozioökonomischen Entwicklung der sechziger Jahre begünstigten das Entstehen eines Franco-Bildes, das den verstorbenen Diktator als Modernisierer und Gründer der Demokratie darstellte. Neue demokratische Identifikationsfiguren, die ihre Wurzeln nicht im Franquismus hatten, konnten so kaum entstehen.

---

<sup>411</sup> Diese Allgegenwärtigkeit des Todes macht die Kulturwissenschaftlerin Teresa M. Vilarós am Attentat auf den Franco-Stellvertreter Carrero Blanco, an den vollstreckten Todesurteilen und am Dahinsiechen des Diktators fest. Siehe Vilarós, *Desencanto*, S. 120ff.

<sup>412</sup> Rosa Montero veröffentlichte drei Jahre nach den Hinrichtungen, am 19. November 1978, in *El País* einen essayistischen Text über ‚die letzten Minuten Txixis‘. Ansonsten nahm sich nur das Kino dieses Themas an. Die Trilogie von Manuel Gutiérrez Aragón, die sich mit dem Problem des Terrorismus und des Umgangs mit ihm während der Diktatur beschäftigt, fand allerdings kaum Publikum. Zur kulturellen Auseinandersetzung vgl. auch Vilarós, *Desencanto*, S. 135ff.

<sup>413</sup> Heute gilt Joaquín Ruiz Giménez als einer der bedeutendsten Vordenker der Demokratie. Vgl. Díaz, Elías: Joaquín Ruiz-Giménez: un camino hacia la democracia. In: *Sistema. Revista de Ciencias Políticas*, Nr. 158 (September 2000), S. 3-14.

## 7 Legitimation des Verdrängens: Historiker als Geschichtspolitiker

### 7.1 Die selbstverordnete Beschränkung

Nach dem Tod des Diktators stieg die Zahl der wissenschaftlichen Veröffentlichungen über die Themenkomplexe ‚Zweite Republik‘, ‚Bürgerkrieg‘ und ‚Franco-Regime‘ sprunghaft an.<sup>414</sup> Nachdem unter Franco Historiographie in erster Linie als Legitimation des Siegerregimes betrieben worden war und regimekritische Darstellungen nur im Ausland veröffentlicht werden konnten,<sup>415</sup> ergab sich durch den Beginn der demokratischen Reformen und durch die Lockerung der (offiziell bis 12. April 1977 noch gültigen) Zensur eine verbesserte Forschungssituation. Spaniens Historiker wollten unter der Formel *recuperación de nuestra historia* die ‚Geschichte wiedergewinnen‘.<sup>416</sup>

Dabei sahen sie sich mit noch aus der Zeit der Diktatur herrührenden Problemen konfrontiert: Viele Archive und Bibliotheken, die sich mit dem Bürgerkrieg beschäftigten, befanden sich gerade im Aufbau bzw. Wiederaufbau. Materialien von Parteien und Gewerkschaften waren nach dem Bürgerkrieg von Exilanten ins Ausland gebracht worden. Dokumente vor allem aus den ersten beiden Jahrzehnten der Diktatur waren verschwunden.<sup>417</sup> Der Zugang zu den Militärarchiven wurde ebenso wie der zu den kirchlichen und vatikanischen Archiven äußerst restriktiv gehandhabt und häufig nur profranquistischen Forschern gewährt.<sup>418</sup>

Eine der größten Hürden für den Neubeginn der spanischen Historiographie war eine selbstaufgelegte Beschränkung. Ein Blick auf den *Indice Historiográfico Español*, den kommentierten Index der in Spanien erschienenen historiographi-

---

<sup>414</sup> Der ‚Bücherboom‘ der Jahre nach 1975, der sich auf alle Bereiche der Publizistik erstreckt, gilt als eines der Phänomene der *transición* und ist seinerseits Gegenstand von Untersuchungen. Siehe Bernecker, Walther L.: Zum Umgang mit ungeliebter Vergangenheit. In: Internationales Jahrbuch für den Geschichts- und Geographieunterricht, 15. Jahrgang (1993), Band 4, S. 357-372, S. 358. (Zukünftig abgekürzt: Bernecker, Umgang mit Vergangenheit)

<sup>415</sup> Einen fundierten Überblick über die wichtigsten Werke der franquistischen Geschichtsschreibung von den propagandistischen Veröffentlichungen der Nachkriegsjahre von Agustín Serrano de Haro und Manuel Llorente bis zur neofranquistischen Schule Ricardo de la Ciervas gibt Paloma Aguilar. Vgl. Aguilar, Memoria y Olvido, S. 98-112. José Manuel Cuenca Toribio untersucht ebenfalls detailliert Werk und Wirken franquistischer Historiker, ohne jedoch das spezifische Wechselspiel von Politik und Historiographie zu beleuchten. Vgl. Cuenca Toribio, José Manuel: La historiografía sobre la edad contemporánea. In: José Andrés Gallego (Hrsg.), Historia de la historiografía española, Madrid 1999, S. 194-254. (Zukünftig abgekürzt: Cuenca Toribio, Historiografía contemporánea) Einen Überblick über die spanische Historiographie des 20. Jahrhunderts gibt Pasamar Alzuria, Gonzalo: Los historiadores españoles y la reflexión historiográfica, 1880-1980, S. 13-48. In: Hispania, Revista española de historia, Nr. 198 (1998), S. 13-48. Pasamar geht dabei auch auf die Beeinflussung einiger gemäßigt regimekritischer Historiker durch die französische Schule der *Annales* ein.

<sup>416</sup> Siehe Bernecker, Umgang mit Vergangenheit, S. 358.

<sup>417</sup> Einen Überblick über die heutige Situation der Archive gibt Bernecker, Krieg in Spanien, S. 239-247. Ein Überblick über die Forschung seit den 70er Jahren findet sich auf den S. 227-237.

<sup>418</sup> Siehe Bernecker, Krieg in Spanien, S. 234f. und S. 237.

schen Werke, zeigt, auf welche Bereiche sich das Interesse der Forschung in den Jahren 1975-1978 konzentrierte und welche ausgeblendet wurden.<sup>419</sup>

Der *Indice* unterscheidet zwischen Werken über die Zweite Republik, den Bürgerkrieg und über die ‚Zeit nach 1939‘. Bei den Veröffentlichungen über die Zweite Republik zeigt sich ein quantitativ fassbares, starkes ‚regionales‘ Interesse: 34 der 70 im Laufe der ersten drei Jahre der *transición* erschienenen Monographien beschäftigen sich mit spezifisch katalanischen Fragestellungen, insbesondere mit Fragen in Zusammenhang mit der Autonomie. 25 davon erschienen in katalanischer Sprache. Katalanische Historiker hatten augenscheinlich ein gesteigertes Interesse an der ‚Wiedergewinnung‘ ihrer republikanischen Geschichte.<sup>420</sup>

Die Studien über die Zweite Republik sind in ihrer Mehrzahl auf den Bürgerkrieg hin orientiert: Die Zweite Republik gilt als Vorgeschichte der spanischen Katastrophe und somit als warnendes Beispiel. Die Arbeiten der Historiker sind auf die Bestätigung dieses, von den Politikern der *transición* immer wieder verwendeten Geschichtsbildes angelegt. Fragen nach der Zusammensetzung der Volksbewegungen finden dagegen kaum Beachtung, Strukturanalysen über Parteien und Gewerkschaften fehlen.<sup>421</sup>

Der spanische Bürgerkrieg hatte schon früh das Interesse der internationalen Forschung auf sich gezogen. Bei der ‚Wiedergewinnung‘ der während des Franco-Regimes verlorengegangenen Geschichte des ‚anderen‘ Spanien war der Einfluss der englischsprachigen Historiker, wie schon während der Zeit der Diktatur, besonders groß.<sup>422</sup> Der Historiker Herbert Southworth<sup>423</sup> konnte zum ersten Mal in Spanien veröffentlicht werden. Auf spanischer Seite beschäftigten sich

---

<sup>419</sup> Die Daten sind dem *Indice Historiográfico Español*, Barcelona, 1976-1979 entnommen. Da die folgenden Werke mehr quantitativ als qualitativ ausgewertet wurden, werden sie zwar in den Fußnoten dieses Kapitels, allerdings nicht mehr im Literaturverzeichnis aufgeführt.

<sup>420</sup> Auch wenn die katalanische Historiographie als unverzichtbare Bereicherung der spanischen Geschichtsschreibung betrachtet wird, kritisiert der Wissenschaftshistoriker José Manuel Toribio diese als monothematisch: Die katalanischen Historiker richteten zu sehr den Blick auf die eigenen kulturellen Wurzeln. Vgl. Cuenca Toribio, *Historiografía contemporánea*, S. 262ff.

<sup>421</sup> Siehe Bernecker, *Krieg in Spanien*, S. 234.

<sup>422</sup> Die englischsprachigen Historiker betonten verstärkt die sozioökonomischen Bedingungen des Konflikts und die internationalen Aspekte. Carr, Raymond: *The Spanish Tragedy. The civil war in perspective*, London 1977; Coverdale, John F.: *Italian Intervention in the Spanish Civil War*, Princeton 1975; Payne, Stanley: *La revolución y la guerra civil española*, Madrid 1976; Fraser, Ronald: *Blood of Spain. The experience of civil war, 1936-1939*, London 1979; Fraser, Ronald: 1936. Revolutionary committees in Spain. In: *New Left Review*, Nr. LXXVIII, 1973, S. 56-68; Gordon, Thomas/ Morgan-Wits, Max: *El día en que murió Guernica*, Barcelona 1976; Southworth, Herbert Rutledge: *Guernica! Guernica! A Study o Journalism, Diplomacy, Propaganda, and History*, Berkeley 1977.

<sup>423</sup> Seine Monographie Southworth, Herbert: *El mito de la cruzada de Franco*, Paris 1963 blieb allerdings noch bis 1977 verboten. Ein anderes Standardwerk von ihm konnte allerdings veröffentlicht werden. Southworth, Herbert Rutledge: *La destruction de Guernica. Journalisme, diplomatie, propagande et histoire*, Paris 1975.

die Historiker Angel Viñas und Jesús Salas Larrazábal als erste mit den internationalen Aspekten des Bürgerkrieges.<sup>424</sup>

Ein Indikator für den Einfluss, den der Bürgerkrieg auf das individuelle und kollektive Gedächtnis des Spanien der *transición* hatte, ist die Vielzahl von persönlichen Erinnerungen. Während der Franco-Zeit hatten überwiegend die Bürgerkriegssieger ihre Memoiren veröffentlicht, jetzt meldeten sich die Bürgerkriegsverlierer zu Wort. Neben den Erinnerungen bekannter Persönlichkeiten wie denen des Journalisten José Antonio Cabezas, des Botschafters Pablo de Azcárate oder des Generals Vicente Rojo stießen auch Darstellungen ‚gelebter Alltagsgeschichte‘ wie die Veröffentlichungen von Mika Etchebéhère, Emilio Oliver Sanz de Bremond und der autobiographische Bericht über Krieg und Exil des Kommunisten Manuel Tagüeña Laporte auf Interesse.<sup>425</sup> Der Historiker Rafael Abella unternahm einen ersten Versuch, die Bedingungen dieser Alltagsgeschichte zu erforschen.<sup>426</sup>

Ähnlich wie bei der Zweiten Republik zeigte sich auch bei der Behandlung des Bürgerkrieges die Tendenz zum Regionalismus. In den Jahren der *transición* häuften sich die Untersuchungen über den Bürgerkrieg in geographisch begrenzten Räumen. Auch hier sind katalanische Historiker Vorreiter.<sup>427</sup>

Auch wenn die republikanische Seite während der *transición* mehr Aufmerksamkeit als zuvor erfuhr, nahm man die Geschichte des Bürgerkrieges noch nicht in ihrer Gänze wahr. Themen wie die Repression im Hinterland beider Kriegszonen wurden kaum behandelt. Erst in allerjüngster Zeit wendet sich die Forschung diesem Thema zu und widerlegt zunehmend die These, nach der das Blutvergießen im Bürgerkrieg auf beiden Seiten gleich groß gewesen sei. Der

---

<sup>424</sup> Viñas, Angel: El oro español en la guerra civil, Madrid 1976; Viñas, Angel: La Alemania nazi y el 18 de julio, Madrid 1977; Viñas, Angel: El oro de Moscú. Alfa y omega de un mito franquista, Barcelona 1979; Larrazábal Salas, Jesús: Intervención extranjera en la guerra de España, Madrid 1974.

<sup>425</sup> Zu den Erinnerungen der Funktionsträger siehe Cabezas, José Antonio: Asturias. Catorce meses de Guerra Civil, Madrid 1975; Azcárate, Pablo de: Mi embajada en Londres durante la guerra civil española, Esplugues de Llobregat, 1976; Rojo, Vicente: España heroica. Diez bocetos de la guerra española, Barcelona 1975. Ihre Alltagsgeschichte beschrieben Etchebéhère, Mika: Mi guerra de España, Barcelona 1977; Oliver Sanz de Bremond, Emilio: La guerra civil española 1936-1939, vivida en una ciudad de la retaguardia republicana, Valencia 1974 und Tagüeña Laporte, Manuel: Testimonio de dos guerras, Madrid 1976.

<sup>426</sup> Abellán, Rafael: La vida cotidiana durante la guerra civil, Vol.II: La España republicana, Barcelona 1975.

<sup>427</sup> Stellvertretend seien an dieser Stelle erwähnt Cruells, Manuel: La societat catalana durant la guerra civil, Barcelona 1978; Guarner, Vicente: Cataluña en la Guerra de España (1936-1939), Madrid 1975; Martínez Bande, José Manuel: La Campaña de Cataluña, Madrid 1979; Massot i Muntaner, Josep: La guerra civil a Mallorca, Montserrat 1976. Eine der ersten Regionalstudie über die Provinz Kastilien hat José Luis Gutiérrez veröffentlicht. Vgl. Gutiérrez Molina, José Luis: Colectividades libertarias en Castilla, Madrid 1977.

Historiker Javier Rodrigo geht, ähnlich wie Borja de Riquer, von einer dreimal höheren Mordrate durch die Franquisten aus.<sup>428</sup>

Auch die Historiographie über die Franco-Diktatur weist in den Jahren des Übergangs erhebliche Lücken auf. Den Versuch einer Gesamtdarstellung unternahmen nur zwei Historiker. Ricardo de la Cierva schildert die Geschichte des Regimes aus profranquistischer Sicht, Daniel Sueiro und Bernardo Díaz Nosty gehen in ihrer reich illustrierten Geschichte des Franquismus aus gegensätzlicher Perspektive verstärkt auf die Themen Propaganda, Opposition und Repression ein.<sup>429</sup>

Dem ‚kollektiven Vergessen‘, dem die Person Francos anheim fiel, schlossen sich auch die Historiker an. Zwar erschienen einige zeitgenössische Erinnerungen wie die des engen Franco-Mitarbeiters Francisco Franco Salgado Araújo und eine von der Stiftung *Fundación Francisco Franco* herausgegebene Quellensammlung.<sup>430</sup> Historische Studien über Francos Person wurden in den Jahren 1975-1978 allerdings nicht verfasst. Statt dessen konzentrierte sich die Forschung auf eine Einordnung des politischen Systems Francos.<sup>431</sup>

Im Sinne der *recuperación de la historia* weckten Exil und Opposition das besondere Interesse der spanischen Historiker.<sup>432</sup> 23 der rund 51 historiographischen Veröffentlichungen der Jahre 1975-1978 beschäftigten sich mit diesem Themenkreis.<sup>433</sup> Die fünfbändige Ausgabe über das spanische Exil nach

<sup>428</sup> De Riquer, Borja: *Els anys del franquisme*, Barcelona 1978; Reig Tapia, Alberto: *Ideología e historia. Sobre la represión franquista y la guerra civil*, Madrid 1985; Rodrigo, Javier: *La bibliografía sobre la represión franquista. Hacia el salto cualitativo*. In: *Spagna contemporanea*, Nr. 19, Turin 2001, S. 151-169 sowie Rodrigo, Javier: *Cap als origins dels camps de concentració franquistes. Breus apunts per a la història de la concentració franquista*. In: *L'Avenc*, N.272, September 2002, Barcelona, S. 12-15.

<sup>429</sup> De la Cierva, Ricardo: *Historia del franquismo*, Barcelona 1975/1978; *Historia del franquismo*, hrsg. von Daniel Sueiro und Bernardo Nosty, Band 1-4, Madrid 1977.

<sup>430</sup> Salgado Araújo, Francisco: *Mi vida junto a Franco*, Barcelona 1977; Salgado Araújo, Francisco: *Mis conversaciones privadas con Franco*, Barcelona 1976; Pemán, José María: *Mis encuentros con Franco*, Barcelona 1976; Mérida, María (Hg.): *Testigos de Franco*. (Eingeführt von Ricardo de la Cierva), Barcelona 1977. Die Quellensammlung wurde veröffentlicht als *Apuntes personales del Generalísimo sobre la República y la guerra civil*, hrsg. von Fundación Francisco Franco, Madrid 1977.

<sup>431</sup> Zu den wichtigsten Arbeiten zählen Benyeto, Juan: *La identidad del franquismo. Del Alzamiento a la Constitución*, Madrid 1979; Ramírez, Manuel: *Las fuentes ideológicas de un régimen*, Zaragoza 1978; Ramírez, Manuel: *España, 1939-1975. Régimen político e ideología*, Madrid 1978; Tezanos, José Félix: *Una Interpretación Sociológica del franquismo*, Madrid 1978.

<sup>432</sup> Von den Werken nichtspanischer Historiker sind an dieser Stelle vor allem Fagen, Patricia: *Exiles and citizens: Spanish republicans in Mexico*, Texas 1973 und Pike, Wingeate Davis: *Vae viciis! Los republicanos españoles refugiados en Francia, 1929-1944*, Paris 1969 hervorzuheben.

<sup>433</sup> Da der *Indice Historiográfico Español* auch nach Francos Tod bei seiner chronologischen Aufteilung in die Zweite Republik, Bürgerkrieg und Zeit nach 1939 bleibt, ist dort eine sehr viel höhere Zahl von Veröffentlichungen über die Nachkriegszeit vermerkt. In meine Zählung habe ich nur Veröffentlichungen aufgenommen, die sich aus historischer Perspektive mit Themen der Franco-Zeit beschäftigen.

1939 unter der Leitung von José Luis Abellán war eines der zentralen Werke der spanischen Historiographie der *transición*, an dem sich die Historiker Vicente Llorens, Juan Marichal, Francisco Giral, Alberto Fernández und Manuel Tuñón de Lara beteiligten.<sup>434</sup> Mit der Bedeutung der antifranquistischen Opposition befassten sich unter anderem Victor Alba, José María Maravall und Javier Tusell.<sup>435</sup>

Die überaus rege Beschäftigung mit den Themen ‚Exil‘ und ‚Opposition‘ ersetzte die Auseinandersetzung mit einem anderen Thema, der Repression des Franco-Staates. Die Unterdrückung der ersten Nachkriegsjahre wurde aus den historischen Debatten der ersten Jahre der Demokratie völlig ausgeklammert, der Repressionsapparat der Diktatur wurde nicht weiter untersucht. Auch Themen wie die Beziehungen Franco-Spaniens zu den Achsenmächten erfuhren kaum Beachtung.<sup>436</sup> Ideologiekritische Studien, die sich gezielt mit den Anfangsjahren des Regimes beschäftigten, fehlten ebenfalls.

Die Aufarbeitung der Repression hätte als ‚Abrechnung mit dem Franco-Regime‘ den geschichtspolitischen Konsens gefährden können und den ‚sanften Übergang‘ von der Diktatur zur Demokratie zumindest in Frage gestellt. Indem sich die Historiker in ihrer Mehrzahl durch die selbstaufgelegte Beschränkung ihrer Forschungsarbeit diesem Konsens fügten, legitimierten sie das ‚Verdrängen um der Versöhnung willen‘. Doch diese Form der legitimierenden Geschichtspolitik war unter den Historikern der *transición* nicht gänzlich unumstritten.

### 7.2 Die fehlende Historikerdebatte

Zeitgenössische Reflexionen über die Aufgabe der Historiker gibt es in Spanien kaum. Nur versteckt finden sich in Artikeln und Aufsätzen Überlegungen bezüglich der Rolle der Historiographie für die Demokratisierung. Unmittelbar nach Francos Tod schrieb Joaquín Ruíz Giménez:

„Die Spanier müssen, wie jedes andere Volk, ihre Vergangenheit analysieren, vor allem, wenn diese zu einem Grundstein der Zukunft wird. (...) Allerdings darf (diese Untersuchung) nicht begonnen werden ohne eine vorhergehende Zeit der Befriedung und Gelassenheit. Zwei Bedingungen, über die das spanische Volk, aufgewühlt durch die Ereignisse der letzten Wochen, noch nicht verfügt.“<sup>437</sup>

Ruiz Giménez appellierte an die ‚politische Vernunft‘ der Historiker und forderte die Historiker angesichts der traumatischen Erfahrung des auch auf dem ideologischen Feld geführten Bürgerkrieges zur Zurückhaltung auf. Eine historisch-

<sup>434</sup> Abellán, José Luis (Hrsg): El exilio español de 1939, 5 Bände, Madrid 1976-1978.

<sup>435</sup> Alba, Victor: La oposición de los supervivientes (1939-1955), Barcelona 1978; Maravall, José María: Dictadura y disenso político. Obreros y estudiantes bajo el franquismo, Madrid 1978; Tusell, Javier: La oposición democrática al franquismo (1939-1962), Barcelona 1977.

<sup>436</sup> Eine Ausnahme hierzu bildet Viñas, Angel: La Alemania nazi y el 18 de julio, Madrid 1977.

<sup>437</sup> Cuadernos para el Diálogo, November 1975, Nr. 146, ‚Editorial‘, S. 3.



politische Debatte solle auf eine unbestimmte, ‚konsolidierte‘ Zukunft verschoben werden. Es war der Versuch, die Aufarbeitung der Vergangenheit von der Gegenwart abzukoppeln, sie so ungefährlich für den sanften Wandel – und nutzlos für eine kritische Selbstreflexion – zu machen.

Die Aufforderung zu ‚ideologischer Zurückhaltung‘ und Objektivität war während der *transición* in Historikerkreisen allgegenwärtig. Der ‚franquistische Hofhistoriker‘<sup>438</sup> Ricardo de la Cierva forderte diese Objektivität immer wieder von Kollegen ein. Der Auto-didakt de la Cierva war während der sechziger Jahre vom Ministerium für Information und Tourismus beauftragt worden, die spanische Historiographie über den Bürgerkrieg zu fördern, um den Einfluss der ausländischen, insbesondere der angelsächsischen Veröffentlichungen einzudämmen. Als einer der ersten franquistischen Historiker konsultierte er republikanisches Quellenmaterial und prägte die neofranquistische Schule der Historiographie, die den Krieg 1936-1939 nicht mehr als ‚Kreuzzug gegen das Anti-Spanien‘, sondern als Bürgerkrieg begriff.<sup>439</sup> Dennoch war auch die neofranquistische Schule in erster Linie eine wissenschaftlich verbrämte Legitimation des Franco-Regimes.<sup>440</sup> Sie blieb es, mit de la Cierva an der Spitze, auch nach Francos Tod: Der Historiker mahnte zu einem ‚respektvollen Umgang‘ mit der unmittelbaren Vergangenheit und forderte, die Bewertung des Regimes vom Ausgang der *transición* abhängig zu machen. Verlaufe diese friedlich, dann werfe dies auch ein gutes Licht auf das Franco-Regime.<sup>441</sup> De la Ciervas Forderung nach Objektivität richtete sich also in erster Linie nicht an sich selbst, sondern an die regimekritischen Historiker wie Manuel Tuñón de Lara.

Tuñón de Lara kann auf Grund seiner Biographie und seines Werkes als Gegenpol zu Ricardo de la Cierva gelten. Der überzeugte Republikaner war 1946 nach Paris geflohen und hatte sich nach der Veröffentlichung einiger ideologiekritischer Studien über das Franco-Regime auf sozialhistorische Fragestellungen des 19. und 20. Jahrhundert konzentriert. Durch seine Tätigkeit als Direktor des *Centre de Recherches Hispaniques de l'Université de Pau* ab 1969 und Vertreter der ‚neuen spanischen Historiographie‘ übte er großen Einfluss auf die jüngeren spanischen Historiker aus.<sup>442</sup> Auch Tuñón de Lara warnte vor einer Ideologisierung der Debatte und einer ‚Aufrechnung der Schrecken des Bürgerkrieges‘, forderte aber eine gründliche Aufarbeitung der Geschichte.

---

<sup>438</sup> Als solchen bezeichnet ihn Walther L. Bernecker. S. Bernecker, *Krieg in Spanien*, S. 25.

<sup>439</sup> Zum Wirken de la Ciervas während der Diktatur siehe Aguilar, *Memoria y Olvido*, S. 108-115.

<sup>440</sup> Darüber hinaus hat Herbert Rutledge Southworth einem der Hauptwerke dieser Schule, der Bibliographie über den Bürgerkrieg *Bibliografía sobre la guerra de España* erhebliche sachliche Fehler nachgewiesen. Vgl. Southworth, Herbert Rutledge: *Los bibliófobos: Ricardo de Cierva y sus colaboradores*. In: *Cuadernos de Ruedo Ibérico*, Nr. 28/29 (Dezember-März 1971), S. 19-45.

<sup>441</sup> Siehe de la Cierva, Ricardo: *Crónicas de la transición. De la muerte de Carrero Blanco a la proclamación del Rey*, Barcelona 1975, S. 100. (Zukünftig abgekürzt: de la Cierva, *Transición*)

<sup>442</sup> Über das Werk und Wirken Tuñón de Lara vgl. Reig Tapia, Alberto: *Manuel Tuñón de Lara (1915-1997): Ética, política e historia*. In: *Sistema. Revista de Ciencias Políticas*, Nr. 137 (März 1997), S. 5-26.

„Wir müssen die Öffnung aller Archive, die gesamte Dokumentation und Information einfordern, die für eine objektive Geschichte notwendig sind. Diese Spielchen wie ‚Das Archiv gehört mir‘, ‚Hier ist die Lagebeschreibung der einen Seite, die von der anderen behalte ich für mich, weil man sie nicht sehen darf‘ sind vorbei. (...) Die Zusammensetzung der spanischen Gesellschaft hat sich während der 36 Jahre grundlegend gewandelt; (...) dies alles innerhalb einer Ära, die (...) ganz spezifische Züge trägt. Diese Ära muss von den Historikern untersucht werden, nicht aus dem Gelüste der Gelehrsamkeit heraus, sondern um diese Kenntnisse in unserem Land zu verbreiten.“<sup>443</sup>

Die Zeitschrift *Historia 16*, in deren wissenschaftlichem Beirat Tuñón de Lara saß, versuchte, diesen aufklärerischen Aufsatz umzusetzen. Historiker wie José Antonio Maravall, Javier Tusell und Juan Marichal publizierten in der unter der verlegerischen Obhut von *Cambio 16* erscheinenden Zeitung, um die Geschichte Spaniens

„(...) zu suchen, wiederzugewinnen, uns anzueignen und für sie Verantwortung zu übernehmen. (Das ist) eine grundlegende Aufgabe für unser Volk, das jetzt nach der Tragödie, die ihm die Erinnerung raubte, den Kopf wieder erhebt.“<sup>444</sup>

*Historia 16* berichtete über die Beziehungen Hitler-Deutschlands zum Falange-Gründer José Antonio Primo de Rivera, beschäftigte sich mit der Frage des ‚Goldes von Moskau‘, einem der zentralen Mythen des Franco-Regime, und druckte unveröffentlichte Dokumente des Regimes ab. Die Zeitschrift verknüpfte immer wieder historische Themen wie die Wahlen 1934, die Geschichte der Freimaurer oder das Exil mit dem aktuellen Zeitgeschehen und trat so durchaus für eine aufklärerische, ‚emanzipatorische‘ Historiographie ein. Allerdings verzichtete auch *Historia 16* auf eine direkte Auseinandersetzung mit der Person Francos, um eine ideologisierte, ‚in den Lagern des Bürgerkrieges geführte‘ politisch-historische Debatte zu vermeiden und um – so bleibt zu vermuten – sich in einer vom Geist der *concordia* beseelten Gesellschaft nicht dem Vorwurf des Revanchismus auszusetzen.

Die Auseinandersetzung mit der historischen Gestalt Francos wurde dem einflussreichen Publizisten Ricardo de la Cierva überlassen. In zahlreichen zwischen den Jahren 1974 und 1976 veröffentlichten Aufsätzen und Essays und in der *Historia del franquismo* (Barcelona 1975/1978) verbreitete er ein Geschichtsbild, das Franco als Modernisierer Spaniens und aufopfernden Staatsmann zeigte.<sup>445</sup> De la Ciervas Veröffentlichungen stießen kaum auf Widerspruch, im Gegenzug verzichtete er auf eine Kritik der tendenziell regimekritischen Arbeiten Tusells und Tuñón de Laras: Zwischen den beiden Strömungen

<sup>443</sup> *Cambio 16*, Dezember 1975, Nr. 212, ‚La historia de Franco‘, S. 39.

<sup>444</sup> *Historia 16*, Mai 1976, Nr. 1, ‚La Historia Perdida‘, S. 7.

<sup>445</sup> Vgl. die Aufsätze in de la Cierva, *Transición* und die Sammlung seiner 1970-1975 veröffentlichten Aufsätze in de la Cierva, Ricardo: *La cuarta apertura*, Madrid 1976.

der spanischen Historiographie entstand eine Art ‚friedliche Koexistenz‘. Nur bei der Auseinandersetzung um die Mitwisserschaft/Mittäterschaft Francos bei der Bombardierung Guernicas schien sich eine Art ‚Historikerdebatte‘ anzubahnen.<sup>446</sup> Vorschub leistete dieser Zurückhaltung sicherlich ein öffentliches Klima, in dem die Vergangenheit zwar präsent war, allerdings nicht erinnert werden sollte.

Eine genaue Analyse der historischen Veröffentlichungen über Bürgerkrieg und Franco-Diktatur während der Jahre der *transición* steht zwar noch aus, die Konsequenzen dieses damals begründeten Umgangs mit der Vergangenheit zeigten sich allerdings beim 50. Jahrestag des Bürgerkrieges. Die PSOE-Regierung zeigte äußerste Zurückhaltung, die meisten öffentlichen Veranstaltungen waren in die Domäne der Historiker übergegangen. Walther L. Bernecker schreibt über die Historikerkongresse im Jahr 1986:

„Auf diesen selbst wurde immer wieder mahrend dazu aufgefordert, ‚objektiv‘ und ‚historisch distanziert‘ zu argumentieren, da man doch über eine längst vergangenes Ereignis spreche, das seit langem schon Teil der ‚Geschichte‘ sei. Wer eine allzu deutliche Sprache wählte (etwa bei der Einschätzung der ungeheuerlichen Repression der Bürgerkriegssieger), fühlte sich fast bemüßigt, quasi um Entschuldigung dafür zu bitten. (...) In den Schlussjahren des Franquismus – als die Opposition gegen das Regime in Akademikerkreisen weit verbreitet war – wurde in der akademischen Lehre viel deutlicher und ausführlicher auf die Repressionsbilanz des Franquismus verwiesen.“<sup>447</sup>

Durch die Vermeidung von konflikträchtigen Bürgerkriegsthemen wurden dem Vergessen der historischen Tatsachen Vorschub geleistet.

Durch die Beschwörung des Traumas Bürgerkrieg wurde eine kritische Auseinandersetzung mit diesem verhindert. Individuelles Wissen um den Bürgerkrieg als historisches Ereignis und kollektive Erinnerung an die Bürgerkriegserfahrung als Trauma standen in einem extremen Missverhältnis. Dieses Nicht-Wissen führte nach Auffassung des Historikers Alberto Reig Tapia dazu, dass der Bürgerkrieg in den späten neunziger Jahren wieder als ideologische Waffe verwendet werden konnte: Die selbstverordnete Beschränkung, die eine Ideologisierung der historisch-politischen Debatte vermeiden wollte, erreichte somit langfristig genau ihr Gegenteil.<sup>448</sup>

---

<sup>446</sup> Siehe Kapitel 5.3.

<sup>447</sup> Bernecker, Umgang mit Vergangenheit, S. 360. Zu den wichtigsten Arbeiten über die Repression des Franquismus aus dieser Zeit zählen Solé y Sabate, Josep M.: *La repressió franquista a Catalunya, 1938-1953*, Barcelona 1985 und Reig Tapia, Alberto: *Ideología e Historia. Sobre la represión franquista y la guerra civil*, Madrid 1984/1986.

<sup>448</sup> Als Beispiel für die neuerliche Ideologisierung zitiert Reig Tapia die Veröffentlichungen des Journalisten Federico Jiménez Losantos in der Zeitung ABC. S. Reig Tapia, Alberto: *Memoria viva y memoria olvidada de la guerra civil*. In: *Sistema. Revista de Ciencias Políticas*, Nr. 136 (Januar 1997), S. 27-41, S. 30ff. (Zukünftig abgekürzt: Reig Tapia, *Memoria viva*)

In Bezug auf den Kenntnisstand über die Diktatur führte die Selbstbeschränkung der Historiker zur Verbreitung und Verfestigung profranquistischer Mythen. Nach Auffassung des Historikers Javier Tusell gilt Franco vielen noch heute als vorausschauender Politiker, der die Beteiligung Spaniens am Zweiten Weltkrieg verhindert hat, als Förderer der Mittelklasse, als fortschrittlicher Wirtschaftspolitiker und als eine Art Vaterfigur, die Zeit ihres Lebens an unveränderbaren Prinzipien festgehalten hat.<sup>449</sup>

Die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Wissenschaft hat in Spanien erst in den neunziger Jahren begonnen. Auf dem Kongress über Zeitgeschichte *X Coloquio de Historia Contemporánea 1980-1992* im Jahr 1993 in Cuenca nahm die Debatte über die Begehung des 50. Jahrestages des Bürgerkriegs breiten Raum ein.<sup>450</sup> Javier Tusell bedauerte in einem im gleichen Jahr erschienenen Beitrag in der Zeitschrift *Ayer*, dass es in Spanien keine Revisionismusdebatte wie in Deutschland oder Frankreich gegeben habe, warnte aber zugleich vor ‚Ideologisierung‘.<sup>451</sup>

Doch trotz erster Kritik an der eigenen Zunft bewerteten die Historiker den gewählten Weg aus der Perspektive der friedlichen *transición* heraus als richtig. Ein Grund für die Zurückhaltung bei der kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichtspolitik Spaniens war sicherlich die enge Verzahnung von Politik und Wissenschaft. Angel Viñas war Berater des Außenministeriums, Javier Tusell war in der Regierung Suárez Generaldirektor für das Kulturwesen, Ricardo de la Cierva war Senator. Die Historiker agierten nicht nur als Geschichtspolitiker, indem sie das Beschweigen legitimierten; sie waren auch Politiker im engeren Sinne und als solche Gestalter des ‚sanften Wandels um den Preis des Vergessens‘.

Durch den 25. Todestag Francos im Jahr 2000 hat die Auseinandersetzung über die Historiographie neue Impulse erhalten. Allerdings waren es hier, mit Ausnahme des englischen Historikers Gabriel Jackson,<sup>452</sup> nicht die Historiker, sondern ‚Fachfremde‘ aus Nachbardisziplinen oder Kulturschaffende, die die De-

---

<sup>449</sup> Diese Mythen des Franquismus hat Tusell anlässlich des 25. Todestages des Diktators konstatiert. Siehe Tusell, Javier: Los mitos del franquismo. In: 25 años sin Franco, Sonderbeilage der Zeitung *El Mundo*, November 2000. Laut einer ebenfalls in der Sonderbeilage veröffentlichten Umfrage des Unternehmens *Sigma Dos* für *El Mundo* haben 22,9% der Bevölkerung ein positives Franco-Bild, 33,1% der Bevölkerung bewerten den Diktator neutral, sagen, dass sie ihn weder bewundern noch verurteilen, 37,1% lehnen ihn ab.

<sup>450</sup> Siehe Reig Tapia, *Memoria viva*, S. 38.

<sup>451</sup> Tusell, Javier: La dictadura de Franco a los 100 años de su nacimiento. In: *Ayer*, Band 10 (1993) S. 13-28. Über die Bedeutung des Bürgerkrieges für das Spanien der Monarchie aus der Perspektive des 50. Jahrestages siehe Tusell, Javier: *Los hijos de la sangre. La España de 1936 desde 1986*, Madrid 1986.

<sup>452</sup> Nach Gabriel Jackson implizierte die *transición* einen Pakt des Vergessens. Einzelne Akteure überschätzten sich, die Rolle des spanischen Volkes, die Rolle der Massenbewegungen werde dagegen unterschätzt. Siehe *El País*, 22. Juni 2001, ‚La transición implicó un pacto contra la memoria histórica‘.

batte anstießen. Der Schriftsteller Manuel Vázquez Montalbán kritisierte anlässlich des 25. Todestages Francos das Schweigen über die Opfer des Franquismus. Die Historiker hätten die Rolle des Königs bei der Demokratisierung überschätzt und über die Bedeutung der Opposition geschwiegen.<sup>453</sup>

Der Politikwissenschaftler Vincens Navarro verurteilte die stiefmütterliche historiographische Behandlung der Themen Repression und das ‚staatlich geförderte Vergessen‘ als große Ungerechtigkeit gegenüber den Opfern. Die Zurückhaltung der Historiographie sei mitverantwortlich für die im Vergleich zu Italien und Deutschland geringen Geschichtskennntnisse der spanischen Jugend. Dass sich die Forschung zunehmend regionalen Themen zugewandt und die nationale Geschichtsschreibung vernachlässigt habe, habe eine Monopolisierung des historischen Gedächtnisses durch nationalistische Kräfte in Katalonien und im Baskenland ermöglicht.<sup>454</sup>

## 8 Modellfall Spanien?

### 8.1 Vergessen - um der Versöhnung willen

Die spanische *transición* galt lange Zeit als Musterbeispiel eines friedlichen Systemwechsels. In den neunziger Jahren wurden die spanischen Konsensverhandlungen als Modell für den Wandel in den osteuropäischen Ländern gesehen. Dass es Spanien gelang, ‚sich aufzuraffen und die alten Wunden zu schließen‘, stieß auf Bewunderung.<sup>455</sup> Dabei wurde jedoch häufig übersehen, dass der friedliche Wandel von der Diktatur zur Demokratie das Ergebnis ganz spezifischer Ausgangsbedingungen war, insofern nur einen begrenzten Vorbildcharakter besitzen kann – und um den Preis des Vergessens erkaufte wurde.

Der Wandel von der Diktatur zur Demokratie verlief maßgeblich unter Anleitung und Kontrolle der franquistischen Institutionen und eines Teils der politischen Elite. Ausgelöst wurde er nicht durch den Kollaps des Regimes wegen einer militärischen Niederlage wie in Griechenland oder durch einen Staatsstreich wie in Portugal, sondern durch den natürlichen Tod Francos.<sup>456</sup> Die traumatische Erfahrung des Bürgerkrieges war ein überaus starker Anreiz für

---

<sup>453</sup> Interviú, 12. Dezember 2000, 25 años sin Franco, ‚Los desaparecidos‘; El País, 26. Oktober 1988, ‚Sobre la memoria de la oposición antifranquista.‘

<sup>454</sup> El País, 16. Juni 2001, ‚Los costes de la desmemoria histórica‘, S. 7. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Carlos Barro in seinem unveröffentlichten Vortrag zur Eröffnung des Kongresses ‚La historia en el horizonte del año 2000: compromisos y realidades‘, Zaragoza, 11. November 1995.

<sup>455</sup> Der polnische General Jaruzelski sah Spanien auf Grund dessen als Vorbild für die Bildung eines runden Tisches. Siehe Spanien nach Franco, hrg. von Walther L. Bernecker, Walther L./ Carlos Collado Seidel, Einleitung, S. 13ff..

<sup>456</sup> Zu den wesentlichen Unterschieden der Transitionsprozesse in Südeuropa siehe Puhle, Hans-Jürgen: *Transitions*, Demokratisierung und Transformationsprozesse in Südeuropa. In: Systemwechsel 1, hrg. von Wolfgang Merkel, Opladen 1994, S. 173-194. Einen Vergleich zwischen Portugal und Spanien unternimmt Krause, Peter A: Südeuropa: Die erfolgreiche Institutionalisierung der Demokratie. In: Wolfgang Merkel, Eberhard Sandschneider, Dieter Segert (Hrsg.) Systemwechsel 2, Opladen 1996, S. 261-285.

den Erhalt der Ruhe und Ordnung. Diese kollektive Erfahrung konnte für den politischen Prozess der *transición* nutzbar gemacht werden, weil sie als Gründungsmythos der Diktatur während der fast vierzigjährigen Herrschaft Francos aufrechterhalten worden war. Der Krieg hatte Spanien in Sieger und Besiegte gespalten, Franco hatte diese Spaltung als Teil seiner Herrschaftsstrategie zementiert. Auch im Spanien des ‚Wirtschaftswunders‘ waren die Hinterlassenschaften des Bürgerkrieges noch spürbar. Dem Bedürfnis nach einem Friedensschluss, nach Versöhnung, war das Regime entgegen seiner Propaganda nicht nachgekommen.

Die Opposition konnte sich so die Forderung nach Versöhnung zu eigen machen. Dass sie von Anfang an das Vergessen als ‚Königsweg zur Versöhnung‘ postulierte, kann als Reaktion darauf verstanden werden, dass Franco eben dieses Vergessen durch die immer wiederkehrende Beschwörung seines Sieges verhindert hatte. Zugleich ermöglichte das Vergessen einen Neuanfang: Sowohl Kirche wie auch PCE, die beide eine ‚Versöhnung der beiden Spanien‘ forderten, hatten eine tragende Rolle im Bürgerkrieg gespielt. Auch die reformorientierten Kräfte der franquistischen *Cortes* konnten vom propagierten ‚Vergessen um der Versöhnung willen‘ profitieren. Es sicherte ihnen den Machterhalt über die unausweichliche Reform des Systems hinaus. Mit dem Regierungsantritt Adolfo Suárez‘ setzte sich diese geschichts- und, in bezug auf die angestrebte Reform, auch vergangenheitspolitische Option durch.

Die Übernahme des ‚Vergessens um der Versöhnung willen‘ ermöglichte der Regierung die Kontaktaufnahme mit der Opposition. Da die ‚Koalition für das Vergessen‘ aus Teilen der Opposition und aus Teilen des Regimes bestand, war die Forderung nach Versöhnung zugleich ein Machtinstrument: Der Teil der Opposition, der wie die PSOE unmittelbar nach Francos Tod einen Bruch mit dem Regime anstrebte, wurde in die Enge gedrängt.

Dass die Mehrheit der Gesellschaft den sanften Wandel einem Bruch vorzog, zeigte das Wahlergebnis vom Juni 1977. Mit dem Wahlsieg der UCD hatte sich nicht nur eine Strategie für den Systemwandel durchgesetzt, das Land hatte sich auch für eine geschichtspolitische Option entschieden. Spanien hatte die *transición* in den Händen der reformorientierten Franquisten belassen und sich eine Generalamnesie verordnet: Vergessen werden sollte jetzt nicht nur der Bürgerkrieg, sondern auch seine Fortsetzung in der Franco-Diktatur. Das Vergessen war jetzt ganz offiziell zum ‚Königsweg der Versöhnung‘ geworden. Franco tauchte in den öffentlichen Reden des Königs und anderen offiziellen Regierungsverlautbarungen nicht mehr auf, die Medien mieden eine Auseinandersetzung mit dem Diktator.

Durchgeführt wurde diese ‚Generalamnesie‘ mit Hilfe des Amnestiegesetzes, das ganz im Sinne des ‚Vergessens um der Versöhnung willen‘ nicht zwischen Tätern und Opfern der Diktatur unterschied. Die Zustimmung der Opposition erkaufte sich die Regierung durch Machtbeteiligung. An den wesentlichen Entscheidungen der ersten demokratisch gewählten Regierung Suárez, seien es die Moncloa-Pakte, das Amnestiegesetz oder die Verfassungsverhandlungen, waren

alle im Parlament vertretenen Parteien beteiligt. Die Möglichkeit, die Politik mitzugestalten, bezahlte die von Franco verfolgte Opposition mit ihrem Gedächtnis.

Mit der Verabschiedung des Amnestiegesetzes im Oktober 1977 sollte die Vergangenheit endgültig abgeschlossen werden: Die beiden wesentlichen geschichtspolitischen Initiativen wie der Beschluss zur Überführung der Überreste Azañas und der Beschluss zu Verhandlungen über die Rückführung des *Guernica*-Gemäldes fanden in unmittelbarer zeitlicher Nähe statt.

Als Rechtfertigung dieser ‚Politik des Vergessens‘ diente das Trauma Bürgerkrieg. Der Topos vom Bruderkrieg war als Negativbild während der *transición* omnipräsent und wurde immer dann angeführt, wenn eine Begründung gebraucht wurde, um über Franco schweigen zu können.

In Abgrenzung zum Bürgerkrieg wurde die *convivencia pacífica* zum Ziel aller Politik; *moderación* und *concordia* wurden zu den neuen politischen Tugenden. Die Verfassung von 1978 gilt als Ergebnis dieser Konsenspolitik. Sie wurde zum Gründungsmythos des neuen Spanien und fand ihren symbolischen Ausdruck im Tag des Verfassungsreferendums. Der 6. Dezember ist als *Día de la Constitución* der spanische Nationalfeiertag.

Als Vertreter einer Institution, die zwar von Franco re-instauriert worden war, aber auf andere Legitimationsgrundlagen zurückgreifen konnte, sollte der König dazu beitragen, eine Brücke von der Vergangenheit in die Zukunft zu schlagen. Nachdem Juan Carlos nach Francos Tod dem Demokratisierungsprozess entscheidende Impulse gegeben hatte, beschränkten sich seine Gestaltungsmöglichkeiten nach den Wahlen vor allem auf eine symbolische Politik. Juan Carlos wurde zum Symbol und Träger der *reconciliación*. In seiner Funktion als Oberbefehlshaber und legitimer Franco-Nachfolger war er eine Identifikationsfigur für das Militär. Durch gezielte Auftritte am 18. Juli und beim *Desfile de la Victoria* versuchte er, diesen reformkritischen Sektor der Gesellschaft in den Prozess der *transición* einzubinden. Als bekennender Demokrat und Oberhaupt des ‚neuen Spanien‘ konnte er auch zur Integrationsfigur ehemaliger Franco-Gegner werden. Seine Auftritte in Mexiko und Österreich waren wirkungsvolle Gesten der Versöhnung.

Die Versöhnung, die Spanien sich verordnet hatte, blieb, um die Legitimität des vorangegangenen Regimes nicht zu gefährden, eine Versöhnung ohne Wiedergutmachung. Weder bei der vergangenheitspolitischen Maßnahme der Amnestiegesetze noch beim geschichtspolitischen Umgang mit den Rückkehrern aus dem Exil oder den Verfolgten der Franco-Diktatur kam es zu materiellen Entschädigungen. Die rituellen Ersatzhandlungen des Königs - der Besuch der Witwe Azañas, die Kranzniederlegung in Mauthausen - mussten genügen.

Wie begrenzt diese Versöhnungspolitik war, zeigt auch der Umgang mit den Gedächtnisorten der Republik. Wer sich wie Dolores Ibárruri nicht an die Spielregeln der *transición* hielt, auf *moderación* im politischen Duktus nicht verzichtete und vor dem Hintergrund des Traumas Bürgerkrieg nicht für das Beschweigen der Vergangenheit plädierte, musste mit harscher Kritik rechnen. Das Ge-

denken an bestimmte Teile des Widerstandes gegen Franco blieb tabuisiert: Was vom verstorbenen Diktator mit Repression erreicht worden war, hatte sich die Gesellschaft jetzt selbst verordnet. Insofern war das Vergessen ein später Sieg des Regimes. Ein Wiederanknüpfen an das Erbe der Zweiten Republik war nur im Bereich der Kultur, und auch dort nur partiell, möglich.

Legitimiert wurde diese Politik von Medien, Politikern und Historikern, die als Geschichtspolitiker das Beschweigen der Vergangenheit verteidigten oder es, als systemstabilisierende Maßnahme, zumindest in Kauf nahmen.

Über Franco selbst wurde im Spanien der *transición* ebenso geschwiegen wie über das persönliche Mitwirken an seinem Regime. Eine Aufarbeitung der (persönlichen) Beteiligung hätte die demokratische Legitimität der politischen Akteure, die zum großen Teil aus dem Franquismus stammten, in Frage gestellt und den ‚sanften Wandel‘ unmöglich gemacht. Auch wenn, wie die Debatte über die Krawalle in La Laguna und Malaga oder der Fall Matute zeigen, diese persönliche Vergangenheit bekannt war, wurde sie nur selten öffentlich thematisiert.

In Spanien trat das ein, was Hermann Lübbe im Falle des Umgangs der Bundesrepublik Deutschland mit der NS-Vergangenheit das ‚kommunikative Beschweigen‘ genannt hat: Diese „gewisse Stille war das sozialpsychologisch und politisch nötige Medium der Verwandlung unserer Nachkriegsbevölkerung in die Bürgerschaft der Bundesrepublik Deutschland.“<sup>457</sup>

Auch wenn die Gesellschaft des nationalsozialistischen Deutschland nicht mit der Gesellschaft des franquistischen Spaniens verglichen werden kann – der politische Mobilisierungsgrad und somit die persönliche Verstrickung im Regime war in Deutschland ungleich höher, der Bruch mit dem Nationalsozialismus war an die Niederlage im Zweiten Weltkrieg gekoppelt und insofern auf ‚Druck von außen‘ entstanden –, hatte das Beschweigen in beiden Gesellschaften doch eine ähnliche Funktion: Es ermöglichte die Integration von Unterstützern einer Diktatur in eine Demokratie.

### **8.2 Spätfolgen des Verdrängens**

Vor dem Hintergrund des deutschen Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, der in der Literatur mit den Begriffen ‚Verdrängung‘ und ‚Beschweigen‘ zu fassen versucht wurde,<sup>458</sup> hat die Politologin Gesine Schwan die

---

<sup>457</sup> Lübbe, Hermann: Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein. In: Historische Zeitschrift, Band 236, München 1983, S. 579-599, S.585. (Zukünftig abgekürzt: Lübbe, Nachkriegsbewusstsein)

<sup>458</sup> Auf die politisch-moralische Auseinandersetzung um die deutsche Vergangenheitsbewältigung kann hier nicht näher eingegangen werden. Als Standardwerke seien erwähnt: Arendt, Hannah: Wahrheit und Lüge in der Politik. Zwei Essays, München 1987; Giordano, Ralph: Die zweite Schuld oder Von der Last, Deutscher zu sein, München 1990; Haeffner, Gerd: Schuld und Schuldbewältigung. Keine Zukunft ohne Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, Düsseldorf 1993; Hauer, Nadine: Die Mitläufer. Oder: Die Unfähigkeit zu fragen, Opladen 1994; Kittel, Manfred: Die Legende von der „Zweiten Schuld“. Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer, Berlin 1993; Lübbe, Hermann: Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein. In: Historische Zeitschrift, Band 236,



These aufgestellt, dass sich moralische Schuld zwar nicht vererbt, dass „aber die psychischen und moralischen Folgen ihres Beschweigens (...) den Grundkonsens einer Demokratie (beschädigen).“<sup>459</sup>

Auch in Spanien stellt sich die Frage, welche Auswirkungen das viele Jahre währende Beschweigen der Franco-Diktatur auf die Demokratie hatte. Eine Antwort auf die Frage nach diesen ‚Spätfolgen des Verdrängens‘ ist nur in hypothetischer Form möglich.

Die Demokratie gilt in Spanien als konsolidiert. Laut einer Umfrage der Firma *Demoscopia S.A.* vom November 2000 bevorzugten 78 Prozent der Befragten die Demokratie vor jedem anderen Herrschaftssystem, 73 Prozent der Befragten finden, dass sich die Situation nach Francos Tod verbessert habe.<sup>460</sup> Der Weg des ‚sanften Wandels um den Preis des Vergessens‘ wird auch heute noch verteidigt. Vor dem Hintergrund der strafrechtlichen Verfolgung des chilenischen Ex-Diktators Augusto Pinochet durch den Nationalen Gerichtshof Spaniens betonte der ehemalige Ministerpräsident Felipe Gonzalez, er wolle niemandem ‚Lektionen in Demokratie‘ erteilen. Den in Spanien beschrittenen Weg des Beschweigens halte er weiterhin für richtig.<sup>461</sup>

Dabei hatten sich die Grenzen der spanischen Geschichts- und Vergangenheitspolitik schon unmittelbar während der *transición* gezeigt. Die geringe Wahlbeteiligung der Basken beim Verfassungsreferendum im Dezember 1978 zeigte deutlich, dass sich ein beachtlicher Teil des Baskenlandes nicht in den gesamtspanischen Konsens integriert sah. Fundamentale Kritik kam während der Verhandlungen zur Verfassung ebenso wie während der Debatten zum Amnestiegesetz vorwiegend von baskischen Abgeordneten. Bei ihrer Argumentation beriefen sich die baskischen Vertreter nicht auf das ‚kollektive Trauma Bürgerkrieg‘, das es zu überwinden galt, sondern stellten sich in den gänzlich anderen geschichtlichen Kontext der *fueros*. Während der *transición* wurde der Bürgerkrieg in der Diktion der baskischen Nationalisten zum Krieg Gesamtspaniens gegen das Baskenland.<sup>462</sup> Da Spanien ‚das Baskenland immer noch besetze,‘ so verkündete Francisco Letamendía, der radikalste Vertreter dieses Geschichtsbildes, Ende des Jahres 1978, sei dieser Bürgerkrieg noch nicht beendet.<sup>463</sup>

Als Grund für diesen außergewöhnlichen Nachhall, den der Krieg im kollektiven Gedächtnis der Basken hatte, sieht Paloma Aguilar die Tatsache, dass der Bruderkrieg im Baskenland ein doppelter war: Das Territorium war geteilt in Nationalisten und Republikaner. Außerdem sei durch die in den sechziger Jah-

München 1983; Mitscherlich, Alexander und Margarete: Die Unfähigkeit zu trauern – Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1970.

<sup>459</sup> Siehe Schwan, Gesine: Politik und Schuld. Die zerstörerische Macht des Schweigens, Frankfurt am Main 1997.

<sup>460</sup> El País, Sonntagsbeilage, 19. November 2000, ‚Mayor rechazo entre los jóvenes‘, S. 4.

<sup>461</sup> Zur Berichterstattung hierüber siehe z.B. Süddeutsche Zeitung, 13. April 2000, ‚Die Jäger der verhassten Diktatoren‘.

<sup>462</sup> Die Entstehung dieses Geschichtsbildes untersucht Aguilar, Basque Memory, S. 5-25.

<sup>463</sup> Siehe Aguilar, Basque Memory, S. 16.

ren wegen des aufkommenden ETA-Terrorismus forcierte Repression ein zusätzlicher Druck von außen entstanden, der eine Versöhnung mit der Vergangenheit erschwerte. Die personelle und institutionelle Weiterexistenz des franquistischen Unterdrückungsapparates in Form der *guardia civil* machte das geschichtspolitisch gewollte Vergessen im Baskenland nur schwer durchsetzbar – trotz geschichtspolitischer Symbole wie die ‚Wiedergewinnung Guernicas‘. Selbst die Ausweitung der Amnestie vom Oktober 1977 auf baskische Terroristen konnte da nicht helfen. Im Baskenland scheiterte die ‚Versöhnung durch Vergessen‘. Die ETA beruft sich noch heute auf die Repression während der Diktatur und verurteilt die Monarchie als Weiterführung des Franco-Regimes, wengleich die Unterstützung für die Terrororganisation auch im Baskenland zunehmend schwindet.

Ob die Repression in den Regionen während der Diktatur wirklich definitiv größer war als in Gesamtspanien, ist in der Forschung umstritten,<sup>464</sup> allerdings nahmen sie die Basken und Katalanen stärker wahr. Unter Franco war die Ausübung der regionalen Sprachen verboten gewesen - wie sehr dies Katalonien und das Baskenland getroffen hat, zeigt der relativ scharfe Ton bei den Verhandlungen über den verfassungsrechtlichen Status der Regionen.

Auch Katalonien stellte den geschichtspolitischen Weg der *transición* zumindest ansatzweise in Frage, trug die Politik des Konsenses aber dennoch mit. Im Gegensatz zum Baskenland konnte Katalonien an andere Traditionen anknüpfen: Die Politik des Paktierens wurde von einigen Politikern als ‚katalanische Spezialität‘ betrachtet, die die Region schon in den siebziger Jahren eingeübt habe.<sup>465</sup> Mit Josep Tarradellas verfügte Katalonien außerdem über ein herausragendes Symbol geschichtlich legitimierter Autonomie, das die Integration in das Gesamtspanien erheblich erleichterte.

Die spanische Geschichtspolitik scheiterte nicht nur bei der Integration des Baskenlandes - die spanische Geschichtspolitik trübte auch den Blick auf den baskischen Terrorismus. Die von Medien und Politik geförderte Selbstwahrnehmung als Volk, das ‚den Frieden liebt und offen ist für den Dialog, die Versöhnung und gegenseitige Toleranz‘,<sup>466</sup> kann durchaus mit dazu beigetragen haben, dass sich Spanien erst spät der Tragweite des Problems der ETA bewusst wurde und sich schwer damit tat, Strategien im Umgang mit dem Terrorismus zu finden und öffentlich zu diskutieren.

Ein ähnliches Phänomen zeigt sich im Umgang mit rechtsextremen Gruppierungen. Die Vorsicht der Medien, die Vermeidung von Kritik, die offizielle Zurückhaltung bei der Gestaltung des Gedenkens an und die Unsicherheit im Umgang mit Franco ermöglichten, dass neofaschistische Bewegungen wie die *Fuerza Nueva* Blas Piñars die historische Person Francos und das Gedenken an ihn besetzen konnten – nicht im Verborgenen, sondern im öffentlichen Raum des

---

<sup>464</sup> Siehe Aguilar, *Basque Memory*, S. 21.

<sup>465</sup> Siehe Edles, *Symbol and Ritual*, S. 116-121.

<sup>466</sup> Siehe Pérez-Díaz, *Civil Society*, S. 22.

demokratischen Spanien. Die Gesellschaft unterschätzte das Potential der demokratiefeindlichen Sektoren. Die Zeitungen unterstützten diese eingeschränkte Wahrnehmung durch die ‚beruhigenden Strategien‘, die sie im Umgang mit Franco und in der Berichterstattung über die Treffen der Franquisten am 20. November und am 18. Juli verwendeten.

Durch die Aufdeckung der *Operación Galaxia* wurden sich die Medien nur kurzfristig der Gefahr eines Putsches von rechts bewusst. Die Forderungen nach einem ‚harten Durchgreifen‘ verpufften jedoch. Nach der Annahme der ‚Verfassung der Versöhnung‘ hielt man den Prozess der Demokratisierung für erfolgreich beendet. Die Reform des Militär- und Polizeiapparates wurde nicht als dringliche Aufgabe gesehen und verzögert. Das sollte sich rächen: Der Putschversuch vom 23. Februar 1981 durch den General Tejero ist auch ein Ergebnis der spanischen Geschichts- und Vergangenheitspolitik.

Die Folgen des Verdrängens zeigten sich nicht nur im Bereich der Politik, sondern auch im sozial-psychologischen Phänomen des *desencanto*, das Sozialwissenschaftler für die Jahre 1979 bis 1981 konstatieren.<sup>467</sup> Nachdem die *transición* durch die Verabschiedung der Verfassung ihren Abschluss erreicht hatte, machte sich in Teilen der Gesellschaft, vor allem im linksliberalen Spektrum, ein Gefühl der ‚Entzauberung‘ oder Enttäuschung breit. Die Demokratie hielt nicht das, was sich ihre Befürworter in der ersten Euphorie nach Francos Tod versprochen hatten. Die Tatsache, dass sich – als Essenz der Vergangenheitspolitik - ein Großteil der alten Eliten weiterhin in Führungspositionen des neuen Staates befand, schmälerte die Attraktivität des neuen Systems, führte zu einem Rückgang des politischen Engagements und einem allgemeinen Desinteresse an Politik.

Anlässlich des 25. Todestages Francos im November 2000 bemängelten Spaniens Intellektuelle die geringen Geschichtskennntnisse der spanischen Jugend.<sup>468</sup>

Angestoßen worden war die öffentliche Debatte durch eine im Juni des gleichen Jahres veröffentlichte Studie, die dem spanischen Geschichtsunterricht eine starke Regionalisierung und Fragmentarisierung vorwarf. Gesamtspanische Probleme würden kaum fokussiert. Die Regionalregierungen kritisierten die staatlich finanzierte Untersuchung als ‚Angriff auf ihre Autonomie‘.<sup>469</sup> Die Empörung und das Interesse, das die Studie ausgelöst hatte, zeigt, dass die Expertenkommission unter der Leitung von Juan Antonio Ortega y Díaz Ambrosio einen neuralgischen Punkt im spanischen Bildungswesen getroffen hatte. Die Geschichtswissenschaft und -didaktik hatte sich der Geschichtspolitik gefügt, eine gründliche Aufarbeitung mit der Franco-Zeit vermieden oder nur in (regionalen) Teilaspekten behandelt.

Diese Politik hat nicht nur zur Verbreitung profranquistischer Mythen geführt, sondern auch zu einer Stagnation im Diskurs über Franco. Das Schweigen über

---

<sup>467</sup> Siehe Díaz, *Ideologies*, S. 29-33.

<sup>468</sup> Am ausführlichsten geht Eduardo Chamorro auf dieses Phänomen ein. Chamorro, Eduardo: *25 años sin Franco. La refundación de España*, Barcelona 2000. (Zukünftig abgekürzt: Chamorro, *Sin Franco*.)

<sup>469</sup> Zur Kritik an der im Juni 2000 vorgestellten Studie siehe Chamorro, *Sin Franco*, S. 123-144.

die Vergangenheit hat eine Auseinandersetzung über Franco nicht verhindert, sondern nur verzögert.

Die Franco-Vergangenheit ist in Spanien immer noch virulent – und findet zunehmend, angestoßen durch den 25. Todestag des Diktators im November 2000, Eingang in die gesellschaftlichen und politischen Debatten des Landes. In den letzten zwei Jahren ist eine Fülle von wissenschaftlichen Untersuchungen über die Franco-Diktatur erschienen. Die Ausstellung in Madrid über das Leben im Exil und die in Barcelona über die spanischen KZ-Häftlinge stießen auf großes Interesse. Belletristische Werke wie Javier Cercas' Roman ‚Die Soldaten von Salamis' eroberten auf Anhieb die Bestsellerlisten. Die vom ‚Verein zur Wiedergewinnung des historischen Gedächtnisses' veranlassten Öffnungen von Massengräbern aus dem Bürgerkrieg und den Jahren unmittelbar danach finden inzwischen landesweit große Beachtung. Der Vorsitzende, der Journalist Emilio Silva, hat sich im Sommer 2002 an die Vereinten Nationen in New York gewandt. Sie sollen Spanien auffordern, Klarheit über den Verbleib der Verschwundenen, der *desaparecidos*, zu schaffen und die Öffnung der Massengräber, in denen noch rund 30.000 nicht identifizierte Tote liegen, anzuordnen.<sup>470</sup>

Die Politik hat dem gesellschaftlichen Druck nur zögerlich nachgegeben. Die Regierungspartei PP, die Nachfolgepartei der Alianza Popular, hat lange Zeit eine Verurteilung der Franco-Diktatur verhindert. Noch im Juni 2001 verhinderte sie die Aufhebung der während der Franco-Diktatur gefällten Todesurteile für politische Häftlinge. Die moralische Rehabilitierung der Opfer sei, so die PP damals, schon durch die Demokratisierung des politischen Systems erreicht worden.<sup>471</sup>

Nur auf massiven Druck der Oppositionsparteien gelang es dem spanischen Parlament im November 2002 einstimmig eine Resolution zu verabschieden, in der es den Militärputsch von 1936 verurteilt, die Opfer des Bürgerkrieges und des Franquismus rehabilitiert und Unterstützung bei der Öffnung der Massengräber zusagt.<sup>472</sup> Dass die Parlamentarier just am 20. November 2002, dem 27. Todestag Francos, über die ursprünglich von den Fraktionen der PSOE und IU ausgearbeiteten und anschließend von PP und PSOE überarbeiteten Anträge abstimmen, ist kein Zufall. Es ist vielmehr ein Symbol für den Abschluss einer Zeit, in der das Beschweigen der Diktatur zur Bedingung des friedlichen Zusammenlebens gemacht wurde. Die Auseinandersetzung um die franquistische Vergangenheit kann jetzt beginnen.

---

<sup>470</sup> Zur deutschsprachigen Berichterstattung über diese Entwicklung siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. November 2002, ‚Universum der Rache', S.39; Der Spiegel, 43/2002, 21. Oktober 2002, ‚Zeit zu reden'; Welt am Sonntag, 6. Oktober 2002, ‚KZ, Massengräber und der Aufstand der Opfer'.

<sup>471</sup> Siehe El País, 22. Juni 2001, ‚El PP no ve ‚fundamento' para revisar sentencias de fusilados del franquismo.'

<sup>472</sup> Siehe La Vanguardia, 21. November 2002, ‚El parlamento condena del franquismo'; La Vanguardia, 25. November 2002, ‚Fin y comienzo'.

## Literaturverzeichnis

### *Quellen*

#### Amtsschriften:

**Boletín Oficial del Estado, Madrid, 1975-1979**

#### **Boletín Oficial de las Cortes, Diario de las sesiones del pleno, X. Legislatur**

Sesión plenaria, Nr.21, 22. November 1975

Sesión plenaria, Nr.22, 29. November 1975

Sesión plenaria, Nr.23, 28. Januar 1976

Sesión plenaria, Nr.27, 8. und 9. Juni 1976

Sesión plenaria, Nr.28, 14. Juli 1976

Sesión plenaria, Nr.29, 16., 17. und 18. November 1978

#### **Diario de Sesiones, Congreso de los diputados 1977,-1978**

Comisión de Asuntos Constitucionales y libertades públicas, Nr.59, 5. Mai 1978

Comisión de Asuntos Constitucionales y libertades públicas, Nr.64 und Nr.65, 11. Mai 1978

Comisión de Asuntos Constitucionales y libertades públicas, Nr.66, 12. Mai 1978

Comisión de Asuntos Constitucionales y libertades públicas, Nr.67, 16. Mai 1978

Comisión de Asuntos Constitucionales y libertades públicas, Nr. 93, 20. Juni 1978

Sesión plenaria, Nr.24, 14.Oktober 1977

Sesión plenaria, Nr. 28, 25. Oktober 1977

Sesión plenaria, Nr. 43, 23. Dezember 1977

Sesión plenaria, Nr.116, 21. Juli 1978

Sesión plenaria, Nr.130, 31.Oktober 1978

#### **Diario de Sesiones, Senado, 1977-1978**

Sesión del Senado, Nr.8, 14. Oktober 1977

Sesión del Senado, Nr.9, 19. Oktober 1977

Sesión del Senado, Nr.16, 28. Dezember 1977

#### **Indice Histórico Español, Barcelona, 1976-1979**

#### Parteidokumente:

**Carrillo, Santiago:** Spanien nach Franco, Berlin 1975.

**Carrillo, Santiago:** Que es la ruptura democrática? Barcelona 1976.

**González, Felipe:** Que es Socialismo? Barcelona 1976.

**PCE:** Erklärung der Kommunistischen Partei Spaniens für die nationale Aussöhnung, für eine demokratische und friedliche Lösung des spanischen Problems. (Spanischer Originaltitel: Declaración del Partido Comunista de España Por la reconciliación nacional, por una Solución democrática y pacífica del problema Español), Internationale Schriftenreihe, Heft 26, Berlin 1956.

**PSOE:** PSOE en sus documentos (1879-1977), Madrid 1977.

**Suárez González, Adolfo:** Un nuevo horizonte para España. Discursos del presidente de gobierno 1976-1978, Madrid 1978.

**UCD:** Manual para 22 millones de electores, Madrid 1977.

**Viaje a America de sus Majestades los Reyes de Espana:** Visita a Santa Domingo y a los Estados Unidos, 31 de mayo al 5 de junio de 1976, Madrid 1976.

### **Periodika:**

#### **Zeitgenössische Presse:**

**ABC**, Madrid, November 1975 – Dezember 1978

**Cambio 16**, Madrid, November 1975- Dezember 1978

**Cuadernos para el Diálogo**, Madrid, Oktober 1963- Dezember 1975

**Historia 16**, Madrid, Mai 1976 – Dezember 1978

**El País**, Madrid, Mai 1976- Dezember 1978

**La Vanguardia**, Barcelona, November 1975 – Dezember 1978

#### **Aktuelle Presse:**

**Die Welt**, Hamburg/Berlin, Januar 1997- Januar 2002

**Frankfurter Allgemeine Zeitung**, Frankfurt am Main, November 2000

**El Mundo**, Madrid, Januar 1999 - Januar 2002

**El País**, Madrid, Januar 1999- Januar 2002

**Interviú**, November-Dezember 2000

**La Vanguardia**, Barcelona, Januar 1999– Januar 2002

**Tageszeitung**, Berlin, Januar 1999 – Januar 2002

#### **Zeitgenössische Einschätzungen:**

**Calvo Hernando, Pedro:** Juan Carlos, escucha. Madrid 1976.

**de la Cierva, Ricardo:** Crónicas de la transición. De la muerte de Carrero Blanco a la proclamación del Rey, Barcelona 1975.

**de la Cierva, Ricardo:** La cuarta apertura, Madrid 1976.

*Sekundärliteratur***Zur Theorie von Geschichtspolitik, Vergangenheitspolitik und Gedächtnisgeschichte:**

**Assmann**, Jan: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1997.

**Bock**, Petra/ **Wolfrum**, Edgar (Hrsg.): Umkämpfte Vergangenheit, Göttingen 1999.

**Francois**, Etienne/ **Schulze**, Hagen (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte, Band 1, München 2001.

**Frei**, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.

**Halbwachs**, Maurice: Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt 1985. (zuerst: La mémoire collective, Paris 1950)

**Lübbe**, Hermann: Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein. In: Historische Zeitschrift, Band 236, (1983), S.579-599.

**Mitscherlich**, Alexander und Margarete: Die Unfähigkeit zu trauern, München 1967.

**Münkler**, Herfried: Politische Mythen und nationale Identität. In: Wolfgang Frindte/ Harald Pätzolt (Hrsg.), Mythen der Deutschen, Opladen 1994, S. 21-27.

**Nora**, Pierre: Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Berlin 1990.

**Offe**, Carl: Der Tunnel am Ende des Lichts, Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten, Frankfurt am Main 1994.

**Schwan**, Gesine: Politik und Schuld. Die zerstörerische Macht des Schweigens, Frankfurt am Main 1997.

**Wolfrum**, Edgar: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung, Darmstadt 1999.

**Wolfrum**, Edgar: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001.

**Wolfrum**, Edgar: Geschichte als Politikum – Geschichtspolitik. Internationale Forschungen zum 19. und 20. Jahrhundert. In: Neue Politische Literatur 41 (1996), S. 376-401.

**Zu Bürgerkrieg, Franco-Diktatur und *transición*:**

**Abellán**, José Luis: Diez años de cultura española (1973-1983). In: Sistema. Revista de Ciencias Políticas, Nr.50/51 (November 1982), S.129-144.

**Aguilar Fernández**, Paloma: Memoria y Olvido de la Guerra Civil española, Madrid 1996.

**Aguilar Fernández**, Paloma: The Memory of the Civil War in the Transition to Democracy: The Peculiarity of the Basque Case. In: Paul Heywood (Hrsg.), Politics and Policy in Democratic Spain: No longer different? London 1999, S.5-25.

- Aguilar Fernández, Paloma:** La amnesia y la memoria: Las movilizaciones por la amnistía en la transición a la democracia.. In: Rafael Cruz/ Manuel Pérez Ledesma (Hrsg.), *Cultura y movilización en la España contemporánea*, Madrid 1997, S.327-357.
- Alonso Castrillo, Silvia:** La apuesta del centro. Historia de la UCD, Madrid 1996.
- Andrés-Gallego, José:** El problema (y la posibilidad) de entender la historia de España. In: José Andrés Gallego (Hrsg.), *Historia de la historiografía española*, Madrid 1999, S.297-336.
- Aznar Soler, Manuel:** Las literaturas del exilio republicano español de 1939: El Estado de la cuestión. In: *Insula, Revista de Letras y Ciencias Humanas*, Nr.627 (März 1999), S.3-5.
- Bernecker, Walther L.:** Cincuenta años de historiografía sobre el bombardeo de Gernika. In: Manuel Tuñón de Lara (Hrsg.), *Gernika: 50 años después (1937-1987)*. Nacionalismo, República, Guerra Civil, San Sebastián 1988, S.219-242.
- Bernecker, Walther L. (Hrsg.):** De la Guerra Civil a la Transición: memoria histórica, cambio de valores y conciencia colectiva, Augsburg 1997.
- Bernecker, Walther:** *Krieg in Spanien 1936-1939*, Darmstadt 1997.
- Bernecker, Walther:** *Sozialgeschichte Spaniens im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 1990.
- Bernecker, Walther:** *Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg*, München 1988.
- Bernecker, Walther /Collado Seidel, Carlos (Hrsg.):** *Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975-1982*, München 1993.
- Bernecker, Walther:** Zum Umgang mit ungeliebter Vergangenheit. In: *Internationales Jahrbuch für den Geschichts- und Geographieunterricht*, Bd. 15 (1993), S.357-374.
- Biescas, José Antonio/ Tuñón de Lara, Manuel:** *España bajo la dictadura franquista (1939-1975)*, Barcelona 1981.
- Borchhardt, Ulrike:** *Militär und Politik in Spanien*, Hamburg 1989.
- Bravo, Gonzalo:** Limitaciones y condicionamientos de la reflexión historiográfica española, In: *Hispania, Revista española de historia*, Nr.198 (1998), S.49-64.
- Bravo-Tellado, Antonio:** *Los mutilados del Ejército de la República*, Madrid 1976.
- Brooker, Paul:** *Twentieth-Century Dictatorships: The Ideological One Party States*, Basingstoke 1995.
- Brooker, Paul:** *Non-Democratic Regimes. Theory, Government and Politics*, New York 2000.
- Buckley, Ramón:** *La doble transición. Política y literatura en España de los años setenta*, Madrid 1996.
- Busquets, Julio:** Die Streitkräfte zwischen Diktatur und Demokratie. In: Walther L. Bernecker/ Carlos Collado Seidel (Hrsg.): *Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975-1982*, München 1993, S.69-85.



- Cabañas Bravo**, Miguel: El artista del exilio español de 1939 en México. Estudio del tema desde 1975. In: Archivo Español de Arte, Nr.284 (Oktober – Dezember 1998), S.361-374.
- Caciagli**, Mario: La parábola de la Unión de Centro Democrático. In: José Felix Tezanos/ Ramón Cotarelo, Ramón de Blas (Hrsg.), La transición democrática, Madrid 1989, S.389-432.
- Callahan**, William James: The Catholic Church in Spain, 1875-1998, Washington 2000.
- Capella**, María Luisa: Lázaro Cardenas y la no intervención en el caso español. In: Leviathan. Revista de Hechos e ideas, Nr.61 (1995), S.151-158.
- Carmona**, Alvaro: Historiadores y primer franquismo. In: Revista de Occidente, Nr.223 (Dezember 1999), S.103-122.
- Castañeda**, Paulino/ **Cociña y Abella**, Manuel (Hrsg.): Iglesia y Poder público. Actas del VII Simposio de historia de la iglesia en España y América, Córdoba 1997.
- Castells**, Miguel: La amnistía imparable. In: El Cárabo, Nr.1 (1976), S.1-20.
- Chamorro**, Eduardo: 25 años sin Franco. La refundación de España, Barcelona 2000.
- Compte Grau**, María Teresa: Los tres primeros años de „Cuadernos para el Diálogo“. In: Iglesia y Poder Público. Actas del VII Simposio de Historia de la Iglesia en España y América, Córdoba 1997, S.237-256.
- Cotarelo**, Ramón: La Constitución de 1978. In: José Felix Tezanos/ Ramón Cotarelo, Ramón de Blas (Hrsg.), La transición democrática, Madrid 1989, S.318-345.
- Cotarelo**, Ramón (Hrsg.): Transición política y consolidacion democrática. España (1975-1986), Madrid 1992.
- Cruz**, Rafael: Pasionaria. Dolores Ibárruri, Historia y Símbolo, Madrid 1999.
- Cuenca Toribio**, José Manuel: La historiografía sobre la edad contemporánea, S.183-273. In: José Andrés Gallego (Hrsg.), Historia de la historiografía española, Madrid 1999.
- Díaz**, Elías: Ideologies in the Making of the Spanish Transition. In: Paul Heywood (Hrsg.), Politics and Policy in Democratic Spain: No longer different? London 1999, S.26-39.
- Díaz**, Elías: Intellektuelle unter Franco. Eine Geschichte des spanischen Denkens, Frankfurt am Main 1991.
- Díaz**, Elías: Joaquín Ruiz-Giménez: Un camino hacia la democracia. In: Sistema. Revista de Ciencias Políticas, Nr.158 (September 2000), S.3-14.
- Díaz-Plaja**, Fernando: La España que sobrevive. Cincuenta años después de la guerra, Madrid 1987.
- Diéguez**, G.: Ante una importante sentencia sobre amnistía laboral. In: Revista Política Social, Nr. 118 (1978), S.131-143.
- Edles**, Laura: Symbol and ritual in the new Spain, Cambridge 1998.

- de Esteban**, Jorge: El proceso constituyente español 1977-1978. In: José Felix Tezanos/ Ramón Cotarelo, Ramón de Blas (Hrsg.), La transición democrática, Madrid 1989, S.275-315.
- Fishman**, Robert M.: Working Class Organization and the return to democracy in Spain, New York 1990.
- Fuentes Mares**, José: Historia de dos orgullos, Mexiko 1984.
- Fundación FOESSA** (Hrsg.): Informe sociológico sobre el cambio político en España, 1975-1981, 2 Bände, Madrid 1981.
- Fundación FOESSA** (Hrsg.): In sociológico sobre la situación social de España, Madrid 1975.
- García Barragán**, Elisa/ **Schneider**, Luis Mario: Guernica. In: Guernica 50 años. Una ciudad, un cuadro, Internationales Symposium, Mexiko 1989, S.33-50.
- Gillespie**, Richard: Democratic Spain, London 1995.
- Giral**, Francisco: Actividad de los Gobiernos y de los partidos republicanos (1939-1976). In: José Luis Abellán (Hrsg.), El exilio español de 1939, 6 Bände, Madrid 1976-1978, Band 2, S.181-225.
- Grugel**, Jean/ **Rees**, Tim: Franco's Spain, London 1997.
- Gunther**, Richard: Politics, Society and Democracy. The Case of Spain. Oxford 1993.
- Gunther**, Richard/ Blough, Roger: Religious Conflict and Consensus in Spain: a Tale of Two Constitutions. In: World Affairs Nr. 143 (Frühjahr 1981), S.366-412.
- Hernández Domínguez**, Abel: El quinto poder. La iglesia, de Franco a Felipe, Madrid 1995.
- Iglesias Cabero**, M: Breve comentario a la ley 46/ 1977 de 15 de octubre, sobre amnistía. In: Estudios de Deusto, Nr.26 (1978), S.133-145.
- Jost**, Stefan: Die Union des demokratischen Zentrums. In: Walther Bernecker/ Carlos Collado Seidel (Hrsg.): Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975-1982, München 1993, S.169-191.
- Kasper**, Michael: Gernika und Deutschland. Geschichte einer Versöhnung, Bilbao 1998.
- Krause**, Peter A: Südeuropa: Die erfolgreiche Institutionalisierung der Demokratie. In: Wolfgang Merkel, Eberhard Sandschneider und Dieter Segert (Hrsg.), Systemwechsel 2, Opladen 1996, S.261-285.
- Linz**, Juan José: An Authoritarian Regime. The Case of Spain. In: Erik Allard/ Yrjo Littunen (Hrsg.), Cleavages, Ideologies and Party Systems, Helsinki 1964, S.291-341.
- Linz**, Juan José: Totalitäre und autoritäre Regime, Berlin 2000.
- Llorens**, Vicente: La Emigración republicana de 1939. In: José Luis Abellán (Hrsg.), El exilio español de 1939, 6 Bände, Madrid 1976-1978, Bd. 1, S.99-124.
- Maier**, Klaus A.: Guernica, 26.4.1937: Die deutsche Intervention in Spanien und der ‚Fall Guernica‘, Freiburg 1977.

- Maravall**, José María: La política de la transición, Madrid 1982.
- Maravall**, José María: Dictadura y Disentimiento político, Madrid 1978.
- Marco**, José María: Manuel Azaña. Una biografía, Barcelona 1998.
- Martínez**, Robert: Business Elites and Political Change. In: Gunther, Richard (Hrsg.): Politics, Society and Democracy: The Case of Spain, Oxford 1992, S.113-139.
- Martínez Cortiña**, Rafael: La transición económica de España, Madrid 1990.
- Mateos**, Abdón: El PSOE contra Franco: continuidad y renovación del socialismo español 1953-1974, Madrid 1993.
- Montabés Pereira**, Juan: La prensa del Estado durante la transición política española, Madrid 1989.
- Montabés Pereira**, Juan: Los parlamentos de papel en el caso español. In: Carlos Filguero/ Dieter Nohlen (Hrsg.), Prensa y transición democrática: Europa y América Latina, Madrid 1994, S.42-67.
- Montero**, José Ramon: Los fracasos políticos y electorales de la derecha española: Alianza Popular, 1976-1987. In: José Felix Tezanos/ Ramón Cotarelo, Ramón de Blas (Hrsg.), La transición democrática, Madrid 1989, S.495-542.
- Monzón Arribas**, Cándido: Ideología y actitudes básicas de los españoles. In: Sistema. Revista de Ciencias Políticas, Nr.50/51 (November 1982), S.103-127.
- Morán**, Gregorio: El precio de la transición, Barcelona 1991.
- Naharro-Calderón**, José María: Cuando España iba mal: Aviso para 'Navegantes' desmemoriados. In: Revista de Letras y Ciencias Humanas, Nr. 627 (März 1999), S.25-28.
- Pasamar Alzuria**, Gonzalo: Los historiadores españoles y la reflexión historiográfica, 1880-1980. In: Hispania, Revista española de historia, Nr.198 (1998), S.13-48.
- Payne**, Stanley: Fascism in Spain 1923-1977, London 1999.
- Pérez Díaz**, Victor: The return of Civil Society, Cambridge 1993.
- Pérez Díaz**, Victor: España puesta a prueba 1976-1996, Madrid 1996.
- Pike**, David Wingeate: In the Service of Stalin: The Spanish Communists in Exile 1939-1945, Oxford 1993.
- Pons Prades**, Eduardo: Morir por la libertad: Españoles en los campos de exterminio nazis, Madrid 1995.
- Prego**, Victoria: Diccionario de la Transición. De la dictadura a la Democracia: quiénes la hicieron posible y quiénes trataron de impedirla, Barcelona 1999.
- Preston**, Paul: Spanien. Der Kampf um die Demokratie, Rheda-Wiedenbrück 1987.
- Puhle**, Hans-Jürgen: *Transitions*, Demokratisierung und Transformationsprozesse in Südeuropa. In: Wolfgang Merkel (Hrsg.), Systemwechsel 1, Opladen 1994, S.173-194.
- Radcliff**, Paloma: La representación de la nación. El conflicto en torno a la identidad nacional y las prácticas simbólicas en la segunda República, In: Rafael Cruz/ Manuel Pérez Ledesma (Hrsg.), Cultura y movilización en la España contemporánea, Madrid 1997, S.305-325.

- Reig Tapia**, Alberto: Ideología e historia. Sobre la represión franquista y la guerra civil, Madrid 1985.
- Reig Tapia**, Alberto: Manuel Tuñón de Lara (1915-1997): Ética, política e historia. In: Sistema, Revista de Ciencias Políticas, Nr.137 (März 1997), S.5-26.
- Reig Tapia**, Alberto: Memoria viva y memoria olvidada de la guerra civil,. In: Sistema. Revista de Ciencias Políticas, Nr.136 (Januar 1997), S.27-41.
- Richards**, Michael: A Time of Silence. Civil War and the Culture of Repression in Franco's Spain, 1936-1945, Cambridge 1998.
- de Rivas Cherif**, Cipriano: Portrait of an Unknown Man. Manuel Azaña and Modern Spain, London 1995.
- Rodríguez Díaz**, Angel: Transición política y consolidación constitucional de los partidos políticos, Madrid 1989.
- Rodríguez Jiménez**, José Luis: Reaccionarios y golpistas. La extrema derecha en España: del tardofranquismo a la consolidación de la democracia (1967-1982), Madrid 1994.
- Rubio Llorente**, Francisco: Der verfassungsgebende Prozess. In: Walther Bern- ecker/ Carlos Collado Seidel (Hrsg.): Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975-1982, München 1993, S.127-149.
- Ruiz Giménez**, Joaquín: El camino hacia la democracia. Escritos en 'Cuadernos para el Diálogo' (1936-1976), Madrid 1985.
- Sánchez Cervera**, J.M.: La amnistía laboral en la Ley 46/ 1977, de 15 de octubre. In: Revista de Política Social, Nr. 117 (1978), S.197-211.
- Sánchez Ruano**, Francisco: El 'caso' Grimau y su repercusión en los medios de comunicación y literarios. In: Manuel Luis Abellán (Hrsg.), Medio siglo de cul- tura (1939-1989), Amsterdam 1990, S.237-262.
- Sánchez Soler**, Mariano: Los hijos del 20 de noviembre. Historia violenta del fascismo español, Madrid 1993.
- Satrustegui**, Joaquín: Cuando la transición se hizo posible. El „Contubernio“ de Múnich, Madrid 1993.
- Segovia**, Rafael: La difícil socialización del exilio. In: Leviathan. Revista de Hechos e ideas, Nr. 59 (Frühjahr 1995), Nr.59, S.107-114.
- Serrano**, Secundino: Maquis. Historia de la guerrilla antifranquista, Madrid 2001.
- Share**, Donald: The Making of Spanish Democracy, New York 1986.
- Sinova**, Justino/ **Tusell**, Javier: La Crisis de la democracia en España, Madrid 1997.
- Southworth**, Herbert Rutledge: Los bibliófilos: Ricardo de Cierva y sus co- laboradores. In: Cuadernos de Ruedo Ibérico, Nr.28/29 (Dezember-März 1971), S.19-45.
- Speth**, Rudolf/ **Wolfrum**, Edgar (Hrsg.): Politische Mythen und Geschichtspoli- tik – Konstruktion Inszenierung Mobilisierung, Berlin 1996.
- Sueiro**, Daniel: El Valle de los Caídos. Los secretos de la cripta franquista, Barcelona 1986.

**Sueiro**, Daniel/ Díaz Nosty, Bernardo: Historia del Franquismo, 4 Bände, Madrid 1977.

**Sueiro**, Daniel: La verdadera historia del Valle de los Caídos, Madrid 1976.

**Tezanos**, José Felix: Continuidad y cambio en el socialismo español: El PSOE durante la transición democrática. In: José Felix Tezanos/ Ramón Cotarelo, Ramón de Blas (Hrsg.), La transición democrática, Madrid 1989, S.433-493.

**Tusell**, Javier/ **García Queipo de Llano**, Genoveva: Die Kultur in der Zeit des politischen Umbruchs. In: Walther L. Bernecker/ Carlos Collado Seidel (Hrsg.), Spanien nach Franco, München 1993, S.231-247.

**Tusell**, Javier: Los hijos de Sangre. La España de 1936 desde 1986, Madrid 1986.

**Tusell**, Javier: La dictadura de Franco a los 100 años de su nacimiento. In: Ayer, Band 10 (1993) S.13-28.

**Ugarte**, Javier (Hrsg.): La transición en el País Vasco y España. Historia y memoria, Bilbao 1998.

**Vilarós**, Teresa: El mono del desencanto. Una crítica cultural de la transición española (1973-1993), Madrid 1998.

**Viñas**, Ángel: Der internationale Kontext. In: Manuel Tuñón de Lara u.a. (Hrsg.), Der Spanische Bürgerkrieg. Eine Bestandsaufnahme, Frankfurt am Main 1987, S.187-295.

**Zeiller**, Annemarie: Guernica und das Publikum. Picassos Bild im Widerstreit der Meinungen, Berlin 1996.

### **Unveröffentlichte Dokumente:**

Vortrag Carlos Barro zur Eröffnung des Kongresses „La historia en el horizonte del año 2000: compromisos y realidades“, Zaragoza, 11.November 1995.